Inge Marßolek, Dr. phil., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt „Widerstand und Verfolgung unter dem Nationalsozialismus in Bremen 1933–1945". Sie studierte Geschichte und Französisch in Bochum und an der FU Berlin.

Inge Marßolek

Arbeiterbewegung nach dem Krieg (1945–1948)

Am Beispiel Remscheid, Solingen, Wuppertal

Campus Verlag
Frankfurt/New York

8. GEWERKSCHAFTEN IM BERGISCHEN 1946-48

Organisationsentwicklung und Mitgliederbewegung

Mit der Genehmigung zur Gründung von lokalen Industriegewerkschaften war zunächst noch nicht die Erlaubnis verbunden, Mitglieder zu werben. Erst als sich der organisatorische Aufbau auf lokaler und dann regionaler Ebene konsolidiert hatte und die Gewerkschaften sich zu einem losen Kartell zusammengeschlossen hatten, wurde im Frühjahr 1946 die Mitgliederrekrutierung offiziell gestattet (vgl. J. Kolb 1970). Die Mitgliederzahlen stiegen rapide, so z. B. in der IG Bau + Metall im Bezirk Nordrhein vom Mai bis Dezember 1946 um 40-50 % (495). Im Jahr 1947 wuchs die Mitgliederzahl der IG Metall in Solingen um mehr als 33 % (496). Diese Organisierung in den Gewerkschaften stagnierte erst Ende 1948 und nahm 1949 geringfügig ab (497). Für das rasche Anwachsen der Gewerkschaften sind im wesentlichen zwei Gründe verantwortlich:
Zum einen spiegelt sich auch hier insgesamt das Rückströmen der Arbeiter in ihre traditionellen Organisationen wider, zum anderen wurde die gewerkschaftliche Organisierung mit der allmählichen Rückkehr zur "wirtschaftlichen Normalität" wieder selbstverständlicher (498). Bereits 1946 war der Mitgliederstand von 1933 erreicht. Auch die Organisierung der Angestellten machte gute Fortschritte: Im Oktober 1947 waren in der Einheitsgewerkschaft mehr Angestellte in Wuppertal organisiert als vor 1933 in den Angestelltenverbänden (499).

Der stärkste Industrieverband im Bergischen war die IG Metall. Alle drei Städte waren im Bezirk 5 der IG Metall, der seinen Sitz in Solingen hatte, vereinigt. Karl Küll (KPD) wurde Vorsitzender des Bezirks. Nach der Konsolidierung der IG Metall in der britischen Zone unter ihren Vorsitzenden Walter Freitag und Wilhelm Petersen wurde der Gesamtverband neu strukturiert. Dies geschah, wie Johannes Kolb schildert, nicht zuletzt aus dem Grund, den kommunistischen Einfluß in bestimmten Bezirken,

wie z. B. dem Solinger, zu vermindern. Die drei Städte des Bergischen wurden dem Bezirk Hagen zugeschlagen, der mehr SPD-orientiert war (500). Aus der Mitgliederstatistik für Solingen wird deutlich, welch bestimmenden Einfluß die IG Metall im Ortsausschuß hatte, für Remscheid dürften die Zahlen ähnlich liegen. In Wuppertal war das Verhältnis zwischen den Industrieverbänden etwas ausgewogener. Im März 1948 waren in Solingen von 20 073 Gewerkschaftsmitgliedern fast 2/3, nämlich 13 009, in der IG Metall organisiert, die restlichen 7064 verteilten sich auf 11 andere Verbände. An Beitragsaufkommen leistete die IG Metall im Zeitraum August 1946 bis Februar 1947 5. 350,03 RM bei einem Gesamtbeitragsaufkommen von 8. 451,25 RM. Lediglich die öffentlichen Betriebe erreichten in Solingen ein Beitragsaufkommen von mehr als 1. 000 RM. Das gleiche spiegelt sich in der Versammlungsanzahl wider: von 545 Versammlungen aller Industrieverbände berief die IG Metall 251 ein (501). Berücksichtigt man, daß die hochqualifizierten Metallarbeiter im Bergischen eine traditionelle Basis der KP darstellten, so ist der Einfluß der KPD in den Ortsausschüssen der Einheitsgewerkschaft nicht verwunderlich. In Solingen einigte man sich - trotz Dominanz der IG Metall sowie der KPD - auf eine paritätische Besetzung des OA: es wurden nicht nur in den OAen Vertreter der verschiedenen Gewerkschaften delegiert, sondern sie wurden auch entsprechend den früheren Richtungsgewerkschaften ausgewählt. Der Vorstand setzte sich zusammen aus den beiden Vorsitzenden Arthur Hahnenfurth (1. Bevollmächtigter der IG Metall), Arnold Noack (christliche Gewerkschaften), den Beisitzern Ernst Broch, Fritz Herget und Max Lenz (SPD). Als Sekretäre wurden Max Richter (arbeitsrechtliche Fragen, SPD) und August Weintz (Organisation, KPD) gewählt (502). In Remscheid wurde ebenfalls ein KP-Mitglied, Wilhelm Krell, von der IG Metall zum 1. Vorsitzenden gewählt, sein Vertreter wurde Kröschel (SPD) von der ÖTV. Beisitzer waren Müllenbach (IG Metall) und Stück (Nahrung und Genuss); im März 1947 übernahm der 1. Bevollmächtigte der IG Metall, Hans Hofmann (KPD), das Sekretariat für gewerkschaftliche Fragen (503). In Wuppertal wählten die Gewerkschaftsmitglieder den Oberbürgermeister Robert Daum (SPD) zum 1. Vorsitzenden des Ortsausschusses, zu seinem Vertreter Paul Bender (KPD), Sekretär der IG Chemie. Sekretär des Wuppertaler Ortsausschusses wurde der Sozialdemokrat Wilhelm Biedorf, ÖTV (504). In Wuppertal waren die Kommunisten im Ortsausschuß weniger stark vertreten als in den beiden anderen Städten, doch scheint ihr Einfluß in den Einzelgewerkschaften, besonders in der IG Chemie recht stark gewesen zu sein (505).

Gewerkschaftliche Politik im Bergischen nach dem Krieg

Einmütiges Ziel der Gewerkschaft nach 1945 war eine entscheidende gewerkschaftliche Beteiligung an wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, an ihrer Spitze Hans Böckler, trennten jedoch die Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaft von der Betriebsrätebewegung ab, die Kontroll- und Entscheidungsbefugnisse im Betrieb durchsetzen wollte. Die Gewerkschaftsführung meinte, ihren Anspruch auf Partizipation an wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen verwirklichen zu können, wenn die Gewerkschaft als Organisation gleichgestellt würde mit den Organisationen der Unternehmer, d.h. mit dem Arbeitgeberverband und der Handelskammer. Die Gewerkschaftsführung schloß von vornherein eine Verbindung ihrer Vorstellungen mit denen der Betriebsräte aus. Den Kampf um die Durchsetzung ihrer Forderungen mit Hilfe einer Mobilisierung der Bais zu führen, widersprach nicht nur dem legalistischen Denken der DGB-Spitze, sondern hätte zudem noch zur Stärkung der oppositionellen bzw. kommunistischen Kräfte in der Gewerkschaft führen können. Somit bestand für die Gewerkschaftsführung das Dilemma, daß sie Streikbewegungen, soweit sie nicht unter der Kontrolle der Gewerkschaften waren, die für Mitbestimmung, Sozialisierung u.ä. kämpften, also für die gleichen Ziele, wie sie von der Gewerkschaftsführung programmatisch vertreten wurden, abwiegeln mußte (506). So wurde in Tätigkeitsberichten des DGB Nordrheinprovinz vom Dezember 1947 die Notwendigkeit betont, im Januar eine größere Konferenz aller Orts- und Kreisausschüsse einzuberufen, um eine gewisse Unruhe und Streikentschlüsse abzufangen (507). Wie schon vorher gezeigt, waren durch diese Haltung der Gewerkschaftsführung Versuche, Errungenschaften innerbetrieblicher Mitbestimmungsrechte zu sichern, von vornherein sehr erschwert. Dabei wären diese Auseinandersetzungen auch über den betrieblichen Rahmen hinaus von Bedeutung gewesen, und die Gewerkschaftsführung hätte in Ausnutzung des vorhandenen Potentials an der Basis ihre Ansprüche auf Mitbestimmung auch auf höheren Ebenen realisieren können. Insofern scheint der These Theo Pirkers, der die Gewerkschaften als "blinde Macht" bezeichnet, nicht unberechtigt (Pirker 1964, I). Wenn auch zuzugestehen ist, daß sicherlich sehr viele Faktoren, die zur Stabilisierung des kapitalistischen Systems in der Bundesrepublik beitrugen, außerhalb des Einflusses deutscher Kräfte lagen - wie z.B. die Spannungen zwischen USA und UdSSR -, so ist doch kritisch anzumerken, daß die Gewerkschaftsführung den ihr zur Verfügung stehenden Spielraum nicht oder zu spät zu nutzen versuchte (508).

1945/46 waren weite Teile der Unternehmer zu Zugeständnissen an die Gewerkschaften bereit. Wie der Präsident der Bergischen Industrie- und Handelskammer, Wolff, auf einer Vollversammlung am 15.6.1947 berichtete, fanden in Remscheid seit dem Herbst 1945 regelmäßige Besprechungen mit den örtlichen Gewerkschaftsvertretern statt. Wolff konzedierte, daß die Forderungen der Gewerkschaft nach paritätischer Mitbestimmung jetzt begründeter seien als 1918, da das Argument der Gewerkschaften, daß der Wiederaufbau in erster Linie von der Arbeitsproduktivität abhänge, zutreffe. Jedoch, so fuhr Wolff fort, hätte sich im Ortsausschuß der kommunistische Einfluß stärker bemerkbar gemacht und die Bereitschaft der Kammer zu gemeinsamen Absprachen mit den Gewerkschaften sei daraufhin geringer geworden (509). Im Februar 1947 hatten Besprechungen zwischen den Kammervertretern und den Gewerkschaften für die britische Zone stattgefunden, die im "Wuppertaler Abkommen" ihren Abschluß fanden. Danach sollten in jedem Kammerbezirk paritätisch besetzte Wirtschaftsausschüsse gebildet werden, die über dringende wirtschaftliche Probleme beraten sollten (Köllmann 1956, 153). In Solingen trat der Wirtschaftsausschuß erstmalig im Juli 1947 zusammen (510). In der Geschäftsordnung wurde festgelegt, daß die Beschlüsse nur bei Einstimmigkeit oder aber bei einstimmiger Billigung des Wirtschaftsausschusses veröffentlicht werden dürften. Themen der Besprechung waren Stromversorgung, Demontagefragen, Exportangelegenheiten u.ä. Nach der Veröffentlichung der Demontageliste im Herbst 1947 rückte die Behandlung der Demontageforderungen der Alliierten immer mehr in den Vordergrund. Im Frühjahr 1948 zogen die Kammern ihre Vertreter wegen der bevorstehenden Währungsreform zurück, die Ausschüsse wurden aufgelöst (511).

Im Laufe der Frühjahrskrise 1947 verstärkten sich die Forderungen nach Einschaltung der Gewerkschaften bei der Verteilung der Lebensmittel und der Kontrolle des Schwarzmarktes. So verabschiedeten Solinger Arbeiter auf einer Demonstrationsversammlung vor dem Rathaus am 30.3.47 eine Entschließung, in der sie die Einschaltung von gewerkschaftlichen Vertretern und Betriebsräten zur Kontrolle über Lebensmittelgeschäfte, Metzger, Wirte und Bauern forderten (Freiheit So. v. 1.4.1947). Falls die Verwaltung derartige Kontrollaktionen nicht innerhalb von drei Tagen durchführe, so sei dies nach Auffassung der Arbeiter ein Hinweis darauf, daß die Kommunalverwaltung Schiebungen decke. Die Versammlung forderte ferner ein Mitwirkungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften bei der Sicherstellung und Erfassung sämtlicher in Landwirtschaft und Industrie erzeugten Güter, die Auflösung der Zentralämter sowie die Einschaltung der Ge-

werkschaften in den Verteilungsprozeß. Tatsächlich wurden gewerkschaftliche Kontrollausschüsse aus Vertretern der Gewerkschaften und der Betriebsräte gebildet, deren Aufgabe es war, den Handel und die Produktion zu kontrollieren. Die Ausschüsse sollten die Arbeit der Polizei bei der Bekämpfung der Schiebungen und des Schwarzmarktes unterstützen. Diese Ausschüsse entwikkelten sehr unterschiedliche Aktivitäten - was sicherlich auch davon abhing, wie sehr sie vom OA unterstützt wurden - und gewannen eine unterschiedliche Dynamik. Der Kontrollausschuß in Solingen legte zunächst das Schwergewicht seiner Arbeit - so ein Bericht des Ausschusses von Januar 1948 (512) - auf eine organisatorische Verankerung in der Bevölkerung. Ähnlich wie die Antifa versuchte der Kontrollausschuß in den Stadtteilen Unterorganisationen mit eigenen Leitungen ins Leben zu rufen. Diese Leitungen suchten ihre Mitarbeiter in den Wohngebieten und Betrieben des Stadtteiles aus. Sie trafen sich regelmäßig zum Informationsaustausch. Nach einigen Anfangsschwierigkeiten war die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung zufriedenstellend. In dem o. g. Bericht kritisierte der Kontrollausschuß die "Arbeitsgemeinschaftspolitik" (513) der Gewerkschaftsführung, die eine Ausdehnung der Kontrollausschüsse auf alle Orte, Bezirke und Länder aus Angst vor den Konsequenzen der Arbeit dieser Ausschüsse sabotiere. Im Gegensatz zu den Gewerkschaften verträten die Ausschüsse konsequent die Interessen der Arbeiter, und verstünden ihre Aufgabe als eine klassenmäßige. Zudem wurde ein Machtverlust der Gewerkschaften konstatiert:

> "Die unteren Organe sind nur noch Puppen, die eingebildeten 'Machtpositionen' der Arbeitervertreter bei den Regierungen sind Marionettenabteilungen" (514).

Der Kontrollausschuß Solingen, der sich wohl der Unterstützung des kommunistisch dominierten Ortsausschusses sicher fühlen konnte, forderte die Ausweitung und Zentralisierung der Kontrollausschüsse und die volle Unterstützung durch die Gewerkschaften. Die Arbeit der Ausschüsse solle sich auf Kontrolle der Produktion und Aufspüren von Wirtschaftsverbrechen konzentrieren. Angesichts der chaotischen wirtschaftlichen Entwicklung seien die Ausschüsse dazu gezwungen, selbständig zu handeln; hierzu bedürften sie der tatkräftigen Unterstützung der Arbeiter. Dieses vom Solinger Ausschuß angestrebte Modell hätte den Ausschüssen weitgehende Exekutiv- und Kontrollfunktionen zugesprochen. Die Kontrollausschüsse hätten dann zu einem Instrument zur Mobilisierung der Arbeiter werden können, zumal eine Bereitschaft zu Aktionen aufgrund der Unzufriedenheit mit der Versorgungslage

durchaus vorhanden war. Gewerkschaftsführung und andere offizielle Stellen sahen aber gerade hierin eine Gefahr und lehnten diesen Vorschlag ab.

Anfang 1948 wurden von behördlicher Seite in der britischen Zone den Kontrollausschüssen, die ja ausschließlich von Gewerkschaften und Betriebsräten gestützt waren, sog. Korruptionsausschüsse zur Seite gestellt. Diese sollten die Tätigkeit des Staatskommissars Jacobi, der eingesetzt worden war, um Schiebungen etc. aufzudecken, unterstützen (515). Sie dienten wohl nicht zuletzt dazu, den Kontrollausschüssen die Legitimation zu entziehen und damit Entwicklungen wie in Solingen entgegenzuwirken. Sie setzten sich aus je einem Vertreter der Parteien und der Gewerkschaften zusammen. Allein ihre Zusammensetzung war Garant dafür, daß die Korruptionsausschüsse nicht zu Kernen einer klassenorientierten Interessenvertretung werden konnten. Sie arbeiteten mit sehr unterschiedlicher Resonanz. In Solingen wurde geklagt, daß die Mitarbeit der Bevölkerung im Gegensatz zu ihrer Anteilnahme im Kontrollausschuß sehr zu wünschen übrig lasse (516). Der Delegierte der Gewerkschaften war zwar grundsätzlich zur Mitarbeit bereit, erklärte aber, daß die Kontrollausschüsse unbedingt erhalten bleiben müßten. Jedoch entzog die Gewerkschaftsführung den Kontrollausschüssen schließlich selbst ihre Unterstützung. Im Tätigkeitsbericht des DGB von NRW vom März 1948 stellt der DGB fest, daß die Militärregierung eine Ausdehnung der Kontrollausschüsse ablehne, daß die Ausschüsse zu viel an gewerkschaftlichen Aktivitäten verschluckten - allein in Wuppertal seien vier Kollegen im Ausschuß tätig -, und daß die Kontrollausschüsse letztlich auch die Kompensationsgeschäfte von Betriebsräten untersuchen müßten und somit der Gewerkschaft schaden könnten (517). Damit war den Kontrollausschüssen der Boden entzogen, und sie lösten sich auf.

Die Stellungnahmen der Gewerkschaften zum Betriebsrätegesetz und zu den Betriebsvereinbarungen zeigen, daß die Gewerkschaftsführung es ablehnte, die betriebliche Mitbestimmung in ihre strategische Konzeption einzubauen. Zwar drückte die Gewerkschaftsführung ihre Enttäuschung über das Betriebsrätegesetz von 1946 (518) aus und stellte fest, daß dies hinter das Weimarer Betriebsrätegesetz zurückfalle. Sie ging jedoch nicht soweit, die Mitglieder gegen dieses Gesetz zu mobilisieren. Die Funktionäre einigten sich darauf - wie es aus dem Protokoll des gewerkschaftlichen Zonenausschusses der britischen Zone hervorgeht (519) -, dieses Gesetz als einen Anfang zu interpretieren und die darin liegenden Möglichkeiten voll auszuschöpfen. Wie Albin Karl auf einer Sitzung des Zonenausschusses in Bielefeld im Mai 1946 ausführte,

läge es an der Arbeiterschaft, den Rahmen dieses Gesetzes auszufüllen. Dies wurde jedoch von der Gewerkschaftsführung nicht in praktische Politik umgesetzt. Dort, wo Arbeiter versuchten, Mitbestimmungsrechte im Betrieb zu erkämpfen, wie z. B. in dem bereits erwähnten Bode-Panzer-Streik 1946, versagte ihnen die Gewerkschaftsführung die Unterstützung. Ähnliches ist festzustellen in den Auseinandersetzungen um die Betriebsvereinbarungen. Da die Betriebsvereinbarungen für jeden Betrieb einzeln ausgehandelt wurden, war die Ausdehnung von Kämpfen erschwert. In Wuppertal versuchte der Ortsausschuß eine Vereinbarung für ganz Wuppertal abzuschließen (520). Diese war jedoch längst nicht so weitreichend wie die bereits in einigen Betrieben ausgehandelten Vereinbarungen. Andererseits waren aber in einer Anzahl von Wuppertaler Betrieben Einzelvereinbarungen abgeschlossen worden, die sich sehr eng an Vorschläge der Handelskammern und Arbeitgeberverbände anlehnten. Trotzdem warnte Ludwig Rosenberg vom DGB-Vorstand den Wuppertaler Ortsausschuß davor, eine derartig schlechte bezirkliche Vereinbarung abzuschließen:

> "Alles hängt aber davon ab, ob man mehr Wert auf eine klare Gewerkschaftspolitik legt und evtl. auch kleine Rückschläge in Kauf zu nehmen bereit ist, als dass man besonders eifrig darauf aus ist, unter allen Umständen einen bezirklichen Vertrag und den berühmten Verhandlungspartner zu haben..." (521).

Allerdings begründete Rosenberg dann seine Warnung vor dem Abschluß bezirklicher Betriebsvereinbarungen damit, daß die Arbeiter, wenn eine Vereinbarung nicht zufriedenstellend ausfalle, "bessere Bedingungen suchen oder zu anderen Firmen gehen könnten". Diese Argumentation zeigt deutlich, daß die Gewerkschaftsführung in diesen betrieblichen Vereinbarungen wenig mehr als Verbesserungen zur Lage der Arbeiter sah, nicht aber Ansätze zu betrieblicher Mitbestimmung. Diese Ansätze mußten, da sie keinerlei Unterstützung seitens der Gewerkschaft bekamen, im Sande verlaufen.

Sehr engagiert griffen die Gewerkschaften bei Demontage und Permitfragen ein, bot sich hier doch eine Gelegenheit, gewerkschaftliche Macht zu demonstrieren. Bei der drohenden Stillegung der Firma Henckels in Solingen versuchten die Gewerkschaften, Handelskammer, Stadtverwaltung und Betriebsleitung von Henckels gemeinsam in langwierigen Verhandlungen mit der MR die Genehmigung zur Produktion zu erlangen (522). Dieser Vorstoß war schließlich erfolgreich. Der Ortsausschuß Solingen trat hierbei energisch mit zahlreichen Artikeln und Stellungnahmen an die Öffentlichkeit. Auf einer Vorstandssitzung wurde allerdings kritisiert, daß man sich einerseits zu sehr von der MR habe unter Druck setzen lassen und andererseits nicht in gleichem Maße hätte nach außen treten sollen (523). Auch nach Veröffentlichung der Demontageliste (524), von der zahlreiche Betriebe im Bergischen betroffen waren, entstand eine einheitliche Front von Handelskammer, Stadtverwaltung, Arbeitgeberverband und Gewerkschaften. Hier war für die Gewerkschaftsführung Gelegenheit, ihre Forderung nach Mitbestimmung in Form der Beteiligung der Gewerkschaft an Entscheidungsprozessen als gleichberechtigter Organisation neben dem Arbeitgeberverband zu bekräftigen.

Sozialdemokraten und Kommunisten in den Gewerkschaften

Während 1945 der Wille zur Schaffung einer Einheitsgewerkschaft - bei zum Teil durchaus unterschiedlichen Vorstellungen, worin diese Einheit bestehe - dominierte, wurde mit der Gründung der Gewerkschaft "von oben" und der damit verbundenen Dominanz der früheren ADGB-Funktionäre die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung immer mehr von parteipolitischen Gesichtspunkten bestimmt. In diesen Auseinandersetzungen, insbesondere zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, bestand zunehmend die Gefahr, daß ihr Verständnis von Einheitsgewerkschaft dahingehend instrumentalisiert wurde, sich mit dem politischen Gegner nicht mehr auseinandersetzen zu müssen. Bald galt offensives Hineintragen politischer Diskussion als gewerkschaftsschädigendes Verhalten. Allerdings wurde das Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten belastet durch ihre unterschiedliche Auffassung von der Beziehung zwischen Partei und Gewerkschaft. Gemäß ihrer zentralistischen Struktur galt in der KP als unumstritten, daß Kommunisten in der Gewerkschaft direkt Positionen der Partei zu vertreten hatten. So mehrten sich Ende April/Anfang Mai 1948 auf den Belegschaftsversammlungen in Remscheid Entschließungen zur Interzonenkonferenz der Gewerkschaften, in denen die Position der KPD unterstützt wurde und die Westgewerkschaften zum Zusammenschluß mit der Gewerkschaft in der SBZ aufgefordert wurden (525). In dieser Art des Auftretens lag zweifellos die Gefahr, daß Betriebsgruppen und andere gewerkschaftliche Gremien zu Unterstützungsgruppen der KP-Politik funktionalisiert wurden. Sozialdemokratische Funktionäre hatte sich bereits im ADGB eine relativ unabhängige Position gegenüber dem sozialdemokratischen Parteiapparat sichern können. Dies galt

sicher auch nach 1945. So kritisierte Werner Hansen vom Bundesvorstand das fraktionelle Auftreten der KPD, um aber zugleich vor jeglicher Fraktionsarbeit zu warnen:

"Wir verweisen auf die Reise von Schumacher und auf ein von der SPD herausgegebenes Flugblatt. Auch die Sozialausschüsse der CDU greifen immer mehr in das gewerkschaftliche Leben ein..." (526).

Als ähnlich sektierisch beurteilte Hansen die Schaffung von SPD-Betriebsgruppen vor den Betriebsräte-Wahlen 1947:

"Eine solche parteiliche Arbeit wird zwangsläufig die gewerkschaftlichen Interessen nur als Nebenzweck betrachten können" (527).

Gerade diese Unabhängigkeit gegenüber der SPD wurde in dem Maße geringer, als die Abwehr des kommunistischen Einflusses in den Gewerkschaften immer mehr in den Vordergrund rückte. Dies führte zu einer Identifizierung der früheren ADGB-Funktionäre mit der Politik Schumachers gegenüber der KPD. Wenn Hansen auch jeden Eingriff von außen, selbst von der SPD, in gewerkschaftliche Bereiche kritisierte, so meinte er die Auseinandersetzung mit den Kommunisten um so härter angehen zu können:

"Die alten Gewerkschaftsfuhrleute werden dann (gemeint ist nach Abspalten des christlichen Flügels, was Hansen erwartete, d. V.) nicht davor zurückscheuen, brutal gegen kommunistische Einflüsse vorzugehen... Wir werden z. B. keinen Kommunisten in den Bundesvorstand hinein lassen, weil wir nicht wollen, daß die Unterhaltungen dieses Gremiums der kommunistischen Partei und damit Moskau offen liegen" (528).

Allerdings scheint zum mindesten im Bergischen, wo die Kommunisten in den Ortsausschüssen der Einzelgewerkschaften und den Kartells verankert waren, sich diese der Gefahr fraktionellen Arbeitens bewußt gewesen zu sein und den Erhalt der Einheit als vorrangiges Problem gesehen zu haben. So nahm im Solinger OA Karl Küll Stellung zu dem Vorwurf von Max Richter, daß er im Anschluß an einen arbeitsrechtlichen Kursus für Betriebsräte Werbung für die KPD betrieben habe, und betonte:

"Daß ich darüberhinaus auch auf einer der letzten Sitzungen meiner Partei erklärt habe, daß ich auf dem Standpunkt stehe, daß Fraktionsbildungen in der Gewerkschaft strikt abzulehnen seien und ich entschieden dagegen Stellung nehmen werde".

Von einem Beschluß der KPD, in den Gewerkschaften fraktionell zu arbeiten, auf den Richter sich in seinen Vorwürfen beziehe, sei ihm nichts bekannt (529).

Hingegen wurde von Teilen der sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaftsspitze die Konzeption der Einheitsgewerkschaft dazu instrumentalisiert, oppositionellen Strömungen entgegenzuwirken. An einigen Beispielen aus dem Bergischen soll versucht werden aufzuzeigen, daß der Vorwurf eines parteipolitischen Auftretens in den Gewerkschaften genauso gut auch gegen Sozialdemokraten gewandt werden könnte: Die Abgrenzungsbestrebungen gegenüber Kommunisten richteten sich nicht nur gegen die KPD, sondern dienten auch dazu, Streikbewegungen abzuwiegeln, mit dem Argument, die KPD könne aus diesem Streik politisches Kapital schlagen. Dies kommt sehr deutlich in einer Stellungnahme des DGB-Vorstandes für NRW zum Vorwerk-Streik zum Ausdruck. Die Gewerkschaftsführung hatte offenbar eine Ausdehnung des Streiks befürchtet:

"Es bestand die Gefahr, daß infolge der politischen Absichten der KPD der Streik zu Konsequenzen geführt hätte, die der Gewerkschaftsbewegung nicht dienlich gewesen wären. Es lagen eine Reihe von Entschließungen aus Betriebsräteversammlungen vor, in denen der entlassene Betriebsratsvorsitzende Hetzel gesprochen hatte. Alle diese Entschließungen trugen den gleichen Charakter und es war klar, daß die KP versuchte, politisches Kapital aus diesem Streik zu schlagen" (530).

Die schärfer werdende Auseinandersetzung zwischen SPD und KPD machte sich auch in den Ortsausschüssen bemerkbar. In Remscheid entzündete sich im Mai 1947 eine heftige Polemik wegen Äußerungen des Gewerkschaftssekretärs Hans Hofmann (KPD) (531). Dieser hatte auf einer Protestversammlung der Remscheider Belegschaften gegen die Ernährungskrise die MR heftig angegriffen und war daraufhin vom Militärgouverneur für die britische Zone, Asbury, verwarnt worden. Das diesbezügliche Gespräch zwischen Asbury und Hofmann wurde in der Presse veröffentlicht und erregte allgemein Aufsehen. Führende Remscheider Sozialdemokraten verteilten daraufhin ein Flugblatt gegen Hofmann, in dem sie ihm parteipolitisches Verhalten vorwarfen. Dabei bezeichneten sich die Verfasser als "nicht parteipolitisch gebundene Gewerkschafter". Man warf ferner der KPD vor, bereits mit der Besetzung des Sekretärpostens durch Hofmann beabsichtigt zu haben, fraktionell in der Gewerkschaft zu arbeiten. Als Gustav Flohr von der KPD, der zunächst für den Posten vor-

gesehen war, von der MR verhaftet wurde (532), habe die KPD den Posten nicht zur Verfügung gestellt, sondern mit Hofmann besetzt. Nach Bekanntwerden des Flugblattes berief Hofmann eine Betriebsrätevollversammlung ein. Diese verurteilte das Flugblatt als Spaltungsmanöver und stellte sich hinter den Gewerkschaftssekretär. Zudem erklärten die Vertreter der christlichen Gewerkschaften, daß die Zusammenarbeit mit Hofmann im OA ausgezeichnet sei. Die Verfasser des Flugblattes, Aloys Kieven, Kröschel und Bisterfeld - alle drei Funktionäre der SPD -, beriefen noch eine Versammlung ein, auf der sie als nicht parteigebundene Gewerkschafter gegen Hofmann sprachen. Hofmann blieb jedoch im Amt.

Ein weiteres Beispiel dafür, wie parteipolitische Auseinandersetzungen in gewerkschaftliche Politik einflossen, ist der Konflikt bei den Wuppertaler Bahnen (Freiheit Wu. v. 1. u. 8.8.1947; Rhein-Echo Wu. v. 13.8.1947). Hier hatte der Aufsichtsrat verlangt, die im Mai gekürzte Arbeitszeit bereits im August von 40 auf 44 Stunden zu erhöhen. Die Gewerkschaft mit ihrem Vorsitzenden Robert Daum (SPD) - der als Oberbürgermeister gleichzeitig Mitglied des Aufsichtsrates - empfahl der Belegschaft die Annahme der Arbeitszeitverlängerung. Der Betriebsrat, dessen Vorsitzender ein KPD-Mitglied war, lehnte dies mit Unterstützung der Belegschaft ab. Der Vorschlag des Betriebsrats, den Aufsichtsrat mit fünf Gewerkschaftern, fünf Betriebsräten und 10 Stadtverordneten zu besetzen, fand einstimmig Billigung. Das "Rhein-Echo" in Wuppertal kommentierte jedoch den Beschluß der Belegschaftsversammlung:

> "Die große Mehrzahl der Bevölkerung und sehr viele Straßenbahner haben jedenfalls keine Lust, sich von einer Handvoll Kommunisten terrorisieren zu lassen". (Rhein-Echo Wu. v. 13.8.1947)

Unterschiedliche Vorstellungen von SPD und KPD in der Gewerkschaftspolitik kamen auch in der Streikbewegung Anfang 1948 zum Tragen. Während der kommunistisch orientierte Ortsausschuß in Solingen eine Vollversammlung der Betriebsräte einberief, auf der ein 48stündiger Streik beschlossen wurde (533), berichtete der Gewerkschaftssekretär aus Wuppertal, daß der OA, eben weil ein Streikbeschluß zu befürchten war, keine Betriebsräteversammlung einberufen hatte (534).

1945 ging von den Betrieben her der Versuch aus, die Gewerkschaften zu reorganisieren. Anders als nach dem 1. Weltkrieg - als eine starke Massenbewegung auf eine politische und wirtschaftliche Neuordnung des Reichs drängte - fehlte jedoch den Betriebsräten eine Basis, auf die sie sich hätten stützen können (535). Trotzdem gelang es ihnen in der Übergangszeit, gewisse Machtpositionen einzunehmen und Zugeständnisse von Unternehmerseite zu erlangen. Dies erklärt sich aus der Tatsache, daß nach dem Zusammenbruch des Faschismus ein Machtvakuum auch in den Betrieben herrschte, viele Unternehmer geflohen waren, sich versteckt hielten oder zumindest nicht trauten, angesichts der ungesicherten politischen Zukunft auf Kollisionskurs mit den Betriebsräten zu gehen. Zudem waren sie auf die Mitarbeit der Betriebsräte bei Ingangsetzen der Produktion angewiesen: Nur in Zusammenarbeit mit ihnen konnten die anstehenden Probleme (Verhandlungen mit der MR wegen Permit, Gewinnung von Arbeitskräften, Kompensationsgeschäfte etc.) gelöst werden. Die Betriebsräte setzten mit ihren Aktivitäten auch genau an diesen Punkten an, betrachteten sich aber - auch ihrem Selbstverständnis nach - zugleich als Kern einer erneuerten Arbeiterbewegung und als Vorformen der Gewerkschaften. In diesem Verständnis begrenzten sie ihre Aktivitäten nicht auf die ökonomische Ebene, sondern entfalteten insbesondere bei der Entnazifizierung der Betriebe eine rege Tätigkeit.

In ihren politischen Aktivitäten wie bei dem Versuch, weitgehende betriebliche Mitbestimmungsrechte zu verankern, konnten die Betriebsräte nur dann erfolgreich sein, wenn sie - da eine Massenbewegung nicht vorhanden war - von außen, d.h. von den neugegründeten Gewerkschaften, Unterstützung bekamen. Diese blieb jedoch in den meisten Fällen aus. Nicht nur, daß die Gründung der Gewerkschaft sich nicht auf der Basis der Betriebsräte vollzog, sondern parallel z.T. sogar gegen sie geschah; auch später verhielt sich die Gewerkschaftsführung gegenüber der Betriebsrätebewegung mißtrauisch. Sie fürchtete offenbar, daß Bewegungen an ihrer Basis ihrer Kontrolle entgleiten und dabei dem Versuch, wie die Neuordnungsvorstellungen durchzusetzen seien, nur hinderlich sein könnten. Dabei stießen die Forderungen der Gewerkschaft nach Sozialisierung und Mitbestimmung auf die breiteste Zustimmung. Nur ging die Gewerkschaftsführung davon aus, daß diese in Verhandlung mit der MR und anderen politischen Kräften zu erreichen seien. Der wachsende Antikommunismus (536) führte zudem dazu, daß das Mißtrauen der ADGB-Funktio-

näre gegenüber den Kommunisten zunahm. Hatte man in Solingen und Wuppertal bereits bei der Gewerkschaftsgründung versucht, den kommunistischen Einfluß so gering wie möglich zu halten, so nahm im Laufe der Zeit die Bereitschaft zur politischen Auseinandersetzung immer mehr ab. Wie im Fall des Vorwerk-Streiks befürchtete nunmehr die Gewerkschaftsführung u.a., daß dieser Streik von kommunistischer Seite ausgeschlachtet werden könne, und verzichtete auch aus diesem Grunde auf eine Ausdehnung des Streiks. Sehr ähnlich auch die Haltung zu den Betriebsvereinbarungen: Die Gewerkschaft versagte letztlich den Versuchen, betriebliche Mitbestimmung zu verankern, ihre Unterstützung, da sie auf ein Mitbestimmungsgesetz und Partizipation der Gewerkschaften in allen politischen Ebenen hoffte. Charakteristisch ist ferner die Auseinandersetzung um die gewerkschaftlichen Kontrollausschüsse in Solingen. Hier wurde dem Kontrollausschuß zunächst vom OA des DGB ein großer Handlungsspielraum eingeräumt. Der Ausschuß versuchte, durch Mitarbeit der Bevölkerung seine Kontrollaufgaben wahrzunehmen. Er war dabei relativ erfolgreich, solange die Unterstützung durch den OA bestand. Bei den Korruptionsausschüssen, die sehr viel abgehobener von der Bevölkerung agierten, blieb die Mitarbeit der Bevölkerung aus, und ihr Wirkungsgrad war viel geringer. Das Mißtrauen der Gewerkschaftsführung gegenüber ihren Mitgliedern führte dazu, daß nicht mehr erkannt wurde, daß allein diese Männer und Frauen den gewerkschaftlichen Anspruch, die politische Neuordnung nach dem Kriege mitzubestimmen, hätten durchsetzen können (537). Wohl nicht zufällig verbanden die Arbeiter im Frühjahr 1947 mit ihren Aktionen für eine Verbesserung der Versorgung die Forderung nach mehr gewerkschaftlicher Macht, nach Sozialisierung u.ä. Diese "Blindheit der Gewerkschaften" war Ursache dafür, daß es der Gewerkschaft nicht gelang, ihre ursprünglichen Neuordnungsvorstellungen zu realisieren.

9. POLITIK VON SPD UND KPD IM BERGISCHEN 1946-48

Organisations- und Mitgliederstruktur

Die Anfänge des politischen Lebens im Jahr 1945 waren durch außergewöhnliche Bedingungen schwer behindert: Öffentliche Versammlungen waren untersagt, bis Herbst 1945 war Mitgliederwerbung offiziell noch verboten, eine Parteipresse existierte nicht, Vorstände und andere Parteigremien konstituierten sich ohne durch Wahlen legitimiert zu sein, die Kommunikation zwischen lokalen, regionalen und überregionalen Parteigremien war höchst schwierig. Erst zur Jahreswende etwa existierten Bedingungen, die politisches Handeln im öffentlichen Rahmen zuließen: ab Februar 1946 konnte in der britischen Zone eine Parteipresse erscheinen, öffentliche Versammlungen wurden genehmigt, in den Städten waren Stadtvertretungen ernannt worden (538). Der Parteiapparat festigte sich, der Ausbau der Organisationen wurde in Angriff genommen. Aufgrund der äußeren Bedingungen war die innerparteiliche Mobilität sehr gering. So wurden die 1945 gebildeten Vorstände, die nicht durch Wahlen legitimiert waren, sowohl auf Ortsvereins-, wie Unterbezirks- und Bezirksebene ausnahmslos auf den Mitglieder- oder Delegiertenversammlungen bestätigt und blieben in den nächsten Jahren weitgehend unverändert. Personelle Änderungen ergaben sich in der Regel nicht auf Druck der Mitgliederbasis, sondern hatten andere zwingende Gründe. So war Landowski in Wuppertal bereits im Sommer 1945 zum Beirat ernannt worden und schied daher - aufgrund der Bestimmungen der MR durften Beamte sich nicht politisch betätigen - aus dem Parteivorstand in Wuppertal aus. Das gleiche galt für Max Blank in Remscheid (539). In Solingen wurde Ernst Gnoss aus der lokalen Arbeit abberufen, da er sich nunmehr ausschließlich um Bezirksangelegenheiten kümmern sollte (540). Willy Dickhut verließ 1946 den KP-Unterbezirk von Solingen, um in Remscheid Hans Hofmann zu entlasten; Hofmann war durch seine Tätigkeit als Vorsitzender des Remscheider Ortsausschusses sehr beansprucht

und zog sich aus der Parteiarbeit etwas zurück (Inf. Dickhut). An die Stelle dieser aus den lokalen Führungsgremien ausgeschiedenen Funktionäre traten meist andere wie Hermann Herberts in Wuppertal, die erst später in ihre Heimatstädte zurückgekehrt waren, aber ebenfalls vor 1933 bereits Parteifunktionen bekleidet hatten (Inf. Herberts). Heinrich Schroth (SPD) in Solingen bildete hier eine Ausnahme. Schroth war vor 1933 in der SAJ aktiv, stand aber der SAP sehr nahe; er übernahm nach dem Ausscheiden von Ernst Gnoss dessen Funktionen in der Solinger SPD (541).

Detaillierte Angaben zur Mitgliederbewegung und -struktur liegen lediglich für die SPD im Bezirk Niederrhein vor (542). Für die KPD ist zu vermuten, daß ähnlich wie im Bezirk Ruhr auch in der alten Hochburg am Niederrhein die Partei zunächst großen Zulauf hatte und bald mehr Mitglieder als vor 1933 zählte (543). Der Bezirk Niederrhein der SPD umfaßte 1931 110 Ortsvereine, bereits Anfang 1947 waren es 137 und Ende 1947 150 Ortsvereine. Dementsprechend wuchs zunächst die Mitgliederzahl kontinuierlich (544):

	Ende 45	1.1.47	31.12.47	Mitgl.-Zuwachs
Bezirk Niederrhein	14.910	44.034	54.607	
UB Solingen		1.909	2.731	43,06 %
UB Remscheid		1.340	1.548	15,52 %
UB Wuppertal		4.669	5.564	19,16 %
Solingen		954	1.503	57,55 %
Remscheid		982	1.144	16,5 %
Wpt (wie UB Wuppertal)				
Rhein-Wupperkrs. 1 (Rs)		358	404	12,85 %
Rhein-Wupperkrs. 2 (Sol)		955	1.228	28,58 %

Dabei ist auffällig, daß in Solingen, wo sich die Partei im Vergleich zur KP vor 1933 in der Minderheit befand, der Zuwachs am größten war. Es ist zu vermuten, daß dieser Mitgliederzuwachs jedoch nicht in erster Linie auf Kosten der KP ging, sondern Nicht-Organisierte und wohl auch Zentrumsmitglieder u.a. in die SPD eintraten. Dies wird bestätigt durch den Zuwachs der SPD auch in den ländlichen Bezirken im Rhein-Wupper-Kreis. Gleichzeitig scheinen aber Solinger Spezifika, wie eine besonders effektive Werbung der Solinger Sozialdemokraten, eine Rolle gespielt zu haben, denn auch im Rhein-Wupper-Kreis liegt der Zuwachs im Solinger Gebiet weit über dem im Remscheider Kreis (545).

1948 stagnierte dann die Mitgliederbewegung; wahrscheinlich stieg sie noch im Frühjahr 1948 leicht an, um dann nach der Wähl-

rungsreform eher rückläufig zu werden. In Remscheid war im Jahr 1948 ein Rückgang von 82 Mitgliedern, in Wuppertal von 4 zu verzeichnen, nur in Solingen wurden insgesamt 82 neue Mitglieder geworben (546).

Der Anteil der weiblichen Mitglieder in Remscheid und Solingen lag im Jahr 1947 weit unter dem Bezirksdurchschnitt von 17,49 %. Dies dürfte an dem geringeren Anteil der weiblichen Berufstätigen in beiden Städten liegen. In Wuppertal konnte der Durchschnitt noch überschritten werden, waren hier doch weiter zahlreiche Frauen in der Textilindustrie beschäftigt. 1948 erhöhte sich der Anteil der weiblichen Mitglieder insgesamt leicht, wohl ein Zeichen für die Rückkehr der Frauen in die Erwerbstätigkeit.

Anteil der weiblichen Mitglieder (547)

	1947	1948
Solingen	10,65 %	13,9 %
Remscheid	11,53 %	14,1 %
Wuppertal	19,17 %	20,6 %

Für Wuppertal liegt für das Jahr 1947 und 1948 auch Material zur sozialen Zusammensetzung und Altersstruktur vor. Demnach erhöhte sich sogar das Durchschnittsalter im Jahr 1948 gegenüber 1947:

	-30	-40	-50	-60	-70	+70
1947	9,4 %	17,1 %	27,6 %	24,5 %	14,3 %	6,5 %
1948	9 %	16,1 %	27,4 %	24,9 %	15,4 %	7,4 %

Es war der SPD in Wuppertal also nur in geringem Umfang gelungen, jüngere Mitglieder zu rekrutieren. Zu vermuten ist, daß in die Partei im wesentlichen die bereits vor 1933 organisierten Mitglieder zurückströmten. Bei der sozialen Zusammensetzung zeigt sich deutlich, daß die SPD nach 1945 in erster Linie eine Arbeiterpartei war. Der Anteil der Arbeiter betrug 1947 über 46 %, hinzuzuzählen ist noch ein großer Teil der Berufslosen; da es sich hier u.a. um Rentner handelte, dürfte hier der Arbeiteranteil recht groß sein (548):

Arbeiter	46,3 %
Angestellte	18,5 %
Beamte	2,6 %
Freie Berufe	2,4 %

Selbständige	8,3 %
Berufslose	21,8 %

Gezielte Mitgliederwerbung wurde für Mittelstand, Frauen und Jugendliche betrieben. Für diese Kreise wurden innerhalb der Partei eigene Organisationsebenen geschaffen. So wurde im Bezirk Niederrhein die Schaffung von 15 Mittelstandsausschüssen beschlossen (549). Doch trotz aller Bemühungen schien die Partei nur schwer Fuß zu fassen (550). Erfolgreicher war die Werbung von Frauen; ihr Anteil stieg kontinuierlich an (551). Bereits am 23.1.1946 fand in Düsseldorf die erste Bezirksfrauenkonferenz statt, die sehr gut besucht war (552). Am 7.9.1948 tagte in Wuppertal eine Frauenkonferenz der SPD, die ebenfalls viel Beachtung fand (Rhein-Echo v. 7.9.1948). Auch im Bereich der Jugendarbeit versuchte die SPD, die Jugendlichen innerhalb der Partei zu organisieren. Mit den "Falken" gründete die Partei ihren eigenen Jugendverband, der an die Jugendarbeit der Weimarer Zeit anknüpfte. Hierbei wurde die Konzeption verfolgt, die Jugendlichen u.a. durch gemeinsame Fahrten, Zeltlager, die mit Schulung etc. verbunden waren, an die Partei zu binden (554).

Die KPD verfolgte neben dem Ziel der direkten Mitgliederwerbung ein weitergehendes: Die Realisierung ihrer Bündnispolitik durch Schaffen sog. "Massenorganisationen". Daher versuchte die Partei für die 3 Zielgruppen (vgl. SPD) quasi überparteiliche Organisationen anzubieten. So wurden "demokratische Frauenausschüsse" gegründet und eine "einheitliche Jugendbewegung" angestrebt (555). Letzteres wurde jedoch von der MR untersagt, so daß die Freie Deutsche Jugend zu einer Parteiorganisation wurde (556). Die "demokratischen Frauenausschüsse" scheinen zunächst punktuelle Erfolge erzielt zu haben; meist hatten Frauen der KPD die Führung inne. Die Ausschüsse griffen Probleme der Hausfrauen auf und versuchten, nachbarschaftliche Hilfe zu organisieren (557). So sandte z.B. der Ausschuß in Remscheid eine Delegation zur Stadtverordnetenversammlung (16.9.1946); die Frauen forderten die Unterstützung der Stadtverwaltung bei der vom Ausschuß initiierten Flüchtlingsbetreuung, die Aufhebung des Einspruchrechts bei Wohnungsbeschlagnahmungen, gerechtere Verteilung von Lebensmitteln und Gebrauchsgütern durch Einschaltung des Ausschusses sowie die Bereitstellung eines Raumes, der als Beratungsstelle des Ausschusses dienen sollte (558). Stärker noch als die SPD hatte die KPD bei der Gewinnung des Mittelstandes Schwierigkeiten. So berichtete "Die Freiheit", daß auch die zweite Mittelstandsversammlung der KPD in Solingen nur mäßig besucht worden sei (Freiheit v. 17.9.1946).

Recht erfolgreich hingegen war die KPD bei der Stabilisierung ihrer traditionellen Basis im Bergischen, den Betriebsarbeitern. In vielen größeren Betrieben existierten Betriebszellen, auch in den meisten Betriebsräten war die KPD vertreten (559). Vor allem im Krisenjahr 1947 konnte die KPD ihren Einfluß ausdehnen. Als Reaktion darauf ging nunmehr auch die SPD verstärkt dazu über, eigene Betriebszellen aufzubauen. Es gelang ihr jedoch nur mühsam, gegenüber der KPD Boden zu gewinnen. So klagte der Remscheider Vorstand der SPD darüber, daß aufgrund der mangelnden Betriebsarbeit der SPD auch die Verankerung der Partei in den Gewerkschaften unzureichend sei (560). Im Geschäftsbericht der SPD im Bezirk Niederrhein für das Jahr 1947 wird ausgeführt:

> "Das Schwergewicht der politischen Arbeit insbesondere bei dem Kampf um die Sozialisierung liegt unzweifelhaft in den Betrieben, zumal die Neutralität der Gewerkschaften eine positive sozialistische Propaganda allein der Partei vorbehält. Die Schaffung von SPD-Betriebsgruppen ist darum eine zwingende Notwendigkeit. Es ist auf diesem Gebiet noch vieles nachzuholen und es muß in diesem Jahr dieses Problem umfassend gelöst werden" (561).

Kommunalwahlen 1946 und Landtagswahl 1947

Die Kommunalwahlen fanden in der britischen Zone im Oktober 1946 statt. Sie wurden nach einem System durchgeführt, das Elemente des Personal- und des Verhältniswahlrechtes miteinander verband. Hierdurch wurden von vornherein kleinere Parteien benachteiligt (vgl. Rudzio 1968, 59-60). Am deutlichsten wird dies am Remscheider Wahlergebnis: Hier gingen CDU und FDP eine Listenverbindung ein und errangen deshalb einen beträchtlichen Wahlerfolg. Aufgrund des Wahlsystems erhielten sie mehr als zwei Drittel der insgesamt 36 Sitze, nämlich 28, obgleich sie weniger als 50 % der Stimmen auf sich vereinigen konnten. SPD und KPD hatten zusammen immerhin mehr Stimmen als die bürgerlichen Parteien, mußten sich jedoch mit 8 Sitzen zufriedengeben. In Solingen war ein Listenbündnis in letzter Minute von der MR untersagt worden. Auch hier konnte die CDU mit nur 0,6 % mehr Stimmen als die SPD 4 Sitze mehr erobern; die KPD mit nur 5,8 % Stimmen weniger als die CDU erhielt nur 3 Sitze. In Wuppertal errang der SPD mit etwas mehr als 1/3 der Stimmen im-

merhin 70 % der Sitze. In Solingen und Remscheid stellte die CDU die Oberbürgermeister, die FDP den Bürgermeister: Gustav Scholz und Richard Gierk in Remscheid, Gerhard Hebborn und Paul Dreher in Solingen. In Wuppertal übernahm der frühere Gewerkschaftsfunktionär Robert Daum von der SPD das Amt des Oberbürgermeisters, der Fabrikant Klaus Brauda von der CDU wurde Bürgermeister.

Ergebnis der Kommunalwahlen 13.10.1946 (562)

	Remscheid			Solingen			Wuppertal		
SPD	41 382	27,8 %	5	58 157	28,1 %	15	170 379	34,5 %	34
KPD	32 227	21,7 %	3	47 403	22,9 %	3	64 964	13,2 %	2
CDU	39 521	26,6 %	16	59 312	28,7 %	19	142 238	28,8 %	8
FDP	30 159	20,3 %	12	38 624	18,7 %	2	55 728	11,3 %	2
Z							37 765	7,6 %	1
DKP							21 877	4,4 %	1

"Die Freiheit" kommentierte das Wuppertaler Wahlergebnis dahingehend, daß durch das Wahlsystem eine Benachteiligung der KPD bezweckt worden sei:

> "Interessant ist fernerhin, daß die SPD für je 5000 Stimmen, die CDU für je 17 000 Stimmen und die FDP für je 28 000 Stimmen einen Sitz im Stadtparlament bekam, die Kommunistische Partei jedoch für jeden ihrer beiden Stadtverordneten 32 500 Stimmen aufbringen mußte" (Freiheit v. 18.10.1946).

Die Remscheider KPD beklagte, daß das Scheitern des Wahlbündnisses mit der SPD verhindert habe, daß die Arbeiterparteien die Mehrheit erringen konnten (Freiheit Rs. v. 16.10.1946). Auch die Sozialdemokraten in Solingen und Remscheid fühlten sich durch das Wahlsystem benachteiligt, werteten aber die Wahl insgesamt als Erfolg, da sie in beiden Städten die frühere KP-Mehrheit brechen konnten. Sie gelangten zu der Feststellung, daß die SPD das Vertrauen großer Teile der Bevölkerung habe auf sich vereinen können (Rhein-Echo v. 19.10.1946). Obgleich insbesondere die KPD durch das Wahlsystem benachteiligt wurde, ist ersichtlich, daß die KPD in ihren früheren Hochburgen Solingen und Remscheid unabhängig vom Wahlsystem schlecht abschnitt. In beiden Städten konnte die SPD mehr Stimmen als die Kommunisten erringen. Zugleich fällt das gute Abschneiden der bürgerlichen Parteien auf: Hier ist zu fragen, ob neben anderen Faktoren - wie Restauration der bürgerlichen Kräfte, Dezimierung der Kader

der Arbeiterbewegung, Kalter Krieg u.a. - nicht auch eine Rolle spielte, daß Sozialdemokraten und Kommunisten im Wahlkampf sich gegenseitig angriffen, während die bürgerlichen Parteien im Bergischen fast ausschließlich gegen die Arbeiterparteien polemisierten. Dennoch haben in den drei Städten die Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam die meisten Stimmen auf sich vereinigen können, ohne daß sich dies in den Machtverhältnissen der Stadtparlamente niederschlug.

Die Landtagswahlen im April 1947 standen unter dem Zeichen der Streikbewegung und der Hungerdemonstrationen. Die KPD konnte in diesen Wahlen allgemein einen Stimmenzuwachs verbuchen (563). In Solingen errangen beide Kandidaten der KPD, Otto Quade und Arthur Hahnenfurth, die Direktmandate, in Remscheid fiel es ebenfalls an den Kandidaten der KPD, Hugo Paul. Für Wuppertal zogen die Kandidaten der SPD, Alfred Dobbert und Hermann Herberts in den Landtag.

Ergebnis der Landtagswahl 1947 (Rhein-Echo v. 23.4.1947)

	Remscheid		Solingen		Wuppertal	
SPD	12 186	25,3 %	17 214	27 %	54 421	33,5 %
KPD	13 292	27,2 %	18 554	29,1 %	29 541	18,2 %
CDU	11 337	23,5 %	14 746	23,2 %	26 545	16,4 %
FDP	7 792	16,1 %	11 806	18,5 %	25 548	17,7 %
Z			1 368	2,1 %	14 849	9,2 %
Dt. Rechtsp.	1 098	2,3 %			9 942	6,1 %

In Solingen kommentierte die SPD-Zeitung "Rhein-Echo" den kommunistischen Wahlsieg als einen Sieg nicht "der politischen Logik, sondern des leeren Magens" (Rhein-Echo So. v. 23.4.1947). In einem anderen Artikel stellte das "Rhein-Echo" fest, daß Remscheid und Solingen die einzigen Städte seien, in denen die KP Direktmandate habe erringen können. Dies sei hauptsächlich auf die Verluste der CDU zurückzuführen:

> "Es ist nicht schwer zu erraten, welcher früheren radikalen Richtung vor 1933 die neuen KP-Wähler im großen und ganzen entstammen" (Rhein-Echo Wu. v. 23.4.1947).

Diesem zweifellos polemischen Argument ist entgegenzuhalten, daß die Wahlbeteiligung in den Landtagswahlen sehr niedrig war und daß die KPD angesichts der Versorgungskrise von einer Wählerfluktuation, insbesondere bei den jüngeren Wählern, profitiert haben dürfte. Außerdem erhielt die KPD gerade in ihren früheren Hochburgen die meisten Stimmen, was doch eher auf ein traditionell linkes Wählerpotential schließen läßt.

Die Stärkung konservativer Kräfte in der Kommunalverwaltung

Die Entnazifizierung Deutschlands war ein Ziel der amerikanischen und britischen Besatzungspolitik. Entsprechend den Faschismusvorstellungen der westlichen Besatzungsmächte, beschränkte sich diese jedoch weitgehend auf eine personelle Säuberung der Verwaltungsapparate. Bei Kriegsende gab es noch keine genauen Vorstellungen über ihre Durchführung. Als sich herausstellte, daß die einzig nennenswerte antifaschistische Kraft in Deutschland die Linke war, lehnten die Amerikaner eine größere Beteiligung von Deutschen an der Entnazifizierung ab. Die Briten waren von Anfang an dagegen gewesen, Deutsche an diesem Säuberungsprozeß zu beteiligen. Damit fehlte Amerikanern wie Briten zunächst ein deutscher Partner, mit dessen Hilfe allein die Entnazifizierung hätte erfolgreich sein können (vgl. Rudzio 1968; Pietsch 1978; Niethammer 1967 u. 1972 u. Schröder 1972). Die westlichen Besatzungsmächte schlossen von vornherein alle Wege der Entnazifizierung aus, die zu einer Veränderung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur geführt hätten. So stellte auch die Neuordnung des Gemeinderechts in der britischen Zone (Rudzio 1968, 50 ff., Pietsch 1978, 42-43) - wesentliche Elemente des britischen Kommunalwesens wurden auf deutsche Verhältnisse übertragen - kein Element zur Demokratisierung dar, sondern stärkte das in Deutschland traditionell konservative Berufsbeamtentum. Die amerikanische MR hielt - im Gegensatz zu Forderungen wie sie insbesondere von Vertretern der Arbeiterbewegung gestellt wurden - am Prinzip einer personalistischen Säuberung fest. Diese jedoch drohte, die Effektivität der Verwaltung zu beeinträchtigen, daher verzichteten die lokalen MR sehr rasch auf einen Austausch der Verwaltungsbeamten. Lutz Niethammer nennt insgesamt folgende Gründe für die nicht durchgeführte Entnazifizierung des Verwaltungsapparates:

> "Darüberhinaus wurde jedoch einer Neurekrutierung des öffentlichen Dienstes auch ausgewichen, weil sie die soziale Krise des Bürgertums verschärft, den eingeleiteten Rehabilitierungsprozeß sinnlos gemacht, eine deutliche Machtverschiebung zugunsten der Arbeiterbewegung bedeutet und die Hinnahme eines vorübergehenden Leistungsabfalls in der Verwaltung notwendig zur Folge gehabt hätte. Vielmehr wurde überwiegend an den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums festgehalten (Niethammer 1967, 182-187).

Bereits wenige Monate nach der Besetzung war deutlich, daß die Kontinuität besonders in Wirtschaft und Verwaltung ungebrochen war. Zwar waren die Spitzen der Verwaltung, die Oberbürgermeister und andere leitende Kommunalbeamte, die Mitglieder in der NSDAP gewesen waren, zumeist geflohen und wurden ersetzt. Doch an ihre Stelle traten meist andere Berufsbeamte konservativer Einstellung. Wenn auch besonders in der amerikanischen, in geringerem Maße auch in der britischen Besatzungszone in einer ersten Entnazifizierungswelle zahlreiche Beamte entlassen wurden, so wurden diese doch oft kurze Zeit später, mit der Begründung, die Effektivität der Verwaltung sei bedroht, wieder in ihre alten Stellungen zurückgerufen. So waren in Solingen von 20 entlassenen Kommunalbeamten im September 1946 16 bereits wieder im Amt (Freiheit So. v. 6.9.1944). In den ersten Wochen waren die Oberbürgermeister als Exekutivorgane der MR mit nahezu absoluten Vollmachten ausgestattet und nur gegenüber der MR verantwortlich. Sie schlugen der MR die leitenden Kommunalbeamten und die Beigeordneten vor. In den drei Städten des Bergischen stützten die drei Oberbürgermeister sich eher auf konservative Verwaltungsfachleute vom Typ des "unpolitischen Fachmannes" als auf antifaschistische Kräfte. Dies wurde mit dem Effektivitätsprinzip begründet. Teilweise blieben aber auch die Beigeordneten in ihrem Amt, wie z.B. der Stadtrat für Ernährungsfragen in Wuppertal, Dr. Schön. Der Aspekt der Demokratisierung trat bei der Besetzung von Stellen von Anfang an in den Hintergrund. So wurde in Remscheid der vom Aktionsausschuß als Leiter der Polizei eingesetzte Sozialdemokrat, Walter Frey, kurze Zeit später wieder abgesetzt, auch die Hilfspolizei, die einige Wochen lang an die Stelle der alten Polizei getreten war, wurde wieder aufgelöst. Da die örtlichen "detachments" keine zentralen detaillierten Vorschriften für Entnazifizierung und Wiederingangsetzungen der Verwaltung hatten, sind große regionale und lokale Unterschiede festzustellen (565). Der Grad der Säuberung war abhängig von der politischen Einstellung des Stadtkommandanten (566). In einer zweiten Entnazifizierungswelle im Herbst 1945 wurden alle in der NSDAP organisierten Wahlbeamten entlassen, auch an deren Stelle traten meist nach 1933 entlassene Beamte, die aber ebenfalls meist dem bürgerlichen Lager angehörten (Niethammer 1973, 179-181). Gleichzeitig erfolgte die Neustrukturierung der Gemeindeordnung nach britischem Muster. Dies bedeutete eine Machtverschiebung von den Wahlbeamten zur Ratsversammlung und zu dem von ihr gewählten Oberbürgermeister. Um die Jahreswende wurde dann das Oberbürgermeisteramt aufgespalten in den Oberbürgermeister und den Oberstadtdirektor.

Der Posten des Oberstadtdirektors wurde meist von ehemaligen Beamten der Weimarer Republik besetzt, wohingegen den Parteien die Besetzung des Oberbürgermeisteramtes als politischer Posten zugestanden wurde. Die Neustrukturierung war dann mit der Ernennung der Stadtverordnetenversammlung und deren Neuwahl im Herbst 1946 abgeschlossen. Hatten die Briten wohl noch mit der neuen Gemeindeordnung eine Liberalisierung erhofft, so verschoben sich jedoch in der Praxis die Machtbefugnisse immer mehr zu den Verwaltungsbeamten hin, v.a. zum Oberstadtdirektor (567). Die meisten leitenden Verwaltungsbeamten auch der Oberstadtdirektor waren bereits vor der Ernennung der Stadtvertretung, alle aber vor der Wahl, ernannt worden und konnten nicht mehr entlassen werden. Dies wurde in allen drei Städten von den politischen Parteien beklagt. Vorschläge, dieses Amt noch nicht zu besetzen, stießen auf Widerstand der MR; d.h. vom politischen Standort des ersten von der MR eingesetzten Oberbürgermeisters hing die Einstellung der leitenden Kommunalbeamten ab und in der Folgezeit, nach den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung, konnte am politischen Charakter der Verwaltung kaum noch etwas geändert werden (568).

Im Verwaltungsapparat der drei Städte waren die Arbeiterparteien demzufolge unterrepräsentiert. In Solingen und Wuppertal kam der Oberstadtdirektor aus konservativen Kreisen, in Remscheid trat ein Sozialdemokrat dieses Amt an (569). Da die KPD traditionell kaum Beamte in ihren Reihen zählte, konnte sie lediglich in Remscheid mit Ernst Zulauf einen Beigeordneten stellen: dies geschah auf Grund von Absprachen im Aktionsausschuß. In Wuppertal wurden zwei Dezernentenstellen mit Sozialdemokraten besetzt, in Remscheid erhielt ein Vertreter der SPD ein Dezernat, und nur in Solingen, wo sozialdemokratische Funktionäre von Anfang an das Ziel verfolgt hatten, möglichst viele Posten in der Verwaltung zu übernehmen, gab es sechs sozialdemokratische Dezernate (570). Binnen eines Jahres hatte sich das Berufsbeamtentum in den Verwaltungsposten konsolidieren können, die Machtbefugnisse lagen nicht bei den politischen Gremien, wie Stadtverordnetenversammlung u.ä., sondern bei den Verwaltungsbeamten, wie z.B. beim Gemeindedirektor. Jeglicher Versuch einer tiefergreifenden Neustrukturierung im Kommunalwesen wäre zu diesem Zeitpunkt bereits auf den hartnäckigen Widerstand einer konservativen Verwaltung gestoßen. So ist zu erklären, daß - selbst als in Solingen oder Remscheid ein Kommunist das Amt des OB bekleidete (571) - keine strukturellen bzw. personellen Veränderungen in der Verwaltung mehr vorgenommen wurden.

Um die Jahreswende 1945/46 wurden auf Vorschlag der Parteien in den drei Städten von der MR die Abgeordneten der Stadtvertretungen ernannt. Neben den politischen Vertretern wurden auch Repräsentanten der Kirchen, der Gewerkschaften und der Unternehmer berücksichtigt. Die Mehrheitsverhältnisse von 1929 wurden nicht zugrundegelegt, wahrscheinlich, um die KPD nicht zu stärken (572). Die Zusammensetzung wurde von den örtlichen Stadtkommandanten entschieden, so daß in allen drei Städten unterschiedliche Kriterien angewandt wurden. In Wuppertal erfolgte die Ernennung der Stadtvertretung in zwei Schritten, am 28.12.45 wurden 30 Vertreter ernannt, am 16.1.1946 folgten 26 weitere: 33 Repräsentanten des Bürgertums standen 10 Kommunisten und 13 Sozialdemokraten gegenüber. Die Stadtvertretung wählte Eugen Richter von der FDP zum Oberbürgermeister und Robert Daum (SPD) zu seinem Stellvertreter (Schön 1947, 12-13). Auch in Remscheid dominierten die bürgerlichen Vertreter. Gegenüber den politischen Mandaten (je 3 CDP und LDP, 1 Zentrum und 1 Vertreter des Aufbaublocks, einer politischen Vereinigung von Remscheider Fabrikanten) waren KPD und SPD mit je 6 Mandaten und 2 Gewerkschafter scheinbar überrepräsentiert, doch waren noch 8 Ständevertreter ernannt worden, die ausschließlich dem Bürgertum zuzurechnen waren, so daß auch hier letztlich eine Mehrheit von 16 Bürgerlichen, 14 Vertretern der Arbeiterparteien gegenüberstand. Gustav Scholz von der CDP wurde zum Oberbürgermeister ernannt, Bürgermeister wurde Gustav Flohr von der KPD. Da Scholz aus gesundheitlichen Gründen sein Amt zwei Monate später niederlegte, wurde Flohr dann Oberbürgermeister (573).

In Solingen trat der Bürgerbeirat Anfang Dezember erstmalig zusammen. Aufgrund der Spannungen mit Oberbürgermeister Brisch tagte er dann nicht mehr (Dickhut 1979, 462 ff.). Brisch setzte seinen ganzen Einfluß bei der MR ein, um eine Linksmehrheit zu verhindern. Deswegen bewog er den Stadtkommandanten, nicht die Mehrheitsverhältnisse von 1929 zugrunde zu legen, da dann die KPD die Mehrheit gehabt hätte. Brisch schlug vor, je 15 Mandate an die SPD und KPD zu geben, 8 Sitze an die CDP, 4 Sitze an die FDP sowie einige bürgerliche Parteilose zu berücksichtigen. Dies bedeutete, daß eine der beiden Linksparteien ein Bündnis mit bürgerlichen Kräften hätte eingehen müssen (574). In Solingen hatten die Parteien sich jedoch im Parteienblock auf die Besetzung bestimmter Ämter geeinigt. Die KPD beanspruchte das Amt des Oberbürgermeisters, die SPD das des Oberstadtdirektors. Die Wahl Albert Müllers (KPD) zum Oberbürgermeister verlief einstimmig. Gegen seinen Stellvertreter, Paul Dreher von der FDP, hatte offenbar die MR zunächst Bedenken geäußert.

Oberstadtdirektor blieb Bertram Berting, ein Verwaltungsfachmann, der unmittelbar nach der Besetzung dieses Amt übernommen hatte (575). Die Stadtvertretung setzte sich zusammen aus 9 Kommunisten, 9 Sozialdemokraten, 9 von der CDP und 6 von der FDP sowie 9 Parteilosen, deren politischer Standort nicht mehr genau festzustellen ist. Unter anderem fiel der ernannten Stadtvertretung auch die Besetzung weiterer Beigeordnetenstellen zu. Somit konnten sich in den drei Städten die konservativen Elemente in der Kommunalverwaltung weiter festigen. Ferner konnte sich der Oberstadtdirektor notfalls über die Beschlüsse der Stadtvertretung hinwegsetzen. So intervenierte Berting in Solingen beim Regierungspräsidenten, als sich eine Mehrheit von Sozialdemokraten, Kommunisten und Freien Demokraten für die Einheitsschule in Solingen aussprachen, und setzte über die Köpfe der Stadtvertretung hinweg die Einführung einer konfessionellen Schule in Solingen durch (576).

Die Stadtverordnetenversammlungen in Remscheid, Solingen und Wuppertal

Die Diskussionen in den Stadtvertretungen waren wesentlich bestimmt von den ökonomischen und sozialen Problemen der Nachkriegszeit. Die sich bis Frühjahr 1947 ständig verschlechternde Ernährungslage - die Kalorienzahl sank in den Städten im Verlauf des Winters im Frühjahr auf 700-800 Kalorien, die Knappheit aller wichtigen Versorgungsgüter, das Anwachsen des Schwarzmarktes, die Bedrohung der nur mühsam anlaufenden Produktion durch Demontageforderungen, die sich verschärfende Energiekrise, die Wohnungsnot, der Flüchtlingsstrom, dies waren die existentiellen Probleme der Kommunalpolitik. Wie aus den Berichten der Oberstadtdirektoren und der Oberbürgermeister vor den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung übereinstimmend hervorgeht, schien den Kommunalpolitikern auch auf lange Sicht eine Lösung dieser Probleme nicht möglich (577). In der Bevölkerung breitete sich immer mehr Resignation aus. Im Winter 1946/47 verschärfte sich die Krise noch. Folgender Bericht der "Rheinischen Post", Zeitung der CDU, über die letzte Sitzung der Solinger Stadtvertretung vor Weihnachten, charakterisiert die Situation wohl treffend:

> "Die Sitzung der Solinger Stadtverordneten am Freitag im Walder Stadtsaal ging im ungeheizten großen Raum bei grimmiger Kälte vor sich. Eingehüllt in mehr oder weniger dicke Mäntel, dampfende Tassen heißer Brühe vor sich, so beratschlagten die gewählten Bürgerschaftsvertreter lange noch ohne Licht sitzend, was zum Wohle der Stadt und ihrer Bevölkerung zu tun sei" (578).

Die Kommunalverwaltungen waren in dieser Situation, ohne umfassende Hilfe von übergeordneten Stellen, insbesondere der MR, handlungsunfähig. Daher forderte der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion in Wuppertal, Oskar Schweißfurth, die zuständigen deutschen Stellen und insbesondere die MR auf, alles erdenklich Notwendige zu veranlassen, um die Not zu lindern. Er wies nachdrücklich daraufhin, daß die werktätige Bevölkerung Wuppertals durch Einführung der Nachtarbeit wegen der Stromsperren bereits weitere Opfer auf sich genommen habe und bis an die Grenze des Zumutbaren belastet sei (579). In dieser Situation, in der die Hauptaufgabe der öffentlichen Verwaltung war, das Überleben zu organisieren, entstand beinahe zwangsläufig in den Stadtverordnetemversammlungen eine Atmosphäre von Gemeinsamkeit, die die politischen Gegensätze zu überbrücken schien. Immer wieder wurde die Notwendigkeit beschworen, parteiliche Auseinandersetzung hintanzustellen und die Interessen der Bevölkerung und der Stadt gemeinsam gegenüber der MR zu vertreten. So wurde in den ersten Sitzungen der gewählten Stadtparlamente von allen Fraktionen nahezu einmütig der Wille zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit betont (580). Dies kennzeichnete bis zum Frühjahr 1947 die Arbeit der Stadtvertretungen. Allerdings waren die Akzentuierungen je nach Zusammensetzung des Stadtparlaments unterschiedlich: In Wuppertal, wo SPD und KPD zwar zusammen die Mehrheit hatten, jedoch der Bürgermeister von der CDU als zweitstärkster Partei gestellt wurde, betonte die KPD ihren Willen zur Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten (581). In Solingen und Remscheid waren Oberbürgermeister und Bürgermeister von den bürgerlichen Parteien zunächst gestellt worden und zwar gegen die Stimmen von SPD und KPD, die sich auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt hatten. Hier hob die KP den Willen zur Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Kräften stärker hervor (582). Zu diesem Zeitpunkt, im Herbst 1946, schreckten die Sozialdemokraten noch vor einer krassen Ablehnung der Zusammenarbeit mit Kommunisten zurück. Auch deuten die Äußerungen der bürgerlichen Vertreter, die die gute vergangene Zusammenarbeit mit der KPD beschworen, auf eine deutliche Verunsicherung auch der bürgerlichen Parteien hin. So führte der Sprecher der Christdemokraten in Remscheid am 4.11.46 in Remscheid aus:

"Ich habe Gelegenheit gehabt, ein Jahr mit Ihnen, Herr Panzer von der KPD, im schwierigsten Ausschuß der Fahrbereitschaft zusammenzuarbeiten. Ich wüßte auch nicht einen Fall zu nennen, bei welchem wir einmal gegensätzlicher Meinung gewesen wären. Wir hoffen, daß dieses gute Verhältnis auch in Zukunft nicht gestört wird" (583).

In den Landtagswahlkämpfen des Jahres 1947 wurde die Brüchigkeit dieser postulierten Gemeinsamkeit bereits in aller Schräfe sichtbar, dann jedoch auf den Ebenen der Kommunalpolitik noch einmal zugedeckt. Als im Frühjahr 1947 die Lebensmittelrationen im Bergischen auf 600 Kal. sanken, legten in allen drei Städten - wie bereits erwähnt - die Stadtvertretungen ihre Arbeit nieder (584). Sie entschlossen sich zu diesem Schritt, um gegenüber der MR zu demonstrieren, daß sie angesichts dieser Krise keine Möglichkeit zu einer sinnvollen Arbeit sahen. Außerdem war das Vertrauensverhältnis zur MR im Bergischen stark gestört, da die MR die Angaben der Kommunalverwaltung über die Ernährungslage angezweifelt hatte. Mit der Arbeitsniederlegung hofften die Stadtverordneten, die Weltöffentlichkeit auf die verzweifelte Lage in Deutschland aufmerksam zu machen (585). In Solingen drang die KPD nach kurzer Zeit bereits auf eine Wiederaufnahme der Arbeit, da die gewählten Stadtvertreter sich nicht der Verantwortung entziehen dürften (Freiheit So. v. 20.5.1947). Insgesamt ist dieser "Streik" als Ausdruck einer gemeinsamen Interessenlage der Deutschen gegenüber den Besatzungsmächten zu sehen, die alle parteipolitischen Gegensätze für eine kurze Phase zurücktreten ließ.

Diese häufig beschworene Gemeinsamkeit aller Parteien überdeckte aber nur zum Teil die unterschiedlichen Auffassungen über Wege und Möglichkeiten, die zur Behebung der Notlage zu beschreiten seien, so daß an der Frage des "Wie" sehr häufig Konflikte aufbrachen (586). Insbesondere die KPD geriet hier schnell in Gegensatz zu den übrigen Parteien. Die KPD verstand ihre konstruktive Mitarbeit zugleich als Kontrolle der Verwaltung, um die Rechte und Interessen der Arbeiter und Angestellten zu sichern. So versuchte sie, neben der Arbeit in der Stadtvertretung breite Teile der Bevölkerung an der Arbeit der Kommunalverwaltung partizipieren zu lassen. Sie initiierte die Sendung von Delegationen von Betriebsausschüssen, Frauenausschüssen etc. in die Sitzungen der Stadtvertretung und unterstützte außerparlamentarische Aktions- und Organisationsformen (587). Daneben brachen heftige ideologische und prinzipielle Konflikte auf, wie aus dem Protokoll

der Stadtverordnetensitzung in Remscheid vom Juni 1946 hervorgeht. Der Remscheider Oberbürgermeister Flohr berichtete in der Stadtvertretung über ein Protokoll einer Sitzung des frühen Oberbürgermeisters, zur Hellen, mit Vertretern der MR vom Mai 1945 (588). Im Laufe dieser Unterredung erklärte zur Hellen der MR, daß es in erster Linie darauf ankäme, in Remscheid den kommunistischen Einfluß zurückzudrängen. Bereits während des Kapp-Putsches, so zur Hellen, hätten sich die Kommunisten als Zerstörer der Demokratie erwiesen (589). Flohr nahm dieses Protokoll zum Anlaß, die Frage zu stellen, wie ein zutiefst reaktionärer Mann wie zur Hellen so lange habe Oberbürgermeister von Remscheid sein können, zumal in zur Hellens Gedankengut ausgesprochene Parallelen zur faschistischen Ideologie zu erkennen seien. Hieran entzündete sich eine Debatte, in deren Verlauf der Sprecher der CDU, Wilhelm Schuy, versuchte, die Märzkämpfe 1920 in Remscheid als einen kommunistischen Aufstand gegen verfassungstreue Truppen darzustellen (590). Diese Diskussion wurde in der folgenden Sitzung am 24.6.46 wieder aufgenommen (591), wobei es zu einem heftigen Wortwechsel zwischen Schuy und dem Sprecher der KPD, Albert Issel, kam. Schuy konstruierte dabei eine Affinität zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus, was von Issel aufs entschiedenste zurückgewiesen wurde, der betonte, daß gerade die KPD die meisten Opfer unter dem Faschismus zu beklagen hatte. Der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion, Aloys Kieven, schloß sich der Darstellung Issels an, und wies noch einmal auf die zu Unrecht erfolgte Absetzung des Polizeileiters Frey durch zur Hellen hin, verlangte dann aber den Abschluß der Debatte und die Rückkehr zur sachlichen Arbeit. Diese Auseinandersetzung zeigt deutlich, daß die politischen Gegensätze, insbesondere zwischen den bürgerlichen und den Arbeiterparteien, weiter bestanden. Keines der Lager hatte die historischen Auseinandersetzungen vergessen; daß sich die Kontroversen an der Frage der Beurteilung des Kapp-Putsches in Remscheid entzündeten, ist nicht verwunderlich, da die Kämpfe im März 1920 noch in der Erinnerung der Stadtverordneten geblieben waren.

Eine weitere Kontroverse ergab sich bei der Besetzung von Dezernentenstellen in Wuppertal kurz vor den Wahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen (592). Die sozialdemokratische und die kommunistische Fraktion vertraten die Auffassung, daß es undemokratisch sei, noch kurz vor den Wahlen die Dezernate zu besetzen. Die Stadträte würden auf 12 Jahre ernannt und die dann durch Wahlen legitimierte Stadtvertretung hätte dann keinen Einfluß mehr. Die SPD-Fraktion stellte - offenbar in der Hoffnung nach den Wahlen würden sich die Machtverhältnisse in Wuppertal

zugunsten der SPD ändern - den Antrag, keine Dezernate mehr zu besetzen. In diesem Zusammenhang wurde von der SPD bedauert, daß mit der Wahl des Stadtparlamentes nicht zugleich auch die Möglichkeit gegeben sei, alle Verwaltungsämter neu zu besetzen. Die bürgerlichen Parteien und auch der Oberstadtdirektor wandten sich gegen diesen Antrag. Die ernannte Stadtvertretung sei repräsentativ, und außerdem müsse die Funktionsfähigkeit der Verwaltung oberstes Gebot sein; zudem werde der sozialdemokratische Vorschlag ohnehin am Widerstand der MR scheitern (593).

In einem anderen Fall stieß die Stadtvertretung auf den Widerstand der MR. Es handelte sich hierbei um einen Vorstoß der Stadtvertretung, einen konkreten Beitrag zur Entnazifizierung zu leisten. Der Wohnungsausschuß Wuppertal unterbreitete der Stadtvertretung - offensichtlich aufgrund von Beschwerden der Bevölkerung - im Frühjahr 1947, daß im Bezirk Wuppertal Nord in der ehemaligen "SA-Dankopfer Siedlung" noch dieselben Bewohner ansässig seien wie unter dem Hitler-Regime. Während des NS-Regimes waren die Wohnungen ausschließlich an Parteimitglieder vergeben worden, die sich besondere Verdienste erworben hatten. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß einstimmig, sich an höhere Stellen zu wenden, um die Aussiedlung der Bewohner genehmigen zu lassen. Die Siedlung sollte dann bedürftigen Antifaschisten und Obachlosen übergeben werden (594). Nach mehreren Vorstößen genehmigte die Regierung in Düsseldorf diesen Antrag, doch die MR erhob Einspruch. Sie befürchtete offenbar, daß selbst in einem so eindeutigen Fall, wo zudem ein einstimmiger Beschluß der Stadtvertretung vorlag, bestimmte Enteignungsvorstellungen präjudiziert würden (595).

Zum Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten in den drei Städten

Auf lokaler Ebene blieb das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten sehr lange von den Erfahrungen der gemeinsamen Gegnerschaft zum Faschismus geprägt. Zu einer Zeit, da die jeweiligen Parteiführungen längst zum Abtausch feindseliger Polemiken übergingen, waren im kommunalpolitischen Rahmen Mitglieder beider Parteien noch vom Willen zur solidarischen Zusammenarbeit erfüllt. Dies wurde u.a. in der Anfangsphase noch verstärkt durch inhaltliche Übereinstimmungen. Beide Parteien traten für staatliche Eingriffe ins Privateigentum und für eine gerechte Verteilung der Versorgungsgüter ein. In diesen Punkten

grenzten sich Sozialdemokraten wie Kommunisten von bürgerlichen Parteien ab. So hob der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion in Remscheid, Anton Küppers, in der ersten Sitzung des gewählten Stadtparlaments zwar die Gemeinsamkeiten aller Parteien hervor, betonte jedoch ausdrücklich die sozialistischen Grundlagen seiner Partei:

> "Wir haben trotz schöner Reden oder besserer Phrasen genug Kriegs- und Rüstungsgewinnler gehabt... Die Zeiten monokapitalistischen Gewinnstrebens müssen endgültig vorbei sein" (596).

Selbst in Wuppertal, wo die SPD sich sehr früh auf den Kurs von Schumacher einstellte, war die Zusammenarbeit zwischen sozialdemokratischer und kommunistischer Fraktion im Stadtparlament sehr eng. So zog der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion, Robert Daum, seine Zustimmung zur Verabschiedung des Haushaltplanes zurück, weil die kommunistische Fraktion Bedenken angemeldet hatte. Die KPD war der Auffassung, daß die Verabschiedung dieses Planes einen Neuanfang im kommunalen Leben eher behinderte als förderte, da dieser sich an der vorhergegangenen Praxis orientiere. Der Haushaltsplan konnte dann erst im Juni 1946 verabschiedet werden, mit der Klausel, daß soziale Belange vorrangig zu behandeln seien (597).

Diese Bereitschaft zur Zusammenarbeit wurde nur allmählich durch Tendenzen zur Abgrenzung überschattet. Exemplarisch läßt sich diese Wandlung u.a. an den Diskussionen und der Gestaltung der Märzfeiern zum Gedenken an die Gefallenen der beiden Parteien im Kapp-Putsch aufzeigen. Wie bereits ausgeführt (598), waren nach dem Zusammenbruch des Faschismus die "Märzgefallenen" (1920) im Bergischen, insbesondere in Remscheid, zum Symbol für eine geeinte Arbeiterbewegung geworden. Wie die Diskussionen in der ernannten Stadtvertretung zeigen, wurden zwei Gedenkfeiern von SPD und KPD gar nicht erst in Erwägung gezogen. So kam es dann im März 1946 zu einer gemeinsam von SPD und KPD veranstalteten Feier. Die Bezirksleitung der SPD Niederrhein beklagte daraufhin gegenüber dem Büro Schumacher die mangelnde Disziplin der eigenen Mitglieder und die "propagandistische Ausschlachtung" der Feier durch die kommunistische Presse (599). Bereits im folgenden Jahr wurde nicht mehr an der gemeinsamen Feier festgehalten. Vielmehr fanden getrennte Feiern jeder Partei statt, auf denen allerdings jeweils ein Redner der anderen Partei sprach. Die Kranzniederlegung vor dem Rathaus wurde gemeinsam vollzogen (600). Im März 1948 wurde dann auch auf die gemeinsame Kranzniederlegung verzichtet. Gemeinsam noch

legten Vertreter von SPD und KPD den Grundstein für ein Denkmal zu Ehren der Märzgefallenen. Auf der Mitgliederversammlung der SPD Remscheid vom 6.4.48 betonte Kieven, daß diese Denkmalangelegenheit keineswegs Sache der KP sei, sondern von beiden Parteien bereits 1945 angeregt worden sei und letztlich eine Ehrenpflicht gegenüber den Märzgefallenen darstelle (601). Somit schwand das Bewußtsein für gemeinsame Traditionen beider Parteien und wurde zugunsten gegenseitigen Mißtrauens und Konkurrenzverhaltens verdrängt. Diese Wandlung bestimmte immer mehr die Auseinandersetzungen in der Kommunalpolitik. Gerade im Wahlkampf 1946, als noch große Gemeinsamkeiten auf der programmatischen Ebene existierten, war die Abgrenzung bei einer getrennten Liste für die Parteien umso notwendiger. Die SPD führte diesen Wahlkampf mit Forderungen wie z.B. nach einer restlosen Erfassung und Verteilung aller Lebensmittel und Gebrauchsgüter, einer gerechten Bodenreform, einer gerechten Verteilung des vorhandenen Wohnraums und einer konsequenten Entnazifizierung (602). Auf der Ebene dieser programmatischen Aussagen war schwerlich ein Unterschied zur KPD festzumachen. Doch nicht zuletzt dadurch, daß beide Parteien um die gleichen Wählerschichten konkurrierten, mußte der Wahlkampf mit ziemlicher Schärfe geführt werden. So führte Kieven auf der Remscheider Mitgliederversammlung der SPD kurz vor den Kommunalwahlen aus, daß die sozialdemokratische Partei den Wahlkampf mit dem Ziel führen müsse, daß sich ein demokratischer Kern um die Partei herauskristallisiere. Ein Bündnis mit der KPD führe nur zur Verwischung des grundsätzlichen Gegensatzes zwischen beiden Parteien: Die SPD stehe für Demokratie ein, die KPD für die Diktatur (603). Dies war offenbar zugleich die Begründung für die Ablehnung des von der KPD vorgeschlagenen Wahlbündnisses mit der SPD, obgleich die bürgerlichen Parteien ja in Solingen und Remscheid eine Listenverbindung eingegangen waren.

In der Kommunalpolitik kamen dann immer deutlicher unterschiedliche kommunalpolitische Vorstellungen beider Parteien zum Tragen, die häufig zu Konflikten zwischen beiden Fraktionen führten. Die KPD legte, wie bereits ausgeführt, auch in der Kommunalpolitik den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Partizipation breiter Bevölkerungskreise am kommunalpolitischen Leben. Aus diesem Grunde griff sie häufig Beschwerden aus der Bevölkerung auf und trug sie in die Stadtverordnetenversammlung. So nahm sie sich in Wuppertal der Mißstände in den Krankenanstalten an - hier wurden anscheinend ehemalige NS-Aktivisten bevorzugt -, sie stellte Anfragen zu der Höhe von Pensionen an ehemalige NSDAP-Mitglieder u.a. (604). In Wuppertal fand die KPD in den

von ihr unterstützten Bezirksausschüssen, die z.T. Nachfolgeorganisationen von Stadtteilantifas waren, eine Organisationsform, die nach Auffassung der KP geeignet war, zum Kontrollorgan und zugleich zur Verbindungsorganisation der Stadtverwaltung ausgebaut zu werden. Auch die SPD sah zunächst in den Ausschüssen, in denen alle politischen Richtungen vertreten waren, ein Demokratisierungselement. Sie billigte den Bezirksausschüssen aber keine Kontrollfunktionen über die Verwaltung zu. Außerdem versuchte die SPD die Ausschüsse daran zu hindern, eigenständig - d.h. nicht im Auftrag der Stadtverwaltung - zu arbeiten. So ihrer eigentlichen Funktion beraubt, schliefen die Ausschüsse allmählich ein (605). Lediglich der Ronsdorfer Ausschuß, in dem die KPD dominierte, verfügte über ein ausreichendes Kräftepotential, zumal er im Stadtteil Ronsdorf aufgrund seiner Aktivitäten fest verankert war (Ullrich 1979, 73 ff.). Der Ausschuß hatte eine Sozialunterstützung organisiert, die auf Spendenbasis funktionierte, er hatte die Bevölkerung zu Arbeitseinsätzen im Straßenbau mobilisiert und hatte sogar den Bau eines Schwimmbades organisiert (606). Dieses Ausmaß von Aktivität, hauptsächlich getragen von den Kommunisten im Ausschuß, wurde offenbar der Wuppertaler SPD-Führung suspekt. Sie brachte am 31.8.1948 einen Antrag in der Stadtverordnetenversammlung ein, in dem die Auflösung des Bezirksausschusses wegen undemokratischen Verhaltens der kommunistischen Mitglieder gefordert wurde. Die Stadtverordnetenversammlung stimmte dem mehrheitlich zu (607). Weiteres Kennzeichen der KP-Kommunalpolitik war, durch inhaltliche und meist grundsätzliche Kritik an der Gemeindeordnung, dem Haushaltsplan etc. aufzuzeigen, wie begrenzt die Möglichkeiten einer eigenständigen Kommunalpolitik waren und darauf zu drängen, daß die alten Strukturen beseitigt wurden und somit Raum für eine Neuordnung geschaffen wurde. Diesen Ansatz hatten auch die verschiedenen kommunalpolitischen Programme der KPD. Da die Realisierungsmöglichkeiten für eine sozialistische Politik aber immer geringer wurden und die KPD bereits im Sommer 1947 relativ isoliert war, erschien die Kritik der KPD an der Kommunalverwaltung sehr abgehoben, zumal sie in der Kommunalpolitik nicht mehr unmittelbar an der konkreten Situation orientiert war (608).

Die SPD beschränkte sich auf kommunalpolitischer Ebene weitgehend auf die Auseinandersetzungen im Rahmen der Institutionen und Gremien. Nur selten durchbrach die SPD die von der MR vorgegebenen Grenzen politischen Handelns. Hier ist Robert Daum, der erste OB von Wuppertal eine Ausnahme, der im Winter 1946/47 in einer Rede vor Betriebsräten eigenmächtig die Abberufung von Lebensmitteln anordnete. Allerdings diente dieser Schritt

nicht zuletzt dazu, eine Ausweitung der Streikbewegung zu verhindern und die Auseinandersetzung von der Straße weg wieder unter die Kontrolle der Kommunalverwaltung zu bringen (Rhein-Echo v. 20.11.1946). Die SPD lehnte jegliche außerparlamentarische Kontrolle ab und vertraute auf die legalistischen Möglichkeiten. Dies zeigte sich auch in einer Auseinandersetzung mit der KP-Fraktion in Wuppertal. Die KP forderte, daß dem Rat als demokratisch gewähltem Organ zumindest die gleichen Rechte wie den Beamten zukommen sollten und ihm Kontrollfunktionen über den Verwaltungsapparat zustünden. Daher sollte Einsicht in Personalakten nicht nur bestimmten Beamten erlaubt sein, sondern jeder Stadtverordnete sollte dieses Recht erhalten. Die KPD erhoffte sich hierdurch offenbar eine gewisse Kontrolle über das von ihr als reaktionär bezeichnete Beamtentum (609). Dobbert, als Sprecher der sozialdemokratischen Stadtverordneten, erwiderte, daß es sich hier nicht um eine grundsätzliche Frage, sondern um eine praktische handele. Er gestand zwar zu, daß "gewisse autoritäre Elemente" im Berufsbeamtentum vorhanden seien, schränkte dies aber ein:

> "Aber man muß zugleich hinzufügen, daß das Mißtrauen des Herrn Kollegen Spicher trotz der Anerkennung dieser historischen Tatsachen dennoch fehl am Platze ist. Es gibt nämlich doch eine ganze Reihe von Beamten, die sich schon auch 1918/19 dem neuen Staat vorbehaltlos zur Verfügung gestellt haben und wirklich auch dem damaligen neuen Staate mit der ganzen Kraft ihrer Persönlichkeit gedient haben. Ich will als Ruhmesblatt der deutschen Beamtenschaft hier noch sagen, daß 1920 der große umfassende Generalstreik gegen den Kapp-Putsch nicht nur von der Arbeiter- und Angestelltenschaft aller Richtungen, sondern mit der gleichen Hingabe auch von der Beamtenschaft aller Richtungen geführt worden ist" (610).

In zunehmendem Maße spielten auch im kommunalpolitischen Rahmen die allgemeineren politischen Auseinandersetzungen eine Rolle. Hier sind insbesondere die Kampagnen der KPD zu nennen, mit denen die KPD-Führung versuchte - analog zur Entwicklung in der SBZ - den sozialdemokratischen Mitgliedern eine politische Alternative zu bieten. Nach dem gescheiterten Versuch, auch in den Westzonen eine SED zu konstituieren, initiierte sie die Volkskongreßbewegung, um so ihrem politischen Ziel der nationalen Einheit näher zu kommen (vgl. Pietsch 1978, 246 ff.). Allerdings scheiterte dies wohl nicht nur am Widerstand der Besatzungsmächte (611). Einen Erfolg hätte diese Kampagne nur dann haben

können, wenn die KPD eine beachtliche Zahl von Sozialdemokraten zur Unterstützung für diese Bewegung hätte gewinnen können. Hieran scheiterte sie, zumal die SPD-Führung von vornherein auf die Volkskongreßbewegung als ein gegen die Partei gerichtetes Spaltungsmanöver reagierte. Zudem machte sich die KPD in dieser Kampagne zunehmend unglaubwürdig, indem sie die Zahlen der Sympathisierenden entweder übertrieb oder meist Namen nannte, die für eine breite Solidarisierungswelle nicht repräsentativ waren (612). Ein Beispiel für diese Art von Propaganda ist z. B. das Auftauchen von Oskar Hoffmann, dem früheren Vorsitzenden des SPD-Unterbezirks von Wuppertal, in dieser Kampagne. Hoffmann war während des Krieges nach Ostpreußen evakuiert worden und hatte dort bei Kriegsende mit Kommunisten zusammengearbeitet. Er war dann nicht in seine Heimatstadt zurückgekehrt und hatte offenbar auch keinerlei Verbindung mehr zur Wuppertaler SPD. Nun reiste er als Achtzigjähriger durchs Bergische und warb für den Volkskongreß. Sein Auftreten wurde in der "Freiheit" immer groß herausgestrichen, er wurde als "Vorzeige-Sozialdemokrat" benutzt (Freiheit v. 9. u. 12.1.1948). Zudem überschätzte die KPD die Mobilisierungsmöglichkeiten im Rahmen der Volkskongreßbewegung: Wenn auch vielleicht der eine oder andere - da er für die nationale Einheit war - den Aufruf für den Volkskongreß unterzeichnete, so waren doch die Informationen, die über die Flüchtlinge und andere Quellen über die Entwicklung in der SBZ verbreitet wurden, wenig dazu angetan, Sozialdemokraten oder andere Menschen dafür zu gewinnen, sich im Rahmen einer von der KPD initiierten Bewegung zu engagieren. Die KPD selbst tat nichts dazu, was es der Bevölkerung ermöglicht hätte, sich ernsthaft mit der Entwicklung in der SBZ auseinanderzusetzen. So scheute sich die "Freiheit" nicht, die Flüchtlinge generell als Schwarzhändler und kriminelle Elemente zu diffamieren (Freiheit v. 1.2.1948).

Dies erleichterte auch der SPD-Führung, gegen den zum Teil noch vorhandenen Willen ihrer Mitglieder zur Zusammenarbeit mit der KPD vorzugehen. So drohte die SPD-Spitze, diejenigen Sozialdemokraten auszuschließen, die sich an der Kampagne für die SED beteiligten (613). In einer anderen Frage stieß ein solches bürokratisches Vorgehen allerdings auf Widerstand im Bezirk Niederrhein. Die SPD-Führung hatte im April 1948 beschlossen, daß eine Mitgliederschaft in der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der sozialdemokratischen Partei sei. Da viele Mitglieder die VVN als Organisation der Widerstandskämpfer gegen das faschistische System begriffen, die ähnlich wie die Märzfeiern ein Stück gemein-

samer Tradition aufrechterhielt, wehrten sich insbesondere die Unterbezirke Remscheid und Düsseldorf gegen diesen Beschluß (614). Erst im Juni 1948 erfolgte der Austritt der Sozialdemokraten aus der VVN.

Nach der Genehmigung zur Reorganisierung der Parteien strömten insbesondere die bereits vor 1933 Organisierten in ihre früheren Parteien zurück. Beide Parteien hatten Schwierigkeiten in der Gewinnung neuer Mitglieder, insbesondere von jüngeren. Der hohe Mitgliederstand der Parteien 1946/47 ist also keineswegs ein Indiz, das gegen die These der politischen Apathie und Passivität der Deutschen nach 1945 spricht. Zuvor war es gerade für Sozialdemokraten und Kommunisten selbstverständlich, wieder in ihre Organisationen zurückzukehren, doch fehlten in den Parteien gerade die aktiven Mitglieder der jüngeren Generation, und die Gruppe der 30-40jährigen war durch den Krieg stark dezimiert. Noch vor dem Stadium der Mitgliederwerbung hatten sich die lokalen, regionalen und auch bezirklichen Führungsgremien etabliert. Das hatte zur Folge, daß sich die Parteien von oben nach unten aufbauten und sich gerade auf der Funktionärsebene eine oft unmittelbare Kontinuität zur Weimarer Republik abzeichnete. Mit der Zerstörung der Antifas und den Ansätzen zur Einheitspartei waren offenbar basisdemokratische Bestrebungen innerhalb der Parteien, die sich dann als oppositionelle Bestrebungen zur jeweiligen Politik der Parteispitze verstanden hätten, unmöglich geworden. Auch ist sicherlich zu berücksichtigen, daß 12 Jahre Faschismus es zwar nicht geschafft hatten, die Anhänglichkeit der Arbeiter an ihren Organisationen vollständig zu zerstören, jedoch sicherlich ihre Fähigkeit zu eigenständigem politischem Handeln vermindert hatten. Der wohl wesentlichste Konfliktstoff, an dem sich eine oppositionelle Bewegung hätte gruppieren können, war das Verhältnis Sozialdemokraten-Kommunisten. Nach der getrennten Konstituierung war selbst in der Sozialdemokratie zunächst die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit mit der KPD in den Stadtvertretungen unumstritten. Dieses Gefühl der Gemeinsamkeit zwischen SPD und KPD überwog dann in der praktischen Arbeit trotz der Konkurrenzsituation im Wahlkampf. Insbesondere in der Krise im Frühsommer 1947 entstand aus der Konfrontation mit der MR eine Situation, in der die parteipolitischen Gegensätze zumindest kurzfristig zurücktraten und gemeinsames Handeln allen als notwendig erschien. Parallel dazu nahmen jedoch die Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten an Schärfe zu. Insbesondere die Entwicklung in der SBZ und die Zwangsvereinigung von SPD und KPD verhalfen der Linie Kurt Schumachers nunmehr uneingeschränkt zum Durchbruch. So ist es nicht weiter verwunderlich

und deutet auf die Schwäche von Oppositionellen in der SPD hin, daß die Parteispitze seit Ende 1947 etwa mit bürokratischen Maßnahmen - bis hin zu Ausschlußdrohungen - gegen Sozialdemokraten vorging, die für eine Zusammenarbeit mit Kommunisten eintraten. Die Entwicklung in der SBZ dürfte entscheidend zu den Wahlniederlagen der KPD in ihren früheren Hochburgen beigetragen haben. Nicht der relative Erfolg in Remscheid und Solingen in den Landtagswahlen 1947 scheint bemerkenswert, sondern ihre Niederlage 1946. Sicherlich ist ein Faktor das Wahlsystem, der die KPD benachteiligte. Gerade von DDR-Autoren wird der Antikommunismus, verstärkt durch 12 Jahre faschistische Propaganda und Auseinanderbrechen der Anti-Hitler-Koalition, für das Scheitern der KPD-Politik nach 1945 verantwortlich gemacht (615). Ohne die Bedeutung dieser Faktoren schmälern zu wollen, zeigt jedoch eine Analyse der KPD-Politik in den Westzonen, daß die KP die reale Situation verkannte und es ihr nicht gelang, durch die Übertragung der Vereinigungskampagnen auf die Westzonen sozialdemokratische Mitglieder für eine Vereinigung in Form der SED zu werben. Erfolge hätte die KPD wohl allenfalls erzielen können, wenn sie lediglich eine engere Zusammenarbeit unter Respektierung einer speziellen sozialdemokratischen Politik proklamiert hätte, also eine Fortführung der Ansätze der Kooperation auf kommunaler Ebene.

10. DAS ENDE DER NACHKRIEGSZEIT - MARSHALLPLAN UND WÄHRUNGSREFORM

Gewerkschaften und Marshallplan

Seit dem Scheitern der Moskauer Konferenz (616) trat eine offene Wende in der US-Außenpolitik ein (E. Schmidt 1970, 106 ff.). Von diesem Zeitpunkt an war das Konzept der amerikanischen Deutschlandpolitik eindeutig festgelegt: Vereinigung der Westzonen, Stabilisierung des amerikanischen Einflusses in Deutschland und Westeuropa sowie Integration eines an der USA orientierten deutschen Weststaates in ein westeuropäisches Bündnissystem, das von den USA dominiert wurde, wobei der westdeutsche Teilstaat als Bollwerk gegen die UdSSR gesehen wurde. Ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten zwangen Großbritannien und Frankreich dazu, die amerikanische Außenpolitik zu akzeptieren. Sichtbarer Ausdruck war die Konstituierung der Bizone, mit der die französische Zone zunächst durch Wirtschaftsvereinbarungen verknüpft wurde. Im "Washingtoner Abkommen" vom 17.12.47 erklärte sich die USA bereit, den Hauptteil der anfallenden Kosten für die Bizone zu tragen - als Gegenleistung sicherte Großbritannien der amerikanischen Regierung weitestgehenden Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands zu (617).

Bereits im Juni 1947 war das Europäische Hilfsprogramm, der sog. Marshallplan, von der amerikanischen Regierung veröffentlicht worden. Seit Juli 1947 galt die ICS 177 als neue Direktive für die amerikanische Deutschlandpolitik. Als Ziel wurde in ihr ein "konstruktiver Aufbau" Deutschlands genannt. In den die Wirtschaftsverfassung betreffenden Abschnitten wurde ausgeführt, daß alle Eingriffe der Deutschen in die bestehenden Eigentumsverhältnisse zu verhindern seien (Huster/Kraiker u.a. 1972, 72 ff.). Das ERP sollte dazu dienen, die wirtschaftlich geschwächten Industriestaaten in Westeuropa nach kapitalistischen Prinzipien zu stabilisieren und somit den Einfluß der UdSSR auszuschalten. Damit aber war der Marshallplan

> "mit jedem Tag seiner weiteren Konkretisierung und Durchführung zu einem Instrument des Kalten Krieges und zu einem zentralen Streitobjekt in den Ost-West-Auseinandersetzungen, insbesondere in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen geworden" (Knapp 1980, 9).

Die Gewerkschaftsführung sah sich in ihren Beratungen über den Marshallplan vor ein Dilemma gestellt: Einerseits erkannte sie sehr wohl, daß durch das ERP die Realisierung ihrer ordnungspolitischen Vorstellungen in weite Ferne rückte, andererseits akzeptierte sie die antikommunistische Stoßrichtung des Planes; zugleich erlag sie der enormen propagandistischen Wirkung, daß durch das ERP baldige Besserung der sozialen Notlage geschaffen würde. Daß der tatsächliche wirtschaftliche Aufschwung nur in geringem Maße auf die Auslandshilfen zurückzuführen ist - die Marshallplanhilfe befand sich im September 1948 noch "im Stadium der bürokratischen Vorbereitung" (618) - wurde von der Gewerkschaftsführung nicht erkannt. Eine Ablehnung des Plans durch die Gewerkschaftsführung hätte zudem im Gegensatz zu ihrer bisherigen Politik gestanden, welche prinzipiell zugunsten der Westorientierung optierte. Die Alternative "Sozialisierung oder Verhungern", wie sie von der Gewerkschaftsspitze gestellt wurde, hat in dieser Form nicht bestanden (Abelshauser 1975; Wallich 1955). Eberhard Schmidt beurteilt denn auch die Zustimmung zum Marshallplan als logische Konsequenzen der Gewerkschaftspolitik nach 1945:

> "Wo wirtschaftliche und gesellschaftliche Neuordnungsvorstellungen in Kollision geraten mit der Politik der Besatzungsmächte, werden sie auf Postulate ohne Durchsetzungsstrategien reduziert, wenn die Durchsetzung die Gefahr nicht mehr kontrollierbarer und daher kommunistisch ausnutzbarer Massenbewegung enthält" (619).

Die Entscheidung der Gewerkschaftsspitze für "einen dritten Weg", d.h. die Zustimmung zum ERP bei gleichzeitigem Festhalten an den gewerkschaftlichen Grundkonzeptionen, war von vornherein illusionär, denn ein Versuch der Realisierung ihrer Neuordnungsvorstellungen hätte nur mit Hilfe der von ihr stets bekämpften Massenmobilisierung geschehen können. Dies wiederum hätte eine Annäherung auch an die kommunistischen Gewerkschafter bedeutet. Daß dazu aber die Gewerkschaftsführung in keinem Fall bereit war, zeigte sich u.a. auf dem außerordentlichen Bundeskongreß der Gewerkschaften im Juni 1948, der über den Marshallplan beraten

sollte, zu einem Zeitpunkt, da die Zustimmung der Gewerkschaftsspitze bereits geklärt war. Der vornehmlich KP-orientierten Opposition wurde auf dem Kongreß kein Koreferat zugestanden, ihre Diskussionsbeiträge wurden rigoros unterdrückt (Borsdorf 1980, 19-20; Pirker 1960, 94 ff.). Die Modalitäten der Währungsreform zeigten dann, daß die Gewerkschaften wirtschaftspolitische Entscheidungen zugunsten des Kapitals nicht mehr verhindern konnten. Ohnmächtig mußten sie den Folgen der Währungsreform für die arbeitende Bevölkerung zusehen, ohne daß sie entscheidend eingreifen konnten. Der Generalstreik vom 12.11.48 war zwar eine eindrucksvolle Aktion der Gewerkschaften, bildete aber den Auftakt einer Reihe von Defensivmaßnahmen der gewerkschaftlichen Politik (Beier 1975, 57 ff.).

Zur sozio-ökonomischen Entwicklung im Bergischen nach der Währungsreform

Die Währungsreform benachteiligte die werktätigen Schichten der Bevölkerung und stabilisierte die Besitzverhältnisse im Nachkriegsdeutschland. So zeigt ein Vergleich der Einkommen von 1948 und 1950, daß außer einer kleinen Korrektur nach oben, d.h. einer Verbesserung der höheren Einkommen, sich nichts änderte (Huster/Kraiker u.a. 1972, 101-102). Horst Heininger errechnet, daß die Sparguthaben um etwa 95 % durch die Währungsreform abgewertet wurden, während die Guthaben der Konzerne nur um etwa 16 % sanken (Heininger 1959, 221-222). Da die Sachwerte überhaupt nicht angetastet wurden, wandelten die Unternehmer möglichst große Teile ihres Geldbesitzes in Sachwerte um. So wurden vor dem Tage X die Produktion angekurbelt und Waren gehortet. Zudem wurde den Unternehmern gestattet, ihre Belegschaft vor der Währungsreform zu beurlauben. Die Urlaubsgelder wurden dann zumindest teilweise noch in der alten Währung ausbezahlt. Wie der OA des DGB in Remscheid berichtete, machten die Unternehmer von dieser Möglichkeit sehr extensiv Gebrauch und überschritten die erlassenen Bestimmungen, so daß in Remscheid zahlreiche Prozesse beim Arbeitsgericht anstanden (620). Diese Regelung benachteiligte die Arbeiter ohnehin zusätzlich, da die alte Währung nur sehr geringe Kaufkraft besaß.

Mit der Währungsreform verknüpft war eine Aufhebung des Preisstopps in wesentlichen Bereichen - man erwartete ein Steigen der Preise um 30 %. Auf Anordnung der MR waren Lohnerhöhungen auf 15 % begrenzt. Diese 15 % sollten auf die nach Kriegsende festgesetzten Löhne aufgeschlagen werden. Nur in Solingen waren generell weitaus höhere Löhne gezahlt worden, so daß sich eine am festgesetzten Lohn von 1945 orientierte 15%ige Lohnerhöhung kaum oder gar nicht für die meisten Arbeiter bemerkbar gemacht hätte. Daher wurde in den Solinger Betrieben 33 % mehr Lohn gefordert und es kam zu Arbeitsniederlegungen (621). In einer gemeinsamen Sitzung von Betriebsrat, Gewerkschaft und Firmenleitung der Solinger Kronprinz-AG gestanden selbst die Vertreter der Unternehmensleitung ein, daß die Unzufriedenheit der Solinger Arbeiter mit den Anordnungen der MR berechtigt sei (622). Die Gewerkschaftsvertreter betonten, daß die Solinger Arbeiter immer noch zur Bestreitung ihrer wichtigen Ausgaben (Lebensmittel nach Karten, Miete u.ä.) auf Zuteilungen angewiesen seien, die sie auf dem Schwarzmarkt verkauften. Trotz hartnäckiger Verhandlungen konnte der Betriebsrat der Kronprinz-AG zunächst nur erreichen, daß der Handverkauf im Werk erhöht wurde (623). Die Kette der innerbetrieblichen Auseinandersetzung im Frühjahr 1948 und die Reihe von kurzfristigen Streiks in Solingen führte dann aber doch zu einer Lohnerhöhung von meist 25 % in vielen Betrieben Solingens (624).

Der wirtschaftliche Aufschwung, der nach der Währungsreform einsetzte, war lediglich im industriellen Bereich spürbar. So kam es im Bergischen zu einer Produktionssteigerung zwischen 40 % und 45 % (625). Die Ursache hierfür war zweifellos in der psychologischen Wirkung der Währungsreform mitbegründet: Das plötzliche Warenangebot, die Rückkehr zum Geldlohn, die Aufhebung der Mangelwirtschaft, kurz, die mit der Währungsreform verbundene Normalisierung des wirtschaftlichen und politischen Lebens dürfte die Steigerung der Arbeitsproduktivität bewirkt haben. Außerdem überschritten viele Firmen die zugestandenen 15 % Lohnerhöhung durch Aufgliederung der Tarife, Verstärkung des Leistungslohnprinzips und durch Akkordlöhne, so daß viele Arbeiter in den Genuß einer realen Lohnerhöhung kamen. Von den Betriebsräten wurde diese Entwicklung zunächst als Erfolg ihrer Bemühungen gewertet (626). Diese im industriellen Bereich durchaus positiven Auswirkungen der Währungsreform wurden von den überwiegend negativen Folgen im Konsumsektor überschattet. Aufgrund der enormen Preissteigerungen war die Zeit des Mangels für die Bevölkerung nicht vorbei, und soziale Ungerechtigkeit traten umso schärfer hervor. Zwar waren die Läden plötzlich mit Waren gefüllt, doch konnten sich nur geringe Teile der Bevölkerung diese Waren leisten. Nach Angaben der IHK Remscheid stiegen nach der Währungsreform bis Jahresende die Butterpreise um 40 %, die Fleischpreise um 25 % und die Nährmittelpreise um insgesamt

30 % (627). Vor den Geschäften und auf den Märkten ereigneten sich empörte Protestaktionen besonders von Frauen. Auch auf dem Arbeitsmarkt kam es zu negativen Auswirkungen für die Arbeiter. Erstmalig standen den Unternehmern wieder Arbeitskräfte zur Verfügung (Flüchtlinge, Rückströmen der Arbeiter in die Betriebe als Folge der Währungsreform). Dies wurde von den Unternehmern dazu genutzt, durch Drohung von Entlassung politisch oder gewerkschaftlich aktive Arbeiter zu disziplinieren. Daher beklagte die Funktionärs- und Betriebsrätekonferenz des OA Solingen am 24. 6. 1948 Willkürakte der Unternehmer wie Lohnabbau und Entlassungen von Betriebsobmännern. Die Konferenz forderte, daß bei Einstellung von Arbeitern, welche bisher nicht in einem Arbeitsverhältnis gestanden hätten, der Betriebsrat zustimmen müsse (Freiheit So. v. 29. 6. 1948).

Die Gewerkschaften standen den Folgen der Währungsreform - zumal sie zunächst finanziell mittellos waren - ohnmächtig gegenüber. Sie beschränkten sich auf die Organisierung von Protestaktionen im Konsumbereich. So wurde versucht, Käuferstreiks zu initiieren und die Preissteigerungen durch Überwachungsausschüsse zu kontrollieren (628). Im Herbst 1948 spitzte sich die soziale Situation zu: gewerkschaftliche Preiskontrollausschüsse waren erfolglos geblieben; auf lokaler Ebene organisierte Käuferstreiks hatten keine Änderung herbeiführen können. Die allgemeine Unzufriedenheit der Bevölkerung war gewachsen, eine größere Streikbewegung schien unausweichlich. Gleichzeitig war offensichtlich, daß die weitreichenden Verfassungsvorschläge der Gewerkschaften nicht berücksichtigt würden. In dieser Situation entschloß sich die Gewerkschaftsspitze zu einem allgemeinen Generalstreik in allen drei Zonen (629). Die Forderungen der Gewerkschaften gingen über die Abschaffung der dringendsten Mißstände der Währungsreform hinaus und hielten sowohl an der Sozialisierung wie an wirtschaftsdemokratischen Forderungen fest. Angesichts der Schwäche der Gewerkschaften in der französischen und amerikanischen Zone wurde schließlich nur noch ein eintägiger Streik in Erwägung gezogen. Der amerikanischen und britischen Militärregierung gelang es ferner, die Gewerkschaftsführung zu bewegen, den Generalstreik als eintägige Arbeitsruhe zu deklarieren.

In den drei Städten wurde die gewerkschaftliche Aktion zu fast 100 % unterstützt (630). In Wuppertal arbeiteten die städtischen Behörden ebenfalls nicht. Lediglich in einigen Einzelhandelsbetrieben und Handwerksbetrieben, die in den Außenbezirken lagen, wurde nicht gestreikt. Aufgrund einer Vereinbarung mit der Militärregierung beteiligten sich selbst deren Angestellte an der Aktion.

Tagsüber war in Wuppertal der Strom abgestellt (Rhein-Echo Wu. v. 13. 11. 1948). Auch in Remscheid wurde am 12. November nicht gearbeitet. In Solingen hatten Unternehmer versucht, Verwirrung zu stiften und ihre Arbeiter zur Weiterarbeit aufgefordert. Dieses Manöver war aber nur in einigen Betrieben erfolgreich. Die Behörden in Solingen hatten mit Ausnahme des Finanzamtes geschlossen - dieses konnte aber nur unter Polizeischutz arbeiten. Eine Betriebsräteversammlung, die sehr gut besucht war, hatte sich für eine Demonstration am 12. 11. durch die Stadt ausgesprochen. Dieser Vorschlag wurde vom Solinger OA zum Teil unterstützt, wurde aber wegen strikter Anweisungen der Gewerkschaftsführung nicht realisiert (631). In einer Entschließung der Betriebsräte- und Delegiertenversammlung wurde die Gewerkschaftsspitze deswegen kritisiert (632). Nach Meinung der Versammlung hätten die gewerkschaftlichen Forderungen durch Kundgebungen und Demonstrationen wirksamer vertreten werden können. Ferner erhoben die Betriebsräte in Solingen Einwände, weil der DGB auf lohnpolitische Forderungen (z. B. Angleichung der Löhne an die Preise) völlig verzichtet habe.

Der wirtschaftliche Boom hielt bis Jahresende an. In Solingen stieg die Kapazitätsausnutzung bis zu 65 %. Die bedrohliche Preisentwicklung war zum Stillstand gekommen. Doch gleichzeitig wurden gegenläufige Tendenzen bemerkbar. Da die kleineren Betriebe nur über geringe Liquidität verfügten, gerieten sie in zunehmende Schwierigkeiten. So hatte denn auch die o. g. Funktionärs- und Betriebsrätekonferenz des OA Solingen gefordert, daß bei Liquidationsschwierigkeiten der Unternehmen Sachwerte zur Finanzierung der Produktion vorkreditiert werden sollten (Freiheit So. v. 29. 6. 1948). Insbesondere die Stahl- und Werkzeugindustrie des Bergischen wurde von der nun einsetzenden Krise betroffen, da einer Expansion sowohl durch die starken Exportbeschränkungen wie durch die rasche Deckung des einheimischen Absatzmarktes enge Grenzen gesetzt waren. Die Arbeitslosigkeit im Bergischen stieg im Frühjahr und Sommer 1949 rasch: Bereits im ersten Vierteljahr 1949 sank die durchschnittliche Wochenarbeitszahl auf 32 Stunden und die Zahl der Beschäftigten lag in Solingen in diesem Zeitraum nur noch um 4 500 höher als vor der Währungsreform (633).

Gewerkschaftspolitik nach der Währungsreform

Die Gewerkschaften unterstützten zunächst die 30 % Lohnforderungen, sie akzeptierten jedoch dann die Direktive der MR über eine maximale Lohnerhöhung von 15 %. In Verhandlungen mit den Unternehmern mußte nun noch über den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser 15 % Lohnerhöhung eine Einigung erzielt werden. Im lohnpolitischen Ausschuß, in dem Vertreter der Unternehmer und der Gewerkschaften hierüber verhandelten, erklärten die Unternehmer, daß bereits eine 15 %ige Lohnerhöhung erhebliche Preissteigerungen zur Folge haben werde. Eine generelle Lohnerhöhung sei daher überhaupt erst nach der Währungsreform tragbar. Man einigte sich dahingehend, daß diese erst nach Abschluß regionaler Übereinkommen in Kraft treten solle (634). Diese Vereinbarung bildete die Grundlage für "Tarifverträge". So war im September 1948 der sog. "Schwelmer Tarif" der IG Metall Nordrhein-Westfalen zwischen dem IG-Metall-Vorstand und Vertretern der Arbeitgeberverbände abgeschlossen worden (Rhein-Echo v. 24.9.1948). Dieser Tarifabschluß führte zu heftigen innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen. Die Kritik wandte sich sowohl gegen den Inhalt des Vertrages wie gegen die Art seines Zustandekommens. So verabschiedete der OA der IG Metall Solingen und die Delegiertenkonferenz folgende Entschließung:

> "Sie lehnt diesen Tarif entschieden ab, da er in keiner Weise mit dem heutigen Preisniveau in Einklang steht. Die Delegiertenkonferenz hat mit Entrüstung die Vereinbarung zur Kenntnis genommen. Die Gewerkschaften haben keinen Platz für undemokratische Maßnahmen der Leitung. Die Leitung hat eindeutig gegen die Statuten verstoßen. Die Delegiertenkonferenz fordert die Entlassung der beiden Vorsitzenden Petersen und Freitag und die Ungültigkeitserklärung des Lohntarifs" (ebd.).

Tatsächlich war der Tarifvertrag wegen des geringen Zugeständnisses der Unternehmer zunächst von Beirat und Vorstand abgelehnt worden, worauf ihn die IGM-Vorsitzenden, Petersen und Freitag, im Alleingang unterzeichneten. Dem Vertrag lagen fünf Ecklöhne zugrunde - der niedrigste für Jugendliche lag noch unter der in der "Direktive 40" festgelegten Bestimmung, keine Löhne unter 50 Pfg. zuzulassen. Selbst die Höchstlöhne für Facharbeiter waren niedriger als die in Remscheid und Solingen ausgezahlten Löhne. Insbesondere in diesen beiden Städten war die Opposition gegen den "Schwelmer Tarif" groß (635). Der Landesvorstand der KPD rief zum Kampf gegen den Vertrag auf, warnte aber davor,

den Verband zu verlassen (636). Ende Oktober erst stimmte die Betriebsrätekonferenz in Solingen dem neuen Tarif zu, allerdings mit dem Vorbehalt, in Solingen im Rahmen des Tarifs möglichst günstige Abschlüsse zu erzielen (Freiheit So. v. 27.10.1948). Bis Dezember kam es im Bergischen zu Arbeitsniederlegungen. In Remscheid gelang es den Feilenhauern, eine Sonderregelung zu treffen (637).

In den Auseinandersetzungen um diesen Tarif zeigte sich, daß inzwischen die Stellung der Vorsitzenden, Freitag und Petersen, in der IG Metall so gefestigt war, daß sie auf die vorwiegend kommunistisch orientierte Opposition keinerlei Rücksicht mehr zu nehmen brauchten. Auf dem 2. Verbandstag der IG-Metall für die britische Zone in Lippstadt vom 28.-30. September 1948 gelang es dem Vorstand, die kommunistische Opposition u.a. durch Verfahrensfragen auszuschalten. Daraufhin konnten Freitag und Petersen als Protagonisten einer scharfen antikommunistischen Linie ihre Vorstellungen in der Satzungsdiskussion, so in den Fragen des Bezirksleiters als Beauftragten des Vorstandes und nicht als Vertreter des Bezirkes wie der Gliederung der Organisation nach Wohnbezirken und nicht nach Betrieben, voll durchsetzen (638).

Kommunalwahlen im Bergischen am 17.10.1948

Die Wahlen im Oktober 1948 dokumentieren deutlich das Ende der Nachkriegszeit. Allerdings ist ihr Ergebnis im Bergischen noch recht widersprüchlich in der Tendenz, und zwar sowohl hinsichtlich des Abschneidens der KPD wie der SPD, vergleicht man das Ergebnis mit dem Gesamtergebnis in NRW. In allen drei Städten war die SPD die stärkste Partei. Die CDU zog in Wuppertal und Solingen als zweitstärkste Fraktion ins Stadtparlament ein, nur in Remscheid konnte die KPD 1 % mehr, d.h. 1 Sitz mehr, erringen. Aber auch in Solingen lag die KPD mit 20,3 % der Stimmen weit über dem Wuppertaler Ergebnis. Auffällig war das gute Abschneiden der kleineren Parteien, insbesondere der RSF (639), die sich zum erstenmal an den Wahlen beteiligte. Sie konnte auf Anhieb in Wuppertal 5, in Solingen und Remscheid je 2 Sitze erobern.

Ergebnisse der Kommunalwahlen v. 19.10.48 (640)

	Wpt.		So.		Rs.	
SPD	29,5 %	23	28,5 %	15	24,3 %	8
CDU	21,2 %	17	25,5 %	13	19,7 %	6
KPD	10,9 %	9	20,9 %	11	19,8 %	7
FDP	17,1 %	13	17,9 %	9	19,7 %	7
Ztrm.	8,4 %	7	1,3 %	-	4,4 %	-
DKP	5,8 %	5	-		7,2 %	-
RSF	6,8 %	5	6,4 %	3	4,0 %	2
RUP	0,3 %				-	
Sonst.					0,8 %	-

Gegenüber den Kommunalwahlen 1946 verloren alle großen Parteien an Stimmen: die SPD büßte - obgleich stärkste Partei - in Remscheid 4,8 %, in Solingen 0,2 % und in Wuppertal - wo sie bisher den OB stellte - 5 % ein. Auch die KPD mußte Stimmenverluste hinnehmen, in Wuppertal 2,3 %, in Remscheid 2,1 % und in Solingen 2,6 %. Noch größere Einbußen erlitt die CDU, in Wuppertal 7,4 %, in Remscheid 6,1 % und in Solingen 4,2 %. Von diesen Verlusten der großen Parteien profitierten die FDP und Splittergruppen. Vergleicht man nun die Kommunalwahlen 1948 mit den Landtagswahlen 1947, so waren die Verluste der KPD am größten, nämlich in allen drei Städten um 8 %. Der KPD gelang es also in keiner Weise, ihr in der Krisensituation 1947 zugewonnenes Stimmenpotential zu halten. Im Gegenteil, sie verlor selbst im Vergleich zu 1946 Stimmen. Die Verringerung ihres Stammwählerpotentials selbst in den Hochburgen Remscheid und Solingen deutet auf die beginnende Isolierung der KPD hin. Diese Tendenz verstärkte sich dann in den kommenden Wahlen. Wie rapide die KPD an Einfluß verlor, und zwar in ihrer Basis, der Betriebsarbeiterschaft, zeigen die Betriebsratswahlen im Oktober 1948: die KPD erlitt bei Kronprinz in Solingen eine ganz entscheidende Niederlage; Otto Quade, Landtagsabgeordneter der KPD und Vorsitzender des BR, wurde nicht mehr gewählt (Rhein-Echo So. v. 22.10. 1948).

Interessant ist ferner beim Wahlergebnis vom 17. Oktober, daß die Stimmenverluste der KPD nicht im gleichen Maße der SPD zugute kamen. Wenn 1947 die SPD gegenüber 1946 leichte Stimmenverluste hinnehmen mußte, so verlor die Partei nun - mit Ausnahme von Solingen - ca. 5 %. Das Abwandern der Wähler zu den Splitterparteien deutet m.E. auch auf eine generelle Unzufriedenheit der Bevölkerung hin, gleichzeitig aber auf eine Hilflosigkeit und Verunsicherung hinsichtlich der Folgen der Währungsreform. Doch war der eindeutige Verlierer der Wahl die KPD.

SPD und KPD nach der Währungsreform - ein Ausblick

In der Frage der Beurteilung des Marshallplanes läßt sich eine große Übereinstimmung zwischen Gewerkschaftsspitze und SPD feststellen. Eine Ablehnung des ERP wäre für die Sozialdemokratie ohnehin nur dann möglich gewesen, wenn die Gewerkschaften gegen das Hilfsprogramm mobilisiert hätten. Dem stand aber die Furcht der Sozialdemokratie vor der Mobilisierung der eigenen Mitgliedschaft entgegen und so zog sich die SPD-Spitze - ähnlich wie die Gewerkschaften - hinter die wirtschaftliche Notlage zurück. Bemerkenswert ist jedoch, daß die SPD die Bedeutung des Marshallplans für eine Stabilisierung kapitalistischer Verhältnisse in Westeuropa und besonders in Westdeutschland nicht näher analysierte, insbesondere Kurt Schumacher die "humanitäre Motivation" der USA in keiner Weise hinterfragte (641). Dabei hielt die Partei an ihrem außenpolitischen Konzept eines einheitlichen unabhängigen deutschen Staates fest, der eine dritte Kraft zwischen den Großmächten USA und UdSSR darstellen sollte (Huster 1978, 29 ff.). Auch nach ihrer Zustimmung zum Marshallplan und selbst nach der Währungsreform änderte die Partei an diesem Gesamtkonzept nichts. Schumacher ging von der Anziehungskraft des demokratischen Weststaates aus, zumal die Berichte über die Verfolgung sozialdemokratischer Genossen in der SBZ, die Flüchtlingsbewegung u.ä., eher den antikommunistischen Kurs der SPD verstärkten. Schumacher vertrat die Auffassung, daß das kommunistische System in der SBZ bald an seinen inneren Widersprüchen zusammenbrechen werde und daher die Entwicklung zu einem westdeutschen Teilstaat nur als Provisorium zu betrachten sei. Aus diesem Grund verzichtete die Partei auf die Festschreibung sozialer Inhalte im Grundgesetz, sie wollte in dieser Verfassung nichts präjudizieren (642). Die Zustimmung zum ERP und die daraus folgende Einbindung des Weststaates in den amerikanischen Einflußbereich führten bei verbaler Aufrechterhaltung sozialistischer Zielvorstellungen zur Einengung des politischen Handlungsspielraumes der SPD und zu einer immer geringer werdenden Flexibilität der Partei (643). Die Wahlen zum Bundestag verwiesen die SPD auf Jahre in die Opposition: die SPD hatte die Möglichkeit einer eigenständigen Politik in klarer Abgrenzung zu den bürgerlichen Parteien nicht wahrgenommen und noch kein politisches Selbstverständnis gefunden. Erst mit dem Godesberger Programm verfügte die Partei über eine - wenn auch zu ihrer Tradition widersprüchlichen - Gesamtkonzeption, die ihr eine klare politische Identität vermittelte.

Bei der Frage nach einem möglichen dritten Weg zwischen der Konzeption Schumachers und der der moskauorientierten KP darf allerdings nicht übersehen werden, daß die antikommunistischen Strömungen in den Westzonen und insbesondere in der SPD durch die Politik der KP selbst gefördert wurden. So ist kaum zu ermessen, welche negativen Folgen die Berliner Blockade für eine kommunistische Politik bewirkte. Wie hilflos auf der anderen Seite die KPD auf die Ereignisse in der SBZ und die Blockade reagierte, zeigt die Diskussion um die Berlin-Hilfe während der Blockade. In der Wuppertaler Stadtverordnetenversammlung entstand eine heftige Kontroverse zwischen der KP einerseits und der SPD und den bürgerlichen Parteien andererseits um die Beteiligung der Stadt Wuppertal an diesem Hilfswerk. Die Begründung der kommunistischen Fraktion für die Ablehnung der Beteiligung bestand darin, daß es im Westen genug Elend gebe und eine Unterstützung Berlins eine inkompetente Einmischung darstelle. Den anderen Parteien wurde vorgeworfen, den Versuch der KPD, die Einheit Deutschlands zu wahren, nicht unterstützt zu haben und von Anfang an auf einen Separatstaat hingearbeitet zu haben (644). Wenn auch das Berliner Hilfswerk zu einem guten Teil ein Instrument antikommunistischer Propaganda war, so wirkte diese Argumentation seitens der KPD um so unglaubwürdiger, als zu den Vorgängen in Berlin, über die Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht nichts Inhaltliches ausgeführt wurde; ein Beispiel mehr für die apologetische Haltung der KP in den Westzonen gegenüber der Politik der KP/SED und der sowjetischen Besatzungsmacht in der SBZ. Eben dies führte zu der wachsenden Isolierung der KP in der westdeutschen Arbeiterschaft (645).

Die separate Durchführung der Währungsreform in den Westzonen bedeutete auch das Scheitern der KPD-Politik, die den einheitlichen deutschen Staat stets als wichtiges Ziel ihrer Politik proklamierte. Sie bedeutete das schließliche Scheitern der Versuche der KPD, durch eine Ausdehnung der SED auf die Westzonen und durch die Volkskongreßbewegung doch noch eine Mobilisierung für die Einheit der Nation ins Leben zu rufen. Nachdem beide Versuche selbst in den Zentren der KPD, wie im Ruhrgebiet und im Norden Deutschlands, gescheitert waren, setzte sich in der Partei allmählich die Erkenntnis durch, daß sich in den Westzonen doch eine qualitativ unterschiedliche - nicht nur zeitlich verschobene - Entwicklung wie in der SBZ abzeichnete (646). Die Strategie der KPD wurde allerdings nicht geändert, denn dies hätte unweigerlich das Eingeständnis einer falschen Politik in der Vergangenheit bedeutet. Wenn in der offiziösen Darstellung der Geschichte der Arbeiterbewegung behauptet wird, es habe eine inhaltliche Übereinstimmung

zwischen der Volkskongreßbewegung und den Zielen der "Massenbewegung" Ende 1947/Anfang 1948 gegeben, es sei nur nicht gelungen, eine einheitliche machtvolle Bewegung zu schaffen, und damit impliziert wird, daß der taktische Schritt der Volkskongreßbewegung richtig gewesen ist, die Arbeitermassen dies nur nicht verstanden hätten (Geschichte der Arbeiterbewegung, Kap. XII. 1968, 243), so ist dies ein Beispiel für die Angst der KPD, ihre eigene Geschichte zu hinterfragen.

Erst auf der "Herner Konferenz" im April 1948 wurden die Landesverbände der KPD zur KP der Westzonen zusammengeschlossen. Gleichzeitig wurde eine Namensänderung in "Sozialistische Volkspartei" mit 251 gegen 18 Stimmen beschlossen. Die Namensänderung sollte den Charakter der Partei besser zum Ausdruck bringen, womit das Schwergewicht zur Bündnispolitik mit deutlicher Anlehnung an die SED gelegt wurde. Gleichzeitig nahm man an, daß die KPD mit diesem neuen Namen besser mit der SPD konkurrieren könne, u.a. bei der Werbung der Mittelschichten, zumal ein baldiger Zusammenschluß mit der SPD nicht mehr erwartet wurde. Ferner erhoffte sich die Partei von der Namensänderung, daß sie so den antikommunistischen Vorurteilen taktisch besser begegnen könne. Die Namensänderung wurde von den Besatzungsmächten verboten, ein nennenswerter Erfolg war der KPD mit ihrer taktischen Wende ohnehin nicht beschieden (647).

Diese neue Wende wurde auf dem Landesparteitag der KPD im April 1949 in Hagen bekräftigt. In seinem Schlußwort betonte Hugo Paul die weiterbestehende Notwendigkeit, die "sozialdemokratischen Kameraden" nicht zu vernachlässigen. Auch Max Reimann hob die Dringlichkeit der Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie hervor (Freies Volk v. 11.4.1945). Offensichtlich machte sich aufgrund der antikommunistischen Welle und der geringen Erfolge der Partei hinsichtlich der Einheitsfrontpolitik eine starke antisozialdemokratische Strömung an der Parteibasis bemerkbar, die sich 1951 in einer antigewerkschaftlichen Orientierung durchsetzen konnte (648). Ferner wurde in Hagen die nationale Zielsetzung der Partei bestätigt. Der Kampf der Partei ginge in erster Linie um die nationale Unabhängigkeit und Einheit des deutschen Volkes, dem alle anderen Fragen untergeordnet seien. Dies beinhaltete eine stärkere Hinwendung zur Bündnispolitik mit dem Mittelstand: Hugo Paul betonte, daß nicht nur die Arbeiter von der kapitalistischen Restauration betroffen seien, sondern gleichermaßen der Mittelstand, die Künstler und die Wissenschaftler (Freies Volk v. 11.4.1949). Zu diesem Zeitpunkt war die KPD bereits so weit isoliert, daß für eine derart breite Bündnispolitik in den Westzonen überhaupt keine Basis vorhanden war, sie verlor ihre Basis

in der Betriebsarbeiterschaft, mit der antigewerkschaftlichen Position lieferte sie der Gewerkschaftsführung den Vorwand, sie aus den Gewerkschaftsgremien zu drängen (vgl. Fichter/Eberle 1974, 183 ff.). Bei ihrem Verbot war die KPD eine fast einflußlose Splitterpartei.

11. 1945-48: DIE GESCHEITERTEN HOFFNUNGEN AUF DEN ANTIFASCHISTISCHEN NEUBEGINN

Am Anfang der vorliegenden Untersuchung stand die Frage, warum 1945 keine revolutionäre Massenbewegung in Deutschland existierte und was die wesentlichen Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den Nachkriegszeiten in Deutschland 1918 und 1945 waren. Diese Ausgangsfragen sind nach wie vor relevant und auch noch nicht ausreichend beantwortet (649). Zudem implizieren diese Überlegungen die weitere Frage nach dem Handlungsspielraum für die Arbeiterbewegung und nach den Möglichkeiten einer alternativen Politik im Jahre 1945.

1918 war das Deutsche Reich als staatliche Einheit intakt geblieben: der Feind stand nicht im Land, das Reich war von unmittelbaren Kriegseinwirkungen verschont geblieben (650). Am Ende des 2. Weltkrieges hingegen war Deutschland in tausende kleine und kleinste Einheiten zersplittert, die feindlichen Truppen besetzten die Städte, Verkehrs- und Kommunikationssysteme waren zerstört bzw. unterbrochen. Oftmals wußten in einer Stadt sich organisierende antifaschistische Gruppen nichts voneinander - wahrscheinlich hatte z. B. der Ronsdorfer Ausschuß im März/April keine Kontakte zur Antifa in Elberfeld -, eine Koordination etwa aller Antifas im Bergischen in diesen Übergangsmonaten war unmöglich. Wie sehr aber eine Massenbewegung auch auf ein funktionierendes Verkehrs- und Kommunikationssystem angewiesen ist, hatte sich bereits an der Rolle der revolutionären Matrosen in der Novemberrevolution gezeigt. So gelangten schon am 6. November 1918 die ersten Matrosen aus Norddeutschland nach Köln und sorgten dort für die Einsetzung eines Arbeiter- und Soldatenrats. Mit der Eisenbahn erreichte ein Trupp Matrosen von Köln aus dem 8. November Wuppertal und nahm Verbindung auf zu den Vertretern der Arbeiterparteien (Knies 1975, 94). Die Bedingungen in beiden Kriegen und bei beiden Niederlagen unterschieden sich insofern grundlegend. 1918 führten Demobilisierung und Auflösung des Heeres zu begrenzten Bevölkerungsverschiebungen, und der Zusammenbruch der Versorgung stellte die Räte vor große Pro-

bleme. Jedoch waren die sozialen Strukturen unangetastet, die Städte von Zerstörungen verschont geblieben. Der 2. Weltkrieg hingegen war ein totaler Krieg, d.h. die Bevölkerung im Reich war unmittelbar und direkt betroffen: Zerstörungen der Städte durch Luftbombardements - in Solingen, Remscheid und Wuppertal waren die Arbeiterviertel bis zu 70 % zerstört -, Rückkehrer aus der Evakuierung, Flüchtlingsströme, die sich bei Kriegsende ins Reich ergossen, in den Betrieben wurde nicht gearbeitet; Untergangsstimmung, Chaos und allgemeine Ratlosigkeit charakterisierten die Situation der Bevölkerung 1945. Das bedeutete auch, daß die meisten Menschen vorrangig um ihr Überleben kämpften. Hinzu kam, daß die politische Verantwortung in den Händen der Besatzungsmächte lag. Es war fraglich, ob und in welchem Maße überhaupt das deutsche Volk an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt würde.

Ein weiterer wichtiger Faktor sind die Auswirkungen der 12-jährigen NS-Herrschaft auf das Bewußtsein der Deutschen, insbesondere der Arbeiterklasse. Während des 1. Weltkrieges verschärften sich die Klassengegensätze, die Folge war eine seit 1917 wachsende Streikbewegung in den industriellen Zentren. So traten im Januar 1918 in den Barmer Rüstungsbetrieben 5 000-6 000 Arbeiter, ca. 30 % der Barmer Metallarbeiter, in den Ausstand (ebd., 89). Auch die Organisationen der Arbeiterklasse waren während des Krieges intakt geblieben. Die Diskussionen um die Haltung der Arbeiterbewegung zum Krieg führten zur Abspaltung der USPD, die in kurzer Zeit bedeutende Teile der Arbeiter um sich scharen konnte, in Solingen sogar die alte Parteizeitung, die "Arbeiterstimme", weiter herausgab. Selbst in Wuppertal, wo die Mehrheitssozialdemokraten überwogen, kamen zu einer Versammlung mit dem aus dem Gefängnis entlassenen USPD-Reichstagsabgeordneten Wilhelm Dittmann mehrere tausend Menschen (ebd., 90). Die Arbeiterbewegung war im 1. Weltkrieg sehr lebendig und konnte in den zunehmenden Klassenauseinandersetzungen Erfahrungen sammeln. Völlig anders war es 1945. Zwölf Jahre Faschismus bedeuteten die völlige Zerstörung der Arbeiterorganisationen und die physische Liquidierung ihrer Kader. Für die Mehrheit der Arbeiter hieß es, daß ihr Alltag losgelöst war von ihren früheren politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, daß sie kaum noch kollektive politische Erfahrungen machen konnten, daß sie abgeschnitten waren von jeder politischen Kontinuität. Bis 1936 war der Widerstand in den Hochburgen der Arbeiterbewegung noch relativ breit - allein in der Wuppertaler Prozessen standen 600 Frauen und Männer vor Gericht. In den Kriegsjahren dagegen wurde der illegale Kampf dann fast ausschließlich noch von kleinen

Gruppen getragen (z.B. die Kaps-Gruppe im Bergischen). Während also im 1. Weltkrieg die Kampferfahrungen der Arbeiterklasse zunahmen, konnte unter der NS-Herrschaft lediglich ein dünner Strang politischer Kontinuität gewahrt bleiben.

Aber nicht nur die politische Verfolgung bedrohte die Arbeiterklasse. Durch die Kriegsbedingungen und durch den vermehrten Einsatz von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern im Reich wurden die Belegschaften auseinandergerissen. So wurden in einem Wuppertaler Großbetrieb weit über 90 % der Arbeiter bis 1941 eingezogen! Allein das Reservoir an ausländischen Arbeitern ermöglichte eine Steigerung der Rüstungsproduktion. Auch in den Wohnbereichen wurden durch Evakuierungen und Zerstörungen die sozialen Beziehungen auseinandergerissen. Zwar wurden auch im 1. Weltkrieg, wenn auch in viel geringerem Umfang, durch die Einberufungen die Belegschaften in ihrer sozialen Zusammensetzung durcheinandergewürfelt; politisch gesehen jedoch waren die Folgen nicht so schwerwiegend, da die Zersetzung des Heeres mit den Kriegsjahren zunahm.

Zwölf Jahre Faschismus bedeuteten auch zwölf Jahre faschistische Propaganda, der vor allem die Arbeiterjugendlichen in den NS-Jugendorganisationen ständig ausgesetzt waren. Die propagandistische Beeinflussung führte zur Desorientierung weiter Teile der Arbeiterklasse, insbesondere der Jugendlichen und zur Deformierung ihres Klassenbewußtseins. Vereinzelte Gruppen von Jugendlichen, wie die Edelweißpiraten, die 1944 der Gestapo im Bergischen doch recht große Probleme bereiteten, lehnten sich gegen den Drill der faschistischen Jugendorganisationen auf. Sie protestierten gegen die Gleichschaltung, indem sie an bündische Traditionen anknüpften. In ihren Aktivitäten kommt aber allenfalls ein rudimentär entwickeltes politisches Bewußtsein zum Ausdruck (651). Sabotageaktionen Einzelner und individuelle Verweigerung sind nicht nur Ausdruck einer Oppositionshaltung, in ihnen offenbart sich zugleich das Ausmaß der Zerstörung kollektiver Lebens- und Arbeitszusammenhänge. Organisierte illegale Gruppen der zerstörten Arbeiterorganisationen erfaßten hingegen nur einige wenige Kader, die überwiegende Mehrheit der Arbeiter war ihres politischen Zusammenhalts beraubt. So sind die Ursachen für das Ausbleiben einer Massenbewegung im Jahr 1945 nicht nur in den durch den Krieg geschaffenen Bedingungen zu sehen, sondern auch in den Auswirkungen der NS-Herrschaft auf "Milieu" und Bewußtsein der Arbeiterklasse.

Bei aller Unterschiedlichkeit der Situationen von 1918 und 1945 entstanden doch in beiden Fällen typische Organisationsformen für eine "Übergangszeit": die Räte und die Antifas. Beide waren

Basisorganisationen, im parlamentarischen Sinne nicht legitimiert, in einem "Machtvakuum" entstanden. Sie konstituierten sich zunächst im lokalen Rahmen und versuchten, den "Alltag" zu organisieren. Ihr Gegenpol ist die Kommunalverwaltung. Ebenso wie die Antifa in Solingen beanspruchte "Kontrollinstanz" für die Kommunalverwaltung zu sein, so hatte auch der Wuppertaler Arbeiter- und Soldatenrat seinen Gegenpol in der Kommunalverwaltung gesehen (652). Räte wie Antifas versuchten, sich in den Betrieben zu verankern. Betriebsausschüsse 1945 wie Betriebsräte 1918 konnten sich auch zunächst weitgehende Rechte aufgrund der Verunsicherung der Unternehmer sichern. Als ihre Hauptaufgaben begriffen sie, die Produktion wieder in Gang zu setzen bzw. die Kriegsproduktion auf Friedensproduktion umzustellen. Im lokalen Bereich übernahmen Räte wie Antifas Aufgaben der Kommunalverwaltungen, wie die Sicherung der Versorgung, der Trümmerbeseitigung und Polizeiaufgaben. In Wuppertal und Remscheid versuchten Antifaschisten, eigene Polizeikräfte aus Angehörigen der Arbeiterbewegung aufzustellen. Einer der ersten Schritte des Arbeiter- und Soldatenrates von Barmen und Elberfeld war ebenfalls die Einrichtung eines Sicherheitsdienstes (Knies 1975, 97-98). Eine weitere vorrangige Aufgabe, deren sich die Räte 1918 annehmen mußten, war die Demobilmachung. Für beide Organisationsformen gilt, daß ihre politischen Aktivitäten wesentlich bestimmender für ihre Entfaltung sind als ihr Eingebundensein in eine bestimmte Programmatik. Räte wie Antifas sind ohne ein großes Maß an Spontaneität nicht vorstellbar. In ihnen waren alle Strömungen der Arbeiterbewegung vertreten, wenn sie auch meist entscheidend bestimmt wurden von den Funktionären der alten Arbeiterorganisationen. Zum Teil waren auch Vertreter des Bürgertums, meist Intellektuelle, in ihnen zu finden, deren Einfluß jedoch nie dominant wurde.

Die entscheidenden Unterschiede zwischen Räten und Antifas resultieren demgegenüber aus ihrer Entstehungsgeschichte. Die Rätebewegung war aus einer revolutionären Massenbewegung entstanden, in der sie verankert war. So forderten die beiden Räte von Barmen und Elberfeld in ihrer ersten Erklärung die Bevölkerung auf, am Samstag, den 9.11.1918, die Arbeit niederzulegen und sich zu Massenversammlungen zu begeben. In beiden Städten versammelten sich je etwa 8 000 Menschen, um die Mitglieder der beiden Räte zu bestätigen (ebd., 96). Die Räte hatten, zum Teil über mehrere Monate, eine "Doppelherrschaft" errichtet. Sie waren, zumindest in der ersten Phase der Revolution bis zur Jahreswende 1918 integrierter Teil einer funktionsfähigen Arbeiterbewegung. Selbst als sich die Mehrheitssozialdemokraten und der ADGB

von den Räten distanzierten, war ihre Basis immer noch groß genug, so daß sie eine ernstzunehmende politische Kraft darstellten. Als dann zu Jahresbeginn klar wurde, daß die Führung der MSP sich zunehmend auf das bürgerliche Lager, und z.T. aus Furcht vor den radikaleren Strömungen in den Räten, auch auf reaktionäre Kräfte zu stützen bereit war, führte das zu einer Radikalisierung der Arbeiter in den Industriezentren. Die Räte waren wiederum Ausdruck dieser Bewegung an der Basis. Selbst der sehr gemäßigte Rat in Elberfeld forderte den Rücktritt der Regierung, da sie ihre von der Revolution gestellte Aufgabe nicht erfülle (ebd., 133). Insgesamt führte diese Radikalisierung auch zu einer Stärkung der Unabhängigen und Kommunisten.

Die Antifas hingegen waren wesentlich schwächer verankert und mußten meist sich ihre Basis erst selbst schaffen. Entstanden als ein Zusammenschluß von meist relativ isolierten Kadern der Arbeiterbewegung versuchten sie - da sie sich über das Ausmaß der ideologischen Zerrüttung der Arbeiterklasse im klaren waren - Bedingungen zu schaffen, in denen kollektives Handeln wieder möglich wurde. Gerade deshalb auch war die Gründung von Stadtteilausschüssen, so wie die Solinger Antifa sie organisierte, sehr typisch. Die Antifas übernahmen bewußt eine Art Erziehungsfunktion. Da die traditionellen Arbeiterorganisationen zunächst nicht existierten, waren die Antifas die einzigen Organisationen der Arbeiterbewegung und ihnen fielen sowohl Funktionen der Parteien wie der Gewerkschaften zu. Sie betonten, daß die Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung, als deren Folge sie die Niederlage von 1933 ansahen, ihre vordringlichste Aufgabe sei. Einige Ausschüsse verstanden sich daher als Keime einer erneuerten Arbeiterbewegung bzw. als Vorformen einer Einheitspartei. Dieses Einheitsmoment ist im Bergischen weniger stark ausgeprägt, wenn auch die Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten als unbedingt notwendig angesehen wurde. Dabei lag den Antifas kein einheitliches programmatisches Konzept zugrunde, bestimmend ist vielmehr die Übereinstimmung in ihren Aktivitäten (Niethammer 1978, 699-717). Dies trifft auch bedingt für die Rätebewegung zu, doch wurden von den Räten, die an traditionelle sozialdemokratische Vorstellungen anknüpften, sehr viel genauere Vorstellungen über den künftigen Staat entwickelt (653).

Die Antifas waren lokal und regional sehr unterschiedlich ausgeprägt, sowohl hinsichtlich ihrer Stärke, ihres Spielraums gegenüber der Kommunalverwaltung und der MR als auch in der Entfaltung von Aktivitäten. Dies zeigt sich schon bei einem Vergleich der drei Städte. Im Gegensatz zur Rätebewegung, wo ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Macht der Räte und der Stärke

der Arbeiterbewegung festgestellt werden kann, ist für das Entstehen und Wirken der Antifas ein Moment von Zufälligkeit unverkennbar. So entstanden z. B. in Südbaden, wo die Arbeiterbewegung nie sehr stark war, eine Vielzahl von antifaschistischen Ausschüssen, während diese in früheren Hochburgen der Arbeiterbewegung vergleichsweise schwach ausgeprägt waren (z. B. Berlin) (vgl. Karte in Niethammer 1978). Jede Zentralisierung und Koordinierung der antifaschistischen Ausschüsse war durch die Zersplitterung des Reiches zunächst unmöglich, zumal keine politische Kraft diese Aufgabe übernahm. Anders die Rätebewegung, die sehr früh an den Ausbau einer Bezirks- und Reichsebene heranging. So rief der Elberfelder und Barmer Arbeiter- und Soldatenrat bereits am 17. November 1918 eine Delegiertenkonferenz für den Bezirk Niederrhein ein (Knies 1975, 106 ff.).

Betrachtet man die Gegenkräfte, so ist festzustellen, daß der Spielraum der Antifas von vornherein sehr viel geringer war. Sie mußten sich nicht nur gegenüber der Kommunalverwaltung, sondern auch gegenüber der MR behaupten. Die Stadtkommandanten stützten sich - in allen drei Städten - in zunehmendem Maße auf die alten Kräfte in der Verwaltung. Hingegen ist zu bedenken, daß die Rätebewegung tatsächlich Machtpositionen hatte erobern können, zumindest teilweise legitimiert durch die sozialdemokratische Regierung. Aller Einfluß der Antifas basierte lediglich auf der Verunsicherung des Bürgertums und der Verwaltung nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes. Nachdem sich die Machtverhältnisse zuungunsten der Antifas stabilisierten, scheiterten die Ausschüsse in ihrem Hauptanliegen, eine rasche und wirkungsvolle Entnazifizierung der Verwaltung und Wirtschaft durchzusetzen. Gerade mit der Entnazifizierung aber waren Vorentscheidungen für ein "neues Deutschland" und gesamtgesellschaftliche Perspektiven der Antifaschisten verbunden. Die Rätebewegung als Teil einer Massenbewegung hingegen hatte reale Macht gegenüber den Verwaltungen, wenn sie sie auch nicht immer zu nutzen schien. Zudem verfügten die Räte, wie die Diskussionen auf dem Rätekongreß zeigten, zwar über kein geschlossenes theoretisches Konzept, insbesondere was ihre eigenen Funktionen anbelangte, jedoch entwickelten sie immerhin präzise soziale und politische Forderungen für eine soziale und gesellschaftliche Umgestaltung (654).

Ähnlich wie die Räte waren die Antifas "Einheitsorganisationen" der Arbeiter. Sie waren autonome Basisorganisationen, in denen Kommunisten wie Sozialdemokraten und Linkssozialisten, aber auch Christen und nichtsozialistische Demokraten mitarbeiteten. Insofern waren sie organisatorische Realisierung des Einheitswillens, der 1945 bei sehr vielen Vertretern der Arbeiterbewegung

vorhanden war. Diese zaghaften Ansätze einer autonomen Organisierung, die (u. a. in der Frage der Entnazifizierung) an den Resten des Klassenbewußtseins ansetzten, hätten einer Förderung, einer Zentralisierung und Koordinierung bedurft, die ihrerseits nur von den sich reorganisierenden Parteien und Gewerkschaften hätte geleistet werden können. Gerade dies jedoch unterblieb: die traditionellen Organisationen wurden von ehemaligen Funktionären wiederaufgebaut, die alle autonomen Ansätze für schädlich hielten und daher ignorierten bzw. zu unterdrücken versuchten. Da sich keine politische Alternative bot und der Handlungsspielraum der Antifas ohnehin durch die MR stark beschränkt wurde, orientierten sich nunmehr die Aktiven der Arbeiterbewegung, die bisher in den Antifas zusammengefaßt waren, an den traditionellen Organisationen oder zogen sich von politischen Aktivitäten zurück. So wurde den Antifas auch personell der Boden entzogen.

Zu fragen ist, ob ein Wiederaufbau der Arbeiterbewegung, der sich in starkem Maße an den antifaschistischen Ausschüssen bzw. an den Betriebsausschüssen orientierte, nicht konsequenterweise zu einer anderen Organisationsform geführt hätte? Hätte eine solche "andere Arbeiterbewegung" den Nachkriegsbedingungen mehr entsprochen als die traditionellen Organisationen? Wurde hier eine Chance zur Erneuerung nicht nur der Arbeiterbewegung, sondern auch der deutschen Nation vertan?

Die Mehrzahl der sozialdemokratischen Funktionäre und Mitglieder war zunächst beim Zusammenbruch des NS-Regimes orientierungslos, ein bruchloses Anknüpfen an die SPD der Weimarer Republik war bei den Sozialdemokraten im Reich umstritten. Der diffuse Wunsch einer engeren Zusammenarbeit mit der KPD und evtl. einer einheitlichen Partei entsprang sowohl der Einsicht, daß die Spaltung der Arbeiterbewegung vor 1933 den Sieg des Faschismus in Deutschland erleichtert hatte, wie z. T. den gemeinsamen Erfahrungen in Widerstand und Verfolgung. Diese Vorstellungen wurden politisch sehr unterschiedlich umgesetzt. Die Wuppertaler SPD mit Franz Landowski schien zunächst eine Einheitspartei anzustreben, in Remscheid nahmen Kommunisten an den Sitzungen der SPD teil, in Solingen grenzten führende Teile der SPD sich sehr früh von der KPD ab und waren auch in der Antifa nur begrenzt zur Zusammenarbeit bereit.

Der Grad der Verunsicherung der Mehrheit der Sozialdemokraten über die künftige Gestalt der SPD erklärt u. a., warum es Kurt Schumacher gelang, in kurzer Zeit der Führer der Nachkriegssozialdemokratie zu werden. Schumacher war nicht nur derjenige, der sich aufgrund seiner antifaschistischen Vergangenheit, seiner persönlichen Autorität und seines organisatorischen Geschicks für

diese Aufgabe besonders eignete, er war zugleich erfüllt von einem Willen zur geistigen Erneuerung der Partei. Darüberhinaus aber war er entschiedener Antikommunist. Er lehnte von vornherein alle Einheitsbestrebungen mit den Kommunisten ab. Eine Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung war für ihn nur vorstellbar, wenn die KPD sich auflöste. Dieser Antikommunismus machte Schumacher auch blind für die Bedeutung der Antifas; Schumacher stützte sich bei der Reorganisierung der Partei dann vorwiegend auf jene traditionalistischen Zirkel von Sozialdemokraten, die - häufig in Konkurrenz zur Antifa, wie z. B. in Solingen - eine baldige Konstituierung der SPD anstrebten. Damit fehlte aber auch Schumacher die eigentliche personelle Basis für sein Erneuerungskonzept, so daß die führenden Landespolitiker mit ihrer pragmatischen Linie die praktische Politik der SPD mehr bestimmten als er selbst.

Auch bei den Kommunisten waren Unklarheiten über die Strategie nach 1945 vorhanden. Im Bergischen war offenbar die Mehrheit der Kommunisten der Auffassung, daß bei Kriegsende "objektiv" eine revolutionäre Situation bestünde und daß eine revolutionäre Massenbewegung zu initiieren sei. Diese Aufgabe sollte jedoch in engster Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten angegangen werden. Erst als der Juni-Aufruf der KPD bekannt wurde und sich zugleich herausgestellt hatte, daß die Erwartungen nicht der Realität entsprachen, setzte sich auch bei den bergischen Kommunisten die Blockpolitik des ZK durch. Nunmehr wurde stärker versucht, die Bürgerlichen in eine Zusammenarbeit mit einzubeziehen. In Solingen gelang dann - aufgrund der spezifischen Situation - die Umsetzung dieser Taktik im "Block der demokratischen Parteien". Die anfängliche Opposition zur offiziellen Linie des ZK erstickte auch im Bergischen sehr schnell. Hierbei spielte wohl eine besondere Rolle, daß die Kommunisten - sehr viel stärker als die Sozialdemokraten - gewohnt waren, die Entscheidungen der jeweiligen Führung, die zudem durch die KPdSU unterstützt wurde, anzuerkennen.

Die Ausrichtung der KP in den Westzonen an die Entwicklung in der SBZ und die Übertragung der für die SBZ noch durchsetzbaren Politik auf die Westzonen führten dazu, daß die KPD immer unglaubwürdiger wurde. Hinzu kam, daß sie sich durch die bedingungslose Verteidigung der russischen Demontagepolitik und der Vertreibung der Menschen aus den Oder-Neiße-Gebieten, wie durch die Verleumdung der Flüchtlingsbewegung, völlig diskreditierte. Der Erfolg der Kommunisten war im kommunalen oder betrieblichen Rahmen immer dann gewährleistet, wenn sie sich in ihrer konkreten Politik als Sachwalter der Interessen der Werktätigen darstellen konnten. Doch aufgrund der außen- und innenpolitischen Entwicklung, sowie der Normalisierung des Wirtschaftslebens und des wirtschaftlichen Aufschwungs wurde dieser Handlungsspielraum seit 1947 ständig enger. Dies dürfte auch die "Sozialdemokratisierung" ihrer Anhänger mit verursacht haben. Die Kommunisten waren aufgrund ihrer ideologischen Abhängigkeit von der UdSSR, wie aber auch aufgrund der Entwicklung der Partei seit der Weimarer Republik unfähig, die Relevanz der antifaschistischen Ausschüsse zu erkennen und in ihnen das geeignete Instrument zu sehen, das durch 12 Jahre Faschismus deformierte Klassenbewußtsein der Arbeiter zu verändern. Auch hier wurde Arbeiterbewegung nicht mehr als Bewegung der Arbeiter verstanden, sondern die Führungen traten ihrer Basis mit Arroganz gegenüber und handelten stellvertretend für sie. Andererseits war das Potential, das für eine einheitliche erneuerte Arbeiterbewegung eintrat, sehr schwach.

Trotzdem existierte die Bereitschaft zur Kooperation zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Lediglich in den Phasen der Wahlkämpfe scheint diese Tendenz aufgehoben gewesen zu sein. Selbst Schumacher wagte es zunächst nicht, eine Zusammenarbeit im kommunalen Rahmen abzulehnen. Ausdruck einer traditionellen Verbundenheit der Arbeiterorganisationen waren die Gedenkfeiern für die Märzgefallenen von 1920, die im Bergischen zunächst von Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam gestaltet wurden. Verstärkt wurde auch die Bereitschaft zur kommunalpolitischen Kooperation offenbar dann, wenn die Arbeiterparteien beide in der Opposition standen, wie z. B. in Remscheid und Solingen. In Wuppertal, wo die SPD den Oberbürgermeister stellte, traten Spannungen sehr viel häufiger auf. Allein die Untersuchungen der Polemiken der zentralen Führungen zur Frage der Einheit können also die Wirklichkeit nicht erfassen: erst auf der regionalen bzw. lokalen Ebene wird deutlich, daß der Einheitswille keine diffuse Wunschvorstellung war, sondern daß die Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung auch nach dem Scheitern der Einheitspartei ein bestimmendes Moment im Verhalten der Mitglieder war.

Anders als bei der Reorganisierung der Parteien war das Prinzip der Einheitsgewerkschaft 1945 unumstritten, so daß es zunächst in vielen Städten zu einem gemeinsamen Vorgehen aller Gewerkschafter bei der Reorganisierung der Gewerkschaft kam. Gerade in Solingen jedoch, wo die Antifa von den Kommunisten dominiert wurde und sich die Sozialdemokraten sehr früh von der Antifa abgrenzten, entstand sehr rasch ein Gegeneinander von früheren ADGB-Funktionären und Antifa. Die Antifa versuchte, sich über die Betriebsarbeit eine Basis zu sichern, während die Gruppe um

den früheren ADGB-Funktionär Max Richter sich an den Vertreter der christlichen Gewerkschaften Arthur Meistermann wandte, um die neue Einheitsgewerkschaft unter Ausschluß der Kommunisten zu gründen. Hierbei sicherte sich Richter die Unterstützung der Verwaltung und der MR.

Unter dem Druck der Betriebe, in denen die Kommunisten ihre Basis hatten, haben sich im Bergischen offenbar die kommunistischen Funktionäre bei den Gewerkschaftsgründungen einen gewissen Einfluß in den Gremien zu sichern gewußt. Dieser Einfluß wuchs in Solingen und Remscheid zunächst noch. Jedoch konnten sie nicht verhindern, daß sich der Gewerkschaftsaufbau von oben vollzog, d.h. nicht aus den Betriebsausschüssen heraus, sondern von den ADGB-Funktionären. Gerade aber weil die Kommunisten - im Bergischen wohl in besonders hohem Maße - in den Betriebsräten verankert waren, wurde teilweise das Verhältnis der Gewerkschaften zur Betriebsrätebewegung problematisch. So wurden bei Konflikten in den Betrieben die Belegschaften, insbesondere von den überregionalen Gewerkschaftsgremien, nicht oder nur halbherzig unterstützt. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre fürchteten offenbar, durch Aktivierung der Basis die Position der Kommunisten in den Gewerkschaften zu stärken (z.B. im Fall Vorwerk in Wuppertal). Zugleich verzichteten sie auf die Nutzung des Handlungsspielraumes gegenüber den Besatzungsmächten, obgleich sich ihre Hoffnungen auf die Durchsetzung gewerkschaftlicher Neuordnungsvorstellungen sehr bald als trügerisch erwiesen. Unter dem Schutz der Besatzungsmächte blieben die Eigentumsverhältnisse in den Westzonen letztlich unangetastet. Die Sozialisierung - eines der Grundelemente gewerkschaftlicher Politik nach 1945 - wurde zwar im Landtag von NRW beschlossen, ihre Durchführung scheiterte jedoch am Veto der Besatzungsmächte. Mit dem Marshallplan und der Währungsreform waren die gewerkschaftlichen Vorstellungen einer antikapitalistischen Neuordnung gescheitert. Sicherlich entspricht die Einschätzung, daß 1948 bereits die Mehrheit der deutschen Arbeiter nicht mehr bereit waren, um Sozialisierung und andere Strukturreformen zu kämpfen, d.h. den "Speck" der "Sozialisierung" vorzogen, den realen Verhältnissen (Borsdorf 1980). Dies muß jedoch als Resultat der Politik der Gewerkschaftsführung nach 1945 gesehen werden, die von Anfang an eine Mobilisierung ihrer Mitgliederbasis zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Vorstellungen abgelehnt hatte.

Aber auch die Arbeiterparteien scheiterten mit ihrer politischen Konzeption. Die SPD sah sich 1948 bereits aus allen wichtigen Positionen herausgedrängt, bzw. hatte sich selbst hinausmanövriert. Sie hielt daran fest, daß mit der Gründung der Bundesrepublik nur

ein Provisorium geschaffen sei, ohne daß damit ökonomische und politische Strukturen bereits festgeschrieben seien. Dies erwies sich als folgenschwerer Irrtum, den sie mit einer langen Zeit der Opposition und mit politischer Anpassung bezahlen mußte. Die KPD hingegen hatte sich durch ihre Unterordnung unter die Interessen der SED bzw. der KPdSU dermaßen diskreditiert, daß sie bei ihrem Verbot keine Massenbasis mehr besaß. Die Spaltung der Arbeiterbewegung hatte in Deutschland nunmehr zu einer geographischen Trennung geführt, deren Überwindung in immer weitere Ferne rückte.

Entsprach nun die Wiederbelebung der traditionellen Arbeiterbewegungen in den alten Organisationsformen den Erfordernissen der Situation bei Kriegsende? Zwölf Jahre faschistischer Herrschaft hatten eine tiefgreifende Umstrukturierung der Arbeiterklasse bewirkt. Eine ideologische Zerrüttung, bedingt durch faschistische Propaganda und Nichtexistenz der Arbeiterorganisationen, prägte die Bewußtseinslage. Ansätze zu einer Neuformierung von Klassenbewußtsein lagen in dem diffusen Wunsch nach Überwindung der Spaltung und nach Entnazifizierung und Bestrafung der politisch Verantwortlichen, insbesondere in der Wirtschaft. Hinzu kam, daß bis ins Bürgertum hinein die Meinung vertreten wurde, daß allein ein nichtkapitalistisches Deutschland Garant für eine antifaschistische Entwicklung sei. Auch waren die traditionellen Lebenszusammenhänge durch den Krieg zerstört, d.h. auch das, was als proletarisches Milieu in der Weimarer Republik existierte - und in dem sich auch die Spaltung in zwei Richtungen widerspiegelte - war nicht mehr vorhanden. So gab es einerseits zwar eine Zerstörung traditioneller Lebensformen, andererseits aber auch Ansätze zur Entfaltung autonomer Organisationsformen, wie die Antifas und Betriebsausschüsse. In dieser Situation wäre eine Sammlungsbewegung, die auch die christlichen Arbeiter hätte integrieren können, eine Alternative zur Rekonstitution der Arbeiterparteien gewesen. Daß stattdessen dem bürgerlichen Lager eine Sammlungsbewegung mit der CDU gelang, womit erstmals die Spaltung in Zentrum und Konservative überwunden und ein Teil der Liberalen einbezogen werden konnte, ist wohl eines der wesentlichen Ereignisse der Nachkriegsgeschichte und bedeutete zweifellos für die Geschichte der Bundesrepublik eine enorme Stärkung der bürgerlichen Kräfte. Demgegenüber kann man nur darüber spekulieren, welche Bedeutung eine Einigung sowohl der christlichen wie der kommunistischen und sozialdemokratischen Richtung der Arbeiterbewegung für eine deutsche Nation hätte haben können (U. Schmidt/Fichter 1976).

Ungeklärt bleibt bislang die Frage, warum die Arbeiterbewegung 1945 ihre Spaltung wiederholte bzw. verschärfte, während dem bürgerlichen Lager eine Einigung gelang. Neben den objektiven Bedingungen der Nachkriegssituation wie der Schwäche der autonomen Ansätze von 1945 - läßt man einmal die These vom "Verrat der Führungen" beiseite - sind die eigentlichen Ursachen in der Arbeiterklasse selbst zu suchen. Einen Interpretationsansatz bietet hier die These, daß die Stellung im Produktionsprozeß entscheidend für politisches Handeln und Bewußtsein ist. Roth/Behrens versuchen, in ihrem Abriß der Geschichte der "anderen Arbeiterbewegung" u.a. dies auch für die Nachkriegszeit darzustellen (Roth/Behrens 1974, 175-194). Entsprechend ihrer These, daß allein der "Massenarbeiter" das revolutionäre Subjekt sei, der "Facharbeiter" hingegen reformistisch handele und in den traditionellen Organisationen zu finden sei, sehen sie vor allem in den Verweigerungsaktionen der Zwangsarbeiter den revolutionären illegalen Kampf verkörpert. Den Antifas, deren Träger vor allem Organisationskader waren, werfen sie "Wohlverhalten" gegenüber der MR vor; allein den Gruppen, die in den letzten Kriegstagen noch den bewaffneten Aufstand wagten, sei es gelungen, überhaupt Einfluß auf die politischen Geschicke der Stadt zu nehmen. Diese These, die aufgrund der bisherigen Untersuchungen über die Antifas kaum zu halten ist, zeugt von einer aktionistischen Verengung der Vorstellungen von politischem Handeln überhaupt. Zudem untersuchen Roth/Behrens nicht die soziale Zusammensetzung dieser Gruppen, die in die Kämpfe eingriffen. Für die Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit scheint es jedenfalls nicht der historischen Realität zu entsprechen, dem "Massenarbeiter" eine besondere Radikalität zuzuschreiben (655). Für das Bergische Land sind für die Streikbewegungen keine Unterschiede hinsichtlich der Radikalität zwischen den hochqualifizierten Metallarbeitern und den Textilarbeitern in Wuppertal feststellbar. Es wäre zu prüfen, ob in der Nachkriegszeit die traditionell unterschiedliche politische Orientierung - die Ausdruck der verschiedenen Arbeitsprozesse war -, sich nivellierten oder ob doch historische Traditionen stärker blieben.

Die gleichen Einwände beziehen sich auch auf den Ansatz von Erhard Lucas (1976). Lucas untersucht anhand des Arbeitermilieus von Remscheid und der Zeche "Deutscher Kaiser" in Hamborn, weshalb die Remscheider und die Hamborner Arbeiter sich in der revolutionären Bewegung von 1918 unterschiedlich verhielten und organisierten. Ausgangspunkt seiner Untersuchung ist dabei das politisch-strategische Moment, wie die Spaltung der Arbeiterklasse zu überwinden sei. Problematisch ist m.E., daß auch Lucas

idealtypisch vorgeht, d.h. auf immer kleinere Microeinheiten zurückweichen muß. Gerade für die Nachkriegszeit ist aber eine Zerstörung eben dieser Microeinheiten festzustellen, so daß auch der Ansatz von Lucas nur sehr bedingt übertragbar sein dürfte. Hier setzt auch Lutz Niethammer an, der zu bedenken gibt, daß in Deutschland bereits nach dem 1. Weltkrieg - anders als in anderen westeuropäischen Staaten - eine Auflösung der traditionellen Arbeiterkultur begann (656). Niethammer sieht hierin - neben den Auswirkungen des Sieges der faschistischen Bewegung in Deutschland und der militärischen Niederlage 1945 - eine entscheidende Ursache für das Ausbleiben einer revolutionären Massenbewegung.

Während Niethammer und Lucas in den proletarischen Traditionen eher ein emanzipatorisches Moment und in der Zerstörung des Arbeitermilieus eine Gefahr für eine demokratische Gesellschaft sehen, begrüßt Jürgen Kocka die "Auflockerung der Sozialstruktur" in der Nachkriegszeit (Kocka 1979). Durch sie sei der Weg zur nivellierten Mittelstandsgesellschaft geebnet worden. Es ist aber zu fragen, ob hierdurch nicht antifaschistische und demokratische Traditionen zugeschüttet wurden. In der "nivellierten Mittelstandsgesellschaft" jedenfalls, die nach Kocka u.a. die "Einübung in soziale und liberale Demokratie" befördern soll, bleiben jene Ziele, für die die Antifas gekämpft haben, in weiter Ferne.

ANMERKUNGEN

1 So bereits im Titel: Behr, Vom Chaos zum Staat. Männer, die für uns begannen, 1961.
2 Vgl. hierzu die Einleitung zu dem Sammelband Niethammer/Borsdorf/Brandt, 1978. Die Herausgeber führen in der Einleitung aus: "Die Frage nach den verschütteten demokratischen Alternativen in der deutschen Geschichte lag zur Zeit der Studentenbewegung in der Luft", S. 14.
3 In der DDR-Historiographie wurde sehr früh begonnen, die Geschichte des eigenen Staates zu untersuchen. Dabei stand und steht die DDR-Geschichtsforschung - gemäß ihres gesellschaftlichen Auftrags - unter dem Zwang, die Entstehung und Entwicklung der DDR, insbesondere der SED, zu legitimieren. Vgl. die offizielle Darstellung: Geschichte der Arbeiterbewegung, 1966, VI.
4 Der Begriff "Restauration", entweder des Kapitalismus (s. Huster u. a. 1972) oder eingeengt auf die Arbeiterbewegung (Christier 1975) wird von anderen Autoren für 1945 kritisiert. So Kocka 1979, 141-168.
5 Vgl. hier v. a. Niethammer/Borsdorf/Brandt 1978 wie die Regional- bzw. Lokalstudien über Bremen, Braunschweig und Leipzig; Brandt 1976; Lein 1978; Schmollinger 1976; Christier 1975.
6 In diesem Kontext wären vergleichende Studien über andere westeuropäische Länder sicherlich sehr fruchtbar.
7 Es geht hierbei nicht um eine Wertung oder gar Hierarchisierung von Bewußtsein; sondern um eine Unterscheidung und Zuordnung: Dabei kann durchaus "Instinkt", der die Arbeiter zu solidarischen Verhaltensweisen anleitete, "richtiger" sein, als das Verhalten eines Funktionärs, der versucht, eine Linie der Parteiführung durchzusetzen.
8 So z. B. in Bremen, wo am 14. 8. 1945 anläßlich der Unterzeichnung des Einheitsabkommens von der SPD verkündet worden war, daß beide Parteien (SPD wie KPD) beschlossen hatten, die KGF aufzulösen mit der Begründung, daß dadurch verhindert werden solle, daß "Elemente, die keiner Partei angehören und somit von niemand kontrolliert werden können, nicht mehr Hader und Zwiespalt in unsere Reihen tragen können". Brandt 1976, 191. Der KGF-Vorstand widersetzte sich zwar diesem Beschluß, doch war der KGF dann mit der Rekonstituierung von SPD und KPD die Existenzgrundlage entzogen.
9 Vgl. hierzu den interessanten Aufsatz von Schmidt/Fichter 1976, I, 17-71. Die Autoren vertreten hier die These, daß 1945 eine historische Chance bestand, eine alle drei Gruppierungen (sozialdemokratische, kommunistische und christliche Fraktion) umfassende Arbeiterpartei aufzubauen, wenn diese eine konsequente Vertretung der Interessen aller Arbeiter wahrgenommen hätte.

10 Lein, Brandt und Schmollinger beschränken sich in ihren Studien auf die unmittelbare Übergangsphase, während Christier ebenfalls wie ich einen längeren Zeitraum untersuchte.
11 Die Frage nach der Kontinuität in der Arbeiterbewegung nach 1945 zu den Strukturen der Weimarer Zeit erfordert es, die Endphase der Weimarer Republik und die Periode der Illegalität unter dem Hitler-Regime in diese Studie miteinzubeziehen. Dies kann und soll jedoch nur in bezug auf das eigentliche Thema der Arbeit geschehen. Der Rahmen der folgenden Darstellung dieser Periode wird daher von der Ausgangsfrage nach den Auswirkungen des Faschismus auf die Arbeiterklasse und den Erfahrungen ihrer politischen Organisationen bestimmt.
12 Während sich meine Untersuchung im wesentlichen auf die 3 Städte Solingen, Remscheid und Wuppertal beschränkt, wird in diesem Kapitel das Bergische Land als ganzes behandelt. Dies erwies sich bei der Herausarbeitung der spezifischen sozio-ökonomischen Strukturen als notwendig, zumal auch die wenigen wirtschaftsgeschichtlichen Studien das Bergische Land stets als einen Wirtschaftsraum kennzeichnen. Ferner soll in diesem Kapitel versucht werden, in aller Kürze die charakteristischen historischen Strukturen des Bergischen Landes und deren Entwicklung darzustellen.
13 Im folgenden stütze ich mich insbesondere auf: Köllmann 1971; Eickhorn 1964; Sonnenschein 1968; Rausch 1947; Reulecke 1973.
14 Angaben f. 1939 u. 1947 nach Rausch 1947, 7; für 1981 nach Mitteilungen der Statist. Ämter v. Wuppertal und Remscheid, für Solingen nach Statistischen Vierteljahresberichten, Juni 1981.
15 Köllmann 1971, 2-3. Köllmann führt als weiteres Charakteristikum des bergischen Wirtschaftsraumes an, daß es aufgrund der Streulage der Industrie selbst in den Städten bei der älteren Verbindung von Arbeiten und Wohnen blieb, eine Aufteilung in Wohn- und Industriegebiete also verhindert wurde.
16 Dies ging jedoch nicht notwendig einher mit einer Konzentration des Kapitals.
17 Köllmann stellt hierzu fest, daß erst in den Jahren 1950 bis 1961 eine Entwicklung zu größeren Betriebseinheiten zu beobachten ist. So nahmen die Betriebe mit über 100 Beschäftigten in Solingen um 10, 9 %, in Wuppertal um 7, 6 % und in Remscheid um 3, 3 % in diesem Zeitraum zu. Köllmann legt seiner Untersuchung die jeweiligen IHK-Bezirke, die die ländlicheren Gebiete des Wupperkreises mit einschließen, zugrunde. Ebd., 22-23.
18 Toellner, 1950, 101. Toellner weist darauf hin, daß in der Kunstfaserindustrie wie in der Chemieindustrie der Kapitalfaktor von Anfang an eine entscheidende Rolle spielte. Kapitalinvestitionen in größerem Umfang brachten eine Konzentration mit sich.
19 Ebd., 148-149. Erst in den 50er und 60er Jahren ließen sich internationale Konzerne im Bergischen nieder.

20 Vgl. hierzu auch Köllmann 1971, 27ff., der als weitere Ursache für die besondere Krisenanfälligkeit der Wirtschaft im Bergischen ihre weitgehende Monostruktur bezeichnet, die sich mit dem Vordringen der Eisen- und Metallindustrie herausgebildet habe.

21 Toellner kommt zu dem Ergebnis, daß die Arbeitslosigkeit im Bergischen in den Jahren vor dem 2. Weltkrieg ebenso wie in der Nachkriegszeit stets höher als der Reichsdurchschnitt gelegen habe. Hierauf wird im folgenden noch einzugehen sein. Toellner 1950, 155.

22 Toellner 1950, 133-140. Dieser internationale Ruf der Industrieprodukte des Bergischen führte in der Nachkriegszeit zu harten Exportbeschränkungen: insbesondere England wollte seine Schneidwarenproduktion in Sheffield endlich von der harten Konkurrenz aus Solingen befreien. Die Schneidwarenproduktion in Solingen war daher von den Maßnahmen der britischen Militärregierung hart betroffen.

23 Das folgende nach Stolle 1981, 128ff. u. Wünderich 1980, 15ff.

24 Das Folgende nach Lucas 1976, 119ff.

25 So schildert Lucas, daß die Remscheider Fabrikanten Ende des 19. Jahrhunderts sofort bereit waren, eine Vereinbarung über einen Minimal-Lohn mit dem Feilenhauer-Verein zu treffen. Diese Vereinbarung erleichterte es für die Fabrikanten, Konkurrenz in den eigenen Reihen unter Kontrolle zu halten. Lucas 1976, 120-122.

26 Vgl. hierzu den Erklärungsversuch von Werner, der das Sektierertum im Bergischen auf die Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie im vorigen Jahrhundert zurückzuführen versucht: "Man hat sich den Kopf darüber zerbrochen, wie gerade Wuppertal zum Nährboden dieses seltsam verschrobenen und verbohrten Denkens hat werden können. Die einen machten das enge Tal dafür verantwortlich - man will in abgeschiedenen Alpentalkesseln ähnliche Erscheinungen beobachtet haben -, andere die niederschlagreiche Witterung, ja, selbst die Dämpfe und Schwaden des bunten Flusses, andere wiederum - m. E. mit mehr Recht - den seltsam grüblerischen Hang der Weber und der aus ihnen hervorgehenden Textilarbeiterschaft. In der Tat, betrachtet man so ausgesprochene Textilgegenden in Deutschland wie Schlesien und das Zwickauer Land in Sachsen, man wird immer finden, daß dem Weberhandwerk ein ausgeprägtes Sektenwesen und Hang zum Radikalismus entspricht." Werner o. J., 27ff.

27 Nur in wenigen Städten war die USPD stark genug, um die Parteizeitung zu übernehmen. In der revolutionären Phase 1918/19 spielte die Zeitungsfrage eine große Rolle in den Auseinandersetzungen zwischen Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen.

28 Zur Bedeutung v. Otto Braß für die Geschichte der Remscheider Arbeiterbewegung vgl. die Biographie bei Lucas 1976, 123-125.

29 Zur KPO vgl. Tjaden 1964. Parallel hierzu wären Überlegungen anzustellen, welche Faktoren im Bergischen zur Abspaltung der SAP führten.

30 Vgl. hierzu auch Schöck 1978. Sie kommt aufgrund ihrer Analyse des Verhaltens der Chemie-, Bergbau- und Metallarbeiter zu dem Ergebnis, daß gerade die qualifizierten, gewerkschaftlich organisierten Belegschaften der RGO-Taktik gegenüber ablehnend waren. Ebd., 177.

31 Die Reichspräsidentenwahlen wurden nicht berücksichtigt, da aus diesen Ergebnissen das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten nicht eindeutig abzulesen ist.

32 Wahlergebnisse zusammengestellt nach: Täglicher Anzeiger vom 15. 9. 1930, vom 1. 8. 1932, vom 9. 11. 1932 und vom 6. 3. 1933.

33 Wahlergebnisse im Reichsdurchschnitt nach Milatz 1960, 743-793.

34 Milatz sieht den Erfolg der KPD v. a. darin begründet, daß viele Jungwähler nach links abgewandert waren. Ebd., 784-786.

35 Toellner gibt an, daß von 1. 000 Beschäftigten in Solingen im Januar 1933 162, 9 arbeitslos waren. Toellner 1950, 152.

36 Reichstagswahlen in Wuppertal in absoluten Zahlen:

	14. 9. 1930	31. 7. 1932	8. 11. 1932	5. 3. 1933
NSDAP	58. 747	110. 764	90. 720	127. 138
SPD	42. 739	39. 714	37. 162	37. 866
KPD	57. 636	58. 280	63. 145	55. 712
DNVP	17. 894	14. 932	23. 558	21. 460
DVP	10. 145	2. 473	4. 379	3. 199
Zentr.	24. 432	25. 838	25. 506	26. 882
Sonst.	44. 068	7. 760	29. 265	6. 478

37 Reichstagswahlen in Remscheid in absoluten Zahlen:

	14. 9. 1930	31. 7. 1932	8. 11. 932	5. 3. 1933
NSDAP	24. 854	24. 854	20. 396	30. 152
SPD	4. 538	4. 518	4. 518	4. 191
KPD	21. 176	21. 176	22. 472	20. 203
DNVP	3. 202	3. 202	4. 011	4. 093
DVP	1. 499	1. 499	2. 460	1. 854
Zentr.	4. 868	4. 862	46. 150	5. 133
Sonst.	876	3. 246	1. 438	2. 123

38 Reichstagswahlen in Solingen in absoluten Zahlen:

	14. 9. 1930	31. 7. 1932	8. 11. 1932	5. 3. 1933
NSDAP	14. 547	30. 603	25. 356	37. 449
SPD	9. 853	8. 595	8. 131	8. 447
KPD	36. 357	35. 515	35. 102	34. 222
DNVP	2. 701	3. 112	2. 923	3. 864
DVP	4. 182	1. 032	2. 350	1. 754
Zentr.	7. 609	7. 927	7. 543	7. 898
Sonst.	14. 547	3. 618	3. 294	1. 730

39 Ein Vergleich mit anderen Städten wäre an dieser Stelle sicherlich sehr fruchtbar, um die Ursachen für die geringen Verluste der Arbeiterparteien zu klären.

40 Ergebnisse der Kommunalwahlen zusammengestellt nach: Solinger Tageblatt vom 18. 11. 1929 und vom 12. 3. 1933. Ergebnisse in absoluten Zahlen:

	1929			1933		
	Wu.	Rs.	So.	Wu.	Rs.	So.
NSDAP	5. 161	898	1. 291	111. 730	24. 837	34. 895
SPD	43. 666	5. 378	10. 160	33. 476	3. 280	7. 460
KPD	30. 806	15. 797	29. 359	37. 976	15. 098	26. 178
DNVP	29. 002	2. 714		21. 212	2. 742	3. 593

	1929			1933		
	Wu.	Rs.	So.	Wu.	Rs.	So.
DVP	16.449	8.212	23.088	2.241	2.193	1.949
Zentr.	23.629	4.455		24.706	4.532	6.938
Sonst.	44.833	13.535	7.469	5.166	5.166	1.860

41 Bis heute fehlt in der DDR-Historiographie eine kritische Analyse der Politik der KPD vor 1933. Das Postulat der Parteilichkeit wurde und wird weitgehend so interpretiert, daß die Interessen der Arbeiterklasse allein durch die kommunistische Partei vertreten werden. Dieser Substitutionalismus führte zu einer apologetischen Geschichtsschreibung, in der nicht mehr reflektiert wird, daß sich in den Organisationen der Arbeiterklasse auch ihre Schwächen widerspiegeln. Daher können öffentliche Kursänderungen und "Fehler" der Partei nur noch auf einer personalistischen Ebene analysiert werden. D. h. die ultralinke Taktik der KPD in dieser Periode wird weitgehend Heinz Neumann angelastet, ohne einzugestehen, daß diese Taktik insgesamt von der Komintern zu verantworten war. Vgl. hierzu die offizielle Darstellung: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1966, IV, 371ff. Vgl. auch Kap. 2.

42 Die westdeutsche Geschichtsschreibung war lange Zeit von der Totalitarismusforschung beeinflußt. Viele Darstellungen gehen von der These aus, daß die antirepublikanischen Kräfte von links und rechts die Weimarer Republik zerstörten. Soweit daher überhaupt die Verdienste der Arbeiterbewegung im Kampf gegen den Faschismus gewürdigt werden, bezieht sich dies ausschließlich auf die SPD und auf die Mitglieder der KPD als Individuen, nicht aber auf die KPD als Partei. So z. B. Matthias 1960.
Matthias lastet der SPD einen Teil an Verantwortung für die Schwächen der Weimarer Republik an, doch klammert er zugleich die KPD als möglichen Bündnispartner für seine Analyse aus, da diese nicht zu den demokratischen Parteien gerechnet werden könne, S. 101.

43 Lediglich die Splittergruppen erkannten die Notwendigkeit einer Einheitsfront aller sozialistischen Kräfte gegen den Faschismus. Sie waren aber zu schwach, um die traditionellen Parteien maßgeblich beeinflussen zu können. Zur Geschichte der Splittergruppen in der Weimarer Republik vgl. Drechsler 1965; Bremer 1978; Tjaden 1964; Link 1964; Ihlau 1969.

44 Bei einer verbotenen 1.-Mai-Demonstration kam es in Berlin zu schweren Zusammenstößen zwischen Demonstranten der KPD und der Polizei, die auf Befehl des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel eingesetzt worden war.

45 Mit Stalinisierung wird derjenige Prozeß gekennzeichnet, in dem die KPD sich immer mehr zu einem Instrument der Komintern bzw. der sowjetischen Staatsführung entwickelte und die deutsche Politik den sowjetischen Interessen untergeordnet wurde. Dieser Prozeß wurde von innerparteilichen Säuberungsprozessen begleitet, da vor jeder Richtungsänderung in der sowjetischen Partei zugleich die vorigen Exponenten in der deutschen Partei ausgetauscht werden mußten. Vgl. Weber 1969.

46 Duhnke 1972, 71. Auf die Rolle der Komintern konnte in diesem Kontext nicht näher eingegangen werden.

47 Bereits im Februar 1931 wurden Schutzformationen als militante Elitegruppen des Reichsbanners (SPD) gebildet. Ende des Jahres entstand auch die Eiserne Front, ein Zusammenschluß von Gewerkschaften, SPD und Arbeitersportvereinen.

48 Zum Verhalten des PV vgl. Akten des PV hg. v. Schulze 1975. In diesem Kontext ist zu berücksichtigen, daß - als der bereits emigrierte Teil des PV in letzter Stunde die Vorbereitung der Partei auf die Illegalität empfahl (Mai 1933) - dies von Paul Löbe und anderen Mitgliedern des PV in Berlin abgelehnt wurde.

49 So waren z. B. 1926 im Ruhrgebiet der größte Teil der KPD-Mitglieder arbeitslos, im UB Remscheid waren es im Mai 1926 53 %. Schöck 1978, 113.

50 Das Folgende nach Zeitungsausschnitten: STA So. FA 3, Zeitungsausschnittssammlung, Solinger Tageblatt vom 23. 1. 1930, 17. 2. 1930 und 26. 3. 1930. Vgl. auch Wünderich 1980, 67ff.

51 Nach dem preußischen Gemeinderecht unterstand der Oberbürgermeister der Regierung, die seine Wahl bestätigen mußte.

52 Josef Brisch wurde 1945 von der englischen MR wieder als OB eingesetzt. Nach der Ernennung der Stadtvertretung im Februar 1946 war Brisch als Rechtsberater der Gewerkschaften in Köln tätig.

53 Wünderich 1980, 101-102. Er führt aus, daß die Stadtverordneten und Beigeordneten der SPD von 1929 fast alle bis 1922 der USPD angehörten. Auf dem Parteitag in Düsseldorf vom 23. 1. 1930 hatten die Solinger Delegierten eine linke Position gegenüber der offiziellen Parteilinie eingenommen. Wünderich fährt fort: "Ebenso zweifelsfrei ist es, daß sich die Solinger SPD einem starken Druck von ihrer Anhängerbasis gegenüber sah, der es ihr verbot, in irgendeiner gemeinsame Sache mit den Bürgerlichen zu machen.", 102.

54 Arbeitslose in den Arbeitsamtbezirken auf 1000 Einw. Juli 1932 und Januar 1933, nach Toellner, 152:

Remscheid	109,9	96,1
Solingen	-	162,9
Wuppertal	140,1	143,1
Rheinland	99,3	104,8
Reich	86,2	-

55 Dieser Teil stützt sich im wesentlichen auf mdl. Aussagen. Allerdings kommt auch Werner, Stadtarchivar von Wuppertal, in seiner im Auftrag der Stadt Wuppertal verfaßten Schrift zu dieser Einschätzung: Werner 1975, 14.

56 Mdl. Aussage von Ludwig Vorberg (KPD) vom 11. 10. 1973. Vorberg war damals Vorsitzender des Rotfrontkämpferbundes.

57 Vgl. hierzu Bednarek 1966, 11. Bednarek berichtet von einem lokalen Einheitsfrontabkommen zwischen Reichsbanner und Rotfrontkämpferbund in Wuppertal. Vorberg bestätigte diese Darstellung.

58 Das Folgende ist dem Organ der KPO entnommen. Die entsprechenden Artikel wurden mir von Eva Schöck zur Verfügung gestellt: Gegen den Strom v. 20. 3. 1929.

59 Gegen den Strom v. 20. 7. 1929. Der Ausschluß betraf die Betriebszelle der Fa. Rautenbach. Das Unternehmen produzierte Kugellager und Flugzeugteile.

60 Ebd. Der Artikel schildert das Vorgehen der Ortsverwaltung in den Tarifverhandlungen, in denen sie einen Streik herbeizwingen wollte, der jedoch nach Meinung der KPO angesichts der hohen Arbeitslosigkeit ein unrealistisches Mittel darstellte.

61 Mdl. Aussage von Grete Thiele (KPD) vom 11. 10. 1973 und von Alfred Dobbert (SPD) vom 30. 11. 1972.

62 Duhnke 1972, 44. Bei der Einschätzung des AM-Apparats als Auslandsabteilung der sowjetischen Geheimpolizei GPU, die Duhnke von Erich Wollenweber übernimmt, sollte berücksichtigt werden, daß Wollenweber sein Buch "Stalin und die 5. Kolonne" z. T. als Apologetik seiner kommunistischen Vergangenheit schrieb. Vgl. Herbert Wehner, Geheimer Bericht KP und Komintern, 23. 7. 1946, S. 13-32. Wehner ist bei der Bewertung des AM-Apparats sehr viel vorsichtiger.

63 Inf. Ludwig Vorberg vom 11. 10. 1973. Wird bestätigt durch einen Gestapo-Bericht, HD Gest. 12. 529.

64 Zu ähnlichen Ergebnissen gelangt auch Heike Brettschneider in ihrer Untersuchung des AM-Apparates in der Phase der Illegalität. Brettschneider 1968, 52ff.

65 Rothfels 1949, 65. Rothfels' Anliegen ist es, wenige Jahre nach dem Zusammenbruch, die Opposition gegen Hitler zu würdigen. Er grenzt daher die illegale Aktivität auf den Personenkreis ein, die nicht aus parteipolitischen Motiven handelten, d. h. v. a., die am 20. Juli 1944 beteiligt waren. Vgl. hierzu die Ausführungen von Klotzbach 1969, 9ff.

66 Stand und Problematik 1965. Vgl. auch Reichhardt 1966, 169-214. Wolfgang Abendroth gab indes in dem von ihm geleiteten Marburger Institut für Politische Wissenschaften den Anstoß, die Splittergruppen in der Weimarer Zeit und in der Illegalität zu untersuchen. Wohl nicht zufällig, wurde in den von der Friedrich-Ebert-Stiftung angeregten Studien der Weg der Regionalstudie beschritten, erlaubt sie doch, die vielfältigen Formen des Widerstandes sehr konkret zu schildern. Neben der bereits erwähnten Studie von Klotzbach über Dortmund sind noch zu nennen: Steinberg 1969; Bludau 1973. Ferner ist noch aufzuführen die Untersuchung von Esters/Pelger über den Widerstand der Gewerkschaften: Esters/Pelger 1967.

67 Elisabeth Behrens sieht in diesen Versuchen, ökonomische Verbesserung für die individuelle Lage zu erzielen, die Widerstandsbewegung schlechthin. Zweifellos drückt sich in diesen Aktionen aus, daß die Arbeiter dem System ablehnend bis feindlich gegenüberstanden. Hieraus jedoch zu konstruieren, daß die spontanen Bewegungen der Arbeiterklasse im Gegensatz zu den Kadern der traditionellen Arbeiterbewegung den eigentlichen Widerstand leisteten, erscheint wiederum einseitig, rührt aber m. E. aus dem Ansatz des Buches heraus, wo Traditionen und Erfahrung der Organisationen keine Rolle mehr für eine Beurteilung des politischen Handelns der Arbeiterklasse

spielen. Andererseits ist es sicherlich das Verdienst dieser und anderer Autoren, daß sie die oftmals allzu eng auf die Organisationen fixierte Geschichtsschreibung korrigieren und Anstöße zu einer Umorientierung geben. Behrens 1974.

68 Mason führt aus, daß gerade die Bedingungen des illegalen Arbeitens die Widerstandsgruppen daran hinderten, sich an den betrieblichen Aktionen zu beteiligen, da diese im "öffentlichen Raum" stattfanden. Die Aktionen ihrerseits waren nicht grundsätzlich apolitisch, zumal sehr viele Arbeiter, die sich hieran beteiligten, langjährige Mitglieder der Arbeiterorganisationen gewesen waren; Mason 1981, 294.

69 Neben den schon aufgeführten regionalgeschichtlichen Studien, die allerdings den Widerstand in seiner gesamten Breite zu erfassen suchen, jedoch diesen mehr oder minder "durch die sozialdemokratische Brille" sehen, mangelt es zudem an Untersuchungen über die illegale Phase der Sozialdemokratie. Die wenigen Untersuchungen beschäftigen sich v. a. mit dem Parteivorstand und der kurzen "halblegalen Phase". Vgl. Matthias 1956; ders. 1960; Edinger 1960. Neben diesen Arbeiten, in denen v. a. Ausführungen zur Konzeption der Illegalität durch den Parteivorstand zu finden sind, ist noch die Studie von Rüdiger Griepenburg zu nennen, der einige der wenigen autonomen Gruppen von Sozialdemokraten untersuchte. Griepenburg o. J.

70 Hier seien z. B. genannt: Der antifaschistische Widerstandskampf 1970; Biernat/Krausharr 1970; Nitzsche 1970; Krause 1960; Puls 1957; Glondajewski/Schumann 1957.

71 Exemplarisch für andere Arbeiten soll hier kurz eingegangen werden auf: Vietzke 1966. Vietzke berichtet über die Schwierigkeiten, den Beschluß der Parteiführung der KPD und des Exekutivkomitees der Komintern vom Juli/August 1934, "die unverzügliche, radikale Umstellung der Parteiorganisation auf die zentrale Aufgabe der Schaffung der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen und allen antifaschistischen Arbeitern" im Reich durchzuführen. Nachdem er zunächst die Oppositionellen mit Lenin-Zitaten als linke Sektierer abtut - es handelt sich um verschiedene Unterbezirke, u. a. auch Solingen und Remscheid - geht er anschließend auf die Kritik in den oberen Parteigremien ein: "Die Kompliziertheit der Lage in der KPD nach der Juli/August-Beratung ergab sich daraus, daß selbst Mitglieder und Mitarbeiter der Parteiführung, obgleich sie den Beschlüssen, die den Empfehlungen des EKKI entsprachen, aus Gründen einer scheinbaren Disziplin widerspruchslos zugestimmt hatten, auf solchen unmarxistischen, sektiererischen Positionen verharrten. Es zeigte sich, daß sie den höheren Anforderungen an die Führungstätigkeit, die sich aus den politischen Beschlüssen ergaben, nicht gerecht werden konnten." S. 134. Dabei "vergißt" Vietzke, daß eben die "unmarxistischen, sektiererischen Positionen" vorher von der gesamten KPD-Führung vertreten worden waren.

72 Ein Beispiel hierfür ist das von der Landesvereinigung der Verfolgten des Naziregimes herausgegebene und von Karl Schabrod verfaßte Buch: Widerstand an Rhein und Ruhr, 1969, das den Widerstand

von KPO und SAP überhaupt nicht erwähnt, allerdings kurz über eine anarchosyndikalistische Gruppe und eine katholische Gruppe berichtet.

73 Ein wesentliches Problem der nicht-marxistischen Historiographie in der Bundesrepublik, die sich mit der Geschichte der KPD in dieser Phase beschäftigt, scheint die nicht geklärte Totalitarismusproblematik zu sein. M. E. vertritt die KPD einen bestimmten Strang in der Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland, der zumindest von ihrem Entstehungsprozeß her nicht fremdgesteuert war. Sowohl die reformistische wie die revolutionäre Strömung sollen als autochthone Gruppierungen der Arbeiterbewegung verstanden werden. Damit würde die allzu schnelle und einseitige Qualifizierung der KPD als nicht-demokratische - am Maßstab des reformistischen Flügels gemessen - oder als nicht in der deutschen Arbeiterklasse verankerte Partei änderungsbedürftig.

74 An einer Stelle weist Duhnke darauf hin, daß die Informationen der Sopade gefärbt sein könnten - er zieht daraus allerdings kaum Konsequenzen für seine Darstellung. Ebd. 1972, 202, Anm. 79.

75 Gerade angesichts zunehmender rechtsradikaler Tendenzen in der Bundesrepublik wird die Diskussion, ob eine faschistische Tendenz zu erkennen ist und wenn ja, welche Formen eine neofaschistische Bewegung annehmen wird, und wie diesen Tendenzen zu begegnen sein wird, neu angefacht. Vgl. hierzu auch die These von Robert Jungk, daß die technologische Entwicklung, insbesondere der Atomtechnik, zwangsläufig zu einem faschistischen System führen werde. Jungk 1979.

76 Vgl. hierzu Kaminski 1976, insbes. Kap. 11: Die Kemna-Zeit oder Finsternis über dem Tal, S. 269-270. Äußerst temperamentvoll vertritt Kaminski die Meinung, daß die Kommunisten, da sie keine Demokraten waren, nur ein anderes System an die Stelle der NS-Diktatur setzen wollten. Er wendet sich in diesem Sinne gegen den Begriff "Antifaschismus", da es kein gemeinsames Lager gegen das NS-Regime gab, sondern höchstens taktische kurzfristige Bündnisse der nicht-kommunistischen Widerstandskämpfer mit den Kommunisten. Diese Bündnisse dauerten - so Kaminski - ohnehin nur so lange, wie der faschistische Staat die Kommunisten bekämpfte, also nicht von 1939-41. S. ebd., S. 272ff. Im folgenden betont Kaminski, daß "der Nationalsozialismus sich selbstverständlich gegen den Kommunismus als den konkurrierenden Totalitarismus richtete" und leitet daraus ab, daß die These, daß der faschistische Terror sich insbesondere gegen die Arbeiterbewegung richtete, falsch sei, der eigentliche Feind des faschistischen Systems die Arbeiterklasse bzw. die Arbeiterbewegung sei, so nicht hingenommen werden könne. Kaminski schildert dann im folgenden die Leiden der Häftlinge im Wuppertaler KZ, der Kemna, ohne jedoch anzugeben, daß diese Häftlinge in ihrer Mehrheit Vertreter der Arbeiterorganisationen waren, d. h. u. a. auch Kommunisten. Damit versucht er also, der Mehrheit der Widerstandskämpfer in Wuppertal eine moralische und politische Legitimation abzusprechen.

77 Mason 1975, 12. Zur Einschätzung des Klassencharakters des faschistischen Systems vgl. Hennig 1973, 125: "Die vermehrte ökonomische Ausbeutung und die Erhöhung des absoluten Mehrwerts zusammen mit der terroristisch praktizierten Unterdrückung von Gegenmachtpositionen - ja sogar schon von systemimmanent-gewerkschaftlicher Interessenvertretung - erlauben es, den Nationalsozialismus durchgängig, also politisch und ökonomisch, als antiproletarisch, als eine gegen die abhängig Arbeitenden gerichtete politische Bewegung und Ordnung zu begreifen".

78 Ebd., 23. Mason führt aus, daß erst, als ersichtlich war, "daß die Besetzung und Verwüstung der einzelnen Gewerkschaftshäuser keine geschlossenen Abwehrmaßnahmen hervorriefen, sondern die Bereitschaft der Gewerkschaftsführung anscheinend sogar steigerte, auf Reichsebene mit ihnen zu verhandeln, entschlossen sich Hitler, Goebbels und Reichsorganisationsleiter Ley, die unerwartet günstige und frühe Gelegenheit für eine radikale Lösung zu nutzen. Sie wurden aber auch durch die willkürlichen Brutalitäten ihrer Anhänger zu dieser Entscheidung gezwungen. Eigene Aktionen sollten klarstellen, daß die Führung nicht hinter der Gefolgschaft hinterherhinkte."

79 Vgl. hierzu v. a. Kadritzke 1976, 156ff., der allerdings weitgehend SPD und Gewerkschaft unter dem Oberbegriff "reformistische Organisationen" faßt, ohne die besondere Rolle der Gewerkschaften näher auszuführen.

80 Mason widmet das erste Kapitel seines Buches dieser Problematik, da diese Angst vor einer Wiederholung der "Novemberrevolution" als Erklärung für viele Widersprüchlichkeiten insbesondere in den sozial- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen des NS-Regimes zu dienen vermag.

81 Albert Speer weist zu Recht darauf hin, daß "es eine der verblüffenden Erfahrungen dieses Krieges bleibt, daß Hitler dem eigenen Volke jene Belastungen ersparen wollte, die Churchill oder Roosevelt ihren Völkern ohne Bedenken auferlegten. Die Diskrepanz zwischen der totalen Mobilisierung der Arbeitskräfte im demokratischen England und der lässigen Behandlung dieser Frage im autoritären Deutschland charakterisiert die Sorge des Regimes vor einem Wechsel der Volksgunst ..." Zit. nach Mason 1975, 10.

82 Vgl. hierzu Hennig 1973, 22, der das Dritte Reich als eine Klassengesellschaft definiert, die strukturell die Großindustrie begünstigt.

83 Neumann 1966, 436. Ähnliche Zahlen bei Hennig 1973, 83.

84 IHK Wuppertal, Handakte Paul Rausch: Liste der Wuppertaler Industriebetriebe mit mehr als 100 beschäftigten Personen (Stand Ende Januar 1941). Dies traf nicht auf die Textilindustrie zu: In den nicht in die Rüstungsproduktion einbezogenen Betrieben stagnierte die Produktion, Investitionen wurden nicht mehr getätigt, zudem waren diese Betriebe besonders stark von den militärisch bedingten Auskämmungen betroffen. - Die Angaben über die Umsatzsteigerung gehen aus einer Aufstellung hervor, die die IHK im Mai 1945 für die Militärregierung anfertigte.

85 Das Folgende nach: Mason 1975, 60ff. und Hennig 1973, 92-93.

86 Z. B. Mason 1975, Dok. 45, Auszug aus den Monatsberichten des Reichstreuhänders der Arbeit f. August (u. September) 1937, S. 389-398.

87 Vgl. Hennig 1973, 234; Kuczynski 1964, T1/VI, 714. Bettelheim gibt an, daß 1932 5. 575. 492 Arbeitslose registriert waren, 1936 waren es nur noch 1. 595. 655 und 1938 429. 461.

88 KdF - "Kraft durch Freude": Der DAF unterstellte Freizeitorganisation, die eine Massentourismusorganisation mit eigener Unterhaltungsindustrie aufbaute. Vgl. Mason, 85.

89 "Schönheit der Arbeit" - unter diesem propagandistischen Schlagwort initiierte die DAF den Ausbau betrieblicher Sozialleistungen.

90 DAF - Deutsche Arbeitsfront: Parteigebundene Einheitsgewerkschaft mit Zwangsmitgliedschaft unter Leitung von Dr. Robert Ley. Zur Geschichte der DAF vgl. Hans-Gerd Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der "Deutschen Arbeitsfront", Hannover 1958.

91 Vgl. hierzu die ausgezeichnete Zusammenfassung bei Brandt 1976, 25ff.

92 Das Verhältnis dieser "Treuhänder" zur DAF war relativ gespannt. Vgl. hierzu Mason 1975, 91.

93 Duhnke 1972, 212. Duhnke führt an, daß die offiziellen Angaben der NSDAP bei 84, 6 % Ja-Stimmen lagen.

94 NSBO - Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation: Wurde 1933 durch die DAF ersetzt, da die Parteiführung fürchten mußte, die Kontrolle über diese Organisation zu verlieren. Vgl. Schumann 1958.

95 Mason führt in diesem Zusammenhang eine Äußerung des Reichsarbeitsministers Seldte in einer Besprechung mit den Treuhändern im Februar 1936 an. Seldte meinte, "die Treuhänder sollten sich nicht in der Form exponieren, daß sie bei Arbeitsniederlegungen und dergleichen mit der Gestapo gemeinsam aufträten. Von Schutzhaft werde zuviel Gebrauch gemacht, es ginge doch vor allem um die Vertiefung des Vertrauens in den Betrieben. Das sei die wesentliche Aufgabe der Treuhänder." Mason, 99.

96 Mason, 156 u. Dok. 224, Niederschrift zu einer Ressortbesprechung beim Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft am 10. 11. 1939, S. 1185.

97 IHK Wuppertal, Lagebericht der IHK Wuppertal vom 20. 1. 1940, vom 22. 4. 1940 und vom 4. 9. 1940. Im September wurde berichtet, daß "ein größerer Betrieb der eisenverarbeitenden Industrie durch die Zeitverlängerung um 25 % auf 60 Stunden nur eine Leistungssteigerung von 10 % erzielt."

98 IHK Wuppertal, Lagebericht der IHK Wuppertal vom 4. 8. 1941.

99 Trotzdem waren die Verweigerungsformen der Arbeiter im Betrieb Anlaß zu Sorge. Mason kommt zu dem Schluß, daß "die Arbeiteropposition die Aufrüstung der deutschen Wehrmacht in der Tat beeinträchtigt und die Kriegführung gefährdete und deshalb durch das Regime politisiert und unterdrückt wurde". Mason 1981, 312.

100 Steinert, 203ff.: Aus den Berichten der Reg. präs. geht hervor, daß die Mehrheit der Bevölkerung die Ausdehnung des Krieges nicht begrüßte, sondern weitere Opfer fürchtete.

101 Bereits in den Vorkriegsjahren hatte die Zahl der abhängig Arbeitenden um mehr als die Hälfte zugenommen, während die Zahl der Selbständigen abnahm. Hennig 1973, 83 und 24; Behrens 1974, 131ff. Am pointiertesten vertritt Hajo Dröll die These, daß aufgrund der Atomisierung und Zersplitterung der Arbeiterklasse durch die faschistische Wirtschafts- und Sozialpolitik ein Widerstand schlechthin kaum möglich war. Die Auswirkungen dieser Atomisierung seien für die Reorganisierung nach 1945 verheerend gewesen. Dröll in: Niethammer u. a. 1978.

102 IHK Wuppertal, Lagebericht der IHK Wuppertal vom 4. 3. 1942 und 4. 11. 1942: Die Zahl der weiblichen und ausländischen Arbeiter nahm im Kammerbezirk in den Kriegsjahren beständig zu, so befanden sich allein im Juli 1942 6. 230 russische Arbeiter im Kammerbezirk, weitere 3. 600 wurden noch angefordert. Eine weitere Folge des Arbeitskräftemangels und der Umstrukturierung der Betriebsarbeiterschaft war die Überalterung. In der Wuppertaler Textilindustrie waren im November 1942 von 5. 778 männlichen Arbeitern 3. 805 über 50 Jahre alt, nur 1. 164 waren zwischen 40 und 49 Jahren und 544 zwischen 30 und 39 Jahren.

103 Dies ist u. a. einer Dokumentation zu entnehmen, die Christoph Schminck-Gustavus u. a. über Fremdarbeiter in Bremen erstellen. Vgl. auch Behrens 1974, 156ff., die zu einer anderen Beurteilung des Verhaltens der deutschen Arbeiter kommt.

104 Vgl. auch die Darstellung bei Behrens 1974, 149-155 über den Ausbau des Werkschutzes. Nach Behrens übernahmen deutsche Arbeiter immer mehr unmittelbare Unterdrückungsfunktionen gegenüber den Zwangsarbeitern, sei es direkt durch Einbeziehung in den Werkschutz oder indirekt dadurch, daß sie Vorarbeiter u. ä. wurden, was eine Solidarisierung verhinderte.

105 Dieses frühe Datum wird in allen Berichten bestätigt. Für den Wuppertaler Widerstand liegen folgende Abhandlungen vor: "Nachts, wenn die Gestapo schellt", Serie in der NRZ von Klaus und Doris Jann, 13. 1. - 12. 3. 1968. Die Serie beruht u. a. auf Interviews mit noch lebenden Antifaschisten oder mit deren Familien; Werner 1974: Diese Broschüre wurde vom Stadtarchivar in Wuppertal für die Schulen geschrieben. Grundlage der Broschüre sind neben der Serie in der NRZ v. a. die Akten der Stapoleitstelle Düsseldorf; Gerhard 1976, der entgegen dem Titel sich fast ausschließlich auf den kommunistischen Widerstand in Wuppertal bezieht. Neben nicht namentlich gekennzeichneten Interviews stützt Gerhard sich hauptsächlich auf die oben genannten Berichte und Abhandlungen.

106 Zur Entstehung des Namens berichtet Ibach 1981, 15, daß dies die Ortsbezeichnung war.

107 Ibach 1981, 1948. Ibach, Mitglied der SPD, war selbst Insasse der Kemna und schrieb 1948 eine kurze Broschüre über das Lager. Vgl. hierzu auch STA Wu., Prozeßakten des Prozesses gegen die Schuldi-

gen der Kemna 1948. Enthalten die Anklageschriften und Namenslisten der Zeugen.

108 Neben Schlägen und Folterungen war insbesondere das "Kemna-Frühstück" berüchtigt: Ein Häftling wurde gezwungen, nüchtern einen Salzhering zu essen, erbrach er sich, mußte er auch das Erbrochene zu sich nehmen. Ibach weist auf eine Besonderheit der "Kemna" hin: In anderen Lagern waren Häftlinge und Wachmannschaften einander fremd. In Wuppertal kannte die SA die Häftlinge aus früheren heftigen politischen Auseinandersetzungen und sahen in ihnen z. T. ihren persönlichen Feind. Ibach 1981, 22; Klein 1981, 54ff.

109 Börgermoor war ein KZ in der Nähe Oldenburgs, in dem u. a. Carl v. Ossietzky ermordet wurde.

110 Der gleiche Staatsanwalt wurde 1948 wieder mit den Ermittlungen gegen die Schuldigen beauftragt.

111 Die Politik des Parteivorstandes hatte ihn dermaßen diskreditiert, daß sich sowohl auf dem rechten wie dem linken Flügel der SPD militante Sozialisten zu Widerstandsgruppen zusammenfanden, die heftige Kritik am PV äußerten. Unter dem Druck dieser Gruppen im Reich und der Emigration verabschiedete der PV im Januar 1934 sein Prager Manifest. Im Prager Manifest schien sich eine Abkehr der bisherigen Vorstellung anzukündigen. So wurde der Sturz des Faschismus nur noch als Folge einer revolutionären Bewegung auf der Basis einer Einigung der Arbeiterklasse für möglich gehalten. Gleichzeitig bedeutet das Manifest aber keine Abkehr vom bisherigen Reformismus, weswegen die Linken im PV ihm auch nicht zustimmten. Vgl. Hebel-Kunze 1977, 195ff.; Matthias 1952, 32ff. Als typische Gruppierung auf dem rechten Flügel sei hier der "Rote Stoßtrupp" genannt. S. Reichhardt 1966, 178ff. Die beiden wichtigsten oppositionellen Gruppierungen auf dem linken Flügel waren der "Arbeitskreis revolutionäre Sozialisten", s. von Freyberg 1973, und die Gruppe "Neu-Beginnen", Kliem 1957.

112 Vgl. Nachts, wenn die Gestapo schellt, Nr. 10. Werner 1974, 19-20, schätzt, daß der sozialdemokratische Widerstand im Vergleich zum KP-Widerstand in Wuppertal (das dürfte in weit stärkerem Maße für Solingen und Remscheid gelten) weit geringer war. Er nennt hierfür mehrere Gründe: 1. das Sinken der Stimmenanzahl für die SPD seit 1930; 2. die Verhaftung der Führungsfunktionäre der SPD führte zur Bewegungsunfähigkeit der Partei, da diese, anders als die KPD, im Staatsapparat etabliert war; 3. die loyale Haltung der Sozialdemokraten gegenüber dem Staat.

113 Hebel-Kunze 1977, 144ff. Vgl. auch Moraw 1973, 31ff.; Griepenburg 1971, 53ff.

114 Steinberg 1969, 70-74; Bludau 1973, 27-29. Bludau hegt Zweifel an den Verbindungen zu Solingen, jedoch wird dies bestätigt durch die Gestapo-Akte über Ernst Gnoß, s. HD Gest. 33. 031. Auch Paul Kircheis, früher Redakteur der Freien Presse in Solingen und Teilnehmer an einem Lesekreis, bestätigte dies in einem Interview am 18. 10. 1973.

115 Nach Wuppertal wurden etwa 20 Exemplare der Sozialistischen Aktion alle 14 Tage oder monatlich gebracht. Werner 1974, 21.

116 Bludau 1973, 26ff. Sehr viele sozialdemokratische Funktionäre, die vor 1933 Parteiämter ausgeübt hatten, überwinterten als Reisende, Gewerbetreibende, Fahrer u. ä. Hierdurch wurde es ihnen möglich, ein lockeres Kommunikationsnetz aufzubauen.

117 Auf dieser Konferenz gingen sowohl die Vertreter des Parteivorstandes wie die Funktionäre aus dem Reich noch davon aus, daß der Faschismus bald zusammenbrechen werde.

118 HD Gest. 33. 031 Ernst Gnoß.

119 Vgl. hierzu die Darstellung des KP-Widerstandes. Ein prominenter Sozialdemokrat, der in der Illegalität mit kommunistischen Gruppen zusammenarbeitete, war der frühere Betriebsratsvorsitzende der Barmer Berg- und Straßenbahnen, Fritz Senger. Senger wurde am 30. 6. 1936 verhaftet und starb in der Haft. Nachts, wenn die Gestapo schellt, Nr. 20. In Solingen wurde der Sozialdemokrat Paul Kaiser, der 1945 in der Antifa eine wichtige Rolle spielte, wegen Unterstützung von Kommunisten verhaftet: HD Gest. 4641, Paul Kaiser.

120 Werner 1974, 11. Dies schilderte auch der frühere Reichstagsabgeordnete der SPD, Alfred Dobbert. Mdl. Aussage vom 30. 11. 1972.

121 Die SAP entstand 1931 aus einer Abspaltung eines linken Flügels der SPD, der die Tolerierungspolitik der SPD gegenüber der Regierung Brüning nicht länger stützen wollte. Die SAP wurde zum Sammelbecken verschiedener linker Gruppen. In ihrer Blütezeit umfaßte die SAP 25. 000 Mitglieder. Gewisse Einbrüche in die Sozialdemokratie gelangen ihr v. a. in Teilen Mitteldeutschlands und Schlesiens sowie in der SAJ, wo sich geschlossene Ortsgruppen dem Jugendverband der SAP anschlossen. Die SAP trat v. a. für die proletarische Einheitsfront im Kampf gegen den Faschismus ein. Es gelang ihr jedoch nicht, über den Status einer Splitterpartei hinauszukommen. In den Wahlen blieb ihr Stimmenanteil immer unter 0, 5 % am Ende der Weimarer Republik. Nach dem Übertritt von 1. 000 KPO-Mitgliedern entwickelte sich die Partei weiter nach links. Drechsler 1965.

122 Zur Arbeit der illegalen SAP-Gruppe am Niederrhein. Vgl. Bludau 1973, 50-59.

123 HD Gest. 45. 727 Heinrich Schroth. Heinrich Schroth war nach dem Krieg Mitglied der SPD in Solingen.

124 Die Trotzkisten haben erst 1930 in Deutschland eine eigene Organisation gegründet, und zwar nach einer Auseinandersetzung zwischen Trotzki und Urbahn.
Die deutsche Sektion der Linken Opposition (LO) gab seit 1931 die Zeitschrift "Permanente Revolution" heraus. Insbesondere nach 1933 orientierten sich die Trotzkisten sehr stark an der SAP, verbanden dies jedoch mit einer scharfen Kritik an der "zentristischen Führung". Drechsler 1965, 145-148.

125 Werner meint, daß die SAP nach der Zerschlagung des Widerstandes von KPD und SPD durchaus "Zentrale des Widerstandes" hätte werden können. Abgesehen davon, daß hierzu die Gruppen der SAP wohl zahlenmäßig zu schwach waren, ist es sicherlich nicht gerechtfertigt, den SAP-Widerstand am organisatorischen Modell der KP zu messen, wie Werner es tut. Werner 1974, 22.

126 HD Gest. 49. 388 Grete Rettig und 49. 394 Heinrich Rettig. Den Verhafteten gelang es jedoch, in den Verhören Kontaktleute nicht preiszugeben, was selbst der Gestapo einige Hochachtung abverlangte.

127 Wie Grete Thiele (Rettig) schilderte, hatte sie im Gefängnis engen Kontakt mit Kommunisten. Mdl. Aussage vom 11. 10. 1973.

128 Die KPD-Opposition (KPO) entstand 1928 in der parteiinternen Auseinandersetzung um den früheren KPD-Vorsitzenden Brandler gegen den ultralinken Kurs der Komintern. Nachdem der Versuch, innerhalb der KPD die Partei vom "selbstmörderischen linken Kurs" abzubringen, gescheitert war, spaltete sich die KPD ab. Die KPO erkannte sehr frühzeitig die Gefahr des Faschismus für die Arbeiterbewegung. (Thalheimer 1967; Gruppe Arbeiterpolitik (Hg.) 1973) Ähnlich wie die SAP stand im Mittelpunkt ihrer politischen Agitation die Schaffung der Einheitsfront von Kommunisten und Sozialdemokraten. Tjaden 1964.

129 HD Gest. 30. 300 Johann Wünneberg, Essen. Wünneberg war Mitglied der KPO. Aus der Akte geht hervor, daß die Solinger Bezirksleitung der KPO aus Wilhelm Rahm, Robert Sujatta und Ferdinand Weck als Kurier bestand.

130 Der Leninbund war entstanden aus einer Linksopposition in der KPD. Anfang 1926 waren Ruth Fischer, Arkadij Maslow und Hugo Urbahn sowie Werner Scholem aus der KPD ausgeschlossen. Der Leninbund blieb lange Zeit an der Seite Trotzkis. Urbahn hatte den Versuch aufgegeben, die KPD von außen zu reformieren. Der Leninbund sollte eine Keimzelle einer neuen KPD werden. Er stand der SAP sehr nahe, an eine Vereinigung der SAP mit dem zahlenmäßig winzigen Leninbund war nicht zu denken. Drechsler, S. 143/144.

131 HD Gest. 15. 973 Martin Schmidt. Schmidt war von der KPD mit der Aufgabe betreut, Kontakte zu anderen Gruppen herzustellen und zu wahren.

132 Die FAUD entstand im Frühjahr 1919, als ein Teil der Arbeiter sich in der Sozialisierungsbewegung vom Alten Verband und den Arbeiterparteien abwandte und an anarchosyndikalistische Traditionen anknüpfte und sich in der FAUD zusammenschloß. Vgl. Bock.

133 HD Gest. 34. 917 Walther Tachen, 31. 198 August Berner, 62. 533 Fritz Krüschet, 15. 922 Hermann Hahn, 10. 205 Hermann Sickmann und o. Nr. Gustav Krüschet.

134 Eine recht umfassende Darstellung des KPD-Widerstandes auch für das Bergische Land liegt jetzt mit dem neuen Buch von Peukert vor, Peukert 1980.

135 Zu diesem Schluß kommt Werner für Wuppertal aufgrund der Durchsicht der Gestapo-Akten. Werner 1974, 13. Für Remscheid und Solingen dürfte dieser Prozentsatz eher noch höher liegen.

136 Dies wird von Parteifunktionären so geschildert, die dann versuchten, an diese Gruppen, oder auch Einzelpersonen, heranzutreten und ein illegales Netz wiederaufzubauen. Schilderung von Ludwig Vorberg, Interview vom 11. 10. 1973. Vgl. auch Gerhard 1976, 25ff., Interview mit einem Abgeordneten, wohl Willy Spicher, aus Wuppertal.

137 Poulantzas weist m. E. nach zu Recht auf die ideologische Krise der Arbeiterklasse vor 1933 hin, die sie empfänglich für die populistisch-kleinbürgerliche Ideologie des Faschismus machte. Poulantzas 1973, 149ff. Noch wichtiger jedoch scheinen mir die Analysen von Mason und Behrens u. a. zu sein, die den letztlich geringen Widerstand auf die soziale und ökonomische Zerschlagung der Arbeiterklasse zurückführen.

138 Nachts wenn die Gestapo schellt, Nr. 3.

139 HD Gest. 27. 168 Andreas Pflüger. Akte enthält einen Bericht über die UBL Remscheid, in der die Durchsuchung bei Rautenbach erwähnt wird.

140 Exemplare der Zeitung in HD 27. 168.

141 So z. B. in der Erklärung des Politbüros der KPD vom 10. 10. 1933: "In der vom Faschismus vollkommen entrechteten Arbeiterklasse wächst, ungeachtet des schlimmsten blutigen Terrors, ein ungeheurer revolutionärer Aufschwung heran ..." Zit. nach Duhnke 1975, 76/76.

142 Nach Vietzke wurden im Bezirk Niederrhein im Juni 1934 1. 876 kassierte Mitglieder aufgeführt. Vietzke 1966, 48.

143 Zu den Versuchen des AM-Apparates, Verbindungen mit ehemaligen DMV-Funktionären und den Splittergruppen, insbes. der KPO, aufzunehmen. Vgl. HD Gest. 15. 973 Martin Schmidt.

144 HD Gest. 2202 Bertha Karg.

145 Zur Stapoleitstelle Wuppertal, die Düsseldorf unterstellt war, zählten auch Solingen und Remscheid.

146 HD Gest. 27. 168. Vgl. auch Darstellung bei Werner 1974, 16.

147 Die Umorganisierung der KPD in Fünfergruppen erfolgte bereits im Frühjahr 1934. Vgl. HD Gest. 29. 375 Johann Salz. Salz war Organisationsleiter des UB Wuppertal. Vgl. auch Plum 1975, 220ff.

148 HD Gest. 23. 040 Otto Hertel. Der Bericht Hertels wurde mittlerweile veröffentlicht. Vgl. Plum 1975.

149 Es handelt sich um die kassierten Mitglieder, die Zahlen hinter dem Komma bedeuten wahrscheinlich reduzierte Mitgliedsbeiträge. Vgl. Plum 1975, 229, Anm. 39.

150 Zu den Schwierigkeiten gerade im Bezirk Niederrhein s. Vietzke 1966, 134. Vgl. auch Beurteilung der Position Hertels durch Plum 1975, 219ff.

151 HD Gest. 23. 100 Georg Haberer. Haberer unterhielt diese Druckerei. Bludau hält die Solinger Druckerei wie eine weitere in Köln für die bedeutendsten illegalen Druckereien der KPD im Westen. Bludau 1973, 106.

152 HD Gest. 23. 040, Bericht Hertels vom 7. 8. 1934. Vgl. hierzu auch HD Gest. 27. 875 Wilhelm Recks u. a. Diese Akte enthält einen ausführlichen Bericht über das illegale Netz der KPD im Bergischen 1934/35.

153 Vgl. Plum 1975, 228, der von Realitätsferne der KPD spricht.

154 Vgl. HD Gest. 27. 875, S. 18-21, Nachts wenn die Gestapo schellt, Nr. 15, und Darstellung bei Peukert 1976, 136 u. 1980, 236ff. sowie Bednarek 1965, 43-44.

155 Peukert 180, 237, spricht von einer Auflage von 300 Stück der Metallarbeiterzeitung und 500 Stück der Zeitung für den Textilbereich. Paul Claasen, damals Gewerkschaftsinstrukteur der KPD in Wuppertal, Solingen und Remscheid, gibt 100 Stück Auflage an. Vgl. Interviews abgedr. bei Gerhard 1976, 66.

156 Peukert 1976, 142. Der Streik richtete sich gegen eine neue Lohnkürzung. Nach Peukert zögerte die Mehrheit der Belegschaft jedoch davor, einen Demonstrationszug in die Stadt zu machen. Die Arbeit wurde dann angesichts der inzwischen zusammengezogenen Polizei und nach Teilzugeständnissen der Werksleitung wiederaufgenommen.

157 HD Gest. 23. 040 Otto Hertel. Hertels Bericht umfaßt den Zeitraum vom Frühjahr bis August 1934.

158 Peukert 1976, 137-139. Der Aufruf befindet sich im VVN-Archiv Düsseldorf. Das Einheitsfrontbündnis wird zwischen sozialdemokratischen Arbeitern Elberfelds und der Kommunistischen Partei Elberfelds geschlossen. Begründet wird dieses Bündnis damit, daß der finanzielle Bankrott des Regimes bevorstünde und die daraus folgende verschärfte Ausbeutung in allen "Arbeiterköpfen" die Überzeugung entstehen lasse, "daß die Zeit reif zur Vernichtung der Unterdrücker und Ausbeuter ist". Zugleich wird die Bildung einer Einheitsgewerkschaft proklamiert. Die Losungen am Ende des Manifestes zeigen m. E. nach die Federführung von Kommunisten: "Kampf für die Freilassung Ernst Thälmanns und aller gefangenen Antifaschisten! Kampf für die Verteidigung der Sowjetunion, der Heimat der Werktätigen der ganzen Welt!"

159 HD Gest. 27. 875 Wilhelm Recks u. a. Peukert berichtet, daß in Velbert in 11 Betrieben Gewerkschaftsorganisationen bestanden. Peukert hat von 34 Angeklagten aus Velbert im späteren "Gewerkschaftsprozeß" die Parteizugehörigkeit ermitteln können, wobei jedoch berücksichtigt werden muß, daß nicht unbedingt eine Doppelmitgliedschaft (Massenorganisation, Partei) angegeben wurde. Dieses Bild zeigt deutlich die zahlenmäßige Dominanz der Kommunisten. Von 34 Angeklagten waren 14 Mitglieder der KPD, 5 gehörten zum Kampfbund gegen den Faschismus, 10 kamen aus dem Arbeitersport, 10 aus der RGO, 3 aus dem DMV und 5 aus der SPD. Nimmt man an, daß aus dem Arbeitersport einige der SPD angehört hatten, so dürfte günstigstenfalls ein Verhältnis 1 zu 3 bestanden haben. Peukert 1976.

160 HD Gest. 27. 875, S. 5ff.

161 Ebd., S. 16ff. Vgl. auch HD Gest. 19. 754 Fritz Rüddenklau. Rüddenklau war vor 1933 zunächst Stadtteilleiter von Barmen, dann Schulungsleiter im Bezirk Niederrhein und wurde Ende 1933 Organisationsleiter des UB Wuppertal.

162 HD Gest. 27. 857. Die Gestapo rühmte sich, den gesamten illegalen Apparat der KPD im Bergischen aufgerollt zu haben und nannte 1. 200 Festnahmen in diesem Zusammenhang. Wenn auch davon auszugehen sein dürfte, daß auch Nicht-KPD-Mitglieder verhaftet wurden, so dürfte an dem Übergewicht von Kommunisten bzw. von Aktiven, die in Kontakt zur illegalen KPD standen, aufgrund aller Aussagen und Berichte kein Zweifel bestehen. Vgl. auch Anm. 129.

163 Werner 1974, 17ff.; Nachts wenn die Gestapo schellt, Nr. 22.

164 Zur Volksfrontprogrammatik der KPD vgl. Sywottek 1971; und die zusammenfassende Darstellung bei Brandt, Einheitsfront 1976, 35-74.

165 Neben den Massenverhaftungen dürfte auch der Nichtangriffspakt zwischen Hitler und Stalin dazu geführt haben, daß die Mehrzahl der kommunistischen Anhängerschaft desorientiert war. Außerdem scheint die Verbindung mit dem Ausland fast völlig abgerissen gewesen zu sein. Eine Wende bedeutete dann der Kriegseintritt der UdSSR. Peukert charakterisiert diese Phase als Wartestellung: Peukert 1980, S. 333. Die Berner Konferenz fand Anfang 1939 in Moskau statt. Einer der wichtigsten Beschlüsse war es, eine Inlandsleitung im Deutschen Reich zu errichten. Die Realisierung dieses Beschlusses zog sich bis 1941 hin. Vgl. Laschitza/Vietzke 1964, 120ff.

166 HD Gest. 12. 111 Wilhelm Knöchel, S. 90-94, Übersicht über die Entwicklung der illegalen KPD von der Brüsseler Konferenz bis 1941 im Ausland.

167 Ebd., S. 94; vgl. auch Darstellung bei Peukert 1980, 333ff.

168 Peukert 1980, 336ff. Vgl. auch Duhnke 1972, 461-462 und Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1968 XI, 93-96.

169 HD Gest. 2478 Willy Seng, 31. 583 Ernst Knoll und 16. 728 Walter Böhne.

170 HD Gest. 16. 728 u. Peukert 1976, 290. Peukert führt aus, daß Hugo Paul faktisch Funktionen der Gebietsleitung Niederrhein-Ruhr ausübte. Er war für die illegalen Organisationen deshalb besonders wichtig, da er legal in Remscheid lebte. Diese Funktion scheint von der Gestapo nicht entdeckt worden zu sein, in der Akte Walter Böhne werden lediglich Kontakte meist "privater" Art gemeldet.

171 Vgl. Darstellung des Programms des "Friedenskämpfers" bei Peukert 1980, 348-361. Peukert weist nach, daß der "Friedenskämpfer" durchaus gewisse Eigenständigkeit gegenüber der Linie des Moskauer ZKs erkennen läßt.

172 HD Gest. 2478. Vgl. Nachts wenn die Gestapo schellt, Nr. 36.

173 HD Gest. 12. 111, S. 253ff., Friedenskämpfer v. 1. 9. 1942.

174 Ebd., S. 341.

175 So klagte ein Betriebsführer der Homberg Ges. von Wuppertal-Heckingshausen, daß es Schwierigkeiten mit jugendlichen Hilfsarbeitern gebe, die sich mit "Jungens und Mädels gleichen Alters auf der Straße in der Nähe des Betriebes allabendlich zusammenrotten. ... Dauernd stellen wir fest, daß diese Jugendlichen Lieder singen, die bei der SAJ und der kommunistischen Arbeiterjugend der Systemzeit in Mode waren. Wir haben oft aus Kreisen älterer Gefolgschaftsmitglieder von Schlägereien, die diese Jugendlichen mit BDM- und HJ-Angehörigen anstellen, gehört ..." HD Gest. 38. 260 Adolf Korthaus. In einer anderen Akte finden sich einige programmatische Aussagen der "Edelweißpiraten": "Wir Jungens von der hohen Wacht stellen fest, daß wir weder eine Organisation noch Antifaschisten sind. Wir Jungen von der hohen Wacht fordern: 1. Absolute Freiheit, d. h. Unabhängigkeit von den Organisationen des nationalsozialisti-

schen Regimes; 2. Absolute Sicherheit unseres Tuns, da wir niemanden angreifen, auch nicht die HJ." HD Gest. 3693 Günter Goldbeck. Vgl. auch Werner 1974, 27-33.

176 Die Verhaftung Knöchels führte zum Aufrollen seiner gesamten Verbindungen im Reich. Knöchel gab sehr schnell dem Druck der Gestapo nach und bot seine Zusammenarbeit an. Seine Begründung war, daß er der Gestapo bereits nach seiner ersten Vernehmung als KP-Mitglied bekannt sei. Es steht keinem an, Knöchel deswegen moralisch zu verurteilen oder gar den Widerstand der Kommunisten zu diskreditieren. Vgl. Peukert 1976, Anm. 754, der sich zu Recht dagegen verwahrt. Doch gebietet es die Wahrheitspflicht, dies nicht zu verschweigen, gerade um zu dokumentieren, daß die Widerstandskämpfer Menschen aus Fleisch und Blut waren, mit allen Ängsten und Schwächen und sehr viel Mut behaftet. Dies sei nur bemerkt, um die von der DDR-Historiographie tendierte Heroisierung zu relativieren. Vgl. zu den Aussagen Knöchels HD Gest. 74. 042 Wilhelm Knöchel. In seiner späteren Darstellung versucht Peukert nachzuweisen, daß Knöchel mit seinen Aussagen bezweckte, für seine Verbindungsleute Zeit zu gewinnen. Peukert 1980, 378-381.

177 Duhnke 1972, 457ff. Peukert hingegen betont, daß bis Kriegsende die illegalen Gruppen mit dem ZK der KPD engen Kontakt hatten. Peukert 1976, 316. M. E. nach ist Peukert zuzustimmen, daß die KP gerade mit Hilfe der Instrukteure immer wieder versuchte, von außen her die Gruppen in Deutschland zu koordinieren und zu zentralisieren. Er berücksichtigt jedoch nicht hinreichend, daß die Instrukteure eben von außen kamen, nur sehr schwer Zugang zu den bestehenden Gruppen bekamen. Die illegalen Gruppen richteten ihre Aktivitäten eben nach den konkreten Bedingungen aus und empfanden wohl z. T. die Instrukteure als wenig hilfreich. Vgl. mdl. Aussage von Willy Dickhut vom 11. 6. 1974.

178 Das Material der Akten der Stapoleitstelle Düsseldorf war zum Zeitpunkt meiner Archivstudien (1975) noch nicht vollständig archiviert.

179 STA Wu., Prozeßakten. Leider geben die Zeugenlisten keine Anhaltspunkte über die Parteizugehörigkeit.

180 Typische Kennzeichnung eines Unternehmens ist z. B. "Besitz eines Kleinstfuhrwerks."

181 Das von mir gesichtete Material im HSTA Düsseldorf hat für eine soziobiographische Untersuchung sicherlich eine zu geringe Basis. Doch lassen sich m. E. nach gewisse Schlüsse aus diesem Material ziehen. Einwandfrei bestätigt es, daß die Hauptträger des Widerstandes aus der Arbeiterklasse kamen.

182 Die Mitglieder der KPO waren Metallarbeiter, die Mitglieder der illegalen Gruppe der FAUD Bauarbeiter.

183 Dies ist zweifellos insgesamt die Problematik einer Aufarbeitung des Widerstandes. Schriftliches Material liegt im wesentlichen nur dann vor, wenn die Gestapo tätig wurde.

184 Zum Widerstand der Bekennenden Kirche in Wuppertal vgl. Werner 1974, 20ff.

185 So beauftragte die Stadt Wuppertal den Stadtarchivar Werner mit einer Darstellung des Widerstandes, die dann in den Schulen verteilt wurde. In Solingen schrieb die Oberbürgermeisterin Frau Elisabeth Roock das Vorwort zu dem Buch von Schabrod über den Solinger Widerstand.

186 Wenn in obigem Zusammenhang von einer Unterordnung der KPD unter die Interessen der Sowjetunion gesprochen wird, so ist dies eine Verkürzung. Vgl. hierzu die Arbeiten von Schöck 1978 und Stolle 1980, die nachweisen, daß es in der Arbeiterklasse selbst Entwicklungen gab, die zu einer ultralinken Taktik führten.

187 Duhnke 1977, 524/525. Duhnke schätzt die Zahl der von den Nazis getöteten Kommunisten auf 20. 000. Das ist mehr als die Hälfte aller Deutschen, die wegen ihrer politischen Gesinnung ermordet wurden. Allerdings sollte auch bedacht werden, daß die Säuberungswellen in der UdSSR ebenfalls zur Dezimierung der Kader der KPD beitrugen: 34 % der Führungskorps der KPD von 1929 kamen gewaltsam ums Leben, davon 22 % unter Hitler und 12 % unter Stalin. Weber 1962 II, 50.

188 Area-bombing: Die von den Alliierten, insbesondere den Briten, durchgeführte Flächen- statt Zielbombardierung. Von dieser neuen Strategie des Luftkriegs erhofften die Alliierten sich eine Demoralisierung der deutschen Bevölkerung. Während Brandt für Bremen dies eher bestätigt, Brandt 1976, 322, Anm. 298, geht aus den von Marlis Steinert gesammelten Stimmungsberichten - bis zu dem Zeitpunkt, da der Krieg eindeutig als verloren angesehen wurde - eher hervor, daß diese Reaktionen auf die Bombenangriffe im Wunsch nach Vergeltung bestanden. Steinert 1970, 434ff.

189 Das Folgende nach Heininger 1959, 60ff.

190 Als hemmende Faktoren bei der Wiederingangsetzung der Produktion sind ferner die Eingriffe der Besatzungsmächte zu sehen. Hierbei spielen die Demontagen wiederum nur eine geringere Rolle als die Zwangslieferungen insbesondere von Kohle an die Siegermächte, wodurch sämtliche 1945 noch vorhandenen Reserven aufgebraucht wurden. Dazu besonders Balabkins 1964, 111ff.

191 Andererseits ist zu bedenken, daß sich - auch wenn es keine offene Versorgungskrise während des Krieges gab - doch bei Kriegsende ein gewisser Bedarf angestaut hatte. Verschärft wurde die Situation noch durch die Zahl der Flüchtlinge und Ausgebombten.

192 Die restlichen 17 Betriebe sind nicht weiter aufgeschlüsselt.

193 Die Kammer schildert eingehend, daß es während des Krieges gelang, die Produktion trotz dieser Zerstörungen weiter anzukurbeln. Auch sei die Versorgung der Bevölkerung einigermaßen gesichert gewesen, Köllmann 1956, 131-134.

194 Ringel 1972, 25. Leider wird nicht weiter aufgeschlüsselt nach Größe der Betriebe, Branchen und Art der Beschädigungen.

195 Organisation Todt: Todt wurde 1938 zum Generalbevollmächtigten der Bauwirtschaft berufen. Er war dafür zuständig, daß dringende "reichswichtige Bauvorhaben" durchgeführt werden konnten und hatte hierzu auch weitgehende Befugnisse, die notwendigen Arbeitskräfte freizustellen.

196 Strategic Bombing Survey, Solingen, Washington archives. Fotokopie im STA So., S. 1-3.

197 In der besonders arbeitsintensiven bergischen Industrie wirkte sich ein Mangel an Arbeitskräften besonders hemmend aus. Vgl. Kap. 1.1.

198 Wuppertal im Kampf gegen die Not, 1947, 116-118. Der Verwaltungsbericht der Stadt Remscheid für die Jahre 1945-47 gibt ähnliche Zahlen an. Ebd., S. 128 (STA Rs. MS).

199 Bevölkerungsbewegung in Wuppertal, Remscheid und Solingen zusammengestellt von Rausch o. J. (1947), 7:

	17. 5. 1939	März 1945	Mai 1947	1947 im Vgl. zu 1939
Wuppertal	399. 718	250. 841	335. 271	83, 9 %
Solingen	140. 453	98. 632	136. 482	97, 2 %
Remscheid	103. 912	80. 410	95. 940	92, 3 %

Während die Städte 1947 in ihrer Einwohnerzahl noch nicht den Stand von 1939 erreicht hatten, war der Bevölkerungsstand in den ländlicheren Bezirken des Bergischen in den ersten Nachkriegsjahren höher als 1939.

200 Verwaltungsbericht Remscheid 1945-47, 12, beklagt zudem den steigenden Anteil der Frauen an der Gesamtbevölkerung. In Remscheid war 1946 ein Frauenüberschuß von 211 auf 1. 000 männliche Einwohner zu verzeichnen.

201 STA So. 612-10-1, Übergangsangelegenheiten: Nach dem Bericht des Arbeitsamtes vom 31. 8. 1945 stiegen die Anträge auf Wandergewerbescheine beträchtlich.

202 Bei Großbetrieben hing die Erteilung des Permits durch die Militärregierung häufig davon ab, ob der betreffende Betrieb ein Konkurrenzunternehmen zu der Industrie Großbritanniens war.

203 IHK Solingen, Monatsberichte Dezember, 1946: Bereits im Juni 1946 wurde dann das Verkaufsverbot wieder aufgehoben.

204 IHK Wuppertal, Handakte Paul Rausch, Bericht vom 14. 2. 1947, Betr.: Friedensstatut.

205 Die Zurücknahme der Entlassungen geschahen meist auf Intervention der Betriebsräte.

206 IHK Wuppertal, Lagebericht vom 21. 11. 1946.

207 Rausch o. J. 1947, 21-22. Rausch hebt besonders hervor, daß alle 3 Städte aufgrund der geographischen und wirtschaftlichen Verflechtung in hohem Maße auf Verkehrsverbindungen und Kraftverkehr angewiesen waren.

208 Schön 1947, 109-111. Der Verfasser, Oberreg. rat Stephan Schön, Dez. für Ernährung, weist darauf hin, daß gerade die werktätige Bevölkerung bei der andauernden Ernährungskrise schwere gesundheitliche Schäden davontragen werde, da sie nicht durch Tauschgeschäfte ihre Lage verbessern könne.

209 Schön 1947, 73-77. Von den Ärzten, die Schulkinder untersuchten, wurde neben dem schlechten Ernährungszustand der Kinder - in Wuppertal wurden 1946 4. 000 unterernährte Kinder ermittelt - v. a. auch die mangelnde Bekleidung beklagt. Die Ärzte wiesen auch darauf hin, daß die mangelnde Ernährung erhebliche Konzentrationsschwächen verursache.

210 Verwaltungsbericht Remscheid 1945-47, 45-48 und Solingen 1945-47, 95-101. Wuppertal im Kampf 1947, 17. STA Rs., Bericht des Luftschutzamtes vom 31. 7. 1943. Beim Luftangriff 1943 waren besonders die Arbeiterviertel betroffen. 70 % der industriell Beschäftigten verloren bei diesem Angriff in Remscheid ihre Wohnungen.

211 Im Folgenden sollen thesenartig die Grundzüge der jeweiligen Konzeptionen der Siegermächte skizziert werden. Zu dem Thema steht eine umfassende Literatur zur Verfügung, wobei einschränkend gesagt werden muß, daß dies nicht im gleichen Umfang für die Deutschlandpolitik der Sowjetunion gilt. Speziell zur amerikanischen Besatzungspolitik vgl. die jetzt veröffentlichten Akten der Geheimdienste: Borsdorf/Niethammer 1976 und die Untersuchung über die Praxis der amerikanischen Besatzungsmacht, Latour/Vogelsang 1973, sowie Horowitz Außenpolitik, 2 Bde, 1969 u. Strategien, 1969; Kolko 1968; Ders. /Kolko, 1972; Appleman 1973. Außerdem Braunthal 1963; Deutscher 1962; Schwarz 1966; Thalheimer o. J. repr. 1947; o. J. repr. 1945; Gute zusammenfassende Darstellungen für die Deutschlandpolitik der Siegermächte bei E. Schmidt 1970, 10-14; Huster/Kraiker u. a. 1972, 9-67; Brandt 1976, 58-68; Niethammer/Sywottek in: Niethammer u. a. 1978.

212 Allerdings war zumindest die amerikanische Besatzungsmacht (Briten und Franzosen unterschieden sich hiervon in diesem Punkt kaum) nicht bereit, mit linken Gruppierungen zusammenzuarbeiten. Entsprechende Ansätze des amerikanischen Geheimdienstes OSS, der insbesondere zu Exil-Gewerkschaftern Kontakte hatte, wurden vom State Department unterbunden. Vgl. Niethammer u. a. 1978, 111ff. Anders die UdSSR: Es bestanden natürlich engste Kontakte zum ZK der KPD. Ungeklärt ist noch, welche politische Autonomie den deutschen Kommunisten zugestanden wurde. Offensichtlich wurde schließlich der deutschen KP nur ein Aspekt der Aufbauarbeit anvertraut, so z. B. die Übernahme von Ämtern in der Kommunalverwaltung. Niethammer u. a. 1978, 123ff.

213 Kolko 1968, 53ff. Nach Horowitz 1969, I, 21ff., waren 2/3 des sowjetischen Industriepotentials vernichtet. Die UdSSR hatte 20 Millionen Menschen verloren.

214 Dies erklärt auch, wieso die UdSSR in Westeuropa gegenüber revolutionären Bewegungen äußerst zurückhaltend war und den Wiederaufbau bürgerlicher Nationalstaaten unterstützte.

215 Die britische Politik zielte in erster Linie darauf ab, Deutschland zumindest insoweit wieder auf die Beine zu stellen, daß es sich selbst wirtschaftlich versorgen konnte. Aufgrund der Notlage wollte Großbritannien "nicht an einen ökonomischen Leichnam gekettet werden". E. Schmidt 1970, 19/20.

216 Aufgrund der wirtschaftlichen Probleme war der Handlungsspielraum der Labour-Regierung in der Deutschlandpolitik ohnehin höchst eingeengt. Vgl. Huster u. a. 1972, 42ff.

217 Es ist das Verdienst Kolkos, dieses allen politischen Entscheidungen übergeordnete Ziel in der US-Außenpolitik herausgearbeitet zu haben. Kolko 1968.

218 Vgl. hierzu Dröll, in: Niethammer u. a. 1978. Dröll umschreibt die Situation bei Kriegsende als "Zusammenbruchsgesellschaft". Diese wurde insbesondere herbeigeführt von der Zersplitterung der sozialen, wirtschaftlichen und staatlichen Ebenen durch den Faschismus. Bei Kriegsende wurde durch die totale Niederlage diese Zersplitterung noch weiter verschärft. Dieser sicherlich recht fruchtbare und originelle Ansatz wird von Dröll sehr zugespitzt - und auf nahezu alle Bereiche übertragen. So spricht er von einer Perpetuierung der Zersplitterung durch die Besatzungsmächte, insbesondere durch die amerikanische - eine These, die wohl nur zum Teil haltbar ist. Diese Überspitzung führt m. E. nach dazu, daß dann das Problem der sehr schnellen Reorganisation der Parteien, der "Restauration" der alten Kräfte kaum noch erklärt werden kann.

219 Peukert erwähnt, daß über Willy Seng Kontakte nach Solingen bestanden. Diese scheinen jedoch recht punktuell gewesen zu sein. Keineswegs kann von einer illegalen Gruppe in Solingen gesprochen werden. Vgl. Peukert 1980, 364-365. Schabrod erwähnt, daß in Solingen einige Personen den "Friedenskämpfer" erhielten, Schabrod 1969, 111-112.

220 Vgl. Erinnerung v. Dickhut 1979, 286ff. Eine Betriebszelle scheint 1944 bei der Fa. Henckels bestanden zu haben, Inf. Dickhuts v. 11. 6. 1974.

221 Dickhut berichtet, daß insbesondere über Albert Müller (KPD) zahlreiche Kontakte aufrechterhalten wurden. Mdl. Aussage von Dickhut vom 11. 6. 1974.

222 Offenbar bewirkte der späte Zeitpunkt der Bombenangriffe auf Solingen, daß die Solinger Bevölkerung, da sie mehrheitlich den Krieg ohnehin verloren glaubte, die Zerstörung ihrer Stadt den Nationalsozialisten anlastete.

223 Wie weiter ausgeführt wird, sahen fast alle antifaschistischen Gruppen in Solingen im Volkssturm die Hauptzielgruppe für ihre Propagandatätigkeit.

224 In der von Heinz Rosenthal verfaßten Stadtgeschichte findet sich eine andere Zuordnung der illegalen Gruppen bei Kriegsende, als wie ich sie im folgenden beschreibe. Rosenthal sieht in einer Vereinigung von sozialdemokratischen und kommunistischen Gruppen das Entstehen der "Organisation A". Das wird aber durch den Tätigkeitsbericht wie durch mdl. Aussage von Dr. Blass am 24. 10. 1974 und von Dickhut am 11. 6. 1974 nicht bestätigt. Vgl. Rosenthal 1975, III, 444ff.

225 Bericht über die Tätigkeit der Organisation "A", Mat. Willy Dickhut. Dieser siebenseitige Bericht wurde im Auftrag von Dickhut von Karl Hartmann und Karl Schiffbauer im Oktober 1945 verfaßt, ein kürzerer Bericht lag bereits im Sommer 1945 vor. Mat. Blass. Das Folgende ist diesem Bericht entnommen, der in den wesentlichen Teilen von Dr. Blass bestätigt wurde. Schriftl. Inf. Dr. Blass vom 6. 9. 1974.

226 Schiffbauer verfügte nach eigener Angabe auch über Kontakte nach Wuppertal. Bericht Schiffbauer, Mat. Blass.

227 Von den Sozialdemokraten wurden die Gebr. Riess angesprochen, auf deren Tätigkeit weiter unten noch einzugehen sein wird. Ob auch versucht wurde, die kommunistische Gruppe um Albert Müller miteinzubeziehen, ist nicht bekannt. Eine Zusammenarbeit ist jedenfalls nicht nachzuweisen.

228 Dr. Blass relativierte allerdings den Grad an Zentralisierung im nachhinein sehr stark. Mdl. Aussage Blass vom 24. 10. 1974.

229 Es war allerdings nicht geplant, diese Waffen offensiv einzusetzen, d. h. einen Putsch zu versuchen. Mdl. Aussage Blass vom 24. 10. 1974.

230 Die einrückenden amerikanischen Truppen erwarteten offenbar, aufgrund dieser Kontakte bei der Übergabe der Stadt mit Vertretern der Organisation "A" zu verhandeln.

231 In den letzten Tagen vor dem Einmarsch dürfte auch eine gewisse Kommunikation unter den verschiedenen Gruppen bestanden haben, obgleich die Dezentralität niemals aufgegeben worden ist.

232 Von der Organisation "A" sind zwei Flugblätter erhalten: "Deutscher Volkssturm, Solingen" und "Solinger!" In beiden wird dazu aufgefordert, militärischen Widerstand beim Einmarsch der Alliierten zu verhindern. Mat. Dickhut.

233 Diese Gruppe war um den späteren Solinger OB Eugen Maurer entstanden. Maurer hatte nach Luftangriffen Solingen verlassen und kehrte erst nach Kriegsende wieder zurück. Vgl. Rosenthal 1975, III, 444.

234 Kennzeichnend für diese sozialdemokratische Gruppe ist, daß keiner ihrer Initiatoren vor 1933 Parteifunktionen innehatte. Max und Oskar Riess kamen aus der Genossenschaftsbewegung, Paul Kaiser hatte überhaupt kein Amt bekleidet. Insgesamt sind 3 Flugblätter erhalten, Anordnungen 2, 3 und 4. Mat. Dickhut und STA So. FA 3 Zeitungsausschnittssammlungen zur Nachkriegszeit.

235 Dies geht aus Ausführungen von Paul Kaiser in einer Sitzung des ZAs am 11. 5. 1945 hervor. Mat. Dickhut, Sitzung des ZA vom 11. 5. 1945.

236 Mat. Dickhut, Aufruf an die Bevölkerung Solingens, unterzeichnet Kommunistische Partei Solingen, handschriftlich datiert 15. 4. 1945.

237 Das Folgende ist einzelnen Berichten entnommen, die Dickhut im Laufe des April/Mai von Vertretern der Illegalen erhielt, meist KP-Mitgliedern. Er verarbeitete dann diese Berichte zu einer umfassenden Darstellung für die Militärregierung: Bericht über die Tätigkeit der Antifaschistischen Bewegung in Solingen in der Zeit vor dem Eintreffen der Amerikaner. Von den Einzelberichten lagen vor: Bericht über die Ankunft der amerikanischen Truppen vor dem Stadthaus Solingen am 17. 4. 1945 von Albert Müller, Bericht aus Wald über die Tätigkeit der Antifa in der Zeit vor dem Eintreffen der Amerikaner sowie die bereits erwähnten Berichte von Karl Hartmann und Karl Schiffbauer über die Organisation "A". Alles in Mat. Dickhut.

238 Schabrod gibt an, allerdings ohne Belege, daß die Walder Gruppe bereits seit 1943/44 bestanden habe, aber wohl erst Ende 1944 aktiv

wurde. Auch die Walder Gruppe habe sich bewaffnet. Dies wird von dem Bericht im Mat. Dickhut nicht bestätigt. Die Verhandlungen mit dem Polizeichef waren erfolgreich. Auch Kreisleiter von Bülow erklärte, daß er die Stadt nicht mehr verteidigen lassen werde. Schabrod 1969.

239 Dr. Blass nahm selbst an dieser Sitzung teil, betont aber, daß sonst Vertreter der Arbeiterorganisationen dominierten. Er erinnert sich, daß auch sehr oberflächlich Fragen der Neuordnung angeschnitten worden seien, allerdings sehr allgemein. Mdl. Aussage Dr. Blass vom 24. 10. 1974.

240 Mat. Dickhut, Protokoll der 1. Sitzung der Antifaschistischen Volksfront vom 18. 4. 1945.

241 Aufgrund von Äußerungen Dickhuts in Briefen, Protokollen sowie der gesamten Entwicklung der Solinger Antifa scheint Dickhut zunächst von einer engen Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten ausgegangen zu sein, wobei die Hinzuziehung Bürgerlicher zunächst gar nicht geplant war. Die Bezeichnung Volksfront für die Solinger Antifa ist daher irreführend, wenn man dahinter ein klares Verständnis von Volksfront, sei es in der Dimitroffschen Ausprägung oder der NKFD-Konzeption, vermutet. Hingegen äußerte sich die Taktik der Solinger KPD je nach der konkreten Situation in Solingen, wobei die spezifische Lage dann eine stärkere Einbeziehung bürgerlicher Kräfte erforderte. Dickhut berichtete allerdings in seinen Erinnerungen, daß er von Anfang an auf eine Volksfront unter Führung der KP hingearbeitet habe. Die Bildung einer Einheitspartei auf der Grundlage eines gleichberechtigten Zusammenschlusses von SPD und KPD habe er als "Einheitsbrei" abgelehnt. Seine von ihm Anfang Mai 1945 verfaßte Schrift über "Probleme der proletarischen Einheit", indem er u. a. schreibt: "Die bolschewistische Partei lehrt aber, daß gerade die Entfernung der opportunistischen, reformistischen und menschewistischen Elemente die leninistische Partei gestärkt hat. Darum ist die Bildung einer solchen Einheitspartei, die auf einem Mischmasch von revolutionären Phrasen und reformistischen Handlungen fundiert ist, falsch ... Dickhut 1979, 372-373.

242 Die Mitglieder des Aktionsausschusses waren: Willy Dickhut, Fritz Jung, Ignaz Tippkötter und Felix Monheimius (KPD); Paul Kaiser und Paul Ramuschat (SPD); Eugen Voos und Willi vom Steeg als Parteilose. Mit der Herausgabe einer eigenen Presse wurden beauftragt Kuno Meisenburg (KPD), Hans Menge (KPD) sowie Dr. Braun (Parteilos).

243 Mat. Dickhut, Beschluß des Arbeitsausschusses der Antifa vom 19. 4. 1945.

244 Mat. Dickhut, Vorschlagsliste der Antifa vom 19. 4. 1945.

245 Vgl. hierzu auch die Darstellung in einer Artikelserie von Hans Bremshey, Als die Amerikamer kamen, NRZ vom 21. 4. 1955.

246 IHK Solingen: Rückblick auf die Arbeit der Kammer 1945 bis August 1947 und STA So. 656 10-1-7, Hauptamt 10, Anordnung der MR.

247 Mat. Dickhut: Bericht über die am 28. 4. 1945 stattgefundene Sitzung des Bürgerausschusses im katholischen Pastoramt.

248 Mat. Dickhut: Richtlinien zur Mobilisierung der Antifaschistischen Volksfront und Wiederaufbau und "Erste Aufgaben der Antifa". Beide Schriftstücke sind undatiert, dürften aber noch vor der Umwandlung des Aktionsausschusses in den ZA beschlossen worden sein. Das Folgende faßt die beiden Quellen zusammen.

249 Diese eigenständige Antifa in Wald war wohl aus der illegalen Gruppe direkt hervorgegangen, allerdings unter Hinzuziehung von Sozialdemokraten und Bürgerlichen, wie in einem Schreiben der Antifa Wald am 26. 4. 1945 an die MR betont wird. Die Antifa bittet um Büroräume in den Gebäuden der Kommunalverwaltung. Für die Eingliederung der Walder Gruppe in die Gesamt-Antifa spricht außer dem Namen "Volksfront" in diesem Schreiben weiter ein Schreiben des Bezirksbürgermeisters von Wald an die MR vom 9. 5. 1945. Beides in STA So.: 614-10-1 Hauptamt, Übergangsangelegenheiten.

250 Mat. Dickhut: Bericht über eine Sitzung sozialdemokratischer Funktionäre unter Anwesenheit von Dickhut und Müller am 2. 5. 1945, auf der über die Wohnungsbeschlagnahmungen geklagt wird.

251 Mat. Dickhut: Schriftverkehr des Büros des ZA mit den Stadtteilen. Im Mat. Dickhut befinden sich etwa zehn solcher Berichte, alle Anfang Mai datiert. Diese Berichte stammen aus den Stadtteilen Gräfrath, Merscheid, Brühl, Höhscheid, Mangenberg. Darüberhinaus ist nicht zu belegen, in welchen Stadtteilen sich Ausschüsse befanden. Eine relativ große Ausdehnung der Antifas über das Stadtgebiet ist jedoch aufgrund des Materials durchaus anzunehmen. Weiterhin gibt das Material keine Aufschlüsse, welche soziale Zusammensetzung die Stadtteilausschüsse hatten, zumal aufgrund der Streuung der Industrie keine ausgesprochene Trennung in Arbeiterviertel und bürgerliche Viertel vorhanden ist.

252 Mat. Dickhut: Schreiben an alle Stadtteilausschüsse vom 4. 5. 1945. Dickhut tadelt in diesem Schreiben die Eigenmächtigkeit des Ausschusses von Höhscheid. Der dortige Ausschuß hatte Unterschriften der MR gefälscht. "Solche Dinge dürfen unter keinen Umständen wiederholt werden. Wir bitten Euch, bevor Ihr etwas in die Öffentlichkeit gebt, uns dieses zur Einsicht vorzulegen ... Darum seid äußerst vorsichtig in allen Handlungen! Wir wollen grundsätzlich nicht in Gegensatz zu den Militärbehörden kommen."

253 Mat. Dickhut: Schreiben des Stadtteilausschusses Mangenberg an den ZA vom 24. 4. 1945. Mangenberg schlug darin eine Erweiterung des ZA vor, um eine bessere Kommunikation zu gewährleisten.

254 Mat. Dickhut: Schreiben des ZA an alle Stadtteilausschüsse vom 12. 5. 1945.

255 Mat. Dickhut: Richtlinien für alle Aktions- und Betriebsausschüsse der Stadtteile vom 11. 5. 1945. Die nationalsozialistische Bezeichnung "Vertrauensrat" wurde offenbar vorübergehend beibehalten.

256 Mat. Dickhut: Listen über den Stand der Betriebsausschüsse.

257 Dies geht aus einem Bericht von Albert Müller auf der Sitzung des ZA vom 11. 5. 1945 hervor. Mat. Dickhut.

258 Mat. Dickhut: Schreiben der Bezirksleitung der KPD Niederrhein an die CGT vom 25. 8. 1945, S. 4. Bericht über die Gewerkschaftsar-

beit. Auf das Mißtrauen der MR gegenüber der Betriebsarbeit der Antifa wies auch Kaiser in der Sitzung des ZA vom 11. 5. 1945 hin und wandte sich mit eben diesem Argument gegen eine Bezahlung Tippkötters. Protokoll der Sitzung des ZA vom 11. 5. 1945.

259 Mat. Dickhut: Bericht über die Antinazi-Bewegung, S. 12.

260 Dieser Beschluß weist auf den Versuch des ZA hin, möglichst breite Kreise der Bevölkerung anzusprechen.

261 Mat. Dickhut: Flugblatt unterzeichnet von Paul Kaiser und Max Riess vom 29. 4. 1945.

262 Vgl. Darstellung bei Schabrod, S. 119/120. Von den 71 erschossenen Häftlingen waren 14 politische Häftlinge. Zahlreiche andere "Politische" waren durch das Eingreifen des Gefängnisdirektors und eines Hauptmannes gerettet worden.

263 Mat. Dickhut: Bericht über die Antinazi-Bewegung, S. 12-13.

264 Mat. Dickhut: MS der Rede von Max Riess, die dieser im Auftrag des ZA hielt, 1. 5. 1945.

265 Mat. Dickhut: Gedächtnisprotokoll der Sitzung des ZA vom 11. 5. 1945.

266 Die restlichen Mitglieder des ZA argumentierten, daß ja die Vorschlagsliste des ZA vorgelegen hätte, nach der sich Oskar Riess nur hätte richten müssen.

267 Diese Vorgänge vor 1933 werden von Dickhut näher im Bericht über die Antinazi-Bewegung geschildert, S. 8.

268 Mat. Dickhut: Schreiben des ZA vom 16. 5. 1945 an alle Stadtteil- und Betriebsausschüsse, in dem der ZA den Ausschüssen mitteilt, daß die MR die Auflösung der Betriebsausschüsse befehle.

269 Mat. Dickhut: Bericht über die Antinazi-Bewegung, S. 14-15.

270 Vgl. Kap. 6, Die bürgerlichen Parteien konstituierten sich erst im Sommer 1945.

271 Nach Aussage Dickhuts weigerte sich der Ortsverein Gräfrath der SPD (Wohnort von Brisch), diesen aufzunehmen.

272 Dies zeigte sich u. a. darin, daß Brisch bis Dezember 1945 sich weigerte, einen Beirat einzuberufen. In Remscheid bestand seit Mai, in Wuppertal seit Juni 1945 ein Beirat.

273 Ende Mai wurde die amerikanische MR durch die britische abgelöst, was in mehreren Phasen vor sich ging. Der amerikanische Beauftragte für Arbeit (Manpower) blieb bis Mitte Juni in Solingen. Stadtkommandant wurde Ende Mai Oberstleutnant Bodington.

274 Zur Reorganisation der Gewerkschaften s. Kap. 5. Offenbar war Brisch wesentlich mitverantwortlich, daß die Kommunisten zunächst von den Vorbereitungen zur Gewerkschaftsgründung ausgeschlossen blieben.

275 Dickhut berichtet, daß nach dem Verbot der Antifa die Kommunisten in den Stadtteilen und Straßen sog. Stubenversammlungen durchführten. Nach seinen Angaben nahmen allein im Juni an 150 Stubenversammlungen 1205 Menschen teil. Darunter waren 18 Stubenversammlungen für Frauen mit 156 Teilnehmerinnen. Dickhut 1979, 396.

276 STA So. 614-10-2, Protokoll einer Unterredung von Brisch und dem britischen Stadtkommandanten Bodington vom 10. 6. 1945. Auf diese Situation in Solingen geht auch Dickhut in einem Schreiben ein: Mat. Dickhut, Schreiben Dickhuts vom 15. 6. 1945 an Bodington.

277 Mat. Dickhut: Schreiben vom 15. 6. 1945.

278 Vorausgegangen war ein Kontakt von Dickhut mit dem Field Secret Service (FSS), wobei deren Vertreter Dickhut ihre Unterstützung zusagten, unter der Bedingung, daß die Antinazibewegung ihnen bei der Aufstellung einer Kartei der aktiven Nazis helfen würde. Dickhut 1979, 397-400 (abgedr. u. a. ein Schreiben Dickhuts an den FSS v. 15. 6. 1945)

279 Dies geht hervor aus einem Schreiben Dickhuts an Meistermann vom 20. 6. 1945. Mat. Dickhut wie Aussagen von Max Riess und Ernst Gnoß vom 9. 8. 1945 gegenüber dem OB, STA So. 614-10-2. Die Neuzulassung der Solinger Antifa wird auch erwähnt in "Weekly Reports Intelligence Summary" PROFO 371/46933, Summary for week ending 28 July, Mat. Niethammer/Borsdorf.

280 STA So., Schreiben des ZA an den OB vom 27. 6. 1945, unterzeichnet von Meistermann, Dickhut, Lehwalder, Meisenburg. Anscheinend war der ZA zunächst größer geplant, man beteiligte die anderen Mitglieder trotz gegenteiliger Anordnung der MR an den Beratungen.

281 Mat. Dickhut: Schreiben Dickhuts im Auftrag des ZA vom 27. 6. 1945.

282 Mat. Dickhut: Berichte von Merscheid vom 16. u. 18. 7. 1945 und von Gräfrath vom 3. 7. 1945. In einem Beschwerdebrief an den Merscheider Ausschuß bittet ein Solinger um Hilfe gegen einen ehemaligen Pg. Der Gräfrather Ausschuß setzte sich zusammen aus 3 Zentrumsmitgliedern (1 Kaplan und 2 Lehrer), 3 Sozialdemokraten (Kaufmann, Schleifer und Schriftsetzer) und 3 Kommunisten (Hammerschmied, Kraftfahrer und Gewerbetreibender). Mit Ausnahme des Kaplans (34 J.) waren alle zwischen 40 und 50 Jahre alt. Nach Dickhut bestanden auch in den meisten anderen Stadtteilen Ausschüsse. Aus den Berichten geht nicht hervor, ob Verbindungen zu den Betrieben bestanden. Die Betriebsausschüsse übten nach dem Verbot der MR ihre Tätigkeit als Ernährungsausschüsse z. T. weiter aus. Inf. Dickhut.

283 Mat. Dickhut: Protokoll der Sitzung des ZA vom 28. 7. 1945.

284 Mat. Dickhut: Schreiben Dickhuts an die MR vom 2. 8. 1945.

285 Mat. Dickhut: Schreiben Dickhuts vom 16. 8. 1945 an Bodington.

286 Daß die Namensänderung nicht auf einen gemeinsamen Beschluß zurückging, behaupten sowohl Meistermann wie Gnoss und Riess gegenüber dem OB: STA So. 621-10-2, Statements vom 9. 8. 1945.

287 Mat. Dickhut: Schreiben Dickhuts vom 16. 8. 1945.

288 STA So. 614-10-2, Protokoll der Unterredung Bodington/Brisch vom 8. 8. 1945.

289 Mat. Dickhut: Programm für eine fortschrittlich-demokratische Volksbewegung, undat. MS.

290 Diese konkreten Punkte weisen m. E. nach darauf hin, daß Dickhut eine Verbindung zu ziehen suchte zwischen der Auffassung, die im Bezirk Niederrhein von den kommunistischen Kadern mehrheitlich zunächst geteilt wurde, daß eine sozialistische Revolution unmittelbar bevorstehe und der Auffassung der Exil-KP. Vgl. hierzu Kap. 6, S. 147ff.

291 Diese letzte Verhaftungswelle, von der zahlreiche Antifaschisten betroffen waren, setzte ein nach dem Attentat des 20. Juli.

292 Das Folgende nach dem Bericht von Max Blank. In: Protokollbuch der SPD Remscheid, Mat. SPD Remscheid, S. 6, schriftl. Inf. von Karl Berster, Mai 1975, und Inf. Dr. Ringel vom 20. 3. 1973 wie Inf. Otto Pfeiffer.

293 General von Model war Generalfeldmarschall der Heeresgruppe B und als solcher für die Verteidigung des Ruhrkessels verantwortlich. Bei Kriegsende beging er Selbstmord.

294 Ringel 1972, 168-169, Anlage 2: Aussage des Generaloberst Hollidt zur Verhinderung von Brückensprengungen vor amerikanischen Offizieren am 28. 7. 1947. Hollidt bestätigt, daß er von Dr. Ringel, dem Remscheider Fabrikanten Vaillant und Mooshaake gebeten worden sei, seinen Einfluß bei Model geltend zu machen, um die Sprengung der Müngstener Brücke zu verhindern. Auch von der Organisation "A" in Solingen waren ähnliche Versuche unternommen worden. Vgl. Hans Bremshey, Als die Amerikaner kamen ...

295 Das Alexanderwerk in Remscheid stellt vorwiegend Küchengeräte her.

296 Inf. Otto Pfeiffer vom 20. 3. 1973. Pfeiffer war 1945 bei Mannesmann beschäftigt. Er hatte den Auftrag, am Tage X die Produktionsanlagen vor Sabotageakten der Nazis und vor ausländischen Zwangsarbeitern zu schützen.

297 Das Abschneiden der Nazis von den Telefonverbindungen war offenbar das Werk Anton Küppers, eines Sozialdemokraten, der bei der Post beschäftigt war.

298 STA Rs., Stadtverordnetenprotokolle 1945-47, darin: Anordnungen der MR April 1945.

299 Leiter des Aktionsausschusses waren der Fabrikant Max Dominicus, Max Blank (SPD) und Ernst Zulauf (KPD). Die anderen Mitglieder sind nicht mehr zu ermitteln. Jedenfalls handelte es sich um ein Gremium, das Personen unterschiedlichster politischer Anschauung vereinigte. Protokollbuch der SPD, S. 5.

300 Ebd., Das sofortige Aufstellen einer antifaschistischen Schutzpolizei war notwendig geworden, als eine Einheit der Remscheider Schutzpolizei versucht hatte, den einrückenden Truppen Widerstand zu leisten.

301 STA Rs., Stadtverordnetenprotokolle: Niederschrift der Beiratssitzung vom 15. 5. 1945. Darstellung zur Hellens.

302 Der OB verhinderte so eine Schutträumungsaktion des Aktionsausschusses, der plante, ehemalige NS-Aktivisten hierzu heranzuziehen. Vgl. Bericht Blank, SPD-Protokollbuch, S. 7.

303 STA Rs.: Stadtverordnetenprotokolle, Niederschrift der Beiratssitzung vom 15. 5. 1945.

304 Ebd., Anlage 5.

305 Ebd., S. 1.

306 STA Rs.: Stadtverordnetenprotokolle, Schreiben des Aktionsausschusses vom 18. 5. 1945.

307 Mat. Dickhut: Der Weckruf, Jg. 1945, Antifa Nachrichten, Nr. 1. Dieser, eine eng beschriebene Schreibmaschinenseite umfassende Artikel, geht zunächst auf die Folgen des Nazi-Regimes ein und weist

darauf hin, daß diese durch den "heldenhaften" Kampf der Roten und der englisch-amerikanischen Armee zerstört wurde. Die Drahtzieher hinter Hitler seien das deutsche Großkapital, das mit dem Verschwinden Hitlers weiter existent sei. Daher fordert der Artikel die Enteignung dieser "großkapitalistischen Rädelsführer". Der Kampf gegen das Unternehmertum könne nur gemeinsam von allen Werktätigen geleistet werden: "Eine wahre Volksfrontbewegung muß die letzten organisatorischen und ideologischen Reste des Hitlerismus vernichten ... Es darf kein Zurück zu Weimar geben! Die arbeitende Bevölkerung will den wahren Sozialismus!"

308 Public Record Office FO 371/476933, Reports for week ending 14 July, berichtete über das Verbot der Zeitung durch die MR.

309 STA Rs., Akte des Oberbürgermeisters 1945, Niederschrift der Besprechung des OB mit Zulauf und Blank vom 21. 6. 1945.

310 STA Rs., Stadtverordnetenprotokolle, Schreiben Zulaufs vom 4. 6. 1945 und Niederschrift einer Besprechung zur Hellens mit Blank vom 19. 6. 1945.

311 STA Rs., Oberbürgermeisteramt, Protokoll der Verwaltungssitzung vom 7. 8. 1945.

312 STA Rs., Oberbürgermeisteramt, Protokoll einer Besprechung von Vertretern des Beirats u. zur Hellen beim Reg-präs. Kolb in Düsseldorf vom 1. 9. 1945.

313 STA Rs., Oberbürgermeisteramt, Protokoll einer Besprechung beim Reg. Präs. Kolb vom 20. 9. 1945.

314 Mdl. Aussagen von Franz Landowski und Willy Spicher. Obgleich beide in den antifaschistischen Kreisen führend wirkten, berichteten sie nichts von einem bewaffneten Aufstand. Vgl. auch Denkschrift an die MR vom 24. 5. 1945, STA Wu. S. IV 873 (96). In dieser Denkschrift werden die Tätigkeiten der antifaschistischen Bewegung geschildert. Auch hier findet sich keine Bestätigung des Berichts von Kahn. Auch in späteren Veröffentlichungen wie die von G. Werner, a. a. O., wird ein bewaffneter Aufstandsversuch nicht erwähnt.

315 Im folgenden wird noch auf den Ronsdorfer Ausschuß näher eingegangen. Vgl. auch Kap. 9. 5.

316 STA Wu. S IV 873 (96): Denkschrift vom 24. 5. 1945, S. 3.

317 Ebd., 3-4.

318 STA Wu.: Mitteilungsblatt der MR, Nr. 3, vom 19. 5. 1945. Hierin werden Tätigkeiten einer "Vereinigung Neues Deutschland" erwähnt. Im Mat. Dickhut ist ein Flugblatt dieser Gruppe erhalten (o. D.), in dem die Bevölkerung aufgefordert wird, aktive Nationalsozialisten ausfindig zu machen.

319 STA Wu. S IV 873 (96): Denkschrift vom 24. 5. 1945. Für diese Vermutung spricht, daß die Denkschrift von den Unterzeichnern als Einzelpersonen und nicht im Auftrag eines antifaschistischen Ausschusses unterzeichnet wurde.

320 STA Wu., Mitteilungsblatt der MR, Nr. 2, vom 16. 5. 1945.

321 STA Wu. S IV 873 (96): Denkschrift vom 24. 5. 1945. Die Unterzeichner klagen Kommunalbeamte an, die trotz ihrer NSDAP-Zugehörigkeit im Amt verblieben, daß diese in "unkontrollierbarer Weise"

Armbinden mit dem Aufdruck "M. G. Police" an alle möglichen Elemente verteilt hätten, offenbar um die von Spicher organisierte Ordnungspolizei zu diskreditieren. S. 4.

322 STA Wu. S IV 873 (96), Schreiben des Aktionsausschusses an die MR Wu. vom 29. 5. 1945.

323 Anscheinend bestand noch kurze Zeit (bis Juli 1945) ein "Zentralausschuß der fortschrittlich demokratischen Volksbewegung", der jedoch nur in einem Unterausschuß für Schul- und Jugendwesen dokumentiert ist. Ein Schreiben dieses Unterausschusses vom 14. 7. 1945 ist von einem KPD-Mitglied unterschrieben (Ernst Jungbluth). Er fordert hierin die MR auf, für eine Entnazifizierung der Schulen Sorge zu tragen. Es ist zu vermuten, daß dieser Zentralausschuß lediglich in Form dieses Unterausschusses existierte und als Versuch der KPD angesehen werden muß, auf die Schulpolitik Einfluß zu nehmen. STA Wu. S IV 873 (91), Schreiben des Unterausschusses Schul- und Jugendwesen an die MR vom 14. 7. 1945.

324 Kurzprotokolle der Beiratssitzungen wurden im Mitteilungsblatt der MR veröffentlicht.

325 STA Wu. DV 1174 (811 a), Bericht über die 1. Sitzung des Beirats der Stadt Wuppertal am 10. 7. 1945.

326 STA Wu. DV 1174 (811 a), Bericht über die 3. Sitzung des Beirats vom 25. 7. 1945.

327 Bericht über die 1. Sitzung des Beirats vom 10. 7. 1945, a. a. O.

328 Bericht über die 2. Sitzung des Beirats vom 17. 7. 1945.

329 Interview Fritz Lucas mit Volker Ullrich vom 27. 4. 1978. Nach Aussage von F. Lucas nannte sich der Ausschuß auch "Ausschuß demokratischer Kräfte". Die MR überprüfte die einzelnen Mitglieder.

330 STA Wu. S IV 873 (91): Schreiben der Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kräfte an die Stadtverwaltung vom 16. 10. 1945, in dem diese um die Bereitstellung eines Lkw bat.

331 STA Wu. DV 1174 (811 b): Antrag auf Bildung von Ortsausschüssen vom 29. 10. 1945.

332 STA Wu. T II 202: Anträge der KPD, Antrag der KPD an den Hauptausschuß vom 9. 8. 1946, in dem auf den im Dezember 1945 vorgelegten Antrag auf Bildung von Bezirksausschüssen in allen Stadtteilen verwiesen wird.

333 Besonders stark verankert waren wohl die Ausschüsse in Bremen und Frankfurt.

334 Diese Hoffnungen stützen sich z. T. - insbesondere bei den Exilgruppen - auf Äußerungen der Alliierten. So erklärte Eisenhower im Dezember 1944: "Sie werden den Arbeitern und Angestellten gestatten, sich nach demokratischen Grundsätzen zu organisieren. Sie werden zulassen, daß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern freie Vereinbarungen über Löhne, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen und über die Beilegung von Arbeitskonflikten getroffen werden." Zit. nach: Klein 1972, 135.

335 Nach dem militärischen Zusammenbruch gingen viele der früheren ADGB-Funktionäre davon aus, daß mit dem Faschismus auch der Kapitalismus zusammengebrochen sei und leiteten hieraus eine Verantwortung der Gewerkschaften für das "Allgemeinwohl" ab. Die Aufgabe der Gewerkschaften wurde einerseits in der Durchsetzung von Strukturreformen, andererseits in der sozialen Betreuung der Mitglieder gesehen. Vgl. Brandt in Niethammer u. a. 1978, 687ff.

336 Die Antifas verstanden sich jedoch nie als Vorform einer Gewerkschaft, sie übernahmen lediglich provisorisch gewisse Aufgaben und bereiteten z. T. die Gewerkschaftsgründungen vor.

337 In Bremen organisierten sich beide Tendenzen in eigenen Ausschüssen: Der sog. Dreizehner-Ausschuß, der die ehemaligen ADGB-Funktionäre zusammenfaßte, und der Zentralausschuß der Belegschaftsvertreter, der sog. Siebener-Ausschuß. Brandt 1976, 153-157.

338 E. Schmidt 1970, 101-102: "Vor allem aber bestand bei der Mehrheit der Spitzenfunktionäre von Anfang an die Vorstellung, daß man mit Hilfe der sozialistischen Labour-Regierung in Großbritannien die wichtigsten Ziele werde durchsetzen können und eine Politik des Wohlverhaltens gegenüber der Besatzungsmacht am erfolgversprechendsten sei."

339 Interessante Aspekte zur Beurteilung der Gewerkschaftspolitik nach 1945 führt Lutz Niethammer an, der die Entwicklung des DGB im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern untersucht: Niethammer 1975, 303-358. Niethammer kommt zu dem Ergebnis, daß der DGB letztlich nur eine "Rumpfform einer Einheitsgewerkschaft" ist, da die gesellschaftlichen und politischen Funktionen ausgeklammert wurden. S. 358.

340 Ergebnis der Verhandlungen mit der TUC-Delegation war die Zustimmung Böcklers zum Aufbau von Industriegewerkschaften, die später zu einem Kartell zusammengeschlossen werden sollten. Auf einer Delegiertenkonferenz am 7. 12. 1945 in Düsseldorf wurde dieses Verhandlungsergebnis angenommen.

341 Daß dies sowohl im Interesse der MR wie der "rechten" ADGB-Funktionäre lag, verdeutlicht ein Zitat aus dem Industrial Relations Report in Germany 1945-49, den das amerikanische Außenministerium herausgab. "Die ernsteste Drohung, der sich die Einheit der Gewerkschaften gegenübersah, lag in der Möglichkeit, daß sich der marxistische Einfluß in den Gewerkschaften verstärken würde ... Die feste Zurückweisung kommunistischer Versuche, durch die Gewerkschaften die Kontrolle über die Organisationen zu erreichen, hat außerordentlich viel zum Erhalt der gewerkschaftlichen Solidarität beigetragen." Zit. nach E. Schmidt 1970, 35.

342 Peter Brandt weist m. E. nach zu Recht auf gewisse Parallelen zur Entwicklung in der SBZ hin. Er sieht dort das Modell einer von oben aufgebauten und überregional zentralisierten Einheitsgewerkschaft, die sich mit dem Staat identifiziert, verwirklicht. Brandt fährt fort: "Das Konzept der dort maßgeblichen kommunistischen Spitzengewerkschafter enthielt unter dem Schlagwort der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung dieselben Elemente wie das der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer im Westen - mit dem entscheidenden Unterschied, daß das in der SBZ durchgesetzte neue System seine

Absicherung neben der Anwesenheit sowjetischer Truppen in der Usurpation der meisten politischen Schlüsselstellungen durch die KPD fand." Brandt in: Niethammer u. a. 1978, 695.

343 Mat. Dickhut: Brief der Bezirksleitung der KPD in Düsseldorf an die CGT vom 25. 8. 1945.

344 Das Folgende bezieht sich im wesentlichen auf einen Bericht von Karl Küll über die Gewerkschaftsbildung in Solingen, Mat. Dickhut.

345 Küll und Hahnenfurth bemühten sich offenbar, gleichberechtigt als Vertreter der RGO neben den Vertretern der christlichen Gewerkschaft bzw. des ADGB zu erscheine. Richter hatte versucht, die Kommunisten auszuschalten, indem er die Vertreter der früheren Gewerkschaften zusammenrief.

346 Mat. Dickhut: Gedächtnisprotokoll über eine Unterredung zwischen Brisch, Küll und Hahnenfurth vom 2. 8. 1945.

347 Mat. Dickhut: Entschließung der Versammlung vom 15. 6. 1945, Abschrift angefertigt am 12. 8. 1945.

348 Mat. Dickhut: Bericht über die Fühlungnahme mit Herrn Gerhard Hebborn vom 21. 6. 1945 und Schreiben Karl Külls an Max Richter vom 21. 6. 1945. Der Gewerkschaftsbund war aus einem anglo-sowjetischen Gewerkschaftskomitee nach dem Angriff Hitlers auf die UdSSR entstanden. In Paris fand im Herbst 1945 der erste Weltgewerkschaftskongreß statt, der den WGB begründete. Die kommunistische Fraktion versuchte, die Beschlüsse der WGB für alle Mitglieder verbindlich zu machen, was auf den Widerstand des TUC stieß. Die amerikanischen Gewerkschaften blieben dem WGB fern (AFL).

349 Vgl. hierzu Rosenthal MS o. D. im Auftrag des Arbeitgeberverbandes verfaßt. Heinz Rosenthal verfolgt in dieser Untersuchung das Schlichtungswesen in Solingen bis ins 19. Jahrhundert.

350 STA So., 614-10-2, Protokoll des Schlichtungsausschusses vom 2. 8. 1945.

351 STA So., 614-10-2, Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses für die MR vom 8. 12. 1945.

352 STA So., 614-10-2, Schreiben Richters vom 6. 7. 1945.

353 Mat. Dickhut: Abschrift des Schreibens des OB an Küll vom 28. 8. 1945, in dem Brisch noch einmal ausführt, daß die RGO nicht als gleichberechtigte Gewerkschaft neben den Freien und den Christlichen anerkannt werde.

354 Mat. Dickhut: Rundschreiben Max Richters vom 2. 8. 1945 an ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre.

355 Mat. Dickhut: Protokoll der Sitzung des provisorischen Ortsausschusses vom 11. 8. 1945.

356 Mat. Dickhut: Protokoll der Sitzung vom 27. 8. 1945.

357 Der Vorstand war demnach zusammengesetzt aus den früheren Vorsitzenden des ADGB, der christlichen und der Angestellten-Gewerkschaft. Küll als Vertreter der RGO war als Kassierer ebenfalls Vorstandsmitglied.

358 Mat. Dickhut: Bericht der Gewerkschaftsabteilung der KPD Solingen vom September 1945.

359 Mat. Dickhut: Ebd.

360 Mat. Dickhut: Bericht der KP Solingen über die Massenarbeit der Partei, Dezember 1945, S. 23.

361 Mat. Dickhut: Ebd., S. 16-17.

362 Mat. Dickhut: Ebd., S. 17.

363 DGB Düss., OA Solingen, Protokoll der Sitzung der Vorstände der Industriegewerkschaften vom 4. 3. 1946 und Protokoll des Vorstandes der Einheitsgewerkschaft mit den Berufsgruppen und Branchenleitern der Metallgewerkschaft vom 31. 12. 1945. Vgl. zum Aufbau der IG-Metall die Studie von Kolb 1970.

364 STA So., Bekanntmachung der MR an alle Arbeiter, August 1945.

365 Mat. Dickhut: Protokoll der Belegschaftsversammlung vom 19. 9. 1945 bei Rautenbach. Enthält eine Zusammenfassung der Rede Max Richters vor der Belegschaft.

366 Mat. Dickhut: Berichte über Belegschaftsversammlungen am 5. 10. 1945 in der Firma C. A. Schlemper, am 9. 10. 1945 bei Eickhorn, am 26. 10. 1945 bei Kieserling und Albrecht. Vgl. auch Bericht der KPD Solingen vom Dezember 1945, S. 15.

367 DGB Düss., OA Solingen, Protokoll der Funktionärsversammlung der Einheitsgewerkschaft am 2. 12. 1945.

368 Mat. Dickhut: Bericht der KP Solingen vom Dezember 1945, S. 14.

369 Mat. Dickhut: Ebd., S. 14-15.

370 Ebd., S. 15-17.

371 Die Initiative zur Bildung dieser Liste ging offenbar vom Firmeninhaber aus, die Belegschaft verhielt sich weitgehend passiv. Ein Versuch der Gewerkschaft, die Liste zu verhindern, blieb erfolglos.

372 DGB Düss., OA Solingen, Protokoll der Versammlung der Einheitsgewerkschaft vom 2. 12. 1945.

373 IHK So.: Rückblick auf die Arbeit der Kammer vom April 1945 bis August 1947 vom 10. 8. 1947, S. 4.

374 Mat. SPD Rs.: Protokollbuch der SPD 1945-1949, Bericht von Max Blanck, S. 10.

375 STA Wu. S IV 873 (92), Schreiben an die MR vom 5. 6. 1945.

376 Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet, abgedr. bei Laschitza 1969, 247ff.

377 Brief Ulbrichts an Dimitroff vom 9. 5. 1945. Ulbricht 1963 II, 417ff.; Leonhard 1955, 381ff.

378 Vgl. hierzu die von Weber in den VfZG 4/1972 veröffentlichten Dokumente "Aus dem Kadermaterial der illegalen KPD 1943"; Glondajewski/Rossmann 1966.

379 So schreibt Ulbricht an Dimitroff: "Die spontan geschaffenen KPD-Büros, die Volksausschüsse, die Komitees der Bewegung "Freies Deutschland" und die Ausschüsse der Leute des 10. Juli, die vorher illegal arbeiteten, treten jetzt offen auf. Wir haben diese Büros geschlossen und den Genossen klargemacht, daß jetzt alle Kräfte auf die Arbeit in den Stadtverwaltungen konzentriert werden müssen. Die Mitglieder der Ausschüsse müssen ebenfalls zur Arbeit in die Stadtverwaltungen übergeführt und die Ausschüsse selbst liquidiert werden." Brief vom 9. 5. 1945, Ulbricht 1963 II, 417.

380 ASD J 3, Korrespondenz Niederrhein, Bericht über die Bezirkskonferenz vom 1. 12. 1945.

381 Müller 1979, 64, führt aus, daß in der Regel überall versucht wurde, Kontakt zum ZK herzustellen bzw. die Berliner Strukturen als Vorbild genommen wurden.

382 Vgl. hierzu auch die Ausführungen von Staritz, der für die SED das Dilemma sieht, daß sie einerseits eine "sozioökonomische Transformation" in der SBZ in die Wege leitete, andererseits aber an ihrem diesem untergeordneten Ziel der Wahrung der Einheit Deutschlands festhielt. Dabei unterschätzte sie die Macht der westdeutschen bürgerlichen Kräfte, die, gestützt auf die Besatzungsmächte, alle Veränderungen der Eigentumsverhältnisse zu verhindern wußte. Staritz 1976, 147. Werner Müller betont für die KPD der Westzonen als wesentliche Orientierungspunkte der politischen Strategie die "Vorbildlichkeit der demokratischen Entwicklung in der Sowjetzone und die institutionelle und nicht politisch-repräsentativ oder -plebiszitär begründete Partizipation an den politischen Prozessen." Werner Müller 1979.

383 Müller 1979, 364ff. Die Kommunisten versuchten, zwei durchaus populäre Forderungen - nämlich nach Einheit Deutschlands und nach einer ökonomischen und gesellschaftlichen Umgestaltung - miteinander zu verknüpfen. Allerdings gelang es der KPD weder, zu bürgerlichen Parteien oder Institutionen in den Westzonen Verbindungen aufzunehmen, noch sozialdemokratische Mitglieder und Gewerkschafter zu gewinnen. Zudem wurden die Volkskongresse von der MR verboten. Vgl. auch Kap. 9. 5.

384 Volkskongreßbewegung wie Kampagne zur Gründung der SED in den Westzonen konnten nur dann erfolgreich sein, wenn es der KPD gelang, in weite Teile der sozialdemokratischen Anhänger hinein Einfluß zu nehmen. Diese Spaltung zwischen Mitgliedern und Parteiführung der SPD in der Einheitsfrage existierte aber nicht. "Teile der SPD mögen durchaus noch 1947 der abstrakt formulierten Notwendigkeit einer einheitlichen Arbeiterpartei zugestimmt haben, zugleich wurde aber eine einheitliche Partei in Form der SED einmütig abgelehnt." Müller 1979, 348.

385 U. Schmidt/Fichter vertreten die Auffassung, daß die KPD im April 1947, als deutlich geworden war, daß die Mehrheit im nordrhein-westfälischen Landtag die Anträge auf Volksentscheid zur Sozialisierung ablehnte, einen Massenstreik hätte ausrufen müssen. U. Schmidt/Fichter 1971, 42.

386 Müller konstatiert, daß bis Frühjahr 1948 ein innerparteilicher Prozeß abgeschlossen war, der innerparteiliche Willensbildung oder politische Diskussionen unmöglich machte. Müller 1979, 390.

387 Bekanntes Beispiel der Berliner Zentralausschuß um Otto Grotewohl. Vgl. Kaden 1964, 31ff; Moraw 1973, 65ff.; Schulz 1965, 17ff.

388 Gründe für die anfänglich zurückhaltende Haltung der KPD-Führung zur Einheitspartei sind: 1. die Dezimierung der Kader der KPD durch den Faschismus, 2. die Schwierigkeiten, die die "Gruppe Ulbricht" hatte, ihre Programmatik gegen die im Reich gebliebenen Genossen durchzusetzen, 3. die Furcht vor einer Majorisierung durch die SPD. Vgl. auch Staritz 1976, 63.

389 Die besondere Bedeutung der Persönlichkeit Schumachers arbeitet Brandt heraus. Brandt 1976, 173ff.

390 Kaden 1964, 69ff. Kaden betont, daß in den Westzonen nur Schumacher von Anfang an mit einem Führungsanspruch auftrat.

391 Die integrative Bedeutung Schumachers betont Brandt besonders: "Die historische Bedeutung Kurt Schumachers und seiner Konzeption liegt auf integrativem Gebiet: Er initiierte die Neuformierung einer unabhängigen deutschen Sozialdemokratie und ihre Vereinheitlichung durch ein militant verfochtenes, in sich geschlossenes politisches Programm. Keiner der späteren sozialdemokratischen Landespolitiker, geschweige denn eines der Mitglieder des Londoner Exilvorstandes, hätte diese Rolle übernehmen können." Brandt 1976, 178.

392 Mat. SPD Rs.: Protokollbuch, S. 54, Protokoll der Mitgliederversammlung vom 16. 5. 1946.

393 Ebd., Protokoll der Mitgliederversammlung vom 16. 2. 1947.

394 ASD, Korrespondenz Büro Schumacher, J 3 und J 4.

395 Kaden unterstreicht, daß Schumacher sofort von Hannover aus ein Kommunikationsnetz ausbaute und zahlreiche Reisen unternahm. Kaden 1964, 70.

396 Zur politischen Konzeption von Kurt Schumacher vgl. Scholz/Oschilewski 1952-54; Edinger 1967; dazu die Rezension von Rurup 1966; Huster 1978; Plener 1966.

397 Huster sieht insbesondere eine Einengung des Handlungsspielraums der SPD dadurch gegeben, "daß die Partei von vornherein von der jeweiligen Militärregierung bzw. von den jeweiligen nationalen Regierungen ein Entgegenkommen" erwartete, "das, wenn überhaupt, nur Folge gezielter sozialdemokratischer Politik hätte sein können." Huster 1978, 180.

398 Vgl. Kap. 4. 1. Albert Müller hatte vor Kriegsende eine Gruppe von KP-Mitgliedern initiiert. Dickhut selbst war aus dem Gefängnis - er war im August 1944 verhaftet worden - geflohen und in der Nähe Solingens untergetaucht. Dickhut 1979, 320ff.

399 Ernst Gnoß wohnte nach seiner Haftentlassung in Essen. Wenige Wochen nach der Besetzung kehrte er nach Solingen zurück und beteiligte sich sofort aktiv am Wiederaufbau der SPD.

400 Mat. SPD Rs.: Protokollbuch der SPD, Bericht Max Blank, S. 8-10.

401 Dies entspricht dem Verlauf der Reorganisation der KPD in anderen Städten. Vgl. Müller 63ff.

402 Mat. Willy Spicher: Hektographiertes Flugblatt der KPD und der SPD, o. D. Juli 1945.

403 ASD, Büro Schumacher, J 4, Korrespondenz Parteibüro. Brief von Ernst Gnoß vom 24. 9. 1945. Gnoß beantwortet einen Fragenkatalog von Schumacher zum Stand der Reorganisation der SPD. Vgl. Kaden, S. 109; und Hans Peter Ehni, Der Wiederaufbau der SPD nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Arbeiterbewegung, S. 415-439.

404 Mat. SPD Rs.: Protokollbuch der SPD, S. 9.

405 ASD, J 4, Brief von Ernst Gnoß vom 24. 9. 1945. Bis Dezember 1945, dem Zeitpunkt der ersten Delegiertenkonferenz der SPD Niederrhein bestanden dann bereits 60 Ortsvereine. ASD, J 3, Korrespondenz. Bericht über die erste Delegiertenkonferenz der SPD Niederrhein.

406 Berichte über die Gründungsversammlungen der Parteien: STA So. 621-14-102 Übergangsangelegenheiten, Protokoll der Gründungsversammlung der SPD Solingen vom 22. 9. 1945. NRZ vom 13. 10. 1945, Bericht über die Gründungsversammlung der KPD Solingen, Referent war Hugo Paul. NRZ vom 29. 9. 1945, Bericht über die Gründungsversammlung der KPD in Remscheid. NRZ vom 6. 10. 1945, Bericht über die Gründungsversammlung der SPD Remscheid. NRZ vom 23. 1. 1946, Bericht über die Gründungsversammlung der KPD Wuppertal.

407 Die Parteien hatten erhebliche Schwierigkeiten, neue, d. h. nicht bereits vor 1933 organisierte, Mitglieder zu werben. Vgl. auch Kaden 1964, 125; Müller 1979, 193.

408 Mat. Dickhut: Bericht über die Massenarbeit der Partei, angefertigt von der UB-Leitung Solingen Ende 1945, S. 13.

409 ASD, J 4, Brief von Ernst Gnoß vom 24. 9. 1945.

410 Mat. Dickhut: Massenarbeit, S. 35-38.

411 Mit der Organisierung "überparteilicher Jugendorganisationen" verfolgte die KPD zweierlei Ziele: Zum einen bezweckte sie hiermit eine Umsetzung der Block- bzw. Einheitspolitik, zum anderen mußte sie, wenn sie eine Massenpartei werden wollte, in ihrer Mitgliederstruktur alle Schichten der Bevölkerung gewinnen. Vgl. auch Müller, 192.

412 Inf. Dickhut vom 11. 6. 1974. Dickhut berichtete, daß der Frauenausschuß Solingen einige Monate lang sogar eine Zeitung herausgab.

413 ASD, J 3, Bericht über die Delegiertenkonferenz der SPD Niederrhein, Dezember 1945. S. auch Ehni, S. 420-421.

414 Vgl. Bericht über die Konferenz im ASD, J 3, Korrespondenz Niederrhein.

415 ASD, J 3, Brief Schumachers an Dobbert vom 29. 12. 1945. Schumacher schreibt: "Ich möchte Sie dringend bitten, Ihrerseits eine Drucklegung dieses Referats zu verhindern. Diese Rede ist ganz auf allerinternste Funktionärspsychologie zugeschnitten. Ihre Publikation würde unsere in der Verwaltung und in der politischen Spitze tätigen Leute dadurch in einen Gegensatz zu den Besatzungsmächten bringen, als in ihr eine Reihe von Absätzen enthalten sind, die nachzuweisen versuchen, daß die Schuld am deutschen Nazismus und damit am Zweiten Weltkrieg eine internationale Angelegenheit ist, an der sich besonders Rußland durch sein Verhalten im August 1939 hervorragend beteiligt hat."

416 Mat. Willy Spicher: Gemeinsames Flugblatt von SPD und KPD, o. D., Juni/Juli 1945 sowie Dickhut 1979, 373-375.

417 Vgl. die Protokolle der Beiratssitzungen: So wurden in der zweiten Sitzung die Vertreter der Arbeiterbewegung als eine Gruppe angesehen. STA Wu. DV 1174 (811 b), Protokoll der 2. Sitzung des Beirats vom 17. 7. 1945. Ferner stellten in dieser ersten Phase die Vertreter von SPD und KPD mehrere gemeinsame Anträge. STA Wu. 1174 (811 b), Antrag von Willy Spicher, Paul Bender (KPD), Otto vom Dorp und Wilhelm Enz (SPD) auf Erweiterung des Beirats und zwei weitere Schreiben, in denen die genannten Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot vorschlagen. STA Wu. DV 1174 (811 b), Zwei Schreiben der vier o. a. vom 14. 8. 1945. Eine organisatorische Form der Zusammenarbeit scheint nicht stattgefunden zu haben. Vgl. Ehni 434, der von einer "Aktionsgemeinschaft" spricht.

418 Mat. SPD Rs.: Protokollbuch SPD, Bericht von M. Blank, S. 8-9.

419 Dies geht hervor aus der Erklärung der kommunistischen Vertreter im Beirat, in dessen ersten Sitzung am 5. 12. 1945. Brisch verhinderte anscheinend dieses Projekt, wobei er insbesondere Einwände dagegen erhob, daß Dickhut diese Zeitung organisieren sollte. Mat. Dickhut: Erklärung der kommunistischen Vertreter auf der ersten Sitzung des Bürgerausschusses, S. 3.

420 STA Rs., Stadtverordnetenprotokolle, Anlage zur ersten Beiratssitzung vom 15. 5. 1945. Erklärung der kommunistischen Vertreter.

421 Mat. Dickhut: Der Weckruf. Antifaschistische Zeitung in Remscheid, Nr. 1.

422 DGB Düss., Nachlaß Werner Hansen; An alle Pol-Leiter der UB, Ortsgruppen und der Großbetriebszellen, Resolution zur politischen Lage und Aufbau der KP Bezirk Niederrhein. Ein Rundschreiben der Polit. Abteilung, Bezirk Niederrhein, undatiert, ist von ähnlichem Inhalt. ASD, J 7, Abschrift dieses Rundschreibens am 13. 11. 1945 von Richard Görlinger an Herbert Kriedemann gesandt.

423 Mat. Dickhut: "Welche Ursachen führten zur Aufrichtung der faschistischen Diktatur?", undat., kein Verf. Dickhut ordnete es als Rundschreiben der Bezirksleitung Niederrhein ein.

424 STA Wu. DV 1174 (811 b), Protokolle der Beiratssitzungen 1945.

425 Ebd., Protokoll vom 17. 7. 1945.

426 Ebd., Protokoll vom 5. 9. 1945.

427 Mit berücksichtigt werden muß offenbar auch, daß die Kommunisten aus dem Bewußtsein heraus, das NS-Regime bekämpft zu haben, ein relativ großes Selbstbewußtsein gewonnen hatten, so daß sie Konflikte mit den örtlichen MR weniger scheuten. So wiesen z. B. die kommunistischen Vertreter im Beirat Solingen, auch an die Adresse der MR gerichtet, darauf hin, daß von 20 Hingerichteten in Solingen 19 Kommunisten waren. Mat. Dickhut: Erklärungen der kommunistischen Vertreter in der ersten Beiratssitzung in Solingen vom 5. 12. 1945.

428 Mat. Dickhut: An die Bevölkerung der Klingenstadt. Das kommunalpolitische Programm der KPD war zunächst nur hektographiert, wurde dann im Winter 1945 gedruckt. Es enthielt zunächst einen kurzen Überblick über die politische und wirtschaftliche Situation in Deutschland, dann erst folgten die kommunalpolitischen Forderungen der KPD. Im Aufbau ähnelt das Winterhilfsprogramm dem Aufruf des ZK der KPD vom 1. 6. 1945, vgl. auch Dickhut 1979, 452ff.

429 Mat. Dickhut: Berichte aus den Belegschaftsversammlungen, Entschließung der Belegschaft der Fa. Eickhorn vom 8. 10. 1945.

430 Mat. Dickhut: Massenarbeit, S. 32.
431 Hierbei knüpfte die KPD an den antifaschistischen Zentralausschuß an, der im August zunächst sich aufgelöst hatte.
432 Mat. Dickhut: Protokoll der Besprechung SPD/KPD vom 25. 8. 1945.
433 Mat. Dickhut: Massenarbeit, S. 32. Bericht des UB Solingen vom 21. 12. 1945.
434 Dieses Flugblatt der KP Wasserkante war offenbar ohne Wissen des ZK veröffentlicht worden, in ihm wurde insbesondere der frühere preußische Innenminister Severing angegriffen und beschuldigt, zumindest indirekt mit den Nationalsozialisten gegen die Kommunisten zusammengearbeitet zu haben. Die KPD distanzierte sich von diesem Flugblatt, da es die Bündnisbestrebungen empfindlich störte. Vgl. Christier 1975, 93ff.
435 Mat. Dickhut: Massenarbeit, S. 32. "An alle Mitglieder der Kommunistischen Partei des Kreises Solingen. Die KPD-Führung wies mit Bekanntgabe der Richtlinien für die Zusammenarbeit der SPD und KPD in einem gemeinsamen Ausschuß ihre Mitglieder ausdrücklich an, ein kameradschaftliches Verhältnis mit den sozialdemokratischen Genossen herzustellen." Für das Folgende auch Dickhut 1979, 458ff.
436 Die SPD sagte einen Termin ab und erschien auch zu dem folgenden nicht, zu dem sie die KPD eingeladen hatte. Mat. Dickhut: Massenarbeit, S. 32-33.
437 Ebd., S. 32-33.
438 Ebd. Einziges Ergebnis dieser Sitzung war ein Vorschlag beider Parteien, die städtische Fahrbereitschaft unter Beteiligung der Arbeitsgemeinschaft von SPD und KPD neu zu regeln. Brief des Ausschusses an den OB vom 10. 10. 1945. STA So. 612-10-4.
439 Das Folgende nach Mat. Dickhut, Massenarbeit, S. 34-35.
440 Mat. Dickhut: Brief der Vertreter des Blocks an Brisch vom 17. 11. 1945.
441 Mat. Dickhut: Massenarbeit, S. 35, u. Brief der KP an die CDP vom 22. 11. 1945.
442 Mat. Dickhut: Brief der KPD an die SPD vom 26. 11. 1945.
443 Es ist zu vermuten, daß es in der Solinger SPD unterschiedliche Tendenzen gab. Schroth scheint in der Einheitsfrage eine Gegenposition zu Gnoß eingenommen zu haben. Heinrich Schroth war früher Mitglied der SAP.
444 Mat. Dickhut: Protokoll der Besprechung mit der SPD vom 2. 1. 1946 u. Bericht über eine Sitzung des Blocks vom gleichen Tag.
445 Mat. Dickhut: Gedächtnisprotokoll über eine Unterredung mit Paul Kircheis (SPD) vom 24. 2. 1946. In dieser Besprechung ging es um die Besetzung der Posten des OB, des Oberstadtdirektors wie der Dezernenten. Die KPD beanspruchte den OB-Posten, was auf Zustimmung traf. Die SPD forderte, daß sie den Oberstadtdirektor stellte. Dies traf auf Widerstand von CDU und FDP.
446 Balabkins 1964, 189. Balabkins geht bei seinen Berechnungen ohnehin von einem Zusatzverdienst sowohl des Mannes wie der Ehefrau aus. Zu ähnlichen Zahlen kommt auch Brandt für Bremen. Brandt in: Niethammer u. a. 1978, 93.

447 STA Wu. T II 202, Antrag der KPD vom 29. 11. 1946.
448 KPZ BR-Akten: Bericht über den Krankenstand 1946.
449 Die Kompensationsgeschäfte dienten nicht nur der zusätzlichen Lebensmittel-, sondern auch der Rohstoffbeschaffung. Sie waren letztlich zum festen Faktor bei der Ingangsetzung der industriellen Produktion geworden. So forderte z. B. der Wuppertaler OB Robert Daum (SPD) die Unternehmer in einer Besprechung mit der IHK auf, Kompensationsgeschäfte zu machen, um die Not der Bevölkerung zu mildern. Aussage von Dobbert am 30. 11. 1972. Auf gewerkschaftlicher Seite war die Beteiligung der Betriebsräte an Kompensationsgeschäften umstritten. Zu einem Eklat kam es, als in Duisburg-Huckingen ein Betriebsrat von der MR deswegen verhaftet wurde. In diesem Fall stellte sich der DGB hinter diesen Betriebsrat. DGB Düss., Betriebsversammlungen, Entschließungen März 1948: Entschließung zu Huckingen.
450 Zu diesem Vorgang kam es aufgrund einer Indiskretion. Die KPD hatte in einem Schreiben den Solinger Oberbürgermeister darauf hingewiesen, daß Werkswohnungen von Kronprinz mit Koks versorgt würden, während für die öffentlichen Wärmehallen nicht genügend Brennmaterial zur Verfügung stünde. Der Betriebsrat von Kronprinz erklärte, daß diese Information nicht von ihm stamme. Daraufhin beschloß die Betriebsleitung, dem Krankenhaus Solingen Koks zur Verfügung zu stellen. KPZ BR-Akten: Protokoll der Betriebsratssitzung vom 10. 11. 1945.
451 HD NW 53. 203, Schreiben Lehrs an das Headquarter.
452 STA So., Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 5. 1. 1948.
453 KPZ BR-Akten: Belegschaftsstatistik.
454 IHK Rs.: Denkschrift zur Demontage, verf. von Dr. Ringel 1947.
455 Hans von Schlange-Schöningen war der Leiter des Zentralamtes für Ernährung und Landwirtschaft der britischen Zone. Auf dem Höhepunkt der Versorgungskrise im Frühjahr 1947 wurde von den Streikenden seine Entlassung gefordert, zumal er unter dem NS-Regime Leiter des Reichsnährstandes war.
456 Vgl. hierzu die Äußerung von Lucius D. Clay, der auf Kritik von seiten der amerikanischen Gewerkschaften erwiderte, die deutschen Gewerkschaften seien nicht militant genug, sie sollten ihre ökonomische Macht stärker einsetzen. S. Kleßmann/Friedemann 1977, 75.
457 Auch bei dem zweitägigen Streik in Solingen vom 8. /9. 1. 1948 blieben die Forderungen im wesentlichen auf den kommunalpolitischen Raum beschränkt.
458 Vgl. hierzu die Statistiken über Arbeitsniederlegungen im Ruhrgebiet bei Kleßmann/Friedemann 1977, 39/40, die aufgrund dieses Materials feststellen, daß Auseinandersetzungen um Betriebsvereinbarungen 1948 kaum noch eine Rolle spielten.
459 Zum Fall Reusch vgl. E. Schmidt 1970, 144/145. Hermann Reusch, der ein Exponent der NS-freundlichen Schwerindustrie gewesen war, wurde zum Mitglied der Stahlkommission bestimmt. Daraufhin kam es zu breiten Protesten. Die Streikbereitschaft war so groß, daß die MR immerhin insoweit auf gewerkschaftliche Forderungen eingingen,

als sowohl Reusch wie der gewerkschaftliche Kandidat zurückgezogen wurde. Kurze Zeit später wurde die gesamte Stahlkommission wieder aufgelöst.

460 KPZ BR-Akten: So bat die Betriebsleitung in einer Besprechung im Februar 1946 den BR, sich für einen entlassenen Direktor bei der MR zu verwenden. Dies wurde vom BR abgelehnt. Protokoll vom 8. 2. 1946. Weiter untersuchte der BR, warum in einer Abteilung ein beträchtlicher Leistungsabfall festzustellen war und fand heraus, daß hierfür das Verhalten des Meisters verantwortlich war. Protokoll vom 17. 2. 1946.

461 Rhein-Echo Wu. vom 3. 4. 1946, Bericht über die Konferenz der Betriebsräte. Im Februar entschied das Landesarbeitsgericht, daß die Entlassung Ginkels unrechtmäßig sei. Freiheit Wu. vom 12. 4. 1946.

462 KPZ BR-Akten: Protokolle vom 22. 10. 1945 und 12. 4. 1946.

463 KPZ BR-Akten: Protokoll vom 20. 3. 1946.

464 KPZ BR-Akten: Protokoll vom 2. 5. 1946. Es wurde für jede Abteilung ein 3-köpfiger Entnazifizierungsausschuß gebildet.

465 KPZ BR-Akten: Auf der Betriebsratssitzung vom 28. 1. 1946 gab die Betriebsleitung die Entlassung Direktors Maletz bekannt; am 11. 3. 1946 protestierte der Betriebsrat in einer Entschließung gegen die Einstellung von Direktor Schultz, der Maletz ersetzen sollte.

466 KPZ BR-Akten: Entschließung des BR gegen die Wiedereinstellung von Maletz am 17. 9. 1946. Der BR begründete dies in erster Linie damit, daß er angesichts der angespannten Lage ein weiteres Vorstandsmitglied für finanziell nicht tragbar halte. Aus diesem Grunde forderte er, da die Betriebsleitung an der Wiedereinstellung festhielt, den Einblick in die Bücher des Konzerns.

467 So z. B. Entschließung der Solinger Betriebsrätekonferenz gegen das Nürnberger Urteil. In: Freiheit So. vom 18. 10. 1946; Entschließung der Belegschaftsversammlung der Stockwerke Rs. In: Freiheit vom 20. 12. 1946; Entschließung der Betriebsrätevollversammlung Rs. In: Freiheit Rs. vom 30. 8. 1946; Forderungen der Betriebsrätekonferenz Solingen. In: Freiheit vom 26. 6. 1948; Bericht über Betriebsrätevollkonferenz Rs.: "Die Betriebsräte fordern die Verstaatlichung aller Betriebe, nicht nur einzelner Konzerne". In: Freiheit Rs. vom 10. 1. 1947; und Bericht über die 1. Versammlung der Betriebsräte der IG Metall. In: Freiheit Rs. vom 14. 2. 1947.

468 KPZ BR-Akten: Schreiben des BR mit der Bitte um Zulassung eines BR-Mitglieds in den Aufsichtsrat vom 23. 1. 1946, von der Betriebsleitung am 29. 1. 1946 zunächst abgelehnt.

469 KPZ BR-Akten: Protokoll der Sitzung vom 19. 11. 1945. Der BR beschließt die Entsendung von 3 Vertretern in den Entwicklungsausschuß. Wie aus dem Protokoll der Sitzung des Entwicklungsausschusses vom 9. 1. 1946 hervorgeht, wurde darüber beraten, ob die Firma Regale für Krankenhäuser, Fahrräder mit Federrahmen und Töpfe produzieren sollte.

470 Bode-Panzer-Streik: Am 21. 11. 1946 trat die 320-köpfige Belegschaft der Firma Bode-Panzer in einen Streik, weil sich die Betriebsleitung weigerte, in einer Betriebsvereinbarung das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates in sozialen und wirtschaftlichen Fragen zu akzeptieren. Vgl. Darstellung bei Kleßmann/Friedemann 1977, 36, sowie Bericht von Otto Brenner, Die Ursachen des Bode-Streiks und seine gewerkschaftlichen Lehren, abgedr.: Ebd., Dok. 22.

471 Dem Streik kam besondere Bedeutung zu, da der Besitzer der Fa. Bode Vorsitzender des Arbeitgebervereins der IG Metall war. Gerade der Ablauf des Streiks - es wurde bewußt auf eine Ausdehnung der Streikbewegung auf andere Betriebe verzichtet -, legt die Vermutung nahe, daß die Gewerkschaftsführung aus Furcht vor "unkontrollierbaren Aktivitäten" der Betriebsräte eine Ausweitung verhindern wollte.

472 KPZ BR-Akten: Betriebsvereinbarung abgeschlossen im September 1947, endgültig mit Genehmigung der Iron ans Steel Control in Kraft getreten im März 1948.

473 KPZ BR-Akten: Protokolle vom 9. 4. 1946 und 15. 1. 1947.

474 KPZ BR-Akten: Protokolle vom 8. 4. 1946 und 1. 8. 1946.

475 KPZ BR-Akten: Protokolle vom 1. 11. 1945, 7. 11. 1945 und 15. 11. 1945.

476 KPZ BR-Akten: Protokoll vom 22. 10. 1945.

477 KPZ BR-Akten: Protokolle vom 14. 5. 1946, 21. 2. 1946 und 20. 3. 1946. Als die Proteste bei der Betriebsleitung nichts fruchteten, erhob der BR Beschwerde bei der MR.

478 KPZ BR-Akten: Protokoll vom 10. 12. 1945. In einer gemeinsamen Besprechung BR/Betriebsleitung versichert letztere ausdrücklich, daß sie kleinere Diebstähle nachsichtig und großzügig behandeln werde.

479 KPZ BR-Akten: Protokolle vom 3. 5. 1946, 8. 5. 1946 und 14. 5. 1946. Ferner bat der BR auf einer Sitzung am 19. 2. 1946 die Betriebsleitung darum, festzustellen, ob die Fa. Bremshey in Solingen nicht Betten an die Belegschaft liefern könnte.

480 KPZ BR-Akten: Protokoll vom 16. 8. 1946 und 20. 8. 1946. Der BR beschloß im Einvernehmen mit der Betriebsleitung, diejenigen, die zweimaß aßen, von der Werksküche auszuschließen.

481 Freiheit Rs. vom 10. 1. 1947. Bereits im Dezember war es in Remscheid zu einer Demonstration aus Protest gegen die Versorgungslage gekommen. Freiheit Rs. vom 3. 12. 1946.

482 So Forderungen der Versammlungen der Frauen und Belegschaften vor dem Remscheider Rathaus: Freiheit Rs. vom 26. 2. 1947. Versammlung der Klöckner-Belegschaft. Freiheit Rs. vom 18. 2. 1947.

483 Die Belegschaft der BSI legte ihre Arbeit nieder, daraufhin traten die Arbeiter der Firma Vaillant in einen Solidaritätsstreik. Freiheit Rs. vom 26. 2. 1947.

484 Die Verklammerung beider Forderungen führte mit dazu, daß der Entscheidungsspielraum der Gewerkschaften bei der Zustimmung zum Marshall-Plan für die Gewerkschaftsspitze zu schwinden drohte. Vgl. Borsdorf 1979, 15ff.

485 Bei der Fa. Belzer in Wuppertal war es bereits im März zu einer Arbeitsniederlegung wegen dem Abschluß der Betriebsvereinbarung gekommen. Freiheit Wu. vom 25. 3. 1947. Im August 1947 streikten

in Solingen die Kfz.-Handwerker und die Bauarbeiter. Freiheit So. vom 9. 9. 1947.

486 Freiheit So. vom 9. 1. 1948 und 13. 1. 1948 und Polizeiberichte. HSTA Düss. 123 006, Bericht vom 16. 1. 1948. Vgl. auch Kleßmann/Friedemann, 51. Auch dieser Solinger Streik bettet sich ein in eine Reihe von Protestdemonstrationen im Ruhrgebiet.

487 Freiheit vom 28. 5. 1948 und DGB Düss., Tätigkeitsberichte OA Remscheid. Bericht vom Mai 1948.

488 DGB Düss., Tätigkeitsberichte. Bericht des OA Wuppertal vom 20. 7. 1948.

489 Ebd.

490 Rhein-Echo vom 15. 7. 1948. Die Streikenden forderten die ÖTV-Kollegen auf, ebenfalls die Waggongestellung an Vorwerk zu beenden. Sie erklärten, daß sie jeden Straßenbahner, der sich hieran beteilige, als Streikbrecher betrachten würden.

491 Ebd. Dieses Angebot machte Vorwerk in einem Gespräch mit Karl Hetzel. Dieses Gespräch war auf Veranlassung der Bewegung "Moralische Aufrüstung" zustandegekommen. Vorwerk drohte in diesem Gespräch mit Entlassungen und führte aus, daß er bei Wiedereinstellungen bei Ende des Streiks "gewisse Elemente" nicht mehr in den Betrieb hineinlassen werde.

492 Rhein-Echo Wu. vom 27. 7. 1948. Das Arbeitsamt erklärte, daß eine Kündigung allein wegen Teilnahme am Streik nicht zulässig sei.

493 Rhein-Echo Wu. vom 7. 8. 1948. Der Kommission gehörten Dr. Klaus Brauda (CDU), Oskar Schweißfurth (SPD) und Willy Spicher (KPD) an.

494 Freiheit vom 20. 7. 1948 und 23. 7. 1948. Berichte über Belegschafts- und Betriebsräteversammlungen. Hier wird gefordert, daß Vorwerk die Verfügungsgewalt über sein Unternehmen entzogen wird.

495 DGB Düss., Tätigkeitsberichte 1946. Mitgliederstatistik für die Nordrheinprovinz:

Gewerkschaft	Mai 1946	Dezember 1946
Banken und Vers.	1. 647	2. 600
Bau	13. 371	28. 202
Bergbau	75. 422	96. 802
Chemie	25. 009	33. 831
Druck und Graphik	4. 265	8. 015
Handel	1. 313	3. 928
Holz	2. 050	5. 436
Land-Forstwirtschaft	280	1. 170
Metall	108. 658	165. 272
Nahrung und Genuß	14. 984	20. 242
Öffentl. Betr. und Verw.		
Transport und Verkehr	82. 074	135. 781
Textil und Leder	20. 192	33. 056
Kunst, Erz. Wiss.	-	1. 400
Zusammen:	346. 265	535. 735

496 DGB Düss., OA So. Protokoll der Sitzung vom 18. 2. 1948. Bericht über die Mitgliederentwicklung in der IG Metall.

497 DGB Düss., OA So. Statistiken zur Mitgliederbewegung 1948 und 1949.

498 Im Jahre 1946 konnten immer mehr Arbeiter in die Betriebe zurückkehren. So wuchs die Belegschaft von Kronprinz im Werk Ohligs allein von 100 Arbeitern im Sommer 1945 auf 600 Ende 1946 an. KPZ BR-Akten: Belegschaftsentwicklung 1946.

499 DGB Düss., Tätigkeitsberichte NRW. Tätigkeitsbericht des OA Wu. für Oktober 1947.

500 J. Kolb 1970, 21-25 und 41-53. Nach Kolb gelang es den konservativen früheren DMV-Funktionären mit Hilfe von organisatorischen Maßnahmen und Satzungsfragen, insbesondere auf dem zweiten Verbandstag der IG Metall für die britische Zone in Lippstand vom 28.-30. 9. 1948 dann endgültig oppositionelle Kräfte auszubooten: "Während sich die Organisationsformen innerhalb der britischen Zone anglichen und eine zonale Metallgewerkschaft weitgehend nach dem Vorbild des DMV entstand, setzte sich in dieser Industriegewerkschaft Metall eine Führungsgruppe von konservativen früheren DMV-Funktionären durch, die den Vorstand weitgehend gegen Einwirkungen aus der Mitgliedschaft abzuschirmen suchte und die Selbständigkeit der mitgliedernäheren Gewerkschaftsorgane abzubauen bestrebt war." Ebd., S. 53.

501 DGB Düss., Tätigkeitsberichte NRW. Bericht des OA Solingen vom Januar 1948 sowie Protokolle des OA Solingen von August 1946 bis Februar 1947, insbesondere Protokoll vom 11. 3. 1947.

502 DGB Düss., Protokoll des OA Solingen vom 29. 9. 1946 und 30. 11. 1946.

503 DGB Düss., Tätigkeitsberichte NRW. OA Rs., Protokoll der OA-Sitzung vom 27. 2. 1947.

504 DGB Düss., Tätigkeitsberichte NRW. Bericht des OA Wu. über die Wahlen zum Vorstand vom 9. 4. 1948 und 15. 4. 1948.

505 Inf. Paul Bender vom 10. 6. 1974. Auch die Entwicklung des Vorwerk-Streiks läßt auf einen recht großen Einfluß der KPD in der IG Chemie schließen.

506 Vgl. hierzu E. Schmidt 1970, 53ff. Schmidt stellt ein enges Anknüpfen an die wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen der gewerkschaftlichen Führungsgruppe von Weimar fest, die auch personell nach 1945 weitergeführt wurden. "... Damit hing eng zusammen die Zurückhaltung der Gewerkschaftsführung gegenüber dem Mittel der Mobilisierung der Mitgliedschaft für die Durchsetzung der verkündeten Ziele. Hier fürchtete man, durch Auslösung einer radikalen Massenbewegung den Kommunisten in die Hände zu spielen und Eingriffe der Militärregierung in die Organisationsstruktur zu provozieren." S. 101. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt Kristina Blunck. Blunck 1971.

507 DGB Düss., Tätigkeitsbericht der Nordrheinprovinz für Dezember 1947.

508 Zu diesen Schlußfolgerungen kommen Kleßmann/Friedemann aufgrund ihrer Untersuchung der Betriebsrätebewegung im Ruhrgebiet: "Die Handlungsspielräume (der Gewerkschaften I. L.) waren zweifel-

los durch Besatzung, kalten Krieg und Teilung Deutschlands stark eingeengt, aber es wurde nicht einmal der Versuch gemacht, an ihre Grenzen vorzustoßen und sie zu überschreiten. ..." 1977, 78.

509 IHK Rs., Protokoll der Sitzung der IHK vom 16. 6. 1947.

510 DGB Düss., Protokoll der 1. Sitzung des Wirtschaftsausschussses Solingen vom 8. 7. 1947.

511 Die DGB-Spitze sah in den Wirtschaftsausschüssen ein Stück überbetrieblicher Mitbestimmung verwirklicht. Vgl. hierzu Blunck 1971, 35ff. und 81.

512 DGB Düss., OA Solingen. Bericht des Kontrollausschusses Januar 1948.

513 Die Zentrale Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Gewerkschaften wurde im Oktober 1918 abgeschlossen. Hierdurch erkannten die Unternehmer erstmals die Gewerkschaften als Tarifpartner an. In der Folgezeit zeigte sich die Gewerkschaftsführung äusserst bemüht, die ZAG aufrechtzuerhalten, was z. T. heftig kritisiert wurde.

514 DGB Düss., OA Solingen, Bericht des Kontrollausschusses Januar 1948.

515 Der Kontrollausschuß des OA Solingen schlug vor, daß die Polizei Gewerkschafter für eine zeitlich begrenzte Zeit einstellen solle. Der Chef der Polizei begrüßte diesen Vorschlag. Er wies in einem Schreiben an den Polizeiausschuß darauf hin, daß der Kontrollausschuß bei der Aufdeckung von Schiebungen wertvolle Hilfe geleistet habe, während der dem Staatskommissar Jacobi unterstellte Korruptionsausschuß bislang in Solingen kaum aktiv geworden sei. Er schlug vor, 2 Mitglieder des Kontrollausschusses in den Korruptionsausschuß zu übernehmen. DGB Düss., OA Solingen. Schreiben des Polizeichefs an den Polizeiausschuß vom 10. 4. 1948.

516 DGB Düss., OA Solingen. Protokoll des Korruptionsausschusses vom 24. 3. 1948.

517 DGB Düss., Tätigkeitsberichte NRW. Bericht vom März 1948.

518 Betriebsrätegesetz des Alliierten Kontrollrats (Gesetz Nr. 22 vom April 1946), abgedr. bei Kleßmann/Friedemann 103-105, Dok. 4. Vgl. auch Kleßmann 1979, 47.

519 DGB Düss., Sitzungsberichte, Niederschriften. Protokoll des gewerkschaftlichen Zonenausschusses vom 30. 5.-1. 6. 1946 in Bielefeld

520 DGB Düss., Tätigkeitsberichte 1947, OA Wuppertal. Brief von Matthias Föcher vom 10. 3. 1947 und Stellungnahme des DGB vom 31. 3. 1947.

521 Ebd., Brief von L. Rosenberg vom 1. 4. 1947 an den OA Wu.

522 DGB Düss., OA Solingen. Protokoll vom 9. 12. 1946 und 16. 12. 1946.

523 Ebd., Protokoll vom 23. 12. 1946.

524 IHK Rs.: Vgl. hierzu die von H. Ringel im Auftrag der IHK Rs. verfaßte Denkschrift zur Demontageliste, o. J.

525 DGB Düss., Tätigkeitsberichte NRW. OA Rs. April/Mai 1948. Entschließungen der Belegschaften der Fa. Paaß vom 30. 4. 1948, Ortlinghaus vom 28. 4. 1948, Fakirstahl Mühlhoff & Co. vom 4. 5. 1948, Mühlinghaus vom 30. 4. 1948, Klöckner Humboldt Lennep vom 29. 4.

1948, Kleuser vom 22. 4. 1948, A. Strasmann vom 5. 5. 1948, Reinshagen vom 7. 5. 1948, Krumm & Co. vom 29. 4. 1948, Mannesmann vom 7. 5. 1948 und der Vertreterversammlung der IG Metall vom 2. 5. 1948.

326 DGB Düss., Tätigkeitsbericht des Bezirks NRW. März 1948, verf. v. Werner Hansen.

327 Brief Werner Hansens an Jupp Kappius vom 21. 4. 1947 zu dem Richtlinien-Entwurf für die Arbeit der (SPD-)Betriebsgruppen, abgedr. bei Kleßmann/Friedemann 1977, 116-117, Dok. 11.

528 Ebd.

529 DGB Düss., OA So. Protokoll des OA vom 15. 3. 1946.

530 DGB Düss., Tätigkeitsberichte NRW. Schreiben des DGB-Vorstandes vom 13. 8. 1948.

531 Das Flugblatt ist abgedr. bei Kleßmann/Friedemann 127-129, Dok. 15. Schilderung der Auseinandersetzung nach Mat. SPD Rs., Protokollbuch, S. 119/120; Protokolle der Sitzungen vom 15. 6. 1947 und S. 122/123, vom 21. 6. 1947, wie im Artikel im Rhein-Echo Rs. vom 16. 6. 1947 und Freiheit Rs. vom 13. 6. 1947 und 17. 6. 1947.

532 Nähere Umstände der Verhaftung von Gustav Flohr sind nicht bekannt.

533 DGB Düss., OA So. Protokoll vom 23. 1. 1948. Der Streik in Solingen am 8. /9. 1. 1948 wurde insgesamt vom OA als erfolgreich gewertet. Hervorgehoben wurde die große Disziplin, mit der die Belegschaften dem Streikaufruf gefolgt waren. Auf der Sitzung wurde kritisiert, daß Otto Quade, Betriebsratsvorsitzender von KPZ (KPD), auf der gewerkschaftlichen Kundgebung sich für den Volkskongreß ausgesprochen habe. Quade sah diesen Vorwurf als berechtigt an und entschuldigte sich für sein Verhalten.

534 DGB Düss., Tätigkeitsberichte NRW. OA Wu. Januar 1948.

535 Kleßmann betont, daß im Unterschied zu 1918 die Besatzungsmächte von vornherein den Handlungsspielraum der Betriebsräte - wie der Arbeiterbewegung überhaupt - determinierten. Trotzdem bleibt die Frage, ob der verbliebene Spielraum voll ausgenutzt wurde. Kleßmann 1979, 45-46.

536 Blunck sieht einen engen Zusammenhang zwischen Antikommunismus und Verzicht des DGB auf eine offensive Gewerkschaftspolitik nach 1945: "Hinzu kam, daß der "offizielle" Antikommunismus einerseits wie auch der seit 1948 sich herausbildende Antikommunismus in den Gewerkschaften selbst, sie an der Entwicklung und Vertretung konsequent sozialistischer Zielsetzungen hinderte ... Von daher erklärt sich, daß die Gewerkschaften zwar noch zu einer Abwehr restaurativer Maßnahmen bereit sind, konkrete Alternativen jedoch nicht mehr formulieren können." Blunck 1971, 95.

537 Vgl. Kleßmann/Friedemann 1977, 77: "Der in den Streiks und Demonstrationen sich manifestierende ambivalente Bewußtseinsstand der Arbeiterschaft (Protest aus Verzweiflung mit rudimentären politischen Akzenten) ist von der Gewerkschaftsführung nicht aufgegriffen worden ... Eine auf diese Weise erreichbare stärkere politische Mobilisierung und innere Bindung der Basis an die Programmatik

hätte zumindest den Organisationen in den späteren Auseinandersetzungen um die sozialstaatliche Ausfüllung des Grundgesetzes und das Betriebsverfassungsgesetz mehr Rückhalt und Gewicht verliehen."

538 Der Prozeß der Normalisierung des politischen Lebens war begleitet vom Aufbau der zentralen und überregionalen Verwaltungsgremien und Institutionen. Vgl. Schwarz 1966.

539 Blank zog sich allerdings nur wenige Wochen aus der Parteiarbeit zurück. Auf der 1. Mitgliederversammlung der SPD wurde er als 1. Vorsitzender bestätigt. Mat. SPD Rs., Protokollbuch, S. 11, Protokoll der Mitgliederversammlung vom 18. 11. 1945.

540 Gnoß zog sich im August/September endgültig aus der Solinger SPD zurück.

541 Schroth wurde 1948 von Paul Kircheis als 1. Vorsitzender abgelöst, er blieb jedoch im Vorstand und übernahm das Amt des Stellvertreters.

542 ASD, Geschäftsbericht SPD Niederrhein für das Jahr 1947, für das Jahr 1948. Letzterer enthält leider nicht mehr so detaillierte Angaben wie der vom Vorjahr. Außerdem befindet sich im Mat. Dobbert, im ASD ein Jahresbericht des UB Wuppertal für 1947 und 1948.

543 Mannschatz/Seider 1962, 96. Im Bezirk Ruhr wurde der alte Mitgliederstand von 1932 bereits im Januar 1946 erreicht.

544 ASD, Geschäftsbericht der SPD Niederrhein 1947. Zur Gliederung der Partei: Der Unterbezirk Wuppertal fiel mit der Stadt Wuppertal zusammen. Zu den UB Solingen und Remscheid zählten neben den Stadtgebieten noch die Rhein-Wupper-Kreise.

545 Die Mitgliederzunahme war im gesamten Bezirk in Solingen am höchsten, es folgten Kempen, Essen und Oberhausen.

546 ASD, Geschäftsbericht Niederrhein 1948.

547 Ebd., Berichte 1947 und 1948.

548 ASD, Mat. Dobbert, Jahresberichte des Unterbezirks Wu. für 1947 und 1948.

549 Ebd.

550 ASD J 21, Korrespondenz Büro Schumacher, Brief von Ernst Gnoß an Fritz Heine vom 10. 8. 1946.

551 So fanden in Remscheid, Solingen und Wuppertal erste Mittelstandsversammlungen erst 3 Monate nach dem Beschluß des Vorstandes statt. Diese Versammlungen scheinen nur mäßig besucht gewesen worden zu sein.

552 ASD, Geschäftsbericht der SPD Niederrhein für 1947 und für 1948:

Ende 1945	2. 044 weibl. Mitglieder
Ende 1946	6. 458 weibl. Mitglieder
1. 1. 1947	6. 902 weibl. Mitglieder
31. 12. 1947	9. 537 weibl. Mitglieder

553 ASD J 21, Korrespondenz Büro Schumacher, Brief von Ernst Gnoß vom 4. 2. 1946.

554 ASD, Geschäftsbericht für 1947. Der Anteil der Mitglieder in der SPD zwischen 18 und 35 Jahren betrug im Durchschnitt nicht mehr als 20 %. Daher war die Jugendarbeit von Anfang an ein Schwerpunkt bei der Mitgliederwerbung.

555 Die KPD versuchte durch möglichst konkrete Vorschläge zur Lösung der Alltagsprobleme Mitglieder zu werben. Vgl. Arnemann 1972, 71.

556 Auch dies ist wiederum ein Beispiel für die unterschiedlichen Bedingungen für die Umsetzung der "Blockpolitik" der KPD in den Westzonen zur SED. Lediglich in Solingen war - mit zeitweiliger Zustimmung der MR - parallel zum "Block der demokratischen Parteien" - eine Umsetzung dieser Politik in einer überparteilichen Jugendorganisation möglich.

557 Mat. Dickhut: Die Massenarbeit der Partei, Bericht über die Frauenausschüsse.

558 STA Rs.: Stadtverordnetenprotokoll, Sitzung vom 16. 9. 1946.

559 Obgleich über die Zusammensetzung der Betriebsräte im Bergischen kaum Material vorhanden ist, kann aufgrund des Tenors der Entschließungen von Betriebsrätekonferenzen und Belegschaftsversammlungen angenommen werden, daß der kommunistische Einfluß nicht unbedeutend war.

560 Mat. SPD Rs.: Protokollbuch, S. 85. Sitzung des Vorstandes vom 13. 11. 1946.

561 ASD, Geschäftsbericht Bezirk Niederrhein der SPD für das Jahr 1947.

562 Wahlergebnisse zusammengestellt nach Verwaltungsbericht 1945-1947 Remscheid, Solingen und Schön 1947, 14ff., Rhein-Echo vom 16. 10. 1946.

563 We. Müller 1979, 292. Müller führt weiter aus, daß es der KPD - trotz eines relativen Wahlerfolgs im Ruhrgebiet - nicht gelang, die Massenmobilisierung langfristig für die eigene Partei zu nutzen.

564 So erzielte die KPD im engeren Ruhrgebiet - also in den Zentren der Streikbewegung - erheblich über dem Durchschnitt liegende Resultate. Kleßmann/Friedemann 1977, 33.

565 So scheint die Entnazifizierung der Verwaltung in Solingen zunächst recht umfassend gewesen zu sein. Am 15. 5. 1945 wurden durch die Amerikaner zunächst 33 Beamte, Angestellte und Arbeiter entlassen. Am 27. 5. 1945 ordnete der Stadtkommandant die Entlassung von weiteren 439 Beamten an. Das waren ca. 50 % des gesamten Personalbestandes, jedoch 90 % des leitenden Personals. STA So. 620-11-1-11 Personalamt.

566 Zweifellos war insgesamt in den 3 Städten der Solinger Stadtkommandant der konservativste. Bodingtons erklärtes Ziel war es von Anfang an, den kommunistischen Einfluß in Solingen zurückzudrängen. Er konnte sich hierbei auf den Oberbürgermeister Brisch voll verlassen. Christina Blunck stellt fest, daß die Stadtkommandanten der britischen MR meist der konservativen britischen Oberschicht angehörten und daher die Labourregierung nur geringen Einfluß auf die Umsetzung ihrer politischen Vorstellungen nehmen konnte. Blunck 1971, 68.

567 Rudzio stellt hierzu fest: "Die wirkliche (Gefahr, d. V.) ging aus von der kommunalen Bürokratie, an ihrer Spitze die Direktoren. Abgesehen von ihrem Verwaltungswissen, das sich für sie hier in Herrschaftswissen umsetzte, stellten die Direktoren auch nicht selten die

stärkeren Persönlichkeiten dar - und hiervon hing ebenfalls gerade in den ersten Jahren der neuen Ordnung, da sich nicht feste Gewohnheiten herausgebildet hatten, die Verteilung der Gewichte ab." Rudzio 1968, 62.

568 Dabei muß noch einmal betont werden, daß der Spielraum des Oberbürgermeisters von der MR sehr eingeengt wurde.

569 Die Oberstadtdirektoren waren: Dr. Bremme (Wu.), Mebus (Rs.) und Dr. Berting (So.).

570 STA So.: Verwaltungsbericht 1945-1947.

571 Dies waren in Solingen Albert Müller und in Remscheid Gustav Flohr.

572 Für das Solinger Beispiel trifft diese Vermutung jedenfalls zu. Wäre man von den Mehrheitsverhältnissen von 1929 ausgegangen, hätte die KP im Solinger Stadtparlament die stärkste Fraktion gehabt.

573 STA Rs.: Verwaltungsbericht, S. 7.

574 STA So. 612-10-2, Protokoll einer Unterredung Bodingtons mit Brisch vom 27. 12. 1945.

575 STA So., Verwaltungsbericht Solingen und Stadtverordnetenprotokolle vom 6. 3. 1946, 18. 4. 1946 und 22. 7. 1946. Die Auseinandersetzungen um die Besetzung des Bürgermeisteramtes zogen sich bis zum Juli 1946 hin.

576 STA So., Stadtverordnetenprotokoll vom 27. 4. 1947 und Freiheit vom 28. 7. 1947, Bericht über die Schulfrage.

577 Dies geht aus fast allen Sitzungen der ernannten Stadtvertretung hervor. Vgl. z. B. STA Wu. DV 1174 (811 b), Protokolle der Sitzung der Stadtvertretung vom 6. 2. 1946; und STA So., Protokoll der Sitzung der Stadtvertretung vom 6. 9. 1946.

578 Rheinische Post vom 23. 1. 1946. (Die Rheinische Post war das Organ der CDU.)

579 STA Wu. DV 1174 (811 b), Protokoll der Stadtverordnetensitzung vom 26. 3. 1947.

580 Charakteristisch für dieses Klima ist die Antrittsrede des Remscheider Oberbürgermeisters Scholz vom 4. 11. 1946 (CDU): "Ich aber will mein Amt führen, nicht nach rechts und nach links sehen, sondern nur ausgerichtet nach der Frage: Was ist gut für unser Volk, was nutzt unserem geliebten Remscheid und seiner so schwer getroffenen Bevölkerung." In: Amtliche Mitteilungen Remscheid vom November 1946.

581 STA Wu. DV 1174 (811 b), Protokoll der Stadtverordnetensitzung vom 30. 10. 1946.

582 Gleichzeitig wurde aufgrund der gemeinsamen Opposition auch die Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien stärker betont. Rede Anton Küppers, SPD. STA Rs.: Protokoll der Stadtverordnetensitzung vom 4. 11. 1946; Amtliche Mitteilungen vom 6. 11. 1946.

583 STA Rs., Amtliche Mitteilungen vom 6. 11. 1946; Protokoll der Stadtverordnetensitzung vom 4. 11. 1946; Rede des Fraktionsführers der CDU, Landau.

584 Vgl. Berichte in den Zeitungen: Freiheit So. vom 20. 5. 1947, Rs. vom 23. 5. 1947 und Wu. vom 20. 5. 1947; Rhein-Echo So. vom 20. 5. 1947, Rs. vom 28. 5. 1947 und Wu. vom 17. 5. 1947.

585 STA Wu., Protokoll der Stadtverordnetensitzung vom 25. 6. 1947; Rede Robert Daums.

586 Daß diese so viel beschworene Gemeinsamkeit auch dazu dienen konnte, tatsächliche Differenzen und Unterschiede zu verschleiern, kommt in einer Rede des Fraktionssprechers der CDU in Remscheid, A. Brandt, deutlich zum Ausdruck: "Ein Riß geht mitten durch das deutsche Volk und seine Stände; auf der einen Seite stehen die Kompensatoren und auf der anderen Seite diejenigen, welche nichts zu kompensieren haben oder aus sittlichem Verantwortungsgefühl dieses Treiben nicht mitmachen." Rede Brandts in der Stadtverordnetensitzung vom 11. 8. 1947, Amtliche Mitteilungen Nr. 187 vom 23. 8. 1947.

587 Vgl. STA Wu. S IV 873 (91), Anträge und Resolutionen der KPD in Wuppertal.

588 STA Rs., Amtliche Mitteilungen Nr. 104 vom 8. 6. 1946; Protokoll der Stadtverordnetensitzung vom 3./4. 6. 1946.

589 Hellen vertrat die Auffassung, daß der Nationalsozialismus in Remscheid v. a. deshalb habe siegen können, weil die KPD hier so einen großen Einfluß hatte.

590 STA Rs., Amtliche Mitteilungen Nr. 104 vom 8. 6. 1946.

591 STA Rs.: Amtliche Mitteilungen Nr. 105 vom 28. 6. 1946; Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 24. 6. 1946.

592 STA Wu. DV 1174 (811 b), Protokoll der Stadtverordnetensitzung vom 12. 2. 1947.

593 Tatsächlich verhinderte die MR in anderen Städten ähnliche Versuche. Vgl. Rudzio 1968, 65.

594 STA Wu. DV 1174 (811 b), Protokoll der Sitzung der Stadtverordneten vom 6. 2. 1946.

595 Ebd., Protokoll der Sitzung der Stadtverordneten vom 5. 6. 1946.

596 STA Rs., Amtliche Mitteilungen Nr. 142 vom 9. 11. 1946; Protokoll der Stadtvertretersitzung vom 4. 11. 1946.

597 STA Wu. DV 1174 (811 b), Protokoll der Stadtvertretersitzung vom 6. 2. 1946 und 5. 6. 1946.

598 Die Vorbereitungen wurden einem gemeinsamen Ausschuß von SPD und KPD übertragen. Vgl. auch Rhein-Echo Wu. vom 18. 3. 1946. Bericht über einen gemeinsamen Aufruf von SPD und KPD zu einer Gedenkfeier, auf der je 2 Redner beider Parteien (Dobbert und Enz für die SPD und Spicher und Kunz für die KPD) sprachen.

599 ASD J 21, Brief von Gnoß an Schumacher vom 21. 3. 1946: "In der Anlage übersende ich euch die beiden letzten Rundschreiben an die Ortsvereine, die sich mit der Aufnahme früherer Mitglieder der NSDAP und mit der Frage der Einheitsfront beschäftigen. Ich will dabei nicht verschweigen, daß es einigen Ortsvereinen vorbehalten blieb, ausgerechnet im gegenwärtigen Augenblick Märzgefallenenkundgebungen und Gedenkfeiern zusammen mit der KP zu veranstalten. Unser Chefredakteur Alfred Dobbert hat dabei sogar das Pech gehabt, fotografiert zu werden und heute als Beweis für die Einheitsbestrebungen die Titelseite der Freiheit zu zieren."

600 Mat. SPD Rs.: Protokollbuch, S. 99-100; Vorstandssitzung vom 2. 3. 1947.

601 Ebd., S. 159. Mitgliederversammlung vom 6. 3. 1948.
602 ASD, Mat. Dobbert: Referentenmaterial der SPD für den Wahlkampf 1946.
603 Mat. SPD Rs.: Protokollbuch, S. 74-75; Mitgliederversammlung vom 22. 9. 1946.
604 STA Wu. DV 1174 (811 b), Protokoll der Sitzungen der Stadtvertretung vom 6. 2. 1946 und 25. 9. 1946.
605 STA Wu. DV 1174 (811 b), Protokoll der Sitzung der Stadtvertretung vom 31. 8. 1946 und Freiheit Wu. vom 28. 1. 1947.
606 Freiheit Wu. vom 9. 1. 1948. Der Bezirksausschuß in Ronsdorf hatte außerdem mit Spenden eine Volksküche unterstützt, Kino- und Theaterräume instandsetzen lassen und eine Holzschlagaktion durchgeführt.
607 STA Wu. DV 1174 (811 b), Protokoll der Stadtverordnetensitzung vom 31. 8. 1948.
608 Diese Programme orientierten sich zwar an konkreten Bedürfnissen, ließen aber völlig die Machtverhältnisse außer Betracht. Die KPD erkannte nicht in ihrer Arbeit, daß sie für diese Forderung kaum noch mobilisieren konnte.
609 STA Wu. DV 1174 (811 b), Protokoll der Stadtverordnetensitzung vom 4. 12. 1946.
610 Ebd.
611 Ein Volkskongreß sollte Anfang 1948 in Solingen stattfinden, wurde jedoch von der MR verboten. In dieser Phase wurden auch für gewisse Zeit die kommunistische Presse verboten; so konnte zum Beispiel die Freiheit im März und April 1948 nicht im Bergischen erscheinen.
612 So berichtete die Freiheit von 16. 000 Unterschriften für den Volkskongreß allein im Bezirk Niederrhein. Freiheit vom 4. 6. 1948. Im Dezember meldet die Freiheit, daß die Wuppertaler Bahnen, die IG Bau, die IG Holz, die Belegschaft von Vorwerk und anderen Betrieben Delegierte zum Volkskongreß entsenden würden. Hierbei wurde allerdings die Parteizugehörigkeit nicht erwähnt, so daß die Vermutung naheliegt, daß es sich um KPD-Mitglieder handelt. Freiheit vom 5. 12. 1947.
613 ASD J 4, Büro Schumacher. Schreiben des PV vom 20. 7. 1946, daß jedes Parteimitglied, das sich an einem Versammlungskomitee für die SED beteiligt, ausgeschlossen wird.
614 ASD J 47, Brief des UB Düss. vom 15. 11. 1946, in dem über den Widerstand der Mitglieder berichtet wird, die aus der VVN austraten. Mat. SPD Rs.: Protokollbuch. Protokoll der Sitzung vom 18. 11. 1947. ASD J 47, Brief Dobberts an den PV vom 7. 5. 1948: "Zur Frage der VVN wird der PV gebeten zur Kenntnis zu nehmen, daß der Bezirksausschuß Niederrhein unter Hinzuziehung von maßgebenden parteigenössischen Vertretern der VVN die Entschließung des PV auf ihre praktische Durchführung erörtern wird." Am 19. 6. 1948 berichtet das Rhein-Echo vom gemeinsamen Austreten aller Sozialdemokraten aus der VVN. Rhein-Echo vom 19. 6. 1948.
615 So die offizielle Darstellung: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Kap. XII, 1968, 218. Zur Beurteilung der Lage im Frühjahr/

Sommer 1947 wird festgestellt: "Die KPD schlug eine richtige Politik ein, indem sie von den unmittelbaren Interessen der Werktätigen ausging und den Kampf für die grundlegende demokratische Umgestaltung führte ... In den Klassenauseinandersetzungen des Jahres 1947 wirkte sich aus, daß Faschismus und Krieg große Lücken in die Reihen der kommunistischen Bewegung gerissen hatten ... Auch für sie (die kommunistischen Mitglieder) war es nicht einfach, die Taktik der imperialistischen Reaktion zu durchschauen, nicht in Sektierertum zu verfallen, sich sachlich mit dem Auftreten der sozialdemokratischen Führung auseinanderzusetzen, offensiv gegen die antikommunistische Hetze aufzutreten und eine weitsichtige Politik der Aktionseinheit zu betreiben." Rolf Badstübner kommt zu folgender Bewertung: "Die opportunistische Politik, die den Kurs der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie in Westdeutschland bestimmte, schwächte die westdeutsche Arbeiterklasse und begünstigte das Vordringen der CDU/CSU, die Beeinflussung breiter Kreise der Bevölkerung durch Manöver und Sozialdemagogie der großbürgerlichen Reaktion. Die Hauptschuld für die westdeutsche Fehlentwicklung liegt bei den westlichen Besatzungsmächten und der westdeutschen Bourgeoisie, die die Träger der antinational-restaurativen Politik waren." Badstübner 1965, 290.
616 Moskauer Außenministerkonferenz vom 10. 3. - 24. 4. 1947. Auf dieser Konferenz wurde von der UdSSR gegen die Bildung der Bizone protestiert. Die sowjetische Regierung schlug eine Volksabstimmung vor, auf deren Grundlage eine vorläufige Regierung sich konstituieren sollte. Die westlichen Außenminister erhoben gegen die Bildung einer deutschen Zentralregierung Bedenken aus Sicherheitsgründen. Auf dieser Konferenz brach die Koalition der Alliierten auseinander.
617 E. Schmidt 1970, 110ff.: "Praktisch bedeutete dieses Abkommen das alleinige wirtschaftliche Bestimmungsrecht der Amerikaner für die Angelegenheiten der Bizone." S. 111. Vgl. Huster/Kraiker u. a. 1972, 34ff.
618 Abelshauser 1975, 167: "Vor Oktober war noch keine einzige Rohstofflieferung in der Bizone angekommen. Der Wert der in der Folgezeit gelieferten Güter fiel im Vergleich zum Volumen der "ordentlichen" Importe kaum ins Gewicht ... Zumindest für die frühe Phase der westdeutschen Rekonstruktionsperiode darf also der stimulierende Einfluß des Außenhandels und namentlich der ERP-Lieferungen nicht allzu hoch angesetzt werden."
619 Deutlich wird dies in der Erklärung Hans Böcklers vom 27. 9. 1947. In: Der Bund, Das Gewerkschaftsblatt der britischen Zone, 1. Jg. Nr. 12, 1947, zit. nach: E. Schmidt 1980, Anm. 6.
620 DGB Düss., Tätigkeitsberichte NRW. OA Rs. vom Juni 1948.
621 DGB Düss., Tätigkeitsberichte NRW. OA So. vom April und Mai 1948.
622 KPZ BR-Akten: Niederschrift über die Besprechung mit der Betriebsvertretung sowie Vertretern vom Arbeitgeberverband Solingen und der IG Metall Solingen am 4. 6. 1948 wegen einer 30 % Lohnforderung der KPZ-Belegschaft.

623 Ebd.

624 DGB Düss., Tätigkeitsberichte NRW. OA So. vom April 1948. Der Sekretär des OA berichtete, daß die Arbeitsniederlegungen meistens eine 25 % Lohnerhöhung durchsetzten. Er vermutete, daß die Streikbewegung weitere Betriebe erfassen werde.

625 IHK Rs., Bericht zur Wirtschaftslage im Jahr 1948, S. 4ff. Besonders in der Werkzeugindustrie waren hohe Produktionssteigerungen zu verzeichnen. IHK Wu., Handakte Paul Rausch, Lageberichte der IHK vom 15. 7. 1948. Von 65 befragten Firmen gaben 29 an, eine größere Anzahl von Arbeitskräften (zwischen 150 und 600 Arbeitskräfte) eingestellt zu haben, oder dies in Kürze zu tun. Der Anstieg der Arbeitsleistung sei beträchtlich. Der zusätzliche Arbeitskräftebedarf wurde durch Produktionsausweitung erforderlich. Ähnlich berichtet die IHK So., Vierteljahresberichte für das 2. Vierteljahr 1948.

626 Die Aufsplitterung der Tarife, die Ausdehnung des Leistungslohnprinzips ist u. a. ein Anzeichen für die "Normalisierung" der Produktionsverhältnisse. Für Betriebsräte wie Gewerkschaften bedeutete dies, daß sie ihre traditionellen Funktionen wieder übernahmen.

627 IHK Rs., Bericht zur Wirtschaftslage 1948, S. 23ff.

628 Allgemein wurde von den OA die Tätigkeit der "Aktionsausschüsse" zur Preisüberwachung als wenig erfolgreich gewertet. Vgl. DGB Düss., Tätigkeitsberichte NRW. OA Rs. November 1948, OA So. Oktober 1948. Der Aktionsausschuß Solingen forderte den DGB auf, alles zu tun, damit die Ausschüsse Exekutivgewalt bekämen.

629 Beier 1975. Vgl. auch DGB Düss., Landesbezirk NRW, Protokolle 1948/49. Protokoll der Konferenz der Sekretäre und Vorsitzenden der OA und KA sowie der Bezirksvorsitzenden der Industrieverbände vom 7. 11. 1948 in Düsseldorf. Enthält auch das Flugblatt des DGB zum 12. 11. 1948.

630 DGB Düss., Tätigkeitsberichte NRW, Berichte der OA Sol., Rs., Wu. vom 12. 11. 1948.

631 DGB Düss., Tätigkeitsberichte NRW, OA So. zum 12. 11. 1948.

632 Ebd. Auch der Sekretär des OA Remscheid kritisierte in seinem Bericht, daß keinerlei Demonstrationen u. ä. organisiert worden waren.

633 STA So. 652 10-1-12: Hauptamt, Schriftwechsel mit dem Arbeitsamt 1948/49. Bericht vom 27. 4. 1949. Ende April meldete das Arbeitsamt ein Ansteigen der männlichen Arbeitslosen um 96, 5 %. Erstmalig waren alle Berufsgruppen betroffen. IHK Rs., Bericht für das 2. Vierteljahr 1949 meldete zahlreiche Betriebe, in denen Kurzarbeit eingeführt wurde und ebenfalls ein Ansteigen der Arbeitslosen von April 250 auf Juli 626, was auf ein Sinken der Aufträge zurückzuführen war. Die Textilindustrie war von der Krise kaum betroffen. Vgl. Lagebericht 2. Vierteljahr 1949. IHK Wu., Trotz steigender Arbeitslosigkeit wurden in der Textilindustrie noch Arbeiter eingestellt.

634 DGB Düss., Landesbezirk NRW, Protokolle 1948/49. Protokoll der Sitzung des lohnpolitischen Ausschusses des DGB und der Arbeitgeber vom 23. 4. 1948.

635 DGB Düss., Nachlaß Werner Hansen. Flugblatt des Landesvorstandes der KPD, NRW, zum Tarifabschluß der IG Metall.

636 Ebd.: "Laßt Euch nicht verleiten, den Vorstand zu verlassen. Das wollen die Spalter der Einheit."

637 DGB Düss., IG Metall Vorstand, Organisationsbericht für Dezember 1948.

638 J. Kolb 1970, 50-53: Ein Hamburger Delegierter begründete die Notwendigkeit der Umstrukturierung der Organisation wie folgt: "... denn wir haben zu viele Erfahrungen gemacht, wie es in der Ostzone zugeht ... Deshalb bitte ich auch, die Bezirksleiterfrage so zu regeln ... daß wir wissen, unsere Verbandstätigkeit nicht von den Einflüssen ausländischer Agitatoren beeinflußt zu lassen ... bitte ich Sie, die Bezirksleiterfrage so zu regeln, wie sie jetzt besteht, sie als Aufsicht des Verbandes gelten zu lassen und die Bezirksleiter durch den Vorstand bestimmen zu lassen." Zit. nach J. Kolb 1970, 51.

639 Die RSF war eine Partei, die insbesondere den Mittelstand ansprach. Sie orientierte sich an der Freigeldtheorie Silvio Gesells. Ihre Anhänger konnten insbesondere in Übergangszeiten gewissen Einfluß erlangen.

640 Wahlergebnisse von mir errechnet nach Angaben im Rhein-Echo vom 19. 10. 1948:

Wahlen 19. 10. 1948

Wu.		So.		Rs.	
SPD	48. 534	SPD	19. 160	SPD	12. 710
CDU	35. 079	CDU	16. 774	CDU	10. 267
KPD	18. 020	KPD	14. 001	KPD	10. 356
FDP	28. 127	FDP	12. 017	FDP	10. 325
Zentrum	13. 911	Zentrum	855	Zentrum	2. 279
DKP	9. 624	RSF	4. 289	RSF	3. 754
RUP	442			DKP/DRP	2. 101
RSF	11. 162			Sonstige	500
	164. 899		67. 096		52. 292

641 Ehni 1980, 5. Ehni betont im folgenden, daß die führenden Wirtschaftspolitiker der SPD sich nicht mit dem Marshall-Plan auseinandergesetzt haben, S. 7. Vgl. auch Huster 1978, 113ff.

642 Huster 1978, 152ff. Huster führt aus, daß die SPD unterschiedliche Gründe für diesen Verzicht anführte: "Die SPD, die zunächst staatsrechtliche, später Termingründe, dann demokratische Legitimationsdefizite geltend machte, sah schließlich in der "Trennung Deutschlands" die Ursache dafür, daß wieder einmal die Grundrechte der sozialen Lebensordnung nicht verfassungsmäßig festgelegt wurden." Ebd., 154.

643 Huster sieht in dem Konflikt langfristiger sozialistischer Zielvorstellungen und der kurzfristigen Befriedigung unmittelbarer Bedürfnisse der Bevölkerung die Ursache dafür, daß die SPD letztlich eine Defensiv-Position einnahm. Huster 1978, 113 und 182.

644 STA Wu. DV 1174 (811 b), Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 4. 10. 1948. Es kennzeichnet das Niveau der Argumentation, wenn Spicher auf die Argumentation der Gegenseite, daß das Berliner Hilfswerk der Bewahrung der "Freiheit" diene, antwortet: "Zur Freiheit, dazu hat uns auch Hitler, der große Führer, aufgerufen."

645 Nach Müller war die KPD zur Zeit der Volkskongreßbewegung organisatorisch und politisch auf einem Tiefstand angelangt. Müller 1979, 380.

646 Erst im Januar 1949 gestand die KPD ein, daß aufgrund der besonderen Bedingungen in den Westzonen die KPD eine eigenständige Politik entfalten müsse. Vgl. Huster/Kraiker 1972, 191ff.

647 Müller 1979, 381ff. Die Delegiertenkonferenz in Herne trat ohne vorherige Diskussionen in den unteren Parteigliederungen zusammen.

648 Auf dem Münchner Parteitag im März 1951 wurde beschlossen, daß die Kommunisten in den Gewerkschaften fraktionell arbeiten sollten, um so den sozialdemokratischen Einfluß zurückzudrängen.

649 Einige Hinweise enthält die Einleitung zu Niethammer u. a. 1978.

650 Zur Einschätzung der Rätebewegung 1918/19 vgl. folgende zusammenfassende Darstellungen: Feldmann/Kolb/Rürup 1972, 84-105; Rürup 1975, 7-38; Brandt 1979.

651 Damit soll aber keineswegs die Bedeutung der illegalen Aktivitäten geschmälert werden. Es ist m. E. beschämend für das demokratische Selbstverständnis der Bundesrepublik, daß Angehörige der Edelweißpiraten bis heute noch nicht als "Widerstandskämpfer" anerkannt werden.

652 Knies 1975, 99ff. Kennzeichnend für die Macht der Räte in der ersten Phase ist u. a. die Anweisung des Düsseldorfer Reg. präs. an die Kommunalverwaltungen, mit den Räten zusammenzuarbeiten.

653 So liefen die Diskussionen auf dem Berliner Rätekongreß im Dezember 1918 auf ein Konzept der "sozialen Demokratie" hinaus.

654 Eine Rätetheorie wurde erst in den 20er Jahren entwickelt.

655 Gerade für die Nachkriegszeit scheint eine Überschätzung der Auswirkungen der Stellung im Produktionsprozeß auf die Bewußtseinslage der Arbeiter angesichts der "Anormalität" des Wirtschaftslebens sehr gefährlich. Letztlich war gerade eher typisch eine längere Phase des nicht-industriellen Arbeitsplatzes denn einer kontinuierlichen Arbeit im Betrieb. Vgl. auch die Auseinandersetzungen um die Thesen von Roth/Behrens u. a. In: Politikon Nr. 46, 47, 49, 1975, insbes. den Aufsatz von E. Lucas, 17-21.

656 Niethammer 1979. Niethammer sieht die Zersetzung des Arbeitermilieus insbes. als Folge der Novemberrevolution: "Immerhin konnte das sozialdemokratische Organisationsgeflecht sich als Heimat der stabileren, qualifizierten Arbeiter weitgehend konsolidieren, für die es in seinen politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Funktionsbereichen spürbare, wenn auch ungesicherte Reformfortschritte erzielte. Aber es war eine Kultur der Teilhaber ohne Alternative." Die Kommunisten hingegen nahmen dem proletarischen Milieu die Autonomie, indem sie ihre Anhänger zur Treue zur UdSSR verpflichteten. Niethammer, 33-34.

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

I. Unveröffentlichte Quellen

1) Archivalien

a) Stadtarchiv Remscheid:
Stadtverordnetenprotokolle 1945-49
Akte: Luftangriffe auf Remscheid nach dem 3.7.1943
Verwaltungsbericht für die Jahre 1945-49
N I-III u. R I-III (Zeitungsausschnittssammlung)

b) Stadtarchiv Solingen:
Bestand A-1-48-51-58 ff. (Stadtverordnetenprotokolle)
Bestand 612-10-660-12 (Hauptamt u. Büro des Oberbürgermeisters)
Bestand FA (Zeitungsausschnittssammlung)
Verwaltungsbericht für die Jahre 1945-49
Auszug aus dem "Strategic Bombing Survey" - National Archives Washington

c) Stadtarchiv Wuppertal:
Bestand A VII 302 u. 401 (Offene Briefe der Stadtverwaltung an auswärts lebende Bürger Wuppertals)
Bestand T II (Politische Versammlungen u. Parteien, Anklageschrift Kemna)
Bestand DV 1174 (Stadtverordnetenprotokolle 1945-49)

d) Industrie- und Handelskammer Wuppertal:
Handakte Dr. Paul Rausch 1945-48
Berichte zur Wirtschaftslage 1940-1949

e) Industrie- und Handelskammer Remscheid:
Protokolle der Vollversammlungen 1945-49
Berichte zur Wirtschaftslage 1947-49

f) Industrie- und Handelskammer Solingen:
Rückblick auf die Arbeit der Kammer April 1945 - August 1948
Berichte zur Wirtschaftslage 1946-49
Einzelne Protokolle des Schlichtungsausschusses 1945

g) DGB Solingen:
Protokolle der Sitzungen des Ortsausschusses 1945-49
Einzelne Flugblätter und Schriftstücke
(Material befindet sich jetzt im DGB-Archiv Düsseldorf)

h) Archiv beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Düsseldorf:
Bestand Hans Böckler
Bestand Werner Hansen
Schriftverkehr der Ortsausschüsse Britische Besatzungszone 1948-49
Tätigkeitsberichte und Protokolle NRW 1948-49
Protokolle Nordrhein Landesbezirk 1947-48
Bezirk NRW Tätigkeitsberichte der Referenten des DGB Landesbezirk Nordrhein-Westfalen: Ernährungsausschuß, Sitzungen, Allgem. Schriftverkehr 1948-49
Vorstandssitzungen Britische Besatzungszone 1947-48
Berichte über Arbeitsniederlegung vom 11.11.1948
Protokolle, Abschriften, Rundschreiben, Berichte 1946-49
Monatsberichte 1947/48 u. Berichte, Entschließungen an den Bundesvorstand DGB
IG Metall:
Nordrhein, Organisationsberichte 1948-49
Geschäftsberichte britische Zone 1946-47
Ortsverwaltungsberichte 1947
ÖTV:
Entschließungen, Berichte, Schriftwechsel 1947/48
IG Textil:
Protestkundgebungen, Entschließungen 1947-48

i) Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg:
Bestand Schumacher, Korrespondenz des Parteivorstandes:
J 2, J 3, J 4, J 8, J 21, J 50, J 47, J 114
Bestand Westl. Westfalen
Bestand UB Düsseldorf
Geschäftsbericht Niederrhein 1946-49 (Mikrofilm)
Nachlaß Severing
Nachlaß Henßler
Material Dobbert

j) Haupt- und Staatsarchiv Düsseldorf:
Ministerialarchiv NW 53, 359-369
Polizeiwesen ST SG 120-131
Reg. Präs. Düss. 51748
Broschürenbestand zu Parteien
Bestand Stapoleitstelle Düsseldorf: Personenakten Wuppertal, Solingen u. Remscheid

k) Public Record Office London:
WO 171/8061 MG Detachments Diaries
FO 371/476933 Reports MG Detachments

2) Folgende Personen stellten einzelne Dokumente zur Verfügung

Lutz Niethammer/Ulrich Borsdorf (National Archives Washington)
Hartmut Pietsch (Public Record Office)
Eva C. Schöck (Nummern von "Gegen den Strom")
Werner Müller (Archiv der sozialen Demokratie)
Johannes Kolb (Schriftliche Befragung). Karl Müller v. 7.9.1968

3) Materialien im Privatbesitz

a) SPD Remscheid:
Protokollbuch der SPD Remscheid (Vorstandssitzungen, Mitgliederversammlungen) 1945-1949

b) Betriebsrat Kronprinz, Solingen:
Protokolle, Schriftverkehr 1946-1949

c) Willy Dickhut, Solingen:
Material zur KPD und Antifa Solingen 1945 bis Anfang 1946

d) Willy Spicher, Wuppertal:
Flugblatt SPD u. KPD v. Juli 1945

4) Interviews und schriftliche Befragungen

Wuppertal:
Hermann Herberts (SPD), 29.11.1972
Alfred Dobbert (SPD), 30.11.1972
Franz Landowski (SPD), 29.11.1972
Paul Bender (KPD), 10.6.1974
Willy Spicher (KPD), 15.10.1972
Grete Thiele (KPD), 11.10.1973
Ludwig Vorberg (KPD), 11.10.1973

Remscheid:
Karl Berster (SPD), schriftl. Mai 1975
Otto Pfeiffer (SPD), 20.3.1973
Heinrich Zarth (SPD u. Gew.), 20.10.1973
Bruno Goldau (KPD), 19.3.1973
Willy Krell (KPD, IG Metall), 23.3.1973
Dr. Hermann Ringel (IHK), 20.3.1973

Solingen:
Paul Kircheis (SPD), 18.10.1973
Paul Schneider (SPD), 23.3.1973
Trude Wolff (SPD), 22.3.1973
Willy Dickhut (KPD), 11.6.1974
Rudi Leupold (KPD, IG Metall), 23.3.1973
Otto Quade (KPD, BR KPZ), 26.3.1973

Artur Schlechter (KPD), 22.3.1973
Dr. Blass (Organisation "A"), schriftl. 24.10.1974, mdl. 6.9.1974

II. Gedruckte Quellen

1) Zeitungen, Zeitschriften, Artikelserien

NRZ - Neue Rheinische Zeitung, hrsg. v. der britischen Besatzungsbehörde ab 18.7.1945 für das Bergische Land und Düsseldorf.
Rhein-Echo - Organ der SPD Niederrhein ab 9.3.1946, mit Lokalteilen für Rs., So. und Wu.
Freiheit - Organ der KPD Niederrhein ab 1.3.1946, mit Lokalteilen für Rs., So. und Wu.
Freies Volk - Organ der KPD Niederrhein ab 3.1.1949

Einzelne Nummern folgender Zeitungen:
Täglicher Anzeiger für Berg und Mark. Amtliches Kreisblatt für den Stadtkreis Wuppertal, vom 15.9.1930, 1.8.1932, 9.11.1932, 6.3.1933.
Solinger Tageblatt vom 18.11.1929 u. 12.3.1933.
Gegen den Strom vom 20.3.1929, 30.3.1929, 13.5.1929, 20.7.1929, 28.6.1930.
Remscheider Generalanzeiger, Sonderausgabe vom 30.7.1953.
Westdeutsche Rundschau vom 31.7.1954. Ausgabe anläßl. des Wuppertaler Stadtjubiläums.
Sechs Jahrzehnte Zeitgeschehen im Spiegel der Heimatzeitung. Generalanzeiger der Stadt Wuppertal 1887-1945. Wuppertal 1954.
Bergische Morgenpost, Sonderausgabe April 1965.

Außerdem folgende Artikel und Serien:
Krüger, Norbert, Bomben auf Remscheid. In: Die Heimat spricht zu Dir, Beilage zum Remscheider Generalanzeiger, Nr. 7, Juli 1968.
Krüger, Norbert, "Streuwürfe" auf Remscheider Gebiet. In: Die Heimat spricht zu Dir, Beilage zum Remscheider Generalanzeiger, Nr. 1, Januar 1969.
Haanen, Karl Theodor, Solingen zwischen Bangen und Hoffen. In: Rheinische Post vom 22.4.1950, 6.5.1950, 13.5.1950.
Dann waren die Bombennächte zu Ende. Serie in der Rheinischen Post vom 12.2.-7.5.1955.
Als die Amerikaner kamen. Serie von Hans Bremshey in der Rheinischen Post April 1965.
Nachts, wenn die Gestapo schellte. Serie über den Wuppertaler Widerstand von Klaus und Doris Jann, NRZ vom 13.1.-12.3.1968.

2) Amtliche Veröffentlichungen, Jahrbücher, Protokolle u.ä.

Amtliche Mitteilungen der Stadt Remscheid 1945-1948.
Amtliche Mitteilungen der Stadt Solingen 1945-1948.

Amtliche Mitteilungen der Stadt Wuppertal 1945-1948.
Bericht der Stadtvertretung Remscheid zur Vorbereitung des Deutschen Städtetages vom 15.1.1947.
Gemeindestatistik des Landes NRW. Sonderreihe Volkszählungen 1950. In: Beiträge zur Statistik des Landes NRW, H. 15, Düsseldorf 1952.
Geschäftsbericht der SPD Niederrhein 1946-48.
Die Gewerkschaftsbewegung in der britischen Besatzungszone. Geschäftsbericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes (britische Besatzungszone) 1947-1949, hrsg. v. DGB (britische Zone), Köln o.J. (1949).
Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1946, o.O., o.J.
Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1947, o.O., o.J.
125 Jahre IHK Solingen. 13. Januar 1966, Solingen o.D.
IG Druck und Papier, Ortsverein Solingen. 75 Jahre, 1890-1965.
Köllmann, Wolfgang, Festschrift zum 125-jährigen Bestehen der IHK Wuppertal, Wuppertal 1956.
Mitteilungen der IHK Remscheid 1945-1949.
Mitteilungen der IHK Solingen 1945-1949.
Protokoll der ersten Gewerkschaftskonferenz der britischen Zone v. 12.-14.3.1946 in Hannover-Linden, o.O., o.J.
Protokoll Gewerkschaftskonferenz der britischen Zone v. 21.-23.8.1946 in Bielefeld, Bielefeld o.J.
Protokoll Gründungskongreß des DGB. 1. Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die britische Zone v. 22.-25.4.1947 in Bielefeld, o.O., o.J.
Protokoll des Vereinigungsparteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Berlin 1946.
Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands v. 9.-11.5.1946 in Hannover, Hamburg 1947.
Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands v. 11.-14.9.1948 in Düsseldorf, Hamburg o.J.
Rausch, Paul, Die industriewirtschaftliche Bedeutung und Exportkraft des Bergischen Landes, hrsg. im Auftrag der Notgemeinschaft des Bergischen Landes, Wuppertal 1947.
Reflexe. Festschrift zum 125-jährigen Bestehen der IHK Solingen, hrsg. von der IHK Solingen, Köln 1966.
Ringel, Hermann, Aus Kriegs- und Zwangswirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft. Sieben Nachkriegsjahre im Spiegel der Arbeit einer Industrie- und Handelskammer. Rechenschaftsbericht der Berg. IHK zu Remscheid für die Zeit v. 15.4.1945-31.12.1951. Remscheid.
Rundschreiben der IHK Wuppertal ab 27.9.1945, ab Januar 1947 Wirtschaftliche Mitteilungen der IHK Wuppertal.
Schön, Stephan (Hg.), Wuppertal im Kampf gegen die Not, Wuppertal 1947.
Die Stadt Remscheid in der Statistik.
Statistische Angaben über das Ausmaß der Bombenschäden in Solingen sowie straßenweise Verzeichnung der von Bombemschäden betroffenen Häuser etc. während des 2. Weltkrieges.

Statistische Mitteilungen des Arbeitsamtes Solingen 1948/49.
Verwaltungsbericht der Stadt Remscheid 1945-47.
Verwaltungsbericht der Stadt Solingen 1945-49.

3) Dokumentensammlungen und Einzelveröffentlichungen

Bittel, Karl (Hg.), Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente, Berlin (Ost) 1957.
Boberach, Heinz (Hg.), Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939-1944, Neuwied/Berlin 1965.
Borsdorf, Ulrich/Niethammer, Lutz (Hg.), Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945, Wuppertal 1976.
Deuerlein, Ernst, Potsdam 1945. Quellen zur Konferenz der "Großen Drei", München 1963.
Dokumente der Kommunistischen Partei Deutschlands 1945-1956, Berlin (Ost) 1965.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, Mai 145-April 1946, hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1959.
Erbe, Otto, Der Sieg des Faschismus in Deutschland und die Aufgaben der Arbeiterklasse (hrsg. von der Auslandsvertretung der SAP, Göteborg o.J. (1934?).
Flechtheim, Ossip K., Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, 5 Bde., Berlin 1962-1966.
Florin, Wilhelm, Wie stürzen wir Hitler? Der Weg zur Einheitsfront und zur antifaschistischen Volksfront in Deutschland, Straßburg 1935.
Gerhard, Dirk, Antifaschisten. Proletarischer Widerstand 1933-1945, Berlin 1976.
Glondajewski/Rossmann, Ein bedeutungsvolles politisches Dokument. In: Beiträge zur Geschichtswissenschaft 4/1966.
Grotewohl, Otto, Wo stehen wir - wohin gehen wir? Weg und Ziel der deutschen Sozialdemokraten, Berlin o.J.
Grundgedanken eines sozialistischen Wirtschaftsprogramms. Wege und Ziele sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik, hrsg. v. Vorstand der SPD. Wirtschaftspolitische Abteilung, Hannover o.J.
Heiber, Helmut (Hg.), Das Tagebuch von Josef Goebbels, Stuttgart o.D. (1960?).
Ibach, Karl, Kemna. Wuppertaler Lager der SA 1933, Wuppertal 1948.
Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus. Die Politik der Sozialdemokratischen Partei, Prag 1934.
Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen auf dem Parteitag in Hannover am 11.5.1946. Als Manuskript abgedruckt.
Naphtali, Fritz, Wirtschaftsdemokratie - Ihr Wesen, Weg und Ziel, Frankfurt 1966 (zuerst 1928).

Neuaufbau der deutschen Wirtschaft. Richtlinien der KPD zur Wirtschaftspolitik, Berlin 1946.
Pollock, James K./Meisel, James H. (Hg.), Germany under Occupation. Illustrative Materials and Documents, Ann Arbor 1947.
Schulze, Hagen (Hg.), Anpassung oder Widerstand. Aus den Akten des PV der deutschen Sozialdemokratie, Bonn-Bad Godesberg 1975.
Schumacher, Kurt, Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie, Stuttgart/Berlin/Mainz 1973.
- Reden und Schriften, hrsg. v. Arno Scholz u. Walter Oschilewski, Bd. 2, Berlin 1953.
- Turmwächter der Demokratie, hrsg. v. Arno Schulz u. Walter Oschilewski, Bd. 2, Berlin 1953.
- Wir verzweifeln nicht! In: Kurt Schumacher/Erich Ollenhauer/Willy Brandt, Der Auftrag des demokratischen Sozialismus, Bonn-Bad Godesberg 1972.
- Die Sozialdemokratie im neuen Deutschland (Vortrag auf dem SPD-Landesparteitag in Hamburg am 27.1.1946), Hamburg 1946.
- Nach dem Zusammenbruch. Gedanken über Demokratie und Sozialismus, Hamburg 1948.
Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien (Hg.), Die neue deutsche Republik, o.O.
Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien (Hg.), Zur Politik deutscher Sozialisten. Politische Kundgebungen und programmatische Richtlinien der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien, London 1945.
Ulbricht, Walter, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Schriften, Bd. II, 1939-1946, Berlin (Ost) 1963 und Zusatzband 1965.
Was will die KPD-Opposition? Plattform, verbesserter Entwurf, o.O. 1929.

III. Sonstige Literatur

Abelshauser, Werner, Wirtschaft in Westdeutschland 1945-1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone, Stuttgart 1975.
Abendroth, Wolfgang, Bilanz der sozialistischen Idee in der Bundesrepublik Deutschland. In: Hans-Werner Richter (Hg.), Bestandsaufnahme. Eine deutsche Bilanz 1962, München/Wien/Basel 1962.
-, Das Verhältnis von Gewerkschaftsbewegung und Parteiensystem als Problem der Geschichte der Arbeiterbewegung. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 25. Jg., H. 4, April 1974.
Ackermann, Anton, Von der Geburt der neuen Staatsmacht. In: Staat und Recht 14/1965.
Almond, Gabriel A. (Hg.), The Struggle for Democracy in Germany, Chapel Hill 1949.

Alperovitz, Gar, Atomare Diplomatie - Hiroshima und Potsdam, München 1966.
Gruppe Arbeiterpolitik (Hg.), Der Faschismus in Deutschland. Analysen der KPD-Opposition aus den Jahren 1928-1933, Frankfurt 1973.
Arnemann, Arne, Möglichkeiten und Grenzen der Politik der KPD mit besonderer Berücksichtigung der Wiederaufbauphase nach 1945, Diplomarbeit am OSI der FUB, Berlin 1972.

Badstübner, Rolf, Restauration in Westdeutschland 1945-1949, Berlin (Ost) 1965.
Badstübner, Rolf:Thomas, Siegfried, Die Spaltung Deutschlands, Berlin (Ost) 1966.
Bahne, Siegfried, Die Kommunistische Partei Deutschlands. In: Erich Matthias/Rudolf Morsey, Das Ende der Parteien, Düsseldorf 1960.
-, Sozialfaschismus in Deutschland, Zur Geschichte eines politischen Begriffs. In: International Review of Social History, Vol. X 1965, Teil 2.
-, Die KPD im Ruhrgebiet in der Weimarer Republik. In: Jürgen Reulecke, (Hg.) Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, Wuppertal 1974, S. 315-353.
-, Die KPD und das Ende von Weimar, Frankfurt/M. 1976.
Balabkins, Nicholas, Germany under Direct Controls. Economic Aspects of Industrial Disarmament 1945-1948, New Brunswick 1964.
Balfour, Michael, Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland, Düsseldorf 1959.
Bargheer, Alfred, Grundlagen und Eigenarten des Wirtschaftslebens der Stadt Solingen, Diss. (MS), Köln 1946.
Becker, Josef/Stammen, Theo/Waldmann, Peter (Hg.), Vorgeschichte der Bundesrepublik. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz, München 1979.
Bednarek, Horst, Zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1933-1945, Berlin (Ost) 1966.
Behrens, Elisabeth, Arbeiterkampf und kapitalistischer Gegenangriff unter dem Nationalsozialismus. In: Karl-Heinz Roth, Die "andere" Arbeiterklasse und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland, München 1974.
Behrens, Elisabeth/Janssen, T./Klein, Jürgen, Auf dem Jahrmarkt der Eitelkeiten oder "Haut den Lucas". In: Politikon 47, 1975.
Behr, Hermann, Vom Chaos zum Staat. Männer, die für uns begannen, Frankfurt/M. 1961.
Beier, Gerhard, Kritischer Literaturbericht zur Geschichte der deutschen Gewerkschaften seit 1945. In: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, H. 15, April 1972.
-, Einheitsgewerkschaft. Zur Geschichte eines organisatorischen Prinzips der deutschen Arbeiterbewegung. In: Archiv für Soziale Demokratie 13, 1973, S. 207-242.

Beier, Gerhard, Der Demonstrations- und Generalstreik vom 12. November 1948. Im Zusammenhang mit der parlamentarischen Entwicklung Westdeutschlands, Frankfurt/M. 1975.
Benser, Günther, Das deutsche Volk und die Siegermächte. Zu einigen internationalen Aspekten der Klassenkampfsituation nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1972, Heft 2.
-, Antifa-Ausschüsse - Staatsorgane - Parteiorganisation. Überlegungen zu Ausmaß, Rolle und Grenzen der antifaschistischen Bewegung am Ende des Zweiten Weltkriegs. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 26 (1978), S. 785-802.
Besson, Waldemar, Von Roosevelt bis Kennedy, Grundzüge der amerikanischen Außenpolitik 1933-1963.
Bettelheim, Charles, Die deutsche Wirtschaft unter dem Nationalsozialismus, München 1974.
Blanke, Bernhard/Delius, F.C./Fichter, Tilman/Kadritzke, Niels/
Rabehl, Bernd/Schmidt, Ute/Tornow, Georgia (Redaktion), Die Linke im Rechtsstaat, Bd. 1: Bedingungen sozialistischer Politik 1945-1965, Berlin 1976.
Bloch, Charles, Die SA und die Krise des NS-Regimes 1934, Frankfurt/M. 1970.
Bludau, Kuno, Nationalsozialismus und Genossenschaften, Hannover 1968.
-, Gestapo Geheim! Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933-1945, Bonn-Bad Godesberg 1973.
Blunck, Kristina, Die programmatischen Vorstellungen der westdeutschen Gewerkschaften und die Bedingungen ihrer Realisierbarkeit von 1945 bis 1952, Diplomarbeit am OSI der FUB, Berlin 1971.
Bock, Hans-Manfred, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918-1923, Meisenheim 1969.
Böhnke, Wilfried, Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920-1933, Bonn-Bad Godesberg 1974.
Borchardt, Knut, Die Bundesrepublik Deutschland. In: Gustav Stolper u.a., Deutsche Wirtschaft seit 1870, Tübingen 1960.
Borkenau, Franz, Der europäische Kommunismus. Seine Geschichte von 1917 bis zur Gegenwart, München 1952.
Borsdorf, Ulrich, Der Weg zur Einheitsgewerkschaft. In: Jürgen Reulecke (Hg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, Wuppertal 1973.
-, Speck oder Sozialisierung? Produktionssteigerungskampagnen im Ruhrbergbau 1945-1947. In: Mommsen, Hans/Borsdorf, Ulrich (Hg.), Glück auf, Kameraden! Die Bergarbeiter und ihre Organisationen in Deutschland, Düsseldorf 1979.
-, Erkaufte Spaltung. Der Marshall-Plan und die Auseinandersetzung um die deutschen Gewerkschaften. MS zu: Otmar N. Haberl/Lutz Niethammer (Hg.). Marshall-Plan und europäische Linke, Frankfurt/M. Herbst 1980.
Bracher, Karl Dietrich, Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln/Berlin 1969.
-, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 1971.

Bracher, Karl Dietrich/Sauer, Wolfgang/Schulz, Gerhard, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln/Opladen 1960.
Brandt, Peter, Antifaschismus und Arbeiterbewegung. Aufbau, Ausprägung, Politik in Bremen 1945/46, Hamburg 1976.
-, Einheitsfront und Volksfront in Deutschland. In: Probleme des Klassenkampfs 26, 1976, S. 35-74.
-, Deutschland 1918/19 - Revolution und Konterrevolution. In: 1918/19 - Ein Lesebuch, hg. v. Peter Brandt, Berlin 1979.
Brauns, Hans Jochen/Jaeggi, Urs/Kisker, Klaus Peter/Zerdick, Axel/Zimmermann, Brukhard, SPD in der Krise. Die deutsche Sozialdemokratie seit 1945, Frankfurt/M. 1976.
Braunthal, Julius, Die Geschichte der Internationale, Bd. 2, Hannover 1963, Bd. 3, Hannover 1971.
Bremer, Jörg, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Untergrund und Exil 1933-45, Frankfurt/M. 1978.
Brettschneider, Heike, Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in München 1933-1945, München 1968.
Brill, Hermann, Gegen den Strom, Offenbach 1946.
Broué, Pierre/Termine, Emile, Revolution und Krieg in Spanien, Frankfurt/Zürich 1969.
Buchwitz, Otto, 50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin (Ost) 1958.
-, Brüder, in eins nun die Hände, Berlin (Ost) 1956.
Bungenstab, Karl-Ernst, Umerziehung zur Demokratie? Reeducation-Politik im Bildungswesen der US-Zone 1945-1949, Düsseldorf 1971.

Christier, Holger, Sozialdemokratie und Kommunismus. Die Politik der SPD und der KPD in Hamburg 1945-1949, Hamburg 1975.
Clay, Lucius, D., Entscheidung in Deutschland, Frankfurt 1950.
Cole, Taylor, Labour Relations. In: Edward Litchfield (Hg.), Governing Post-war Germany, Bd. 2, Washington/London 1953.
Czempiel, Ernst-Otto, Das amerikanische Sicherheitssystem 1945-1949. Studie zur Außenpolitik der bürgerlichen Gesellschaft, Berlin 1966.
Czichon, Eberhard, Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht. In: Das Argument 47, Heft 3, Juli 1968.

Deppe, Frank, Gewerkschaftspolitik und Arbeiterbewußtsein in der Periode der Neugründung der westdeutschen Gewerkschaften nach 1945. In: Ders., Das Bewußtsein der Arbeiter. Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins, Köln 1971.
Deppe, Frank/Freyberg, Jutta von/Kievenheim, Christof/Meyer, Regine/Werkmeister, Frank, Kritik der Mitbestimmung. Partnerschaft oder Klassenkampf, Frankfurt 1969.
Deuerlein, Ernst, Die Einheit Deutschlands. Die Erörterungen und Entscheidungen der Kriegs- und Nachkriegskonferenzen 1941-1949. Darstellung und Dokumente, Frankfurt/Berlin 1961.
-, Deklamation oder Ersatzfrieden? Die Konferenz von Potsdam 1945, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1970.
Deutscher, Isaac, Stalin. Eine politische Biographie, Stuttgart 1962.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch. Tatsachen und Probleme, Berlin 1947.
Dickhut, Willy, So war's damals... Tatsachenbericht eines Solinger Arbeiters 1926-1948, Stuttgart 1979.
Dorn, Walter L., Die Debatte über die amerikanische Besatzungspolitik für Deutschland (1944-45). In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 6/1958.
-, Inspektionsreisen in der US-Zone. Notizen, Denkschriften und Erinnerungen aus dem Nachlaß übersetzt und herausgegeben von Lutz Niethammer, Stuttgart 1973.
Drechsler, Hanno, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim 1965.
Drobisch, Klaus/Eichholz, Dietrich, Die Zwangsarbeit ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland während des Zweiten Weltkrieges, Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 5/1970.
Dröll, Hajo, Bedingungen der Reorganisation und erste spontane Organisationsformen der deutschen Arbeiterbewegung nach dem Zusammenbruch des Faschismus, Magisterarbeit, Frankfurt 1973.
Dowe, Dieter, Organisatorische Anfänge der Arbeiterbewegung in der Rheinprovinz und in Westfalen bis zum Sozialistengesetz von 1878. In: Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, hg. v. Jürgen Reulecke, Wuppertal 1974.
Duhnke, Horst, Die KPD von 1933 bis 1945, Köln 1972.

Ebsworth, Raymond, Restoring Democracy in Germany, New York/London 1960.
Edinger, Lewis J., Kurt Schumacher. Persönlichkeit und politisches Verhalten, Köln/Opladen 1967.
-, Sozialdemokratie und Nationalsozialismus. Der Parteivorstand der SPD im Exil von 1933-1945, Hannover/Frankfurt 1960.
Ehni, Hans-Peter, Der Wiederaufbau der SPD nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Jürgen Reulecke (Hg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, Wuppertal 1974, S. 415-439.
-, Die Reaktion der SPD auf den Marshall-Plan, MS zu: Otmar N. Haberl u. Lutz Niethammer (Hg.), Marshall-Plan und europäische Linke, Frankfurt/M. Herbst 1980.
Eichholz, Dieter, Probleme einer Wirtschaftsgeschichte des Faschismus in Deutschland, Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1963/III.
Eichholz, Dieter/Gossweiler, Kurt, Noch einmal: Politik und Wirtschaft 1933 bis 1945. In: Das Argument, Nr. 47, Juli 1968.
Eichhorn, Rolf-Jürgen, Die Entwicklung, Struktur und Verhältnisse des Solinger Wirtschaftsraumes unter besonderer Berücksichtigung der neueren technischen wirtschaftlichen und soziologischen Gegebenheiten, MS Dipl. Arb., Köln/Solingen 1964.
Eliasberg, Georg, Der Ruhrkrieg von 1920, Bonn-Bad Godesberg 1974.
Enderle, August (unter Mitarbeit von Bernt Heise), Die Einheitsgewerkschaften, Bd. 2 (Als Manuskript hektographiert. Im DGB-Archiv).

Esters, Helmut/Pelger, Hans, Gewerkschaften im Widerstand, Hannover 1967.

Feis, Herbert, Churchill, Roosevelt, Stalin. The War they Waged and the Peace they Sought, Princeton 1957.
-, Zwischen Krieg und Frieden, Das Potsdamer Abkommen, Frankfurt 1962.
Feldmann, Gerald D./Kolb, Eberhard/Rürup, Reinhard, Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917-1920). In: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 13, 1972, S. 84-105.
Fesefeldt, Wibke, Der Wiederbeginn des kommunalen Lebens in Göttingen. Die Stadt in den Jahren 1945-1948, Göttingen 1962.
Fichter, Michael, Der Wolf-Report und die gegensätzlichen gewerkschaftlichen Zielsetzungen der US-Militärregierung für Deutschland. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1978, H. 4, S. 443-455.
Fichter, Tilman/Eberle, Eugen, Kampf um Bosch, Berlin 1974.
Fischer, Alexander (Hg.), Teheran - Jalta - Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der "Großen Drei", Köln 1968.
Fischer, Wolfram, Deutsche Wirtschaftspolitik 1918-1945, Opladen 1968.
Flechtheim, Ossip K., Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt 1969.
Freyberg, Jutta von, Sozialdemokraten und Kommunisten, Köln 1973.
Fromme, Fr. K., Zur inneren Ordnung in den westlichen Besatzungszonen. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1962, H. 10.
Fürstenau, Justus, Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik, Neuwied/Berlin 1969.

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hg. v. Institut für marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 4: Von 1924 bis Januar 1933; Bd. 5: Von Januar 1933 bis Mai 1945; Bd. 6: Von Mai 1945 bis 1949, Berlin (Ost) 1966.
Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in 15 Kap., hg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Kap. XI: Von September 1939 bis Mai 1945; Kap. XII, Von Mai 1945 bis 1949, Berlin (Ost) 1968.
Gimbel, John, Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945-1949, Frankfurt 1971.
-, American Military Government and the Education of a New German Leadership. In: Political Science Quarterly 83/1968.
-, The Artificial Revolution in Germany. In: Political Science Quarterly 63/1948.
-, Eine deutsche Stadt unter amerikanischer Besatzung. Marburg 1945-1962, Köln/Berlin 1964.
Goebel, Klaus/Wichelhaus, Manfred (Hg.), Aufstand der Bürger. Revolution 1849 im westdeutschen Industriezentrum, Wuppertal 1974.
Goebel, Klaus, Geschichte der Stadt Wuppertal, Wuppertal 1977.

Glondajewski, Gertrud/Schumann, Heinz, Die Neubauer/Poser-Gruppe Berlin (Ost) 1957.
Gniffke, Erich, W., Jahre mit Ulbricht, Köln 1966.
Grebing, Helga, Antifaschismus und Arbeiterbewegung. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1978, H. 4, S. 480-485.
-, Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus. In: Wolfgang Luthardt (Hg.), Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt 1978, S. 259-274.
Griepenburg, Rüdiger, Volksfront und deutsche Sozialdemokratie. Zur Auswirkung der Volksfronttaktik im Sozialistischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Marburg 1971.
Groß, Günther. Der gewerkschaftliche Widerstandskampf der deutschen Arbeiterklasse während der faschistischen Vertrauensrätewahlen 1934, Berlin (Ost) 1962.
Groß, Werner, Die ersten Schritte, Berlin (Ost) 1961.
-, Der Kampf Schwarzenberger Antifaschisten während der besatzungslosen Zeit (Mai/Juni 1945). In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1960, H. 3.
Grosser, Dieter, Die nationalsozialistische Wirtschaft. Die deutsche Industrie und die Nationalsozialisten. Partnerschaft beim Griff nach der Weltmacht. In: Das Argument, Nr. 32, 1965.

Haase, Klaus, Radikale Sozialisten in Solingen unter besonderer Berücksichtigung der KPD während der Weimarer Republik. MS PH-Arbeit, Solingen 1969.
Haberl, Otmar N./Niethammer, Lutz (Hg.), Marshall-Plan und europäische Linke, Frankfurt/M. 1980.
Hartnagel, Thomas/Sywottek, Arnold, SED, KPD und Marshallplan. MS zu: Otmar N. Haberl u. Lutz Niethammer (Hg.), Marshall-Plan und europäische Linke, Frankfurt/M. Herbst 1980.
Hartwich, Hans-Hermann, Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher Status quo, Köln/Opladen 1970.
Hebel-Kunze, Bärbel, SPD und Faschismus. Zur politischen und organisatorischen Entwicklung der SPD 1932-35, Frankfurt 1977.
Heer, Hannes, Burgfrieden oder Klassenkampf. Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930-1933, Neuwied/Berlin 1971.
Heininger, Horst, Der Nachkriegszyklus der westdeutschen Wirtschaft, 1945-1950, Berlin (Ost) 1959.
Heine, Friedrich, Dr. Kurt Schumacher. Ein demokratischer Sozialist europäischer Prägung, Göttingen/Zürich/Frankfurt 1969.
Hennig, Eike, Thesen zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Frankfurt 1973.
Herberts, Hermann, Zur Geschichte der SPD in Wuppertal. Ein Beitrag zum Hundertjahr-Jubiläum, Wuppertal o. J. (1963).
Herz, John H., The Fiasco of Denazification in Germany. In: Political Science Quarterly, 63/1948.
Hochmut, Ursel/Meyer, Gertrud, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933-1945. Berichte und Dokumente, Frankfurt 1969.

Horowitz, David (Hg.), Strategien der Konterrevolution. Westliche Eindämmungspolitik 1919 bis Vietnam, Darmstadt 1969.
-, Kalter Krieg, Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, 2 Bde., Berlin 1969.
Hoth, Wolfgang, Die Geschichte der Bergischen IHK zu Remscheid und ihrer Vorläufer bis 1943. MS Diplomarbeit 1969/1970.
Hüttenberger, Peter, Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969.
-, Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie, Siegburg 1973.
Hurwitz, Harold, Die Stunde Null der deutschen Presse. Die amerikanische Pressepolitik in Deutschland 1945-1949, Köln 1972.
Huster, Ernst-Ulrich/Kraiker, Gerhard/Scherer, Burkhard/Schlotmann, Friedrich-Karl/Welteke, Marianne, Determinanten der westdeutschen Restauration 1945-49, Frankfurt 1972.
Huster, Ernst-Ulrich, Die Politik der SPD 1945-1950, Frankfurt/M. 1978.

Ibach, Karl, Kemna. Wuppertaler Konzentrationslager 1933-1934, Wuppertal 1981.
Ihlau, Olaf, Die roten Kämpfer. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Meisenheim 1969.
75 Jahre Industriegewerkschaft 1881-1966. Vom Deutschen Metallarbeiter-Verband zur Industriegewerkschaft Metall, Frankfurt/M. 1966.
Ispert, Wolfgang, Wuppertal - Aufstieg aus Trümmern, Bonn 1960.

Jacobmeyer, Wolfgang, Die Niederlage 1945. In: Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945-1949, München 1976.
Janssen, Gregor, Das Ministerium Speer. Deutschlands Rüstung im Krieg, Berlin/Frankfurt/Wien 1968.

Kaden, Albrecht, Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 1945/46, Hannover 1964.
Kadritzke, Niels, Faschismus und Krise. Zum Verhältnis von Politik und Ökonomie im Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 1976.
Kaisen, Wilhelm, Meine Arbeit, mein Leben, München 1967.
Kaminski, Andrej J., Vom Polizei- zum Bürgerstaat. Zur Geschichte der Demokratie am Beispiel einer deutschen Stadt, Wuppertal 1976.
Kantorowicz, Alfred, Deutsches Tagebuch, Erster Teil, München 1959.
Keil, Wilhelm, Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Bd. 2, Stuttgart 1948.
Kelly, Matthew A., The Reconstruction of the German Trade Union Movement. In: Political Science Quarterly, Vol. LXIV, März 1949.
Klein, Jürgen, Vereint sind sie alles? Untersuchungen zur Entstehung von Einheitsgewerkschaften in Deutschland. Von der Weimarer Republik bis 1946/47, Hamburg 1972.
Klein, Ulrich, SA-Terror und Bevölkerung in Wuppertal 1933/34. In: Peukert, Detlev/Reulecke, Jürgen (Hg.), Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus, Wuppertal 1981, S. 45-61.

Kleßmann, Christoph/Friedemann, Peter, Streiks und Hungermärsche im Ruhrgebiet 1946-1948, Frankfutt/M. 1977.
Kleßmann, Christoph, Betriebsräte und Gewerkschaften in Deutschland 1945-1952. In: Heinrich August Winkler, Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945-1953, Göttingen 1979, S. 44-73.
Kliem, Kurt, Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich, dargestellt an der Gruppe "Neu-Beginnen", Phil. Diss. Marburg 1957.
Klotzbach, Kurt, Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930-1945, Hannover 1969.
Kluth, Hans, Die KPD in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1959.
Knapp, Manfred, Das Deutschlandproblem und die Ursprünge des Europäischen Wiederaufbauprogramms. Eine Auseinandersetzung mit John Gimbels Untersuchung "The Origins of the Marshall-Plan". MS zu: Otmar N. Haberl u. Lutz Niethammer (Hg.), Marshall-Plan und europäische Linke, Frankfurt/M. Herbst 1980.
Knies, Hans-Ulrich, Arbeiterbewegung und Revolution in Wuppertal. In: Reinhard Rürup (Hg.), Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Wuppertal 1975, S. 86-154.
Kocka, Jürgen, 1945: Neubeginn oder Restauration. In: Carola Stern u. Heinrich A. Winkler (Hg.), Wendepunkte deutscher Geschichte 1945-48, Frankfurt/M. 1979.
Köllmann, Wolfgang, Struktur und Wachstum der Wirtschaft des bergischen Raumes 1955-1969. In: Chancen und Risiken des bergisch-märkischen Wirtschaftsraumes. Denkschrift der IHK Hagen, Remscheid, Solingen und Wuppertal, Wuppertal 1971.
-, Festschrift zum 125-jährigen Bestehen der IHK Wuppertal, Wuppertal 1956.
Kolb, Eberhard, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918/19, Düsseldorf 1962.
Kolb, Johannes, Metallgewerkschaften in der Nachkriegszeit. Der Organisationsaufbau der Metallgewerkschaften in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands, Frankfurt 1970.
Kolko, Gabriel, The Politics of War. The World and United States Foreign Policy 1943-1945, New York 1968.
Kolko, Gabriel/Kolko, Joyce, The Limits of Power, The World and the United States Foreign Policy 1945-1954, New York/Evanston/San Francisco/London 1972.
Kraus, Wolfgang H./Gabriel Almond A., Resistance and Repression under the Nazis. In: Gabriel A. Almond (Hg.). The Struggle for Democracy in Germany, Chapel Hill 1949.
Krause, Ilse, Die Schumann/Engert/Kresse-Gruppe, Berlin (Ost) 1960.
Krieger, Leonard, The Inter-Regnum in Germany: March - August 1945. In: Political Science Quarterly 64/149.
Krippendorf, Ekkehart, Die amerikanische Strategie. Entscheidungsprozeß und Instrumentarium der amerikanischen Außenpolitik, Frankfurt 1970.
Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Teil I, Bd. 6: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1933 bis 1945, Berlin (Ost) 1964.

Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Teil I, Bd. 7a: Darstellung der Lage der Arbeiter in Westdeutschland seit 1945, Berlin (Ost) 1963.
Kühne, Reinhard, Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus, München 1969.
Kühnrich, Heinz, Der Partisanenkrieg in Europa 1939-1945, Berlin (Ost) 1965.

Langkau-Alex, Ursula, Volksfront für Deutschland? Bd. 1: Vorgeschichte und Gründung des "Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront", 1933-1936, Frankfurt/M. 1977.
Laschitza, Horst, Kämpferische Demokratie gegen Faschismus. Die programmatische Vorbereitung auf die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Deutschland durch die Parteiführung der KPD, Berlin (Ost) 1969.
Laschitza, Horst/Vietzke, Siegfried, Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung 1933-1945, Berlin (Ost) 1964.
Latour, Conrad F./Vogelsang, Thilo, Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschland 1944-1947, Stuttgart 1973.
Laufs, Bernd/Müller, Andreas, Diskussion: Die "andere" Arbeiterbewegung. In: Politikon 49, 1975.
Lein, Albrecht, Antifaschistische Aktion 1945. Die "Stunde Null" in Braunschweig, Göttingen 1978.
Leminsky, Gerhard/Otto, Bernd, Politik und Programmatik des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Köln 1974.
Leonhard, Wolfgang, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln/Berlin 1955.
Link, Werner, Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK). Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Meisenheim 1964.
Litchfield, Edward (Hg.), Governing Postwar Germany, 2 Bde., Washington/London 1953.
Lucas, Erhard, Märzrevolution im Ruhrgebiet März/April 1920, Frankfurt 1970.
-, Die "andere" Arbeiterbewegung. Bemerkungen zu einem neuen Forschungsansatz für die Geschichte der Arbeiterbewegung. In: Politikon 46, 1975, S.
-, Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung, Frankfurt/M. 1976.
Ludz, Peter Christian, Parteielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung, Köln/Opladen 1968.
Luthardt, Wolfgang (Hg.), Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt 1978.

Mandel, Ernest, Der Spätkapitalismus, Frankfurt 1972.
Mannschatz, Gerhard/Seider, Josef, Zum Kampf der KPD im Ruhrgebiet für die Einigung der Arbeiterklasse und die Entmachung der Monopolherren (1945-1947), Berlin (Ost) 1962.

Marßolek, Inge (Linke-Marßolek), Sozialdemokratie und Revolution im östlichen Ruhrgebiet. Dortmund unter der Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrates. in: Rürup, Reinhard (Hg.), Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Studien zur Geschichte der Revolution 1918/19, Wuppertal 1975, S. 239-314.
Marxistische Aufbauorganisation: Die Krise der kommunistischen Parteien. Probleme der gegenwärtigen Revisionismuskritik, München/Erlangen 1973.
Mason, Timothy, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936-1939, Opladen 1975.
-, Labour in the Third Reich, 1933-1939. In: Past and Present No. 33, April 1966.
-, Der Primat der Politik - Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus. In: Das Argument 41, H. 6, Dezember 1966.
-, Primat der Industrie? - Eine Erwiderung. In: Das Argument 47, H. 3, Juli 1968.
-, Arbeiteropposition im nationalsozialistischen Deutschland. In: Peukert, Detlev/Reulecke, Jürgen (Hg.), Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus, Wuppertal 1981, S. 293-313.
Matthias, Erich. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. In: Ders. u. Rudolf Morsey (Hg.), Das Ende der Parteien, Düsseldorf 1960.
-, Sozialdemokratie und Nation. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration in der Prager Zeit des Parteivorstandes 1933-1938, Stuttgart 1952.
-, Der Untergang der alten Sozialdemokratie. In: Jasper, Gotthard (Hg.), Von Weimar zu Hitler, Köln/Berlin 1968.
Mehnert, Klaus/Schulte, Heinrich, Deutschland Jahrbuch 1949, Essen 1949.
Meissner, Boris, Rußland, die Weltmächte und Deutschland. Die sowjetische Deutschlandpolitik 1943-1953, Hamburg 1954.
Merkl, Peter H., Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1965.
Milatz, Alfred. Das Ende der Parteien im Spiegel der Wahlen 1930 bis 1933. In: Erich Matthias/Rudolf Morsey (Hg.), Das Ende der Parteien, Düsseldorf 1960.
Milward, Alan S., Die deutsche Kriegswirtschaft 1939-1945, Stuttgart 1966.
Möcklinghoff, Christoff, Aspekte der Geschichte und Theorie der Bündnispolitik der KPD und DKP. In: Probleme des Klassenkampfes, Nr. 4, Nr. 5 (1972).
Moltmann, Günther, Amerikas Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg. Kriegs- und Friedensziele 1941-1945, Heidelberg 1958.
Montgomery, John D., Forced to Be Free. The Artificial Revolution in Germany and Japan, Chicago 1957.
Montgomery, Marshall, Memoiren, München 1958.
Moraw, Frank, Die Parole der "Einheit" und die Sozialdemokratie. Zur parteiorganisatorischen und gesellschaftspolitischen Orientierung der SPD in der Periode der Illegalität und in der ersten Phase der Nachkriegszeit 1933-1948, Bonn-Bad Godesberg 1973.

Münchhoff, Heidemarie, Die Anfänge der industriellen Entwicklung in Remscheid (1790-1820), Examensarbeit (MS), Bonn 1967.
Müller, Walter, Die Aktionsgemeinschaft zwischen der KPD und SPD in München 1945/46. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Sonderheft 1961.
Müller, Werner, Die KPD und die "Einheit der Arbeiterklasse", Frankfurt/M. 1979.
Müssener, Helmut, Exil in Schweden. Politische und kulturelle Emigration nach 1933, München 1974.

Narr, Wolf Dieter, CDU - SPD, Programme und Praxis seit 1945, Stuttgart 1966.
Neumann, Franz, Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism, New York/Evanston 1966.
Neumann, Franz L., Military Government and the Revival of Democracy in Germany. In: Journal of International Affairs, 1-4/1947-50.
Niethammer, Lutz, Die amerikanische Besatzungsmacht zwischen Verwaltungstradition und politischen Parteien in Bayern 1945. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 2/1967.
-, Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung, Frankfurt 1972.
-, Zum Verhältnis von Reform und Rekonstruktion in der US-Zone am Beispiel der Neuordnung des Öffentlichen Dienstes. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, H. 2 (1973), S. 177-188.
-, Strukturreform und Wachstumspakt. In: Heinz Oskar Vetter (Hg.), Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler, Köln 1975.
Niethammer, Lutz/Weinrich, Alfred, Zwischen Kapitulation und Grundgesetz. Die unerwünschte Demokratie. Über die Antifa-Ausschüsse und den Aufbau der Besatzungssysteme. Westdeutscher Rundfunk. Kulturelles Wort (Manuskript) 1969.
Niethammer, Lutz/Borsdorf, Ulrich/Brandt, Peter (Hg.), Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wuppertal 1978.
Niethammer, Lutz, Rekonstruktion und Desintegration: Zum Verständnis der deutschen Arbeiterbewegung zwischen Krieg und Kaltem Krieg. In: Heinrich August Winkler (Hg.), Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945-1953, Göttingen 1979, S. 26-43.
Nitzsche, Gerhard, Die Saefkow/Jacob/Bästlein-Gruppe, Berlin (Ost) 1957.

Opel, Fritz/Schneider, Dieter, 75 Jahre Industriegewerkschaft Metall. 1891 bis 1966. Vom Deutschen Metallarbeiterverband zur Industriegewerkschaft Metall, hg. v. Vorstand der Industriegewerkschaft Metall, Frankfurt 1966.
Otto, Karl A., SPD und Arbeitereinheit 1945/46. Gegen die Legendenbildung in der sozialdemokratischen Parteigeschichte. In: Marxistische Blätter, 1968, Sonderheft 3.

Padover, Paul, Experiment in Germany, New York 1946
Petzina, Dieter, Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan, Stuttgart 1968.
Peukert, Detlev, Ruhrarbeiter gegen den Faschismus. Dokumentation über den Widerstand im Ruhrgebiet 1933-1945, Frankfurt/M. 1976.
-, Zur Regionalgeschichtsschreibung der Arbeiterbewegung. In: Das Argument 110/1978, S. 546-565.
-, Die Edelweißpiraten. Protestbewegungen jugendlicher Arbeiter im Dritten Reich. Eine Dokumentation, Köln 1980.
-, Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945, Wuppertal 1980.
Peukert, Detlev/Reulecke, Jürgen (Hg.), Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus, Wuppertal 1981.
Pieck, Wilhelm/Dimitroff, Georgi/Togliatti, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf für die Volksfront gegen Krieg und Faschismus. Referat auf dem VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale 1935, Berlin (Ost) 1960.
Pietsch, Hartmut, Militärregierung, Bürokratie und Sozialisierung. Zur Entwicklung des politischen Systems in den Städten des Ruhrgebiets 1945 bis 1948, Duisburg 1978.
Pirker, Theo, Die blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland. Erster Teil 1945-1952. Vom Ende des Kapitalismus zur Zähmung der Gewerkschaften, München 1960.
-, Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945-1964, München 1964.
Pfahlmann, Hans, Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Darmstadt 1968.
Plato, Alexander von, Zur Einschätzung der Klassenkämpfe in der Weimarer Republik: KPD und Komintern, Sozialdemokratie und Trotzkismus, Berlin 1973.
Plener, Ulla, Kurt Schumachers Konzeption der demokratischen Republik - die Grundlage seiner antikommunistischen Politik 1945/46, Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 5/1966.
Ploetz, Karl, Geschichte des Zweiten Weltkrieges, Teil 1: Die militärischen und politischen Ereignisse; Teil 2: Die Kriegsmittel, Würzburg 1960.
Plum, Günter, Die Arbeiterbewegung während der nationalsozialistischen Herrschaft. In: Jürgen Reulecke (Hg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, Wuppertal 1974.
-, Die KPD in der Illegalität. Rechenschaftsbericht einer Bezirksleitung aus den Jahren 1934. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1975, S. 219-235.
Poerschke, Hans, Geschichte der CDU Wuppertal. Von der Besetzung der Stadt Wuppertal am 16. 4. 1945 bis zur Gründung der Bundesrepublik am 23. 5. 1949, Wuppertal 1968.
Poulantzas, Nicos, Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus, München 1973.

Proletarische Front 10/Trikont, Arbeiterkämpfe in Deutschland. Klassenzusammensetzung und Kampfformen der Arbeiter seit dem Nationalsozialismus, München 1973.
Pünder, Tilmann, Das Bizonale Interregnum. Die Geschichte des Vereinigten Wirtschaftsgebiets 1946-1949, Waiblingen 1966.
Puls, Ursula, Die Bästlein-Jakob-Abshagen-Gruppe. Bericht über den antifaschistischen Widerstand in Hamburg und an der Wasserkante während des Zweiten Weltkrieges, Berlin (Ost) 1959.

Radkau, Joachim, Die deutsche Emigration in den USA. Ihr Einfluß auf die amerikanische Europa-Politik 1933-1945, Düsseldorf 1971.
Reflexe. Festschrift zum 125-jährigen Bestehen der IHK Solingen, Köln 1966.
Reich, Wilhelm, Die Massenpsychologie des Faschismus, Kopenhagen 1934.
Reichhardt, Hans J., Neu-Beginnen. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus. In: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Bd. 12, 1963.
-, Möglichkeiten und Grenzen des Widerstandes der Arbeiterbewegung. In: Walter Schmitthenner/Hans Buchheim (Hg.), Der deutsche Widerstand gegen Hitler, Köln/Berlin 1966.
Reitlinger, Gerald, Ein Haus auf Sand gebaut. Hitlers Gewaltpolitik in Rußland 1941-1944, Hamburg 1962.
Reulecke, Jürgen, Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Barmen von 1910-1925, Neustadt 1973.
- (Hg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, Wuppertal 1974.
Résistance, Erinnerungen deutscher Antifaschisten, Frankfurt 1973.
Rexin, Manfred, Die Jahre 1945-1949. Hefte zum Zeitgeschehen, Hannover 1962.
Ringel, Hermann, Aus Kriegs- und Zwangswirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft. Sieben Nachkriegsjahre im Spiegel der Arbeit einer Industrie- und Handelskammer. Rechenschaftsbericht der Bergischen IHK zu Remscheid für die Zeit v. 15.4.1945-31.12.1951, Remscheid o.J. 1951/52.
Ritter, Waldemar, Kurt Schumacher. Eine Untersuchung seiner politischen Konzeption. Hannover 1964.
Rodnick, David, Postwar Germans. An Antropologist Account, New Haven 1948.
Röder, Werner, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940-1945. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, Hannover 1968.
Rohe, Karl, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966.
Rossmann, Gerhard, Der Kampf der KPD um die Einheit aller Hitlergegner, Berlin (Ost) 1963.
Roth, Karl-Heinz, Die "andere" Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland, München 1974.

Rothfels, Hans, Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung. Krefeld 1949.
Rosenthal, Heinz, Das Schlichtungswesen in Solingen, MS Solingen o.J. (1960).
-, Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Solingen 1849-1868, hg. v. SPD UB Solingen, Langenfeld 1953.
-, Solingen. Geschichte einer Stadt, 3 Bde., Duisburg 1975.
Rudzio, Wolfgang, Die Neuordnung des Kommunalwesens in der britischen Zone. Zur Demokratisierung und Dezentralisierung der politischen Struktur: eine britsche Reform und ihr Ausgang, Stuttgart 1968.
Rürup, Reinhard, Kurt Schumacher - Persönlichkeit und politische Konzeption. In: Neuere Politische Literatur 4, 1966.
- (Hg.), Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Studien zur Geschichte der Revolution 1918, Wuppertal 1975.
Rumpf, Hans, Das war der Bombenkrieg. Ein Dokumentarbericht von Hans Rumpf mit Beiträgen aus dem Solinger Geschehen von Hans Lohausen, MS 1962.

Sarel, Benno, Arbeiter gegen den "Kommunismus". Zur Geschichte des proletarischen Widerstandes in der DDR (1945-1958), München 1975.
Sbosny, Inge/Schabrod, Karl, Widerstand in Solingen. Aus dem Leben antifaschistischer Kämpfer, Frankfurt/M. 1975.
Schabrod, Karl, Widerstand an Rhein und Ruhr, Düsseldorf 1969.
Schädel, Gudrun, Die Kommunistische Partei Deutschlands in Nordrhein-Westfalen 1945-1956, phil. Diss. Bochum 1973.
Scheurig, Bodo, Freies Deutschland. Das Nationalkomitee und der Bund deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943-1945, München 1960.
Schlange-Schöningen, Hans (Hg.), Im Schatten des Hungers. Dokumentarisches zur Ermächtigungspolitik und Ernährungswirtschaft in den Jahren 1945-1949, Hamburg/Berlin 1955.
Schmidt, Eberhard, Die verhinderte Neuordnung 1945-1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt 1970.
-, Der Marshall-Plan und die Deutschen Gewerkschaften. MS zu: Otmar N. Haberl u. Lutz Niethammer (Hg.), Marshall-Plan und europäische Linke, Frankfurt/M. Herbst 1980.
Schmidt, Ute/Fichter, Tilman, Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen, Berlin 1971.
-, Arbeiterklasse und Parteiensystem. In: Bernhard Blanke u.a. (Hg.), Die Linke im Rechtsstaat, Bd. 1: Bedingungen sozialistischer Politik 1945-65, Berlin 1976, S. 17-71.
Schmitthenner, Walter/Buchheim, Hans (Hg.). Der deutsche Widerstand gegen Hitler, Köln/Berlin 1966.
Schmollinger, Horst, Entstehung und Zerfall der antifaschistischen Aktionseinheit in Leipzig, phil. Diss. FU Berlin 1976.
Schöck, Eva Cornelia, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung. Die Lage der Arbeiter und die kommunistische Gewerkschaftspolitik, 1920-28, 1977.

Schoenbaum, David, Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches, Köln/Berlin 1968.
Scholz, Arno/Oschilewski, Walter G. (Hg.), Turmwächter der Demokratie. Ein Lebensbild von Kurt Schumacher, 3 Bde., Berlin 1952-54.
Speer, Albert, Erinnerungen, Frankfurt/Berlin 1969.
von Schrenck-Notzing, Caspar, Charakterwäsche. Die amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland und ihre Folgen, Stuttgart 1965.
Schröder, Ulrich, Der Aufbau deutscher Verwaltungen und die Politik der KPD in Deutschland 1945, Examensarbeit, Bochum 1972.
Schütz, Klaus. Die Sozialdemokratie im Nachkriegsdeutschland. In: Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953, Stuttgart/Düsseldorf 1955.
Schultz, Joachim, Der Funktionär in der Einheitspartei. Kaderpolitik und Bürokratisierung in der SED, Stuttgart/Düsseldorf 1956.
Schulz, Klaus-Peter, Auftakt zum Kalten Krieg. Der Freiheitskampf der SPD in Berlin 1945/46, Berlin 1965.
Schumann, Hans-Gerhard, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, Hannover 1978.
Schwarz, Hans-Peter, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949, Neuwied/Berlin 1966.
Schweitzer, Arthur, Der organisierte Kapitalismus. Die Wirtschaftsordnung in der ersten Periode der nationalsozialistischen Herrschaft. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 1962.
-, Big Business in the Third Reich, Bloomington 1964.
Seaton, Albert, Der russisch-deutsche Krieg 1941-1945, Frankfurt 1973.
Siegler, Heinrich (Hg.), Dokumentation zur Deutschlandfrage. Von der Atlantik Charta 1941 bis zur Genfer Außenministerkonferenz 1959, o.O., o.J.
Sohn-Rethel, Alfred, Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus, Frankfurt 1973.
Sonnenschein, Karl, Groß-Solingen. Wirtschaftliche Grundlagen, Struktur und Genese, MS Dipl. Arb., Solingen 1968.
Spliedt, Franz, Die Gewerkschaften, Entwicklung und Erfolge. Wiederaufbau seit 1945, Hamburg 1948.
Sröckigt, Rolf, Der Kampf der KPD um die demokratische Bodenreform, Mai 1945 bis April 1946, Berlin (Ost) 1964.
Staritz, Dietrich, Sozialismus in einem halben Land. Zur Programmatik und Politik der KPD/SED in der Phase der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in der DDR, Berlin 1976.
Steinberg, Hans Josef, Widerstand und Verfolgung in Essen 1933-1945, Hannover 1969.
Steinert, Marlis G., Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, Düsseldorf/Wien 1970.
Stern, Carola, Porträt einer bolschewistischen Partei. Entwicklung, Funktion und Situation der SED, Köln 1957.
-, Ulbricht, Eine politische Biografie, Köln/Berlin 1964.

Stolle, Uta, Arbeiterpolitik im Betrieb. Frauen, Männer, Reformisten und Radikale, Fach- und Massenarbeiter bei Bayer, BASF, Bosch und in Solingen (1900-1933), Frankfurt 1980.
Stolper, Gustav, Die deutsche Wirklichkeit. Ein Beitrag zum künftigen Frieden Europas, Hamburg 1949.
Stursberg, Erwin, Remscheid und seine Gemeinden. Geschichte, Wirtschaft und Kultur, Remscheid 1969.
Sweezy, Paul M., Ressurrection. In: Ders., The Present as History, New York 1953.
Sywottek, Arnold, Deutsche Volksdemokratie, Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935-1946, Düsseldorf 1971.
-, Die "fünfte Zone". Zur gesellschafts- und außenpolitischen Orientierung und Funktion sozialdemokratischer Politik in Berlin 1945-48. In: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 13, 1973, S. 53-129.

Thalheimer, August, Über den Faschismus. In: Bauer u.a., Faschismus und Kapitalismus, Frankfurt 1967.
-, Die Potsdamer Beschlüsse. Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem Zweiten Weltkrieg, o.O., o.J. (1945).
-, Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, o.O., o.J. (1946).
Thape, Ernst, Von Rot zum Schwarz/Rot/Gold. Lebensweg eines Sozialdemokraten, Hannover 1969.
Thomas, Siegfried, Entscheidung in Berlin. Zur Entstehungsgeschichte der SED in der deutschen Hauptstadt 1945/46, Berlin (Ost) 1967.
Tjaden, K.H., Struktur und Funktion der "KPD-Opposition" (KPD). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur "Rechts"-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Meisenheim 1964.
Toellner, Heinz, Die Industrie des Bergischen Landes, MS Diss. Uni Köln, Wuppertal 1950.
Treue, Wilhelm, Die Demontagepolitik der Westmächte nach dem Zweiten Weltkrieg. Unter besonderer Berücksichtigung ihrer Wirkung auf die Wirtschaft in Niedersachsen, Hannover 1967.
Treue, Wilhelm/Frede, Günther, Wirtschaft und Politik 1933-1945, Braunschweig 1964.
Trotzki, Leo, Ergebnisse und Perspektiven, Frankfurt 1967.
-, Schriften über Deutschland, 2 Bde., Frankfurt 1971.
Turner, Henry Ashby, Fascism and Modernization. In: World Politics 24, 1972.

Uebel, Günter/Wointina, Erich, Zur Entwicklung des Parteiaufbaus und der Organisationsstruktur der SED bis zu ihrem III. Parteitag 1950. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 12, 1970.
Ullrich, Volker, Organisationsformen der Arbeiterbewegung in den Großstädten des bergisch-märkischen Industriegebietes 1945, MS Examensarbeit an der PH Bonn, 1979.
Urban, Karl, Der Kampf um die Wiedervereinigung der Arbeiterbewegung in der Provinz Brandenburg (Mai 1945 - April 1946). In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1959, H. 7.

United States Strategic Bombing Survey. All-around-Report 1945.

Vetter, Heinz Oskar (Hg.), Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler, Köln 1975.

Vietzke, Siegfried, Die KPD auf dem Weg zur Brüsseler Konferenz, Berlin (Ost) 1966.

Vogel, Walter, Westdeutschland 1945-1950. Der Aufbau der Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen in den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen. Teil I und II, Schriften des Bundesarchivs Nr. 2 und Nr. 12, Koblenz 1956, Boppard 1964.

Vogelsang, Thilo, Das geteilte Deutschland. dtv. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 11, München 1966.

Voßke, Heinz, Die Vereinigung der KPD und der SPD zur SED in Mecklenburg / Vorpommern Mai 1945 - April 1946, Rostock 1966.

Wagenführ, Rolf, Die deutsche Industrie im Kriege 1939-1945, Berlin 1954.

Wagner, Wolfgang, Die Teilung Europas. Geschichte der sowjetischen Expansion bis zur Spaltung Deutschlands, 1918-1945, Stuttgart 1959.

Wallich, Henry C., Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs, Frankfurt 1965.

Weber, Hermann, Von der SBZ zur "DDR", Bd. 1: 1945-1955, Hannover 1966.

-, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt 1969.

Wehner, Herbert, Geheimer Bericht: KP und Komintern, Raubdruck der "Notizen" von 1946, Frankfurt/Wien o. J.

Weisenborn, Günther (Hg.), Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933-1945, Hamburg 1953.

Weingartner, Thomas, Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929-1937, Berlin 1970.

Werner, Gerhart, Aufmachen Gestapo! Über den Widerstand in Wuppertal 1933-1945. Mit Beiträgen von Karl Ibach, Hermann Lutze u. Willy Spicher, Wuppertal 1974.

-, ... das waren 25 Jahre Wuppertal, o. J.

-, Radikale zwischen den Bergen. Wie sie kamen und vergingen. In: Politik und Bürger. Zum 65. Geburtstag von Oberbürgermeister Hermann Herberts, hg. v. der Stadt Wuppertal, o. J.

Wesemann, Fried, Kurt Schumacher, ein Leben für Deutschland, Frankfurt 1952.

Wheeler, George, S., Die amerikanische Politik in Deutschland (1945-1950), Berlin (Ost) 1958.

Wieck, Hans Georg, Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945, Düsseldorf 1953.

Williams, William Appelman, Die Tragödie der amerikanischen Diplomatie, Frankfurt 1973.

Winkler, Heinrich August (Hg.), Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945-1953 (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 5), Göttingen 1979.

Wünderich, Volker, Arbeiterbewegung und Selbstverwaltung. KPD und Kommunalpolitik in der Weimarer Republik. Mit dem Beispiel Solingen, Wuppertal 1980.

Ziebura, Gilbert, Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten, Pfullingen 1970.

Zink, Harold, American Military Government in Germany, New York 1947.

-, The United States in Germany 1944-1955, New York 1957.

CAMPUS BÜCHER ZUM THEMA: Eine Auswahl

Christoph Kleßmann, Peter Friedmann
Streiks und Hungermärsche im Ruhrgebiet 1946-1948
1977. 163 S.,
ISBN 3-593-32228-5

Ernst Ulrich Huster
Die Politik der SPD 1945-1950
Campus Studium Band 542
1978. 236 S.,
ISBN 3-593-32542-X

Renate Meyer-Braun
Die Bremer SPD 1949-1959
Eine lokal- und parteigeschichtliche Studie
1982. 317 S.,
ISBN 3-593-33107-1

Bernd Rabe
Der sozialdemokratische Charakter
Drei Generationen aktiver Parteimitglieder in einem Arbeiterviertel
Mit einem Vorwort von Oskar Negt
1977. 216 S.,
ISBN 3-593-32226-9

Kurt Fabian
Kein Parteisoldat
Lebensbericht eines Sozialdemokraten
Herausgegeben von Anne-Marie Fabian
1981. 232 S., Abb.,
ISBN 3-593-32844-5

Werner Müller
Die KPD und die "Einheit der Arbeiterklasse"
Campus Forschung Band 73
1979. 442 S.,
ISBN 3-593-32400-8

CAMPUS VERLAG · MYLIUSSTRASSE 15 · 6000 FRANKFURT 1

Freie Universität Berlin
502972/188

Soz. C 59/II
" C 62
" C 361